



Mario Hesselbarth

DER GENERAL- STREIK GEGEN DEN KAPP- LÜTTWITZ-LUDEN- DORFF-PUTSCH

IN THÜRINGEN IM MÄRZ 1920

Mario Hesselbarth
DER GENERALSTREIK
GEGEN DEN KAPP-LÜTTWITZ-
LUDENDORFF-PUTSCH
IN THÜRINGEN IM MÄRZ 1920

INHALT

Einleitung	10
Zur Vorgeschichte des Putsches	23
SPD-Führung und Oberste Heeresleitung: ein Zweckbündnis und seine Folgen	23
Die »Welle von rechts« und der Ausnahmezustand vom 13. Januar 1920: Vorgeschichte des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches	29
Die Putschisten	37
Der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch in Thüringen vom 13. bis 23. März 1920	48
Die ersten politischen Reaktionen der zentralen Instanzen der Arbeiterbewegung in Berlin auf den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch	48
Die ersten politischen Reaktionen auf den Kapp-Lüttwitz- Ludendorff-Putsch in Thüringen am 13. März 1920	53
Das verdeckte und offene putschistische Agieren der Reichswehr am 13. und 14. März in Thüringen und die sofortige Niederschlagung des Putsches in Altenburg	68
Der Generalstreik in Thüringen: 15.–17. März 1920	83
Der Zusammenbruch des Putsches in Berlin und die Reaktivierung der Einheitsfront gegen die revolutionäre Arbeiterschaft	108
Verfassungswidrige Zustände in Thüringen? — Programmatik und Praxis der Aktionsausschüsse	118

Der Rachezug der Reichswehr Ende März/Anfang April 1920 in Westthüringen	148
Die Verhängung des Ausnahmezustandes über Thüringen und die Bemühungen der thüringischen Landesregierungen um eine friedliche Konfliktlösung	148
Verbrechen, Terror und Unterdrückung: die Reichswehr auf dem Vormarsch	151
Die Bemühungen des Thüringer Staatsrates zur Aufhebung des Ausnahmezustandes	156
Die Reichsexekution gegen den Freistaat Gotha und ihre Folgen für die Demokratie in Thüringen und in der Weimarer Republik	159
Schlussbemerkungen	171

Wieder – wie anno '48 – waren es Proletarier, die um die Republik gekämpft haben

Adolf Schauer, Volksbeauftragter
der Republik Gotha, in seiner
Trauerrede für die 90 toten Thüringer
Arbeiter, die bei den Kämpfen um
Gotha am 18. März ihr Leben verloren

Wenngleich es aufgrund der Digitalisierung inzwischen eine Reihe von Quellenbeständen gibt, die online abrufbar sind und damit das historische Arbeiten erleichtern, war es für die Darstellung der Generalstreikbewegung gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in Thüringen erforderlich, zumindest einen Teil des in den Archiven liegenden Quellenmaterials zu erschließen. Deshalb möchte ich mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Thüringer Hauptstaatsarchivs Weimar, der Thüringer Staatsarchive Altenburg, Greiz, Gotha und Meiningen, der Stadtarchive Saalfeld und Jena und nicht zuletzt der Landes- und Universitätsbibliothek Jena für die stets hilfsbereite und freundliche Unterstützung bedanken.

Mario Hesselbarth

EINLEITUNG

»Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den mitunterzeichnenden Generallandschaftsdirektor Kapp-Königsberg in Preußen als Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister, wird vom Reichskanzler der General der Infanterie, Freiherr von Lüttwitz, berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.«¹

Mit dieser Proklamation vom Morgen des 13. März 1920 gaben der ehemalige ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und General von Lüttwitz, Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommando 1, bekannt, die verfassungsgemäße Regierung der noch jungen Weimarer Republik gestürzt zu haben. Die aus *Sozialdemokratischer Partei (SPD)*, *Deutsch-demokratischer Partei (DDP)* und der katholischen *Zentrumspartei (Zentrum)* bestehende Regierung der Weimarer Koalition unter Reichskanzler Gustav Bauer (SPD)² war in der Nacht vom 12. zum 13. März mit ihrem Versuch gescheitert, den Staatsstreich zu verhindern. Sowohl die preußische Sicherheitspolizei als auch die Führung der Reichswehr hatten sich geweigert, die verfassungsgemäße Regierung vor den auf Berlin zumarschierenden Einheiten der Marinebrigade Erhard zu schützen. Diese Kerntruppe der Konterrevolution konnte, von monarchistisch gesinnten Berliner Bürgerinnen und Bürgern freudig begrüßt, am frühen Morgen des 13. März 1920 ohne Widerstand das Regierungsviertel besetzen. Faktisch in letzter Minute verließen Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD)³ und die Reichsminister Berlin – mit Ausnahme des Vizekanzlers Schiffer (DDP) und zwei weiterer sozialdemokratischer Regierungsmitglieder, die als Bevollmächtigte der verfassungsgemäßen Regierung in der Hauptstadt verbleiben sollten.⁴ Mit dieser Maßnahme wollte die Regierung politisch handlungsfähig bleiben, um den Widerstand gegen die Putschisten organi-

¹ Könnemann, Gerhard; Schulze, Gerhard (Hrsg.): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. Dokumente.* München 2002. S.142. Dok. 93.

² Braun, Bernd: *Drei Reichskanzler, drei Parteispaltungen? Philipp Scheidemann, Gustav Bauer und Hermann Müller.* In: Schöler, Uli; Scholle, Thilo (Hrsg.): *Weltkrieg Spaltung Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922.* Bonn 2018. S.194–207.

³ Mühlhausen, Walter: *Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik.* Bonn 2007.

⁴ Büttner, Ursula: *Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933.* Bonn 2008. S.139.

sieren zu können.⁵ Sie begab sich, hierin einem Rat des Reichswehrministers Noske (SPD)⁶ folgend, nach Dresden. Er hatte die sächsische Landeshauptstadt für sicher gehalten, weil er dem dortigen Militärbefehlshaber General Maercker⁷ vertraute. Ein Irrtum, wie sich herausstellen sollte.

Am darauffolgenden Tag schien das bürgerliche Leben der Reichshauptstadt in die alte kaiserliche Zeit zurückversetzt. Bitter ironisch beschrieb die *Berliner Volkszeitung* am 24. März 1920 rückblickend das Geschehen: »Die feldgraue Uniform war bei den Offizieren verbannt, man hatte das echte altpreußische zweierlei Tuch wieder hervorgeholt, die langgespitzte Pickelhaube blinkte und gleißte wieder im Sonnenlicht. Gardestern und Gardelitze kamen zu ihrem Recht, und die Herren mit dem Monokel reckten den Hals weit über den hohen, roten Kragen hinaus. Man war ganz in den Tagen des alten Regimes [...] Kadetten, Fähnriche und die jungen Leutnants am Arm schwarzweißrotbeänderter begeisterter junger Damen, Primaner und Studenten mit schwarzweißroten Bändchen am Knopfloch bildeten die scheu bewundernden Trabanten. [...] Selbst alte Herren, grauhaarig, bebrillt und gebeugt, im schwarzen Frack und der Angströhre, hatten den ganzen Klempnerladen, der ihnen einst gnädigst verliehen worden war, auf der linken Seite der teutschen Heldenbrust zur Schau gestellt. Man unterließ es auch nicht, das Feldlager der modernen jungen Landsknechte zu bewundern, die Fahnen wehten stolz im Winde, die Feldküchen brodelten, Kriegslieder wurden gesungen. Der Alkohol hatte hier die Begeisterung schon höher getrieben, als den Regisseuren lieb war. Hohnworte gegen die Republik und beutegierige Drohungen gegen die Juden verrieten die Schürer und Hetzer.«⁸ Nachdem jedoch das schwarz-weißrote Berlin »am Samstagabend in großer Toilette Siegesfeiern veranstaltet hatte, wachte [es] am Sonntagmorgen in kalten Villen auf. Die städtischen Arbeiter hatten Wasser, Licht und Gas gesperrt.«⁹

Der Generalstreik der deutschen Arbeiterschaft, dem sich die Angestellten und ebenso die Beamtschaft massenhaft anschlossen, war spontan aus der eigenständigen Initiative unzähliger Betriebsräte und Vertrauensleute

⁵ Schönhoven, Klaus: *Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat*. München 1989. S. 11.

⁶ Wette, Wolfram: *Gustav Noske. Eine politische Biographie*. Düsseldorf 1987.

⁷ Kristen, Claus: *Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution. »Städtebezwinger« Georg Maercker*. Stuttgart 2018.

⁸ zitiert nach: Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus*. S. 17/18.

⁹ Ebenda. S. 18.

sowie lokaler Funktionäre der Arbeiterparteien und Gewerkschaften entstanden.¹⁰ Er beendete nach nur fünf Tagen das Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Abenteuer. Diese Initiative von unten hatte die im Verlauf des 13./14. März kenntlich werdende, gegen die Putschisten gerichtete massenhafte Stimmung der Arbeiterschaft aufgegriffen und wurde durch die Aufrufe der Zentralinstanzen von SPD, der Gewerkschaften, der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD)* und schließlich auch der *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)* von oben mitgetragen. Ihr kam schon deshalb eine große Bedeutung zu, »weil im Chaos der Putschtage zuverlässige Nachrichten und Anweisungen von oben kaum zu bekommen waren. Entsprechend viel hing vom Handeln der Akteure vor Ort ab.«¹¹ Am 13. März sei die Situation eine außerordentlich trübe gewesen, vermerkte rückblickend Bruno Bieligk (USPD),¹² Volksminister des Freistaates Schwarzburg-Sondershausen in der Debatte des Thüringer Volksrat¹³ am 31. März 1920 zu den Putschereignissen. »Man war ja von aller Welt abgeschlossen, kein Mensch wusste mehr, was los war, als die ersten Mitteilungen, die ersten Depeschen von Kapp eingetroffen waren.«¹⁴

Die Tatsache, dass der Putsch schon nach wenigen Tagen scheiterte, machte ihn weder ungefährlich noch von vorherein aussichtslos, auch wenn sein konkreter Ablauf seine Erfolgsaussichten maßgeblich reduzierte. In der wohlwollenden, indirekt unterstützenden oder auch abwartenden Haltung großer Teile der Reichswehr, der bürgerlichen Rechtsparteien – *Deutsche Volkspartei (DVP)* und *Deutschnationale Volkspartei (DNVP)* –, des Bürgertums und der Bauernschaft zeigte sich eine große Übereinstimmung mit dem Ziel der Putschisten, »der Wiederherstellung der gesellschaftlichen und politischen Zustände des Bismarckreiches«¹⁵ und damit der Beseitigung von Republik und parlamentarischer Demokratie. Für die Entwicklung Thüringens hätte ein Erfolg des Staatsstreichs mit großer Wahrscheinlich-

¹⁰ Weipert, Axel: *Die zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*. Berlin 2015. S. 198.

¹¹ Ebenda.

¹² Schilling, Willy: Mitbegründer des Landes Thüringen. Bruno Bieligk (1889–1969). In: Hesselbarth, Mario; Schulz, Eberhart; Weißbecker Manfred (Hrsg.): *Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen*. Biographische Skizzen. Jena 2006. S. 44–52.

¹³ Der am 16. Dezember 1919 erstmals tagende Thüringer Volksrat war die aus Abgeordneten der kleinstaatlichen Landtage bestehende Volksvertretung der Thüringischen Gemeinschaft, dem Zusammenschluss der thüringischen Kleinstaaten als Vorstufe des am 1. Mai 1920 gegründeten Landes Thüringen. Zunächst als Vor- bzw. Übergangsparlament konzipiert, kam dem Volksrat aufgrund der Beratung und vorläufigen Beschlussfassung der ersten Thüringer Landesverfassung eine große Bedeutung während des Prozesses der Landesgründung zu. Leimbach, Timo: Unter dem »Leitstern« der Gemeinschaft. Der Volksrat 1919/20 als erste gesamthüringische Volksvertretung. In: Faludi, Christian; Bartuschka, Marc (Hrsg.): »Engere Heimat«. Die Gründung des Landes Thüringen. Wiesbaden 2020. S. 271–280.

¹⁴ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. o. O. o. J. Stenographische Berichte. S. 440.

¹⁵ Könnemann, Schulze (Hrsg.): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch*. Einleitung. S. XVII.

keit das Ende des Vereinigungsprozesses der Kleinstaaten zu einem gemeinsamen Land bedeutet.¹⁶ Nicht die Ziele der Putschisten, wohl aber ihr illegitimes Vorgehen löste bei den Abwartenden Skepsis aus.

Den Verteidigern der Republik hingegen hatte sich die durch den Putschversuch heraufbeschworene Situation als äußerst gefährlich und bedrohlich gezeigt. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse erklärte Hermann Leber (SPD),¹⁷ Präsident des Landtages Sachsen-Weimars: »Ich glaube auch, dass wenn der Putsch geglückt wäre, wenn die Herrschaften der Lage Herr geworden wären, dann es jedenfalls anders gekommen wäre und das diejenigen, die heute und in letzter Zeit dazu beigetragen haben wieder Ordnung in die Verhältnisse zu bringen, heute nicht mehr auf ihrem Posten wären; wenn diejenigen, die sich am Sonnabend den 13. März an die Spitze der Reichsregierung gestellt und die Militärgewalt übernommen haben, gesiegt hätten, dann würde es allerdings anders in Deutschland ausschauen. Alle die Leute, die für die Freiheit eingetreten sind, würden hinter Schloss und Riegel sitzen. Die Herrschaften hätten ganze Arbeit gemacht.«¹⁸

Die hier vorgelegte Publikation beschäftigt sich mit dem Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in Thüringen, der im Unterschied zur friedlich verlaufenen Novemberrevolution 1918/19 von teilweise gewaltsamen und bewaffneten Auseinandersetzungen mit zahlreichen Opfern gekennzeichnet war. Neben dem Ruhrgebiet²⁰ gehörten die Ereignisse in Thüringen während und insbesondere nach dem Staatsstreichversuch zu den dramatischsten – mit weitreichenden Folgen für die weitere Geschichte der Weimarer Republik. »Sie prägten im Lager der politischen Rechten jene gewaltbereiten Gesinnungen und Gewohnheiten aus, die sich in der NS-Bewegung entfalteten.«²¹ Dennoch war der Untergang der Republik im Januar 1933 noch keineswegs durch die Ereignisse des März/April 1920 besiegelt. Gerade am Beispiel Thüringens zeigt sich, das alternative

¹⁶ Häuvel, Beate: Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918–1923. Weimar Köln Wien. 1995. S. 98.

¹⁷ Lengemann, Jochen: Thüringische Landesparlamente 1919–1952. Biographisches Handbuch. Köln Weimar Wien 2014. S. 435/436.

¹⁸ Protokolle über die Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung von Sachsen-Weimar-Eisenach Bd. II. 1919–1921. Weimar o. J. S. 1551.

¹⁹ Hesselbarth, Mario: Gegen das Hissen der Roten Flagge auf dem Rathaus erheben wir keinen Widerspruch. Novemberrevolution 1918 in Thüringen. Jena 2018.

²⁰ Lucas, Erhard: Märzrevolution im Ruhrgebiet, Bd. 1–3.

²¹ John, Jürgen (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens Bd. 3. 1918–1945. Erfurt 1996. Einführung. S. 28.

Entwicklungsmöglichkeiten in Form eines konsequenten Republikanismus nicht nur bestanden, sondern hier bis 1923 auch versucht wurden.²²

Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in Thüringen ist bereits mehrfach Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Beschäftigung und Darstellungen sowie agitatorischer Schriften gewesen. Mit dieser Publikation wird der Versuch unternommen, die Ereignisse vor mehr als einhundert Jahren neben der bereits existierenden älteren und neueren Literatur auf Grundlage der zugänglichen zeitgenössischen Quellen in Umrissen neu zu rekonstruieren. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Das gesamte Quellenmaterial umfassend zu erschließen und zu analysieren, war ebenso wenig möglich wie die Vorgänge im ländlichen Raum und in den kleineren Orten vollständig zu erfassen. Zudem konnte der Anteil der Arbeiterinnen am Generalstreik wie insgesamt der Frauen bei der Abwehr des Putsches nicht nachvollzogen werden, weil ihr Agieren in den ausgewerteten Quellen kaum zur Sprache kommt.²³ Mit großer Wahrscheinlichkeit gehörte Gertrud Morgner (KPD)²⁴ als Mitglied des provisorischen Arbeiterrats in Jena zu den wenigen Frauen, die sich auf lokaler Ebene führend am Generalstreik beteiligten.

Die SED/DDR-Geschichtsschreibung nahm schon deshalb einen positiven Bezug auf den Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, weil sich mit ihm das Selbstverständnis der Staatspartei als Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse historisch begründen ließ. »Der Sieg über den Kapp-Putsch vermittelt die geschichtliche Lehre, dass die einheitlich handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und anderen Werktätigen eine gewaltige Kraft ist.«²⁵ Die von den revolutionären Kräften schon immer angestrebte Einigung der Arbeiterklasse, deren historische Bedeutung im Frühjahr 1920 in der bis dahin größten Einheitsaktion des deutschen Proletariats zum Ausdruck gekommen sei, war aus dieser Sicht

²² Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. Köln Weimar Wien 2011. Weißbecker, Manfred (Hrsg.): Rot-Rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute. Jena 2004. Rudolph, Karsten: Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik. Erfurt 2018. S. 87–98.

²³ Dieses Problem betrifft den Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch generell. Sachse, Mirjam: Frauen gegen den Kapp-Putsch. in: Nur eine Episode? Das gemeinsame Handeln von Linken und Demokraten gegen den Kapp-Putsch 1920. Pankower Vorträge Heft 234. Berlin 2021. S. 42–59.

²⁴ Weber, Hermann; Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004. S. 514/515.

²⁵ Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Einheit. Sonderheft August 1962. S. 109.

im zweiten deutschen Staat hergestellt worden. Sie bildete gleichsam die Voraussetzung des vermeintlich erfolgreich beschrittenen Weges des gesellschaftlichen Fortschritts unter der Führung der SED.²⁶ Wenngleich der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch von der DDR-Geschichtswissenschaft einerseits als proletarische Einheitsaktion dargestellt und gewürdigt wurde, erfolgte andererseits die Herausstellung der KPD als führender politischer Kraft dieser Aktion. Zwar ist auch für Thüringen zu konstatieren, dass viele Mitglieder der Kommunistischen Partei auf lokaler/regionaler Ebene partiell führend beim Generalstreik mitgewirkt haben. Insgesamt spielte die KPD sowohl in Thüringen als auch in den anderen Regionen aufgrund ihrer organisatorischen Schwäche und inneren Zerstrittenheit jedoch eine untergeordnete Rolle.

Die mit dem Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch verbundenen Ereignisse sind auch von der westdeutschen Landesgeschichtsschreibung über Thüringen reflektiert worden. Sie konstatierte, dass der Staatsstreich von großen Teilen der Bevölkerung bis in die Rechtsparteien hinein entschieden abgelehnt worden sei.²⁷ Das Agieren der Reichswehr und ihr offenes Eintreten für Kapp in Ostthüringen sowie das erst am 14. März erfolgte Bekenntnis zur legitimen Regierung im Westteil hätte jedoch die ohnehin radikalisierte Arbeiterschaft weiter aufgereizt. Deshalb seien bereits am 13. März erste Unruhen ausgebrochen.²⁸ Nicht der Generalstreik der Arbeiterschaft, dessen Anteil an der Niederschlagung des Putsches von Teilen der westdeutschen Forschung ohnehin als unwesentlich betrachtet wurde,²⁹ sondern die durch ihn tatsächlich oder vermeintlich verursachte Störung von Ruhe und Ordnung und deren »Wiederherstellung« durch die Reichswehr bildeten hier den Mittelpunkt des Interesses. Aus dieser Sicht war die radikalisierte Arbeiterschaft der größeren Städte für die Unruhen und teilweise blutigen Kämpfe verantwortlich. Problematischer Höhepunkt sei dabei der von der Gothaer USPD unternommene Versuch gewesen, den Kampf bis zur endgültigen Vernichtung der

²⁶ Könnemann, Erwin; Krusch, Hans-Joachim: *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werkstätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse.* Berlin 1972. S. 5/6.

²⁷ Facius, Friedrich: *Politische Geschichte Thüringens 1828–1945.* In Patze, Hans; Schlesinger, Walter (Hrsg.) *Geschichte Thüringens. Politische Geschichte in der Neuzeit.* Bd. 2. Köln Wien 1978. S. 402.

²⁸ Ebenda.

²⁹ »Sicher ist der Generalstreik das sichtbarste Zeichen des Widerstands gewesen. [...] Im Streik die hervorragende Ursache für das Scheitern des Putsches zu sehen, wird durch die Tatsachen nicht bestätigt.« Erger, Johannes: *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch: ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20.* Düsseldorf 1967. S. 299.

angeblichen Kapp-Truppen weiter anzustacheln und die Herrschaft des Proletariats zu etablieren.³⁰

Diese Interpretation findet sich auch in neueren landesgeschichtlichen Darstellungen, wenn die mit dem Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch verbundenen Ereignisse in Thüringen zur Sprache kommen.³¹ Im Unterschied zur früheren westdeutschen Landesgeschichtsforschung, die als Ergebnis der dramatischen Ereignisse »den Sieg des demokratischen Gedankens über Parteidiktatur und Militärherrschaft«³² sehen wollte, heben die neueren Arbeiten die Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung als Folge des Staatsstreichversuches hervor. »Ebenso wie die erregte Arbeiterschaft offensichtlich den mehrheitssozialdemokratischen Beschwichtigungsversuchen kein Gehör mehr schenkte, wurde auch die Bürgerschaft immer stärker in den Sog der gewaltsamen gesellschaftlichen Polarisierung hineingezogen. In den Kapp-Putsch-Tagen hatten sich zwischen den beiden großen Bevölkerungsgruppen Gräben aufgetan, die in den Folgejahren trotz aller vorübergehenden Beruhigung der Lage nicht wieder überbrückt werden konnten und zugleich in beiden Lagern extreme Kräfte weiter stärkten.«³³ Hauptverantwortlich hierfür war aus dieser Perspektive vor allem die radikal-linke Arbeiterschaft und insbesondere die USPD, die in Gotha versucht habe, ihre während der Revolution besetzten Machtpositionen »zu halten und zu festigen und das Land zur ersten deutschen Rätedemokratie zu machen. Dabei schreckte sie letztlich vor keinem Mittel zurück«.³⁴ Im Unterschied zu den anderen thüringischen Regierungen habe sich die Gothaer USPD-Landesregierung (bzw. der Rat der Volksbeauftragten)³⁵ am 13. März nicht zur Reichsregierung bekannt. Nach dem Zusammenbruch des Putsches hätte sie sinnlose Kraftproben zwischen bewaffneten Arbeitern und Reichswehreinheiten zugelassen. »110 Tote, darunter elf Soldaten, und ungezählte Verwundete forderten die Kämpfe, die auf offener Straße ausgetragen wurden – Geschehnisse, die in der Geschichte der Stadt einmalig waren. Die Gothaer USPD offenbarte

³⁰ Facius: *Geschichte Thüringens*. S. 419.

³¹ Häupel: *Die Gründung des Landes Thüringen*. S. 98.

³² Facius: *Geschichte Thüringens*. S. 434.

³³ Raßloff, Steffen: *Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserzeit und NS-Diktatur*. Köln Weimar Wien 2003. S. 207.

³⁴ Matthesen, Helge: *Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen. Das bürgerliche Gotha von 1918 bis 1930*. Jena 1994. S. 89.

³⁵ Die Gothaer USPD-Landesregierung behielt die aus der Revolutionszeit stammende Bezeichnung »Rat der Volksbeauftragten« bei. Krünes, Alexander; Voigt, Immanuel: *Sachsen-Gotha. Konfliktreicher Übergang von der Revolution zum Land Thüringen*. In: Faludi, Bartuschka (Hrsg.): »Engere Heimat«. S. 63–80.

einmal mehr ihr gebrochenes, rein taktisches Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik.«³⁶

Die hier nur knapp skizzierten unterschiedlichen Sichten auf den Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in Thüringen zeigen, dass dessen Darstellung, ob gewollt oder ungewollt, immer auch eine Parteinahme ist. Im Kern geht es um die Legitimität des Generalstreiks und den Charakter der sich aus ihm heraus entwickelnden Bewegung. Zwar sei er »eine gerechtfertigte Antwort auf den reaktionären Putschversuch in Berlin gewesen«,³⁷ doch hätte sich die Furcht des Bürgertums infolge der Ereignisse in Gotha und auch des Agierens der Streikleitung in Erfurt bestätigt, »dass die Arbeiter diesen zum Anlass nehmen würden, die nach ihrer Meinung noch längst nicht abgeschlossene Revolution mit Gewalt weiterzutreiben«.³⁸

Die SPD-Führung habe sich mit ihrem Generalstreikaufruf »auf einen gefährlichen, angesichts der Stimmung unter ihren Anhängern aber wahrscheinlich unvermeidlichen Weg«³⁹ begeben. Die Fortsetzung des Streiks nach dem Ende des Putsches am 17. März 1920 galt jedoch »nun nicht mehr der Verteidigung der demokratischen Verfassung, sondern verletzte sie«⁴⁰. Mit ihrer außerparlamentarischen Macht hätten die Streikenden den Verfassungsorganen ihre politischen Ziele aufzuzwingen wollen. Damit sei die parlamentarische Republik »durch das Vorgehen der Gewerkschaften diskreditiert und geschwächt«⁴¹ worden.

Insofern nimmt auch diese Publikation Partei. Sie interpretiert den Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch als einen Akt des zivilen Ungehorsams zum Schutz der parlamentarischen Demokratie und der Weimarer Republik. Nichts anderes bedeutete es, unter den Bedingungen des seit dem 13. Januar 1920 geltenden Ausnahmezustandes zum Generalstreik aufzurufen, sich an ihm zu beteiligen und darüber hinaus unbewaffnet oder auch bewaffnet der geballten militärischen Gewalt von Reichswehr, preußischer Sicherheitspolizei, Zeitfreiwilligenverbänden und Einwohnerwehren entgegentreten, um eine Rechts-Diktatur zu verhindern.

³⁶ Rudolph: Die Thüringer Arbeiterbewegung. S. 82/83.

³⁷ Raßloff: Das Erfurter Bürgertum. S. 199.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Büttner: Weimar. S. 140.

⁴⁰ Ebenda. S. 141.

⁴¹ Ebenda. S. 142.

Zugleich wird hier der Versuch unternommen, die Generalstreikbewegung gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in ihrer Differenziertheit, den Gemeinsamkeiten wie inneren Spannungen und Widersprüchen, dem Aufbrechen der politischen Fronten innerhalb der Arbeiterbewegung und deren erneute Verfestigung zu skizzieren. Vom Militärputsch des 13. März ausgelöst, verbanden sich in dieser Gegenbewegung für wenige Tage die bürgerlich-demokratischen und sozialdemokratisch-republikanischen Bevölkerungsteile der Weimarer Republik zu einer gemeinsamen Aktionsfront mit der radikal-linken, sozialistisch/kommunistischen Minderheit der Arbeiterschaft. Sie einte der Wille, die drohende Gefahr einer Militärdiktatur bzw. eine Diktatur von rechts abzuwehren. Dieser Abwehrwille verband kurzzeitig über alle Binnendifferenzen hinweg die genannten Gruppierungen zu einer Bewegung, deren Zielstellungen von Beginn an unterschiedlich, ja gegensätzlich waren. Der bürgerlich-demokratische und sozialdemokratische, bis in die Reihen der USPD reichende republikanische Mehrheitsflügel der Abwehrbewegung wollte die verfassungsgemäßen Verhältnisse verteidigen. In der Frage der Konsequenzen, die aus dem Putsch zu ziehen waren, zerfiel er in jene, die die für den Staatsstreichversuch persönlich Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wollten, und jene, die strukturelle Veränderungen verlangten.

Ein Ausdruck für diese Richtung war das Neun-Punkte-Programm des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB)* vom 18. März 1920. Es bildete zugleich den Versuch eines Brückenschlags zur radikalen Linken, die am Beginn der Generalstreikbewegung auf die Herstellung des Räte-systems und der »Diktatur des Proletariats« gesetzt hatte, weil sie sowohl in der Weimarer Verfassung als auch der politischen Praxis der Weimarer Koalition die maßgebenden Ursachen für den Rechtsputsch sah. Nach dessen Niederschlagung spaltete sich der Minderheitsflügel der Abwehrbewegung in jene, die an ihren Zielstellungen festhielten, während ein erheblicher Teil der radikalen Linken in Anerkennung seiner Minderheitenposition innerhalb der Generalstreikbewegung für die Umsetzung jener Mindestforderungen eintrat, die strukturelle Konsequenzen im Rahmen der Weimarer Verfassung zur Sicherung der Demokratie forderten. Wenn-gleich mit unterschiedlichen Motiven, meinten nicht nur die konservativen Eliten der Weimarer Republik, sondern auch die sozialdemokratische Führung und Reichspräsident Ebert in diesem konsequenten Republikanismus die Gefahr des Bolschewismus zu erkennen. Es ist bemerkenswert, mit welchen Argumenten und Methoden sie nicht zuletzt in Thüringen nach

der Niederschlagung des Putsches gegen die Verteidiger von Demokratie und Republik vorgingen.

Ein Hinweis darauf, dass sich kurzzeitig die starren Fronten innerhalb der Arbeiterbewegung insbesondere an der Basis zu lösen begannen und in Bewegung gerieten, sind die Diskussionen um die Bildung einer Arbeiterregierung. Deren Nichtzustandekommen auf Reichs- wie auf Landesebene verfestigte jedoch zugleich die politischen Fronten innerhalb der Arbeiterbewegung, sodass die dringend notwendigen Konsequenzen für den Schutz der Republik und der parlamentarischen Demokratie nicht gezogen wurden. So muss die Frage offenbleiben, ob eine konsequente Umsetzung des Neun-Punkte-Programms zumindest größere Teile der radikal-linken Arbeiterschaft an die Republik hätte binden können. Lokale Beispiele in Thüringen zeigen, dass eine Einigung auf der Linie eines konsequenten Republikanismus möglich war, andererseits gelang die Herstellung einer solchen Aktionseinheit nicht überall.

»Das Wort ›Generalstreik ist Generalunsinn‹ hat keine Gültigkeit mehr. Der Sieg des Generalstreiks über die Militärgewalt [...] ist eine Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung.« Mit diesem Satz würdige der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Deutschen Nationalversammlung, Philipp Scheidemann,⁴² am 18. März 1920 »den Haupttrupp derer, die im Kampfe gestanden haben, [...] die deutsche Arbeiterschaft«⁴³.

Dass Generalstreik Generalunsinn sei, war vor dem Ersten Weltkrieg vor allem die Haltung des gewerkschaftlichen Reformismus in Deutschland. Im Mai 1905 hatte der Kölner Gewerkschaftskongress den Massenstreik, »wie er von den Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung [...] vertreten wird«⁴⁴, als undiskutabel abgelehnt und die Arbeiterschaft davor gewarnt, »sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abhalten zu lassen«⁴⁵. Demgegenüber plädierte der Jenaer SPD-Parteitag 1905 »im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime

⁴² Braun: Drei Reichskanzler, drei Parteispaltungen? S. 194–207.

⁴³ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Bd. 332. Stenographische Berichte. Von der 138. Sitzung am 16. Januar 1920 bis zur 158. Sitzung am 30. März 1920. Berlin 1920. S. 4907.

⁴⁴ Grebing, Helga: Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914. München 1987 (2. Auflage). S. 159. Dok. 15.

⁴⁵ Ebenda.

[Reichstags-]Wahlrecht oder auf das Koalitionsrecht«⁴⁶ der Arbeiterschaft für die »umfassende Anwendung der Massenarbeitseinstellung«⁴⁷ als Abwehrmaßnahme zur Verhinderung eines solchen politischen Verbrechens an der Arbeiterklasse. Hatte die SPD mit dem Mannheimer Abkommen 1906 der Gewerkschaftsführung bereits ein Vetorecht bei der Ausrufung eines Massenstreiks eingeräumt, so erteilten die sozialdemokratischen Parteitage 1910 in Magdeburg und 1913 in Jena dem Massenstreikkonzept faktisch eine Absage.⁴⁸

Im ersten Jahr der Weimarer Republik war es nicht zuletzt die inzwischen die Reichsregierung maßgeblich tragende Sozialdemokratie, die vor Massenstreiks warnte und sie auch gewaltsam zu unterdrücken versuchte. Insofern stand der sozialdemokratische Generalstreikaufruf gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch vom 13. März 1920, auf den noch einzugehen sein wird, in einem krassen Widerspruch zu der von der Führung der SPD bis zu diesem Zeitpunkt praktizierten Politik.⁴⁹

Im Jahr 1905 hatte sich die Gewerkschaftsführung in ihrer Ablehnung des Massenstreiks durchaus auf die beiden theoretischen Vordenker der modernen Arbeiterbewegung, Karl Marx und Friedrich Engels, stützen können. Zwar hieß es schon im Bundeslied des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* Mitte der 1860er-Jahre: »Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.« Der Gedanke an eine allgemeine Arbeitseinstellung zum Erreichen eines politischen Zieles hatte für Marx und Engels jedoch mit proletarischem Klassenkampf nichts zu tun. »Der allgemeine Strike ist im bakunistischen Programm der Hebel, der zur Einleitung der sozialen Revolution angesetzt wird. Eines schönen Morgens legen alle Arbeiter aller Gewerke eines Landes oder gar der ganzen Welt die Arbeit nieder und zwingen dadurch in längstens vier Wochen die besitzenden Klassen, entweder zu Kreuz zu kriechen oder auf die Arbeiter loszuschlagen, so dass diese dann das Recht haben, sich zu verteidigen und bei dieser Gelegenheit die ganze alte Gesellschaft über den Haufen zu werfen. Der Vorschlag ist weit entfernt davon, neu zu sein [...]«⁵⁰

⁴⁶ Ebenda. S.161. Dok.16.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Hoffrogge, Ralf: *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914*. Stuttgart 2011. S.156–160.

⁴⁹ Miller, Susanne: *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*. Düsseldorf 1978. S.379.

⁵⁰ Engels, Friedrich: *Die Bakunisten an der Arbeit. Denkschrift über den Aufstand in Spanien im Sommer 1873*. in: *Karl Marx/Friedrich Engels – Werke Bd.18*. Berlin 1962. S.479 (S.476–493).

Es war Rosa Luxemburg⁵¹, die die marxistische Auffassung vom Massenstreik durch die Russische Revolution 1905 grundlegend revidiert sah. Die Massenstreiks in Russland waren aus ihrer Sicht kein Ersatz für den politischen Kampf der Arbeiterklasse, um plötzlich die soziale Revolution zu verwirklichen, sondern Ausdruck der Revolution selbst.⁵²

»Freilich fallen auch während der Revolution die Massenstreiks nicht ganz vom Himmel. Sie müssen so oder anders von den Arbeitern gemacht werden. Der Entschluss und Beschluss der Arbeiterschaft spielt auch dabei eine Rolle, und zwar kommt die Initiative sowie die weitere Leitung natürlich dem organisierten und aufgeklärtesten sozialdemokratischen Kern des Proletariats zu. Allein diese Initiative und diese Leitung haben einen Spielraum meistens nur in Anwendung auf die einzelnen Akte, einzelnen Streiks, wenn die revolutionäre Periode bereits vorhanden ist [...] Das Element des Spontanen spielt, wie wir gesehen, in allen russischen Massenstreiks ohne Ausnahme eine große Rolle, sei es als treibendes oder als hemmendes Element. Dies rührt aber nicht daher, weil in Russland die Sozialdemokratie noch jung oder schwach ist, sondern daher, weil bei jedem einzelnen Akt des Kampfes so viele unübersehbare ökonomische, politische und soziale, allgemeine und lokale, materielle und psychische Momente mitwirken, dass kein einziger Akt sich wie ein Rechenexempel bestimmen und abwickeln lässt. Die Revolution ist, auch wenn in ihr das Proletariat mit der Sozialdemokratie an der Spitze die führende Rolle spielt, nicht ein Manöver des Proletariats im freien Felde, sondern es ist ein Kampf mitten im unaufhörlichen Krachen, Zerbröckeln, Verschieben aller sozialen Fundamente. Kurz, in den Massenstreiks in Russland spielt das Element des Spontanen eine so vorherrschende Rolle, nicht weil das russische Proletariat »ungeschult« ist, sondern weil sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen.«⁵³

Was später vereinfachend oder denunziatorisch als Luxemburgs Spontanitätstheorie gekennzeichnet wurde, war jedoch ein Plädoyer für das aus eigener Einsicht hervorgehende Handeln von Menschen, um sich aus jenen Abhängigkeitsverhältnissen zu befreien, denen sie unterworfen sind.⁵⁴

⁵¹ Laschitzka, Annelies: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. Berlin 1996.

⁵² Luxemburg, Rosa: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. in: Rosa Luxemburg – Ausgewählte Reden und Schriften Bd.1. Berlin 1951. S. 202 (S.157–257). Hierzu auch Hesselbarth, Mario: »Geeignet, eine öffentliche Beunruhigung hervorzurufen.« Der Strafprozess gegen Rosa Luxemburg am 12. Dezember 1906 in Weimar und seine lokalen wie politischen Hintergründe. Erfurt 2021.

⁵³ Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. S. 205/206.

⁵⁴ Brie, Michael: Rosa Luxemburg neu entdecken. Hamburg 2019. S. 90.

Ansätze dieser Selbstbefreiung wurden in den Massenbewegungen der revolutionären Arbeiterschaft der Jahre 1917–1920 kenntlich, die am Ende des Ersten Weltkrieges sowie am Beginn der Weimarer Republik das politische Geschehen in Deutschland entscheidend mitprägten. Während die organisierte Arbeiterbewegung vor 1914 von ihren politischen und gewerkschaftlichen Führungen mobilisiert und gelenkt wurden, »war es das Merkmal dieser neuen Massenbewegungen, dass sie spontan und initiativ den Führern ihren Willen aufzuzwingen suchten, statt sich weiterhin auf bloße politische Gefolgschaft zu beschränken«. ⁵⁵ Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch im März 1920 bildete den Abschluss dieser Massenbewegungen.

⁵⁵ Feldmann, Gerhard D.; Kolb, Eberhard; Rürup, Reinhard: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920). In: Politische Vierteljahresschrift 11 1972. S. 85 (S. 84–105).

ZUR VORGESCHICHTE DES PUTSCHES

SPD-Führung und Oberste Heeresleitung: ein Zweckbündnis und seine Folgen

Die Vorgeschichte des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches reicht bis in die Anfangstage der Novemberrevolution 1918⁵⁶ zurück. Am Abend des 10. November nahmen der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert und der Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, General Groener, erstmals telefonischen Kontakt auf. Sie schlossen ein Zweckbündnis, das infolge des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches zerbrechen sollte.⁵⁷

Obwohl sich Friedrich Ebert an diesem 10. November 1918 auf der turbulent verlaufenen Vollversammlung des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates politisch gegen die radikale Linke um Karl Liebknecht⁵⁸ und die Berliner Revolutionären Obleute⁵⁹ faktisch durchgesetzt hatte, fühlte er sich in seiner Position keineswegs sicher.⁶⁰ Er und seine Mitstreiter in der SPD-Führung hatten der Revolution und ihren Trägern, den Arbeiter- und Soldatenräten, von Beginn an ablehnend gegenübergestanden.⁶¹ Mitte September 1918 war Ebert vehement für den Eintritt der SPD in die letzte kaiserliche Regierung unter Max von Baden eingetreten, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern: »Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution.«⁶² Mit Bezug auf die durch die bolschewistische Diktatur und den Bürgerkrieg gekennzeichnete Situation in Sowjet-Russland hatte er deutlich gemacht, dass eine solche Entwicklung aus seiner Sicht nicht im Interesse des deutschen Proletariats liege. Deshalb müsse sich die Sozialdemokratie »in die Bresche werfen«⁶³ und versuchen, die Durchsetzung ihrer Forderungen mit der Rettung des Landes zu verbinden. Nachdem die ab dem 4. Novem-

⁵⁶ Einen umfassenden Überblick in: Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert. Berlin Boston 2013. Bollinger, Stefan: November 1918. Als die Revolution nach Deutschland kam. Berlin 2018.

⁵⁷ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. Einleitung S. IX.

⁵⁸ Laschitzka, Annelies: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie. Berlin 2007.

⁵⁹ Hoffrogge, Ralf: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution. Berlin 2008. S. 38–89.

⁶⁰ Mühlhausen: Friedrich Ebert. S. 109.

⁶¹ Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/19. Frankfurt a. M. 1985. S. 54/55.

⁶² Zitiert nach: Miller: Bürde der Macht. S. 30.

⁶³ Ebenda.

ber 1918 vom Kieler Matrosenaufstand ausgehende Revolution jedoch nicht mehr zu verhindern war, hatten sich Ebert und die SPD-Führung in der Nacht zum 9. November an ihre Spitze gestellt, um sie so schnell wie möglich zu beenden und in die parlamentarische Demokratie zu überführen.

Im Interesse dieses Zieles war Friedrich Ebert am Abend des 10. November 1918 bereit, notfalls auch mit militärischer Gewalt die Beteiligung seiner Partei an der Revolutionsregierung sicherzustellen und zu verteidigen.⁶⁴ Hierzu fehlten ihm jedoch die erforderlichen Machtmittel, weshalb ihm der Anruf des Generals und dessen Loyalitätsbekundung hoch willkommen war.⁶⁵ Die Heeresleitung stellte sich dem SPD-Vorsitzenden und Mitglied der Revolutionsregierung unter den Bedingungen zur Verfügung, dass er ein Abgleiten des Staatsumsturzes in eine bolschewistische Revolution verhindere, eine gemeinsame Front gegen die Entente, dem Bündnis der Kriegsgegner Deutschlands errichte, die Einheit des Reiches erhalte und die bürgerliche Gesellschaftsordnung nicht antaste.⁶⁶

Für die Oberste Heeresleitung bedeutete das Zweckbündnis mit Ebert den Erhalt ihrer dominierenden gesellschaftlichen Stellung. Sie hatte das Deutsche Kaiserreich entscheidend geprägt, weil die militärische faktisch der politischen Führung gleichgestellt war. Zugleich sah das Militär im November 1918 seine Machtposition weiterhin durch jene Kräfte gefährdet, die den neuen Staat im Ergebnis der Revolution entmilitarisieren wollten. Deshalb hatte die Oberste Heeresleitung »von Anfang an ihre Unterstützung der Regierung, die ihr die Aufrechterhaltung der Kommandogewalt der Offiziere garantieren sollte, mit dem kompromisslosen Kampf gegen die Rätebewegung verknüpft«⁶⁷.

Die unter dem Kommando ehemaliger kaiserlicher Offiziere gebildeten Freikorps⁶⁸ ermöglichten es der SPD-geführten Regierung im Winter/Frühjahr 1919, massiv gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorzugehen. Deren Massenaktionen waren »nichts anderes als ein Ausdruck des Protestes gegen den bisherigen Revolutionsverlauf und zugleich der verzweifelte Versuch einer Revision der bereits gefallen Entscheidungen«⁶⁹ der Entmachtung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die sozialdemokratisch-

⁶⁴ Mühlhausen: Friedrich Ebert. S. 109/110.

⁶⁵ Ebenda. S. 111.

⁶⁶ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 15.

⁶⁷ Miller: Bürde der Macht. S. 31.

⁶⁸ Büttner: Weimar. S. 46/47.

⁶⁹ Feldmann, Kolb, Rürup: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland. S. 98.

bürgerliche Ordnungscoalition. Die führenden sozialdemokratischen Politiker, insbesondere Reichswehrminister Gustav Noske, begriffen die Generalstreiks jedoch nicht als sozialen und politischen Massenprotest einer radikalisierten Arbeiterschaft, die durch tatsächliche demokratische Veränderungen insbesondere in der Wirtschaft, Stichwort Betriebsräte und betriebliche Mitbestimmung, hätten zu großen Teilen für die parlamentarische Demokratie gewonnen werden können. Sie sahen in ihren Gegnern von links, die trotz der Wahlen zur Nationalversammlung und den in Gang gekommenen Erarbeitungsprozess für eine republikanische Verfassung immer noch Revolution machen wollten, Spartakisten⁷⁰, die nach russischem Vorbild »auf eine proletarische Diktatur hindrängten«⁷¹.

Es sollte sich als eine fatale Fehleinschätzung der SPD-Führung und insbesondere Noskes erweisen, dass die Freikorps jederzeit wieder aufgelöst und deshalb auf eine politische Kontrolle ihres Handelns verzichtet werden könnte. Die Freikorps hatten aus Sicht ihrer militärischen Führer nicht den neuen republikanischen Staat verteidigt, sondern Deutschland von den »Novemberverbrechern« gesäubert.⁷² Rückblickend vermerkte einer der maßgebenden Freikorpsoffiziere und Organisator des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches, Hauptmann Waldemar Papst: »Wir wollten und mussten zunächst einmal [...] ein Stück mit den Sozialdemokraten zusammen marschieren, um unseren gemeinsamen Feind, den ›Spartakismus‹, abzuwürgen. War dies geglückt, dann wollten wir unseren bisherigen Verbündeten die Rechnung vom November 1918 vorlegen und von ihnen begleichen lassen.«⁷³

Im Anzeigentext, mit dem am 13. Februar 1919 im Wilhelmshavener SPD-Parteiblatt erstmals für die spätere Marinebrigade Erhard geworben worden war,⁷⁴ werden die Konsequenzen des Agierens der sozialdemokratischen Führung kenntlich. Hier ging es nicht um einzelne Männer, die die neu entstehende Demokratie schützen sollten. Die SPD-geführte Regierung ließ sich vom lokalen Marinebefehlshaber eine fertige Truppe zur Verfügung

⁷⁰ Die zur Jahreswende 1918/19 gegründete KPD trug in ihrer Anfangszeit den Beinamen Spartakusbund. Damit nahm sie direkten Bezug zur Spartakusgruppe, der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1916 gebildeten Oppositionsgruppe der radikalen Linken gegen die sozialdemokratische Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg.

⁷¹ Wette: Gustav Noske. S. 400.

⁷² Kluge: Die deutsche Revolution 1918/19. S. 154.

⁷³ Zitiert nach: Gietinger, Klaus: Der Konterrevolutionär: Waldemar Papst – eine deutsche Karriere. Hamburg 2009. S. 63.

⁷⁴ Krüger, Gabriele: Die Brigade Erhardt. Hamburg 1971. S. 18.

stellen, auf deren politische und charakterliche Substanz sie keinen Einfluss nahm. Im Anzeigentext erschien die Regierung, für die die Angeworbenen kämpfen sollten, »als eine gleichsam zeitlose staatliche Autorität, die als ›Obrigkeit‹, losgelöst von allen Veränderungen der politischen Wirklichkeit, wie der Umwandlung des Kaiserreiches in eine Republik«⁷⁵. Der als Ziel ausgegebene Aufbau des Vaterlands sprach die nationalistischen Gefühle der Geworbenen an und konnte von ihnen zugleich beliebig ausgedeutet werden. Die Charakterisierung der Marinebrigade als Regierungstruppe verpflichtete deren Angehörigen nicht auf die Republik, sondern galt dieser Truppe im eigenen Selbstverständnis als besondere Auszeichnung für Ordnung und Legalität zu stehen. »Nicht sie stand hinter der Regierung, sondern die Regierung stand hinter ihr und verpflichtete sich, ihre Treue dereinst angemessen zu belohnen.«⁷⁶ Damit verbanden die Angehörigen der Marinebrigade die Erwartung, dass die vor dem Krieg bestehende Vorrangstellung des Militärs wiederhergestellt würde.

Rückblickend erwiesen sich die Freikorps in politischer, sozialer und ideologischer Hinsicht als ein »entscheidendes Bildungselement des Faschismus in Deutschland«⁷⁷, weil in ihnen erstmals jener Teil der Gegenrevolution sichtbar wurde, der »aus einer tiefen sozialen Bewegung heraus gewachsen«⁷⁸ war. Die politische Einstellung der Masse der Freikorpsangehörigen war rechtsextrem, nationalrevolutionär und antibürgerlich. Sie fanden »nach dem verlorenen Krieg keinerlei Halt, weder äußerlich noch innerlich, sie suchten nach einem Ersatz für die Frontkameradschaft. Eine ausgesprochene nihilistische Grundeinstellung machte sie zu Gegnern der linken Revolution wie zum entstehenden Weimarer Staat.«⁷⁹ Mit ihnen entstand nicht nur ein neuartiger, sondern der gefährlichste Gegner sowohl der revolutionären als auch der reformistischen Arbeiterbewegung und letztlich der Weimarer Republik. »Die militante Ablehnung der Demokratie in Deutschland bildete den gemeinsamen politischen Nenner aller Freikorps, deren radikaler Führerschaft der Nationalsozialismus später den Kern der SA verdankte.«⁸⁰ Sehr früh hatte dies der KPD-Vorsitzende Paul

⁷⁵ Ebenda. S. 19.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Lucas, Erhard: Märzrevolution 1920 Bd. 3. Verhandlungsversuche und deren Scheitern; Gegenstrategien von Regierung und Militär; die Niederlage der Aufstandsbewegung; der weiße Terror. Frankfurt a. M. 1978. S. 382.

⁷⁸ Weißbecker, Manfred: Der Kapp-Putsch – ein Anfang vom Ende der Weimarer Republik? In: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. (Hrsg.): Kapp-Putsch 1920: Ursachen und Wirkungen. Jena 2001. S. 10 (S. 7–28).

⁷⁹ Kristen: Ein Leben in Manneszucht. S. 167.

⁸⁰ Kluge: Die deutsche Revolution 1918/19. S. 154.

Levi⁸¹ erkennt, der darauf verwies, dass der Kern der militärischen Frage nicht im kaiserlichen Offizierskorps, sondern in den sozial entwurzelten Mannschaften liege: Behielten sie die Waffen in den Händen, stünden sie jederzeit einem reaktionären Staatsstreich zur Verfügung.⁸²

Trotz der gemeinsamen Frontstellung von sozialdemokratischer Führung und monarchistischem Offizierskorps gegen die revolutionäre Arbeiterschaft bekam das Zweckbündnis Ebert/Groener bereits in der Phase der revolutionären Massenstreiks des Frühjahrs 1919 erste Risse. Die SPD trat für die Republik und die parlamentarische Demokratie, Sozialgesetzgebung und eine friedliche Außenpolitik ein. Obwohl sich ihre Politik gegen die revolutionäre Arbeiterschaft richtete, blieb sie im Selbstverständnis ihrer Mitglieder eine Partei der arbeitenden Bevölkerung, deren Interessen und Bedürfnisse zu berücksichtigen waren, wollte sie ihre soziale Basis nicht endgültig verlieren.

Anfang März 1919 erklärte General Groener, die SPD-Minister sind und bleiben »aber auch sozialdemokratische Parteimänner und leben in ständiger Furcht vor den Massen. Die Angst vor dem Pöbel veranlasst sie, immer wieder Verständigung mit den Unabhängigen und Spartakisten zu suchen.«⁸³ Die Ausnahme hiervon bildete aus Sicht des Militärs Reichswehrminister Gustav Noske. Sein kompromissloses und auf militärische Gewalt setzendes Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, das mit dem Schießbefehl vom 9. März 1919⁸⁴ seinen Höhepunkt erreicht hatte, verhalf ihm beim Militär zu einem hohen Ansehen.

Noskes Handeln resultiere aus einer Grundhaltung, die Chaos und Bolschewismus in eins setzte. Sein Bestreben, für Ordnung sorgen zu wollen, konnte er unter der Losung »Kampf gegen das bolschewistische Chaos« kleiden. »Denn er wusste sehr genau, dass dieses Feindbild, propagandistisch genutzt, nicht nur ein willkommenes Kampfmittel gegen die ›Linken‹ darstellte, sondern auch – wichtiger noch – als eine ideologische Klammer für die sozialdemokratisch-bürgerlich-militärische Ordnungscoalition dienen konnte.«⁸⁵ Am 6. März 1919 sicherte ihm Groener die volle Unterstüt-

⁸¹ Weber, Herbst: Deutsche Kommunisten. S. 452/453. Weißbecker, Manfred: Paul Levi. Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung. Jena 1993.

⁸² Weißbecker: Der Kapp-Putsch. S. 10.

⁸³ Zitiert nach: Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 18. FN1.

⁸⁴ Weipert: Die Zweite Revolution. S. 139/140.

⁸⁵ Wette: Gustav Noske. S. 296.

zung des Militärs zu, wenn er »diktatorisch die Geschäfte« des Reichs führe.⁸⁶ Der Gedanke, Noske solle die schwache Regierung ersetzen und eine auf das Militär gestützte Diktatur errichten, wurde im Frühjahr 1919 auch von bürgerlichen Kreisen unterstützt.⁸⁷

Die in verschiedenen Varianten kursierenden Pläne für eine Noske-Diktatur erreichten im Mai/Juni 1919 ihren Höhepunkt, als die Versailler Friedensbedingungen bekannt wurden. Trotz deren Annahme durch die Nationalversammlung am 23. Juni 1919, ihr waren dramatische Auseinandersetzungen vorausgegangen,⁸⁸ fügten sich die Militärs der Anordnung ihrer Obersten Heeresleitung, weiterhin ein verlässliches Instrument der Regierung gegen die Revolution zu bleiben. Zugleich zeigte der Putschversuch des Garde-Kavallerie-Schützenkorps unter Hauptmann Waldemar Papst am 21. Juli 1919 in Berlin, auf den noch einzugehen sein wird, dass es innerhalb des Militärs erhebliche Differenzen in der Frage des zukünftigen Verhältnisses zur Regierung gab. Ebenso vertieften sich die Risse im Zweckbündnis vom 10. November 1918. Die Generäle gingen zunehmend auf Distanz und begannen, »ihre politischen Forderungen mit Überlegungen zu verbinden, wie die Regierung zur Erfüllung [ihrer] Forderungen gezwungen werden könnte«⁸⁹. Der spätere Putschist General Lüttwitz begründete die Einmischung des Militärs in die Innenpolitik damit, dass die Armee der Regierung im Kampf gegen die Revolution geholfen und sich damit »Dank und Rechte erworben«⁹⁰ habe.

Demgegenüber nahm in der SPD die Kritik am Militär und insbesondere Reichswehrminister Noske zu. Vor allem an der Partei- und Gewerkschaftsbasis zeigte sich eine starke Gegnerschaft gegen die Freikorpsangehörigen. In tausenden Versammlungen wurde beschlossen, zu jenen, die nach dem 1. Mai 1919 dem Militär noch angehörten, alle privaten Kontakte abzubrechen und sie nicht wieder in die Betriebe hereinzulassen.⁹¹ Aus sozialdemokratischer Sicht war das ganze Offizierskorps »zuverlässig gegenrevolutionär«⁹², wie der Abgeordnete Paul Löbe⁹³ in einer Sitzung der

⁸⁶ Ebenda. S. 479.

⁸⁷ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 21.

⁸⁸ Miller: Bürde der Macht. S. 274–297.

⁸⁹ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 29.

⁹⁰ Ebenda.

⁹¹ Gietinger: Der Konterrevolutionär: S. 177.

⁹² Miller: Bürde der Macht. S. 365.

⁹³ Lehnert, Detlef: Paul Löbe (1875–1967) Vom Redakteur zum Reichstagspräsidenten. In: Schöler, Scholle (Hrsg.): Weltkrieg Spaltung Revolution. S. 403–416.

SPD-Reichstagsfraktion im Herbst 1919 konstatierte. Unter den Soldaten befänden sich nur wenige mit gefestigter republikanischer Gesinnung. Deshalb nahmen die Stimmen in der Sozialdemokratie zu, die Regierung möge jene Offiziere entlassen, »die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Staatsform zu stellen vermögen, und sie durch geeignete andere militärische Führer zu ersetzen«⁹⁴.

Die »Welle von rechts« und der Ausnahmezustand vom 13. Januar 1920: Vorgeschichte des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches

Der Feind steht rechts

Mitte September 1919 hatte Phillip Scheidemann einen vielbeachteten öffentlichen Auftritt. Er war am 20. Juni 1919 aufgrund seiner Ablehnung der Versailler Friedensbedingungen als Reichsministerpräsident zurückgetreten.⁹⁵ Nach einem mehrwöchigen Erholungsurlaub in der Schweiz kehrte er nun auf die politische Bühne der Weimarer Republik mit einem Paukenschlag zurück. Vor mehr als zehntausend Menschen hielt er in Kassel eine Rede⁹⁶, in der er sich zur allgemeinen politischen Lage in Deutschland äußerte und dabei mit Kritik an der radikalen Linken nicht sparte. Was jedoch zu einer Sensation wurde, war die kritische Auseinandersetzung mit seinen eigenen Genossen in der Reichsregierung.⁹⁷ Insbesondere der Fall des Oberst Reinhard, der die Regierung in wüstester Weise beschimpft, sich für die Wiedererrichtung der Monarchie ausgesprochen und dennoch nicht entlassen worden war, sei eine »Tatsache, die blitzartig eine Situation beleuchtet, die unerträglich ist«⁹⁸. Scheidemanns Rede traf eine Massenstimmung innerhalb der organisierten Arbeiterschaft, die bis tief in die Reihen seiner eigenen sozialdemokratischen Partei reichte. Während die Regierung die radikale Linke massiv und mit drastischen Mitteln bekämpfte, unterschätzte sie in umgekehrtem Maß die Gefahr, die von der politischen Rechten ausging.

Infolge der Massenstreikaktionen des Frühjahrs 1919 hatten sich nicht nur Teile der sozialistischen Arbeiterschaft nach links, sondern auch die

⁹⁴ Miller: *Bürde der Macht*. S.366.

⁹⁵ Ebenda. S.291.

⁹⁶ *Vorwärts*, 12.09.1919.

⁹⁷ Miller: *Bürde der Macht*. S.364.

⁹⁸ Ebenda.

Masse des Bürgertums nach rechts radikalisiert. Die bürgerliche Radikalisierung war zunächst eine Abwehr- und Gegenreaktion auf die gesellschaftsverändernden Ambitionen der sozialistischen Arbeiterschaft gewesen. Sie muss aber zugleich als Ausdruck des Fortbestehens des Radikationalismus der bürgerlichen Gesellschaft des untergegangenen Kaiserreiches verstanden werden. Zu dessen Bestandteilen hatten der Kampf gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, ein antisemitisch aufgeladener Nationalismus, die Vision eines »rassenreinen« Reiches und die Identifikation mit einer deutschen Großmachtstellung gehört.⁹⁹ Vor diesem Hintergrund war es nahezu folgerichtig, dass sich die bürgerliche Radikalisierung in den massenhaften nationalistischen Protesten gegen den Versailler Friedensvertrag zu einer »Welle von rechts«¹⁰⁰ ausweitete. Getragen wurde sie von den beiden bürgerlichen Rechtsparteien Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei, den zahlreichen nationalistischen und völkischen Verbänden, Traditionsvereinen, Geheimgesellschaften, »frondierenden Militärs«¹⁰¹ und neuen rechtsextremem Massenorganisationen wie dem *Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund* oder Kleinstparteien wie der *Deutschen Arbeiterpartei* in München, der späteren *NSDAP* Adolf Hitlers¹⁰², bis hin zu den agrarischen Interessengruppen, den Heimat- und Landbünden, und nicht zuletzt ihren großindustriellen Geldgebern.¹⁰³ Anliegen dieser kompakten politischen Rechten war es, »ihr antidemokratisches, antiliberales, antisozialistisches und antisemitisches Denken in der Gesellschaft zu verbreitern«¹⁰⁴. Sie stellte die Weimarer Demokratie grundsätzlich infrage und wollte sie beseitigen, um zu einem autoritären, parlaments- und parteiunabhängigen Staat zurückzukehren.«¹⁰⁵

An den Versailler Bedingungen waren im Frühjahr 1919 die weitverbreiteten Illusionen auf einen für Deutschland erträglichen Wilson-Frieden zerplatzt.¹⁰⁶ Für einen solchen Frieden hatten die bis dahin treu zu

⁹⁹ Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* Dritter Band. Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914. München 1995. S. 1067.

¹⁰⁰ Kolb, Eberhard: *Die Weimarer Republik*. München 2002. S. 38.

¹⁰¹ Büttner: Weimar. S. 126.

¹⁰² Den zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend Unbekannten schickte die Münchner Reichswehrführung während des Putschs als Vertrauensmann nach Berlin, um eine Verbindung mit den Kapp-Putschisten herzustellen. Weißbecker: *Kapp-Putsch 1920*. S. 13.

¹⁰³ Erger: *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*. S. 96/97.

¹⁰⁴ Büttner: Weimar. S. 137.

¹⁰⁵ Ebenda.

¹⁰⁶ Sie waren auch eine Folge der übertriebenen Vierzehn-Punkte-Propaganda, die das Friedensprogramm des US-amerikanischen Präsidenten Wilson vom Januar 1918 einseitig zugunsten Deutschlands ausgelegt hatten. Lorenz, Thomas: *Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Der Versailler Vertrag in Diskurs und Zeitgeist der Weimarer Republik*. Frankfurt a. M. 2008. S. 47/48.

Wilhelm II. stehenden bürgerlichen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen im Herbst 1918 nicht nur ihren Kaiser geopfert, sondern auch der Revolution, die die Monarchie durch die Republik ersetzte, keinen Widerstand geleistet.¹⁰⁷ Doch die parlamentarische Demokratie brachte nicht den erhofften erträglichen Frieden, sondern Friedensbedingungen, die für Deutschland große territoriale, materielle und finanzielle Verluste bedeuteten und seinem Militär harte Beschränkungen auferlegten. Sie gestatteten nur noch eine Berufsarmee von 100 000 Mann, moderne Waffen waren verboten. Insbesondere die hohen Reparationsforderungen, die die Siegermächte mit der Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeten begründeten, stießen auf massiven Widerstand. Durch deren Anerkennung verpflichtete sich Deutschland als Urheber des Krieges auch für alle Schäden und Verluste aufzukommen. »Obwohl die Formulierung und die Stellung des Artikels [231] am Anfang des [Vertrags-]Abschnitts über die Reparationen erkennen ließen, dass es in erster Linie um deren juristische Begründung ging, wurde die Aussage in Deutschland als moralisches Schuldurteil verstanden und heftig bekämpft. Das Auswärtige Amt teilte und förderte die Entrüstung über die Kriegsschuldflüge; seine sogenannte ›Aufklärungsarbeit‹ nährte in den folgenden Jahren die Illusion, mit dem Wegfall des Artikels 231 würden auch die Reparationen aufhören.«¹⁰⁸

Während die SPD die Bedingungen als imperialistisch sowie dauerhafte Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft zunächst abgelehnt¹⁰⁹ und sich in die nationalistische Einheitsfront gegen Versailles eingereiht hatte, war die USPD trotz ihrer Kritik an diesem Gewaltfrieden »aus Abneigung gegen die Erneuerung des Burgfriedens«¹¹⁰ von Anfang an für deren Annahme eingetreten. Dass die SPD in der Frage der Kriegsschuld sowohl im Herbst 1919 als auch dauerhaft in der Defensive blieb, war die Konsequenz ihres Festhaltens an der Entscheidung vom 4. August 1914, den Kriegskrediten zuzustimmen und sich in die nationale Kriegsfront einzureihen.¹¹¹ Der leidenschaftliche Appell des theoretischen Vordenkers des Revisionis-

¹⁰⁷ Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924. Bonn/Berlin 1983. S. 31/32.

¹⁰⁸ Büttner: Weimar. S. 126.

¹⁰⁹ Groh, Dieter; Brandt, Peter: »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990. München 1992. S. 180/181.

¹¹⁰ Ebenda. S. 181.

¹¹¹ Kruse, Wolfgang: Integration versus Opposition. Fünf Thesen zur Spaltung der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. In: Braune, Andreas; Hesselbarth, Mario; Müller Stefan (Hrsg.): Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus? Stuttgart 2018. S. 25–42.

mus in der deutschen Sozialdemokratie, Eduard Bernstein¹¹², auf dem Weimarer SPD-Parteitag im Juni 1919, »sich nicht länger zum Gefangenen jener Abstimmung vom 4. August 1914 zu machen«¹¹³ und den Ehrbegriffen der Bourgeoisie zu entsagen, blieb neben den Angriffen, die er damit aus der eigenen Partei auf sich zog, nicht nur wirkungslos. Indem die SPD die Gefährlichkeit der Kriegsschuldfrage nicht erkannte oder ignorierte, gab sie ihren Gegnern von rechts »eine gefährliche Waffe in die Hand«¹¹⁴.

Die politische Rechte begann ab Frühjahr 1919 eine umfassende publizistische Offensive und Versammlungstätigkeit gegen den »Schmachfrieden« zu entfalten, die die politische Stimmung insbesondere im Bildungsbürgertum und der Studentenschaft sowie einen beachtlichen Teil der Angestellten und des Kleinbürgertums weiter nach rechts verschob und sich mit antisozialistischer und antisemitischer Hetze verband.¹¹⁵ In dieser Atmosphäre avancierte die Dolchstoßlegende – sie war bereits vor dem 9. November 1918 von verschiedener Seite lanciert worden, um den Ausbruch der Revolution doch noch zu verhindern¹¹⁶ – zur »tragenden Säule der konservativ-nationalistischen Rechtfertigungs- und Kampffideologie«¹¹⁷ gegen die Republik. Von der ehemaligen Dritten Obersten Heeresleitung während des Ersten Weltkrieges, Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff am 18. November 1919 vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung über die Ursachen des Zusammenbruch Deutschlands wirkungsvoll in Szene gesetzt, wirkte sie weit über jene Bevölkerungskreise hinaus, die der Republik in kompromissloser Gegnerschaft gegenüberstanden. Möglich wurde dies, weil ein großer Teil der deutschen Bevölkerung die Weltkriegsniederlage nicht akzeptieren wollte. Insofern wirkte die Dolchstoß-Legende wie ein Dolchstoß in den Rücken der Weimarer Demokratie. Für die konservativ-nationalistische Rechte erfüllte sie in Verbindung mit der Behauptung von der Schuldlosigkeit Deutschlands am Krieg eine politisch nützliche Doppelfunktion: »Einerseits verschleierte sie das Versagen der politischen und militärischen

¹¹² Kneib, Sabine: Eduard Bernstein (1850–1932). In: Benser, Günter; Schneider, Michael (Hrsg.): »Bewahren – Verbreiten – Aufklären«. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutsch-sprachigen Arbeiterbewegung. Bonn-Bad Godesberg 2009. S. 26–33.

¹¹³ Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 213.

¹¹⁴ Ebenda. S. 212.

¹¹⁵ Exemplarisch hierzu auch die Situation in Weimar. Faludi, Christian: 1920 in Weimar. Das Ringen um Normalität. Wiesbaden 2021. S. 42–57.

¹¹⁶ Petzold, Joachim: Die Dolchstoßlegende: eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus. Berlin 1963.

¹¹⁷ Kolb: Die Weimarer Republik. S. 39.

Führungsinstanzen des kaiserlichen Deutschlands und entlastete so das alte Regime, andererseits bürdete sie den revolutionären Kräften und – direkt oder indirekt – auch den Trägern der Weimarer Republik die Schuld an der Niederlage und damit an der als unerträglich empfundenen Gegenwartsmisere auf.«¹¹⁸

In der Konsequenz war sich die politische Rechte im Kampf gegen die Republik und die parlamentarische Demokratie einig. Unterschiede gab es in der Wahl der Mittel. Während eine Minderheit um den preußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und General Ludendorff einen gewaltsamen Sturz der Regierung vorbereite, setzte die Mehrheit auf das legale Mittel der Wahlen. Sie hoffte durch eine Verschiebung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse nach rechts auf gesetzlichem Weg Veränderungen am politischen System der Weimarer Republik vornehmen zu können. Für die hierfür erforderliche nationalistische Mobilisierung konzentrierte sich die Propaganda der Rechtsopposition im Herbst 1919 auf die vermeintlich weiterhin bestehende kommunistische bzw. bolschewistische Gefahr, um so auch der anstehenden Reduzierung des Heeres entgegenzuwirken. Zugleich forderten sie Reichstagswahlen, weil der Auftrag der Nationalversammlung mit der Verabschiedung der Weimarer Verfassung tatsächlich erfüllt war. Vor allem drängten sie auf die in der Verfassung vorgeschriebene Direktwahl des Reichspräsidenten durch das Volk. Als Sammelkandidat der politischen Rechten stand Hindenburg bereit, sie traute ihm einen Erfolg aufgrund seiner großen Popularität bei den nationalistischen bürgerlichen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen zu. Mit ihm an der Spitze des Staates wollte sie einen Ersatzkaiser installieren, um die parlamentarische Demokratie im Rahmen der Verfassung schrittweise abzubauen.¹¹⁹

Der Ausnahmezustand vom 13. Januar 1920 und seine Folgen für Thüringen

Nachdem die Revolution infolge der Niederschlagung der zweiten Revolutionswelle (Februar/März – Anfang Mai 1919) zum Erliegen gekommen war, schien sie – aus Perspektive der Regierung der Weimarer Koalition – im Herbst/Winter 1919/20 mit dem Berliner Metallarbeiterstreik, einem im Ruhrgebiet ausbrechenden Eisenbahnerstreik, dem sich die Belegschaften

¹¹⁸ Ebenda.

¹¹⁹ Könnemann, Krusch: *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch*. S. 47.

einzelner Bergwerke und die Telegrafentarbeiter anschlossen, erneuten politischen Unruhen in der radikalen Hochburg Hamborn sowie dem Ausbruch einer großen Streikwelle in Oberschlesien wieder in Gang zu kommen.¹²⁰

Infolge der Eskalation einer von USPD und KPD gemeinsam organisierten Massenkundgebung vor dem Berliner Reichstag,¹²¹ auf der 100 000 Frauen, Männer und auch Jugendliche zunächst friedlich gegen die Verabschiedung des aus ihrer Sicht unzureichenden Betriebsrätegesetz durch die Nationalversammlung protestiert hatten,¹²² verhängte Reichspräsident Ebert gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung¹²³ den Ausnahmezustand für Norddeutschland. Damit waren nicht nur öffentliche Versammlungen und Umzüge verboten, sondern auch die laufenden Streiks der Eisenbahner und Bergarbeiter. Reichswehrminister Noske als nunmehriger Inhaber der vollziehenden Gewalt ergänzte diese Verfügung durch eine Anweisung an die Militärbefehlshaber, unabhängige und kommunistische Zeitungen zu verbieten, wenn sie zu Streiks oder Protesten gegen die Regierung aufriefen.

In seinen Ausführungsbestimmungen zur Handhabung des Ausnahmezustandes an die Militärbefehlshaber unterstrich Noske das eigentliche Motiv für dessen Verhängung. Es gehe darum, den »Zusammenbruch des Wirtschaftslebens«, d. h. Streiks der Arbeiterschaft, zu verhindern. Faktisch bedeutete der Ausnahmezustand ein nahezu vollständiges Streikverbot. Über die in der Verordnung Eberts vom 13. Januar als lebenswichtig definierten Betriebe der Gas-, Wasser- und Stromversorgung, des Kohlenbergbaus und der Verkehrsbetriebe hinaus verbot Noske Streiks in allen

¹²⁰ »Es kann einem Zweifel wohl nicht mehr unterliegen, dass der Metallarbeiterstreik zu einer großen Streik- und im weiteren Verlauf zu einer Umsturzbewegung führen sollte. [...] Es handelt sich also ganz augenscheinlich um eine umfassende Aktion, die Staatsmaschine durch allmählich sich ausbreitende Streiks zum Stillstand zu bringen. Dagegen hilft nur rücksichtslose Anwendung der Staatsgewalt.« Befehl Noskes an die Reichswehrgruppenkommandos vom 29. Oktober 1919. Hürten, Heinz: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918–1920. Düsseldorf 1977. S. 248. Dok. 115.

¹²¹ Beim bewaffneten Vorgehen der Sicherheitspolizei starben 42 Kundgebungsteilnehmer, es gab über 100 Verletzte. Weipert: Die Zweite Revolution. S. 168.

¹²² Zum Ablauf, den späteren Deutungen und Konsequenzen der Kundgebung am 13. Januar: Ebenda. S. 160–189.

¹²³ Der direkt durch das Volk zu wählende und damit vom Parlament unabhängige Reichspräsident verfügte neben seinen ohnehin weitreichenden Vollmachten mit dem Artikel 48 über den Ausnahmezustand. Nur die USPD hatte sich in der Nationalversammlung gegen diesen Verfassungsartikel gewandt, der den Reichspräsidenten als eine Art Ersatzkaiser konzipierte. Hier kam das Misstrauen der mehrheitssozialdemokratisch-bürgerlichen Verfassungsmütter- und Väter der Weimarer Republik gegenüber dem parlamentarischen System und der parteistaatlichen Demokratie zum Ausdruck. Während die Sozialdemokratie damit im Widerspruch zu ihren vor dem Weltkrieg verfochtenen verfassungstheoretischen Vorstellungen handelte, agierte das Bürgertum in der Kontinuität seiner Abwehr des sogenannten Parlamentsabsolutismus nach britischem Vorbild. Das war aus seiner Sicht durchaus rational. Ein unbeschränkter Parlamentarismus barg die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit im Parlament mit entsprechenden gesellschaftlichen Konsequenzen in sich. Kolb: Die Weimarer Republik. S. 19/20.

Exportunternehmen, den für die Ernährung der Bevölkerung infrage kommenden Betrieben sowie in allen Unternehmen, die für die pünktliche Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag angesehen wurden.¹²⁴

Von der Verhängung des Ausnahmezustandes waren auch die Thüringer Kleinstaaten betroffen. Die Reichsregierung begründete ihre Maßnahme mit der »Notwendigkeit, den Eisenbahnbetrieb und die Kohlenversorgung zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Katastrophe aufrechtzuerhalten«¹²⁵. Mit diesem Argument wies sie die Forderungen des Thüringer Staatsrates¹²⁶ zurück, den Ausnahmezustand wieder aufzuheben.¹²⁷ Tatsächlich wurde durch ihn »die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Briefgeheimnis, das Postgeheimnis, die freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, das Vereinigungsrecht und die Garantie des Eigentums«¹²⁸ für die Mitglieder und Anhänger von USPD und KPD aufgehoben. Hieraus zog Bruno Bielick für die USPD-Fraktion im Thüringer Volksrat den Schluss, dass die Maßnahmen der Reichsregierung einseitig und hauptsächlich die Mitglieder der Kommunistischen Partei betreffen würden, sie seien damit »als Staatsbürger außerhalb der verfassungsmäßigen Rechte gestellt«¹²⁹.

Wilhelm Bärwinkel (USPD),¹³⁰ Mitglied des Thüringer Staatsrates für den Freistaat Schwarzburg-Sondershausen, brachte den eigentlichen Konflikt auf den Punkt: Die USPD-geführte Landesregierung Schwarzburg-Sondershausen habe »von vornherein eine Verständigung mit den Arbeitern unseres Landes gesucht und damit alles erzielt, worauf wir als Regierung Einfluß haben mussten, um das Wirtschaftsleben so zu erhalten, so gut es unter den Verhältnissen möglich war«¹³¹. Demgegenüber reagiere die Reichsregierung auf die Forderungen der Arbeiterschaft ausschließlich

¹²⁴ Hürten: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. S. 325/326. Dok. 165.

¹²⁵ Jenaer Volksblatt, 17.01.1920.

¹²⁶ Der Thüringer Staatsrat war die aus Mitgliedern der kleinstaatlichen thüringischen Landesregierungen gebildete Regierung der Thüringischen Gemeinschaft. Leimbach, Timo: Unter dem »Leitstern« der Gemeinschaft. S. 275/276.

¹²⁷ »Da nach Auffassung des Staatsrats von Thüringen im Gebiete der Thüringer Staaten Anlaß zur Verhängung des Ausnahmezustandes nicht vorliegen hat und nicht vorliegt, ersucht der Staatsrat darum, Ausnahmebestimmungen, soweit solche getroffen sind, außer Wirkung zu setzen, neue Anordnungen aber nur im Einvernehmen mit dem Staatsrat von Thüringen als dem Vertreter aller thüringischen Staatsregierungen zu treffen [...]« Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 218.

¹²⁸ Ebenda. S. 215.

¹²⁹ Ebenda. S. 216.

¹³⁰ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 145–147.

¹³¹ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 239.

mit Militär; zugleich werde das Wirtschaftsleben an anderer Stelle wesentlich schwerer sabotiert, ohne das dagegen vorgegangen würde. Das war aus seiner Sicht die Ursache für die große Empörung unter der Arbeiterschaft, »weil man im Wirtschaftsleben mit zweierlei Maß misst, weil man einerseits, wo es sich für das Unternehmertum oder die Landwirtschaft darum handelt, ihre Produkte abzuliefern, alle Wünsche erfüllt, auf der anderen Seite aber mit Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft eingreift.«¹³² Angesichts dieser Politik würde kenntlich, dass die Regierung ausschließlich mit den alten Methoden des Zwangs zum Ziel kommen wolle, erklärte Karl Hermann (USPD)¹³³ in der gleichen Debatte. Die notwendige Steigerung der Produktion müsse mit einem ehrlichen Aufruf an die Arbeiterschaft zur Mitarbeit erreicht werden. In einem System, zu dem die Arbeiterklasse kein Vertrauen mehr habe, könne dies nur gelingen, wenn ihr ein größeres Mitbestimmungsrecht in der Produktion eingeräumt werde.¹³⁴

Mit dem Ausnahmezustand vom 13. Januar 1920 hatte die Reichsregierung nicht nur die konkrete Situation geschaffen, in der die Arbeiterschaft zwei Monate später in den Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch eintreten musste. Er selbst stellte auch eine ideale Voraussetzung für die unmittelbaren Umsturzvorbereitungen dar. Zu den Maßnahmen, die der Reichswehrminister zur Unterdrückung jeglicher Streiks anordnete, gehörte die »sorgfältige Verteilung und rücksichtsloser Einsatz der militärischen und polizeilichen Kräfte«¹³⁵. Mit der Begründung, zur Aufrechterhaltung des Bahnverkehrs die durch Thüringen führenden Bahnlinien zusätzlich zu sichern, waren Einheiten der preußischen Sicherheitspolizei u. a. nach Weimar verlegt worden.

Am 12. März 1920 versicherte der preußische Oberpräsident Otto Hörsing (SPD) dem Staatsminister der Landesregierung Sachsen-Weimar, August Baudert (SPD),¹³⁶ dass die in Weimar stationierte Einheit im republikanischen Sinne sehr zuverlässig sei, er werde jedoch einige Offiziere ersetzen. »Schon 24 Stunden später erwies sich das Vertrauen Hörsings auf seine Sip in Weimar als falsch.«¹³⁷ Für die USPD-Fraktion im Thüringer Volks-

¹³² Ebenda. S. 240.

¹³³ Kellner, Michael: Im Ringen um die Kommunale Selbstverwaltung. Karl Hermann (1885–1973). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. S. 203–210.

¹³⁴ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 234.

¹³⁵ Hürten: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. S. 325. Dok. 165.

¹³⁶ Faludi, Christian: August Baudert. In: Faludi, Bartuschka (Hrsg.): »Engere Heimat«. S. 359–361.

¹³⁷ Baudert, August: Sachsen-Weimars Ende. Historische Tatsachen aus sturmbelegter Zeit. Weimar 1923. S. 58.

rat ergab sich aus dem Ausnahmezustand die Gefahr eines Bürgerkrieges, denn es könne kein Zweifel darüber bestehen, »dass die Organisation der Gegenrevolution in außerordentlicher Weise vervollständigt worden ist, und das die Kreise, die dahinter stehen, den Zeitpunkt für gekommen erachten, loszuschlagen und die Kämpfe um eine neue Gesellschaftsordnung in Deutschland endgültig im rückschrittlichen Sinne zu regeln, die Verhältnisse wieder zurückzuschrauben auf die Verhältnisse, wie wir sie in Deutschland vor dem Krieg gehabt haben«¹³⁸.

Die Putschisten

Der Staatsstreichversuch vom 13. März 1920 war arbeitsteilig vorbereitet worden – von Erich Ludendorff, dem eigentlichen Inspirator im Hintergrund, General von Lüttwitz, der mit seinem Agieren den Putsch auslöste, und Wolfgang Kapp als selbst ernanntem Reichskanzler. Nach dem Scheitern ihres Unternehmens hatten die beiden Generäle kein Interesse, »ihren Namen mit dem Putsch begrifflich in Verbindung bringen zu lassen«¹³⁹. Andererseits reduzierte sich die Rolle Kapps weder auf die eines Namensgebers noch des politischen Aushängeschildes für die Militärs. Insbesondere er und General Ludendorff verkörperten die »ideelle und personelle Kontinuität zwischen den Staatsstreichplänen der Kriegsjahre und denen der Nachkriegszeit«¹⁴⁰.

Im Unterschied zu seinem liberalen Vater, einem »Achtundvierziger« (Teilnehmer der Revolution von 1848/49), der sich in seinem amerikanischen Exil 1860 für die Wahl Abraham Lincolns zum us-Präsidenten engagiert hatte, vertrat Wolfgang Kapp einen »arroganten, neokonservativen Nationalismus«¹⁴¹. Während des Ersten Weltkrieges war er zu einem der maßgebenden Sieg-Friedenspolitiker des Kaiserreiches aufgestiegen. Seine Annexionsforderungen hatten ihn nicht nur mit den für einen Verständigungsfrieden eintretenden Mehrheitsparteien im Deutschen Reichstag, sondern auch mit der Regierung in Konflikt gebracht. Deshalb war ihm im August 1916, trotz massiver konservativer Proteste, eine erneute Bestätigung als Generallandschaftsdirektor verwehrt worden.¹⁴² Von da ab nicht mehr an

¹³⁸ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 217.

¹³⁹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. Einleitung. S. XXIV.

¹⁴⁰ Ebenda. S. XIV.

¹⁴¹ Hagenlücke, Heinz: Die Deutsche Vaterlandspartei am Ende des Kaiserreiches. Düsseldorf 1997. S. 111.

¹⁴² Ebenda. S. 130.

die Verpflichtungen eines preußischen Beamten gebunden, begann Kapp zunächst gegen Reichkanzler Bethmann-Hollweg zu intrigieren. Nach dessen Sturz im Juli 1917 gehörte er zu den Mitbegründern der *Deutschen Vaterlandspartei*. Sie markierte »den Höhepunkt der agrarisch-schwerindustriellen konservativen Sammlungspolitik, die sich hier zum ersten Male explizit gegen die Politik der Regierung richtete«¹⁴³.

Nach der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution 1918 bemühte sich Kapp im Winter 1918/19 vergeblich, das Militär in Ostpreußen zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen die Revolution zu bewegen.¹⁴⁴ Seit Februar 1919 plante er den Staatsumsturz, der von Ostpreußen ausgehen sollte. Noch vor Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages müsse »eine zuverlässige militärische Truppe im Osten das Banner der nationalen Erhebung aufrichten und sich zugleich auf die im Baltikum unter dem Kommando des Grafen Goltz stehenden Truppen stützen. [...] Vom Osten her sollte dann die Bewegung auf das übrige Reich übergreifen.«¹⁴⁵ Entscheidend für die weiteren Putschvorbereitungen waren jedoch nicht diese Überlegungen Kapps, sondern die des ehemaligen Generalquartiermeisters der Dritten Obersten Heeresleitung General Erich Ludendorffs. Ihn kannte Kapp seit 1915 persönlich.

Der bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges weitgehend unbekanntes Ludendorff hatte sich an dessen Beginn mit spektakulären Aktionen hervorgetan. Als Generalstabschef der 8. Armee war er Ende August 1914 maßgebend am deutschen Erfolg über die russischen Streitkräfte in der Schlacht bei Tannenberg beteiligt. Dieser Sieg, von der deutschen Propaganda entscheidend befördert, begründete Hindenburgs und auch Ludendorffs »Charisma des vermeintlich unbesiegbaren Feldherrn«¹⁴⁶. Im Unterschied zum Feldmarschall büßte Ludendorff jedoch infolge der Kriegsniederlage Deutschlands an Ansehen ein. Er galt nun »vielen Deutschen nicht nur als Kriegsverlängerer, sondern auch als Hauptverantwortlicher für die Niederlage wie für das Ende des Hohenzollernreiches«¹⁴⁷.

Ludendorff begann nach seiner Rückkehr aus dem schwedischen Exil, in das er sich unmittelbar nach seiner Entlassung als Generalquartiermeister

¹⁴³ Ebenda. S. 402.

¹⁴⁴ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 18.

¹⁴⁵ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 575. Dok. 375.

¹⁴⁶ Nebelin, Manfred: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg. München 2010. S. 8.

¹⁴⁷ Ebenda. S. 11/12.

am 26. Oktober 1918 begeben hatte, ab dem Sommer 1919 gezielt auf einen Sturz der Regierung hinzuarbeiten. Während einer Besprechung mit mehreren Offizieren in der Berliner Wohnung Kapps im Juli 1919 regte er an, »die Erhebung nicht von Osten, sondern von Berlin ausgehen zu lassen, zumal in dieser Beziehung schon gewisse Anregungen und Anfänge beständen«¹⁴⁸.

Damit war das Konzept eines gewaltsamen Umsturzes formuliert, wobei Kapp durch die Unterstützung Ludendorffs als politischer Führer des Unternehmens galt.¹⁴⁹ »In der Folgezeit sprach man in einschlägigen Kreisen von Kapp als dem kommenden Mann.«¹⁵⁰ Während er damit begann, die ihm geeignet erscheinenden Personen für seine Putschregierung auszuwählen und in seine Pläne einzuweißen, versuchte Ludendorff über Oberst Bauer – er war sein politischer Berater während seiner Zeit als Generalquartiermeister der Dritten Obersten Heeresleitung –, den Putsch außenpolitisch abzusichern.¹⁵¹

Als Zentrale für den Umsturz fungierte die von Ludendorff gegründete *Nationale Vereinigung*. Sie erklärte in ihren für die Öffentlichkeit bestimmten Grundsätzen, hinter ihr stünden jene politischen und militärischen Persönlichkeiten, »deren Namen als Träger des nationalen Gedankens bzw. als Heerführer im Weltkrieg bekannt sind«¹⁵². Ihr Ziel sei es, alle nationalbewussten Bestrebungen zu fördern. Hierzu wurden die nationalistisch orientierten Vereine aufgefordert, in einen Nachrichtenaustausch einzutreten, um die Zersplitterung und ein Nebeneinanderher arbeiten zu verhindern. Den nationalistisch Gesinnten wollte die Nationale Vereinigung die Zuversicht geben, dass der republikanische Zustand in Deutschland keinen Bestand haben werde. Im Zusammenhang damit stand ihr eigentlicher, für die Öffentlichkeit nicht bestimmter Zweck, politischer und militärischer Sammelpunkt aller antidemokratischen und antirepublikanischen Kräfte für den Umsturz zu sein. Hierzu zählten im Verständnis Kapps und Ludendorffs die »gutgesinnten, aktionsbereiten nationalen Offiziere«¹⁵³. Vor allem rechneten sie auf die Angehörigen der aufgelösten

¹⁴⁸ Könnemann, Schulze (Hrsg.): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch*. S. 575. Dok. 375.

¹⁴⁹ Erger: *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*. S. 40.

¹⁵⁰ Könnemann, Schulze (Hrsg.): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch*. Einleitung. S. XII.

¹⁵¹ Erger: *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*. S. 40.

¹⁵² Könnemann, Erwin: *Nationale Vereinigung (NVG) 1919–1920*. in: Fricke, Dieter (Hrsg.): *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)* In vier Bänden. Bd. 3. Leipzig 1985. S. 397 (S. 397/398).

¹⁵³ Könnemann, Schulze (Hrsg.): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch*. S. 576. Dok. 375.

Baltikumtruppen¹⁵⁴, »die mit Unterstützung der Nationalen Vereinigung einsatzfähig blieben und zum Teil mit ihren Waffen als »Arbeitsgemeinschaften« auf Gütern in Ostpreußen und Vorpommern untergebracht waren. Die Schlüsselfigur der sogenannten Baltikumer war der Kommandeur der ehemaligen »Eisernen Division«, Major Bischoff.«¹⁵⁵ Gleichzeitig wollte die Nationale Vereinigung durch gezielte politische Propaganda in der Bevölkerung den Resonanzboden für die Gegenrevolution schaffen.¹⁵⁶

Ihren Sitz nahm die Verschwörerzentrale in Berlin, Schellingstraße 1, hier hatte einst Kapps *Deutsche Vaterlandspartei* residiert.¹⁵⁷ Hauptgeschäftsführer der Nationalen Vereinigung wurde im Herbst 1919 Hauptmann Waldemar Papst, eine »Zentralfigur der Konterrevolution«¹⁵⁸. Als Chef des Generalstabes der Gardekavallerie-Schützendivision war er nicht nur entscheidend an der Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft während der Berliner Januarkämpfe 1919 beteiligt, sondern auch unmittelbar für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verantwortlich. Papst brachte in die Geschäftsführung der Nationalen Vereinigung einen Teil des Stabes der Garde-Kavallerie-Schützendivision mit ein,¹⁵⁹ der aufgrund seiner guten Verbindungen zur Rechtspresse eine umfassende Propagandaoffensive eröffnete.¹⁶⁰ Er hatte zudem auf dem Höhepunkt seines politischen Einflusses die Bildung der paramilitärischen preußischen Sicherheitspolizei angeregt, in der er ebenfalls Angehörige seines Freikorps unterbrachte.¹⁶¹ Ebenso waren die Einwohnerwehren, die sich am 13. März

¹⁵⁴ Bei ihnen handelte es sich um deutsche Freikorpsoldaten, die im Frühjahr 1919 mit Billigung der Entente und auf Bitten der lettischen Regierung zum Kampf gegen die Bolschewiki in Lettland angeworben worden waren. Gelockt wurden diese Freiwilligen mit kostenlosem Siedlungsland, ein Versprechen, das jedoch nicht eingehalten wurde. Infolge dessen stellten sich die Baltikumer, die selbst nach Einschätzung General Groeners eher den Landsknechten aus dem Dreißigjährigen Krieg entsprachen, gegen die deutsche Regierung, die die Baltikumtruppen im Herbst 1919 auf Druck der Entente zurückziehen musste und auflöste. Erger: *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*. S. 52–55.

¹⁵⁵ Ebenda. S. 91.

¹⁵⁶ Könnemann, Schulze (Hrsg.): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch*. S. 576. Dok. 375.

¹⁵⁷ Erger: *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*. S. 86.

¹⁵⁸ Gietinger: *Der Konterrevolutionär*. S. 189.

¹⁵⁹ Ebenda. S. 197.

¹⁶⁰ Erger: *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*. S. 90/91 und 93/94.

¹⁶¹ Gietinger: *Der Konterrevolutionär*. S. 167/168. Zur politischen Haltung ihrer Angehörigen sowie ihren späteren Karrieren in SA und SS: Sauer, Bernhard: *Zur politischen Haltung der Berliner Sicherheitspolizei in der Weimarer Republik*. in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*. (Bd. 53) 2005. S. 26–45.

an die Seite der Putschisten stellten,¹⁶² seiner Initiative entsprungen. Zunächst hatte Papst in Berlin die im Winter 1918/19 gebildeten Wehren unter der Obhut seiner Garde-Kavallerie-Schützendivision organisiert. Im Frühjahr 1919 wurde die hierfür verantwortliche Abteilung VIII seiner Einheit in die Zentralstelle für Einwohnerwehren übernommen.¹⁶³ Insofern war Papst die Idealbesetzung für die Organisation des Staatsstreiches.

Seit dem Frühjahr 1919 gehörte er zu jenen Offizieren, die am eifrigsten auf den Sturz der Regierung hinarbeiteten. Spätestens seit der Zerschlagung der Münchner Räterepublik Ende April 1919¹⁶⁴ kursierten zahlreiche Putsch- und Diktaturpläne, die jedoch aus den unterschiedlichsten Gründen verworfen worden waren. Papst sollte der erste sein, der sie zu verwirklichen versuchte. Von dem von ihm befehligten Putschversuch des Gardekavallerie-Schützenkorps am 21. Juli 1919 führt »eine direkte Linie zum Kapp-Putsch«¹⁶⁵.

Ende Juni 1919 hatte Reichswehrminister Noske unter dem Druck der Führungen von SPD und Gewerkschaften das Verbot eines Eisenbahnerstreiks zurücknehmen und Papst den Abbruch des Einsatzes seiner Truppen gegen die Streikenden befehlen müssen. Für den Hauptmann stand daraufhin endgültig fest, mit dieser Regierung Schluss zu machen. Noske kam aus seiner Sicht zwar immer noch als Kandidat für eine Diktatur infrage, aber er müsse hierfür seine Rolle als Parteipolitiker aufgeben. »Die SPD war – das hatte der Verkehrsstreik bewiesen – für die Interessen Papsts nicht mehr zu gebrauchen.«¹⁶⁶ Am 5. Juli 1919 schlug er deshalb dem Reichswehrminister eine Militärdiktatur mit ihm selbst an der Spitze vor. Papst wollte damit offenkundig die Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages doch noch verhindern. Noske lehnte jedoch ab. Er begründete dies

¹⁶² Am 13. März hatte die Reichszentrale der Einwohnerwehren die lokalen Wehren zur Unterstützung des Staatsstreiches aufgerufen. »Die Wiederherstellung einer ordnungsgemäßen Regierung stellt die deutschen Einwohnerwehren vor neue, schwerste Aufgaben. Jetzt muss sich erweisen, ob die Einwohnerwehren die Hoffnung Deutschlands erfüllen und unter allen Umständen die öffentliche Sicherheit gewährleisten. [...] Die neue Regierung der Arbeit hat nach der Flucht der Reichsregierung die Geschicke Deutschlands einstweilen in die Hand genommen, alle Parteien zur Mitarbeit aufgefordert und sich verpflichtet, in kürzester Frist Neuwahlen anzuberaumen. Bis zur Entscheidung des Volkes bewaffnen sich sämtliche Einwohnerwehren zum Schutz von Ruhe und Ordnung, zur Verteidigung von Heimat und Herd gegen Unruhestifter und Verbrechertum.« Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 160. Dok. 106.

¹⁶³ Gietinger: Der Konterrevolutionär. S. 173/174.

¹⁶⁴ Zehetmair, Sebastian: Die Bayerische Räterepublik und der Sonderweg Bayerns im Frühjahr 1919. In: Weipert, Axel; Bollinger Stefan; Lange, Dietmar; Schieder, Robert (Hrsg.): Eine zweite Revolution? Das Frühjahr 1919 in Deutschland und Europa. Berlin 2020. S. 203–219.

¹⁶⁵ Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 54.

¹⁶⁶ Gietinger: Der Konterrevolutionär. S. 189.

gegenüber Papst offenbar mit dem Wissen um seinen abnehmenden Rückhalt innerhalb der SPD und der Arbeiterschaft. Jeder Versuch, gegen die breiten Massen zu regieren, müsse in eine Katastrophe führen, so seine Begründung.¹⁶⁷ Die von Papst während dieses Gespräches geäußerten verklausulierten Drohungen veranlassten Noske indes, dem Hauptmann seine Machtstütze zu nehmen. Er befahl, die inzwischen zum Gardekavallerie-Schützenkorps aufgeblähte Truppe auf verschiedene Einheiten aufzuteilen.

In seiner Machtstellung nun unmittelbar bedroht, war es Papst jedoch gelungen, seinen Vorgesetzten General Hofmann davon zu überzeugen, den Aufteilungsbefehl nicht zu befolgen. Gemeinsam mit weiteren Offizieren seiner Einheit formulierte er am 12. Juli 1919 ein Ultimatum an die Regierung. Sie sollte das Gardekavallerie-Schützenkorps nicht auflösen und seinen Angehörigen im Fall der Entlassung eine soziale Sicherungsgarantie geben. Zudem verlangten die zum Putsch bereiten Offiziere, »dass unter dem bisherigen Reichspräsidenten eine starke Regierung aus Bürgerlichen und mehrheitssozialdemokratischen Kreisen etwa in Form eines Direktoriums die Regierungsgewalt übernimmt«¹⁶⁸. Ob diese Forderungen die Regierung erreicht haben, ist nicht bekannt.¹⁶⁹ Als Papst seine Truppen am 21. Juli 1919 tatsächlich auf die Hauptstadt losmarschieren ließ, waren die ersten Maßnahmen für den Staatsstreich bereits angedacht.¹⁷⁰ Im letzten Moment wurde die Aktion jedoch durch die herbeigerufenen Generäle von Lüttwitz und Maercker verhindert. Obwohl auch von Lüttwitz gegen die Aufteilung des Gardekavallerie-Schützenkorps war und dem Unternehmen Papsts mit Sympathie gegenüberstand, unterband er dessen Aktion. Den wenigen Eingeweihten gelang es, den Putschversuch Papsts nicht publik werden zu lassen, sodass sich für die Hauptbeteiligten des geplanten Regierungsturzes keine schwerwiegenden Folgen ergaben. Jene hohen Offiziere, die Papst zuvor vergeblich für das Unternehmen zu gewinnen versucht hatte, betrachteten den Vorgang als interne Angelegenheit, über die der Reichswehrminister nicht informiert werden musste.¹⁷¹ Stattdessen sollte Papst im November 1919 in einen Stab nach Stuttgart oder Münster versetzt werden. Er lehnte dies jedoch ab und bat bei von Lüttwitz um seinen Abschied aus dem Militärdienst, der am 5. Dezember 1919 erfolgte.

¹⁶⁷ Wette: Gustav Noske. S. 509.

¹⁶⁸ Gietinger: Der Konterrevolutionär. S. 192.

¹⁶⁹ Ebenda.

¹⁷⁰ Umfassender Forderungs- und Maßnahmenkatalog. in: Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 14–16. Dok. 9.

¹⁷¹ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 37.

Nun in Zivil, setzte er seine konterrevolutionäre verschwörerische Tätigkeit in der Nationalen Vereinigung fort. Obwohl Papst insbesondere in Bayern mit den Putschvorbereitungen gut vorangekommen war, hatte er sie zum Zeitpunkt des Beginns des Staatsstreiches noch nicht abgeschlossen. Dass das Unternehmen dennoch gestartet wurde und damit improvisiert werden musste, dafür trug General von Lüttwitz die Verantwortung. Er war seit März 1919 Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos I und stand nach dem Ausscheiden Hindenburgs aus dem aktiven Dienst faktisch an der Spitze der Reichswehr. Lüttwitz hatte als »Vater der Freikorps«¹⁷² bei der militärischen Niederschlagung der Rätebewegung im Winter/Frühjahr 1919 eine entscheidende Rolle gespielt. Mit Kapp war er an jenem 21. Juli 1919 auf Vermittlung durch Ludendorff erstmals zusammengetroffen,¹⁷³ an dem Papst seinen Staatsstreichversuch unternommen hatte.

Im Unterschied zu seinen Mitverschwörern Kapp und Ludendorff richteten sich die Bestrebungen des Generals jedoch nicht von vornherein auf eine Beseitigung der Regierung. Eine Kommandeursbesprechung am 26. Juli 1919 in Berlin stellte seinen ersten Versuch dar, »mit seinen Truppenkommandeuren und Stabsoffizieren die Bedingungen für ein militärisches Eingreifen in die Regierungsgewalt festzulegen«¹⁷⁴. Obwohl es erhebliche Meinungsunterschiede unter den Offizieren hinsichtlich der Erfolgsaussichten eines Putsches und der Etablierung einer Rechtsregierung gab, einigten sie sich auf fünf Bedingungen, an deren Erfüllung sie ihre weitere Loyalität gegenüber der verfassungsgemäßen Regierung binden wollten: keine Auslieferung der Kriegsverbrecher wie von der Entente gefordert, keine Verminderung der Reichswehr unter 200 000 Mann, keine Beteiligung der USPD an der Regierung, bessere Versorgung der Truppen und aus dem Dienst entlassenen Soldaten, Erhaltung der Reichseinheit.¹⁷⁵ Offen blieb in dieser Besprechung, wie das Militär im Fall der Nichterfüllung seiner Bedingungen agieren wollte.

Lüttwitz Aktivitäten im Herbst 1919 zielten darauf, die Regierung so unter Druck zu setzen, dass sie seinen politischen und militärischen Wünschen nachkam.¹⁷⁶ Der General wollte den aus seiner Sicht drohenden Untergang Deutschlands verhindern. Deshalb kritisierte er die Regierung wegen ihrer

¹⁷² Ebenda. S. 88.

¹⁷³ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. Einleitung. S. XIV/XV.

¹⁷⁴ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 42.

¹⁷⁵ Ebenda. S. 36.

¹⁷⁶ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. Einleitung. S. XV.

von ihm so wahrgenommenen Untätigkeit gegenüber der radikalen Linken. »Die Versuche, das Volk durch Milde und Zureden zur Aufnahme der Arbeit zu bringen, sind vergeblich gewesen. Nur Zwang wird das Volk zur Arbeit bringen.«¹⁷⁷ Die Arbeitslosenunterstützung müsse abgebaut, vor allem sollten nach seiner Auffassung politische und wirtschaftliche Streiks verboten werden. Nicht soziale Maßnahmen, sondern rücksichtsloser Kampf bis zur Vernichtung der aus seiner Sicht staatsfeindlichen Elemente sei dringend geboten. Hierzu gehörte die Unterdrückung der Presse und der führenden Persönlichkeiten der revolutionären Arbeiterschaft. Greife die Regierung in diesem Sinne durch, »wird sie auf heftigen Widerstand aller üblen Volksgenossen, aber auch z. T. mangelndes Verständnis bei ihren eigenen Anhängern stoßen. Das darf sie aber nicht hindern, einen als richtig erkannten Weg zu beschreiten. Viele sehnen sich nach dem starken Mann, viele werden ihm folgen, wenn sie sehen, er schafft Ordnung. Zur Durchführung ihrer Aufgabe braucht die Regierung Macht. Noch hat sie die Macht. Die Armee ist bereit, dem Willen einer tatkräftigen Regierung zum Siege zu verhelfen.«¹⁷⁸

Ihren Höhepunkt erreichte die Pressionspolitik von Lüttwitz gegenüber der Regierung Anfang März 1920, als er sich der zur Erfüllung des Versailler Friedensvertrages erforderlichen Truppenreduzierung der Reichswehr auf 100 000 Mann widersetzte. Für die Putschisten hätte dies den Verlust ihrer Machtbasis, insbesondere der Freikorps und vor allem der Marinebrigade Ehrhardt bedeutet. Noske, dem die Putschvorbereitungen nicht verborgen geblieben waren, ordnete deshalb am 29. Februar 1920 deren Auflösung an, »um auf diese Weise zugleich die Umsturzvorbereitungen zu unterbinden«¹⁷⁹.

Die Marinebrigade Ehrhardt lag seit Anfang Januar 1920 im Militärlager Döberitz, damit war für die Putschisten »die Truppenfrage für den Raum Berlin fast gelöst«¹⁸⁰. Am 1. März feierte sie den ersten Jahrestag ihrer Bildung, wobei das an diesem Tag deutlich demonstrierte Selbstbewusstsein als Protest gegen ihre Auflösung bis zum 10. März gemeint war. Unter den Eingeladenen fehlte Reichswehrminister Noske, ein bewusster Affront. Während der für den Feldgottesdienst engagierte ehemalige evangelische

¹⁷⁷ Ebenda. S. 26. Dok. 18.

¹⁷⁸ Ebenda.

¹⁷⁹ Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 72.

¹⁸⁰ Ergler: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 91.

Hofprediger »einen wehmütigen Rückblick auf die vergangene Kaiserherrlichkeit«¹⁸¹ vornahm, erklärte von Lüttwitz im Anschluss an die von ihm abgenommene Parade der 4 000 Marinesoldaten, er werde nicht zulassen, dass ihm eine solche Kerntruppe zerschlagen werde.¹⁸² Das bedeutete eine offene Kampfansage an den Reichswehrminister.

Mit seinem Agieren brachte der General sowohl seine Mitverschwörer als auch die Reichswehrführung und die Rechtsparteien in ernsthafte Schwierigkeiten. Während die Putschisten ihre Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen hatten,¹⁸³ sah zumindest ein Teil der Offiziere in Lüttwitz' eigenem Stab keine Erfolgsaussichten für ein gewaltsames Vorgehen gegen die Regierung.¹⁸⁴ Von ihnen angeregt, trafen sich am 4. März der Vorsitzende der DNVP Hergt und der Fraktionsvorsitzende der DVP Heinze mit dem General. Lüttwitz informierte sie über den wachsenden Widerstand in der Reichswehr gegen die geplante Truppenreduzierung. Politisch forderte er die sofortige Neuwahl des Reichstages und des Reichspräsidenten sowie die Ernennung von Fachministern. Obwohl die beiden Abgesandten mit diesen Forderungen übereinstimmten, lehnten sie es ab, sie der Regierung »in Form eines Ultimatums zu stellen, das mit der Drohung eines bewaffneten Aufstandes verbunden sein sollte«¹⁸⁵. In den darauffolgenden Tagen brachten die beiden Rechtsparteien die Forderungen nach Neuwahl des Reichstages und des Reichspräsidenten in die Nationalversammlung

¹⁸¹ Krüger: Die Brigade Ehrhardt. S. 45.

¹⁸² Ebenda.

¹⁸³ »Als es dann allerdings endlich zum Losschlagen kam, führte eine unglückliche Verkettung der Umstände dahin, dass das Losschlagen übereilt werden musste. [...] Die Durchführung des Unternehmens war in der Weise geplant und zwischen den militärischen und politischen Stellen vereinbart, dass die Truppe die Regierung Ebert zunächst stürzen, die öffentliche Gewalt an sich reißen und mir als Reichskanzler die diktatorische Gewalt übertragen sollte. 14 Tage vorher sollte der politischen Führung mitgeteilt werden, wann der militärische Schlag zur Ausführung kommen sollte. Es war dafür Ende März, Anfang April in Aussicht genommen worden. In der Zwischenzeit sollte von der politischen Stelle die letzten vorbereitenden Maßregeln, wie Bildung eines Ministeriums, Revirement der Stellen der allgemeinen Verwaltung in der Zentral-, Provinzial- und Lokalinstanz auf Grund der bereits getroffenen Vorbereitungen zum Abschluss gebracht werden. In gleicher Weise sollten in dieser Zeit die letzten militärischen Vorbereitungen bei den Generalkommandos – Reichswehrkommandos – getroffen und ihnen im letzten entscheidenden Augenblick die letzten Instruktionen zugestellt werden. Das Schicksal hat es jedoch nicht gewollt, dass dieser Plan mit seinen bis ins einzelne getroffenen Vorbereitungen ausgeführt wurde – Druck und Verbreitung der Aufrufe – Behandlung der Presse – Aufhebung von suspekten Personen, Ministern, Arbeiterführern, Aufwieglern, Streikhetzern – genaue Verhaltensmaßregeln für die Mitwirkenden –. Äußerlich bin ich zwar von der militärischen Stelle als Diktator eingesetzt worden, abgesehen von der Veröffentlichung des großen Aufrufes, der über die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Ziele der Unternehmens Aufschluss gab, ist die politische Stelle gar nicht zum Handeln gekommen.« So rückblickend Wolfgang Kapp. zitiert nach Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 578. Dok. 375.

¹⁸⁴ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 116.

¹⁸⁵ Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933. Düsseldorf 2002. S. 89.

ein, in der sie jedoch am 9. März von den Parteien der Weimarer Koalition abgelehnt wurden.

Nach dem gescheiterten Putschversuch haben hohe Beamte und bürgerliche Politiker aus ihrer Sicht durchaus zurecht behauptet, sie hätten Lüttwitz von seinem Vorhaben abbringen wollen, »jedoch aufgedeckt hat den ungeheuerlichen Anschlag auch niemand von ihnen«¹⁸⁶. Mit den Forderungen des Generals in Übereinstimmung, wahrten sie einerseits aufgrund seiner Bereitschaft zum offenen Aufruhr Distanz und versuchten zwischen ihm und der Regierung zu vermitteln. Andererseits begünstigten sie den Putschversuch infolge ihrer wohlwollenden Haltung durch Nichtstun oder durch ihr verspätetes Reagieren, denn ungeachtet aller Warnungen setzte Lüttwitz seine Aktivitäten zur unmittelbaren Vorbereitung einer militärischen Aktion gegen die Regierung fort. Der hierüber informierte Staatskommissar Berger, dessen eigentliche Aufgabe der Schutz der verfassungsgemäßen Ordnung war, unterließ es, die Regierung über das Vorhaben des Generals zu unterrichten. Stattdessen unternahm er den Versuch, Lüttwitz' Forderungen auf friedlichem Weg durchzusetzen¹⁸⁷ und vermittelte ein Zusammentreffen mit Reichspräsident Ebert, das am Abend des 10. März stattfand. Der General stellte dem Reichspräsidenten und dem ebenfalls anwesenden Reichswehrminister vier Forderungen: sofortige Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen zum Reichstag, Ernennung von Fachministern anstelle der Parteipolitiker, seine eigene Ernennung zum Oberbefehlshaber der Reichswehr und die Zurücknahme der Auflösungsbefehle.¹⁸⁸

Während Ebert Lüttwitz' Ansinnen »in ruhigem Ton und mit ausführlicher Begründung«¹⁸⁹ ablehnte, fiel Noskes Reaktion heftig aus. Die Forderungen des Generals kämen einem Ultimatum gleich, dass er nur vollständig ablehnen könne. Er warnte Lüttwitz nachdrücklich, dass eine Militärrevolte fürchterlichen Schaden anrichten, die Reichswehr zerstören und mit großer Sicherheit den Generalstreik heraufbeschwören würde. »Der Reichswehrminister entzog zudem Lüttwitz das Kommando über die Marinbrigade und forderte ihn auf zu gehorchen.«¹⁹⁰

¹⁸⁶ Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 73/74.

¹⁸⁷ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 118.

¹⁸⁸ Ebenda. S. 121.

¹⁸⁹ Ebenda. S. 122.

¹⁹⁰ Ebenda.

Der General rückte von seinen Forderungen jedoch nicht ab, sodass sich die Beteiligten ohne Einigung trennten. »Der unversöhnliche Verlauf der Unterredung führte bei Ebert zu der irrigen Ansicht, dass Lüttwitz von sich aus den Abschied einreichen werde.«¹⁹¹ Da dies jedoch nicht erfolgte, entloh ihn Noske einen Tag später seines Kommandos und ersetzte Lüttwitz durch dessen Stellvertreter. Dieser benachrichtigte die Wehrkreisbefehlshaber umgehend, wenn auch verklausuliert über die neue Situation.¹⁹² »Obwohl jetzt der Kulminationspunkt erreicht war und Lüttwitz, der sofort zu der auf dem Truppenübungsplatz Döberitz stationierten Brigade Erhardt geeilt war, sich immer noch nicht zu beugen schien, verfügten Ebert und Noske, obwohl sie es eigentlich wissen mussten, dass jetzt Handlungsbedarf gegeben war, nicht die Verhaftung des Generals – ein Fehler, der wiederum den Putschisten einen Vorsprung verschaffte. Noske ließ zumindest vorsorglich Sicherungsvorkehrungen treffen und erwirkte Haftbefehle gegen einzelne Verschwörer.«¹⁹³

¹⁹¹ Mühlhausen: Friedrich Ebert. S. 317.

¹⁹² »General von Lüttwitz wird demnächst verabschiedet. Grund: Zerwürfnis mit Reichswehrminister und Reichspräsident. Gegenwärtig muss jeder Versuch, Regierungsgewalt zu ändern, unfehlbar scheitern, da Gegenmaßnahmen getroffen sind. [...]« Könnemann, Schulze: Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 128. Dok. 84.

¹⁹³ Mühlhausen: Friedrich Ebert. S. 317.

DER GENERALSTREIK GEGEN DEN KAPP-PUTSCH IN THÜRINGEN VOM 13. BIS 23. MÄRZ 1920

Die ersten politischen Reaktionen der zentralen Instanzen der Arbeiterbewegung in Berlin auf den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch

»Bürger, Arbeiter, Parteigenossen! Der Militärputsch ist da! Die Baltikumsknechte, die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen und eine diktatorische Regierung zu bilden mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze! Bürger der Republik, Arbeiter, Genossen! Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landknechtsregime zu unterwerfen. Wir paktieren nicht mit den Baltikumverbrechern. Arbeiter! Genossen! Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmern geschlagen, Eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden. Es geht um alles! Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht! Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik. Lasst allen Zwist beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur Wilhelm II.: Lahmlegung jedes Wirtschaftsleben! Keine Hand darf sich mehr rühren. Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen! Generalstreik auf der ganzen Linie.«¹⁹⁴

Der Aufruf der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und des Parteivorstandes der SPD vom Morgen des 13. März 1920 zum Generalstreik, dessen konkretes Zustandekommen durch die Geschichtswissenschaft nie ganz geklärt werden konnte, war für die Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches wichtig, aber nicht entscheidend. Für seine sofortige Verbreitung hatte der Vorsitzende der Berliner SPD-Parteioorganisation gesorgt, der ihn telefonisch an die zwanzig Parteibezirke im Reich durchgab.¹⁹⁵ An vielen Orten wirkte der sozialdemokratische Generalstreikaufruf zwar wie eine Initialzündung für die gegen das Militär und die Putschisten eingestellte Arbeiterschaft. Entscheidend aber war das Agieren der

¹⁹⁴ Institut für Marxismus-Leninismus (IML) (Hrsg.): *Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung*. Bd. VII/1. Berlin 1966. S. 209. Dok. 103.

¹⁹⁵ Miller: *Bürde der Macht*. S. 378.

lokalen und regionalen Funktionäre der Arbeiterbewegung, die, unabhängig von ihrer parteipolitischen Orientierung, die spontane Aktionsbereitschaft großer Teile der Arbeiterschaft aufnahmen. Bedeutung hatte der Generalstreikaufruf deshalb, weil er die schon vielfach am ersten Putschtag einsetzenden Streikaktionen faktisch legitimierte. Für den weiteren Verlauf der Ereignisse blieb es jedoch unerheblich, dass sich die sozialdemokratischen Minister nach ihrem Eintreffen in Dresden vom eigenen Generalstreikaufruf distanzierten, nachdem sie General Maercker mit dem Vorwurf konfrontiert hatte, ihre klassenkämpferische Kundgebung habe »einen gemeinsamen Kampf von Reichswehr und Regierung gegen die Putschisten unmöglich gemacht«¹⁹⁶. Die große Resonanz des sozialdemokratischen Generalstreikaufrufes erklärt sich in erster Linie aus der Stoßrichtung gegen den Feind von rechts, weniger aus Sympathie für die Regierung und nur bedingt als Folge einer Identifizierung mit der bestehenden Republik.¹⁹⁷ Aufgrund dessen ergab sich aus Sicht der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder durchaus ein Risiko, »weil sich voraussehen ließ, dass die radikale Linke den Generalstreik für ihre Zwecke nutzen und den Sozialdemokraten eine weitere schwere Auseinandersetzung aufzwingen würde«¹⁹⁸. Dennoch war seine Proklamation das Gebot der Stunde »und die Regierung hätte allen Anlass gehabt, sich ohne Wenn und Aber zu dem Berliner Aufruf zu bekennen«¹⁹⁹.

Erstens konnte nicht erwartet werden, dass die Putschisten rasch resignieren würden, wenn das Wirtschaftsleben weiterging, als sei nichts geschehen.²⁰⁰ Zweitens war es fraglich, ob das Gros der Beamten dem Dresdner Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsminister, nur ihren Anweisungen zu folgen,²⁰¹ entsprochen hätte, wenn nicht durch die Aktionen der Arbeiterschaft allen die Gefahr einer wirtschaftlichen Katastrophe vor Augen geführt worden wäre. Drittens hätten sich die Arbeiter in hellen Scharen von der Sozialdemokratie abgewandt, wenn sie nicht von ihrer

¹⁹⁶ Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus*. S. 15.

¹⁹⁷ Miller: *Bürde der Macht*. S. 380.

¹⁹⁸ Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 301/302.

¹⁹⁹ Ebenda. »Diese Kehrtwende der SPD-Minister war moralisch bedenklich, weil man damit die eigene Parteiführung desavouierte, und sie war politisch nicht zu rechtfertigen, weil man so vor der Gefahr von rechts resignierte und erneut auf die Karte der Reichswehr setzte, die sich schon in Berlin im nächtlichen Poker um die Macht nicht gerade als republikanische Trumpfkarte bewährt hatte.« Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus*. S. 15.

²⁰⁰ Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 301. »Wer arbeitet, stärkt die Reaktion und vernichtet damit Freiheit und Vaterland.« Könnemann, Schulze (Hrsg.): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch*. S. 741. Dok. 478.

²⁰¹ Ebenda. S. 164. Dok. 110.

Partei zu einem massiven Einsatz gegen den Putsch – und das konnte nur heißen: zum Generalstreik – aufgefordert worden wären.²⁰²

Ein zweiter Aufruf zum Generalstreik erfolgte am Morgen des 13. März 1920 durch den Vorstand des ADGB.²⁰³ Dieser Aufruf zielte einerseits auf die Verteidigung der gewerkschaftlichen Interessen. Zudem sollte er andererseits die aufbrechende Massenbewegung von vornherein auf die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung festlegen.²⁰⁴ Dem diente auch der Versuch des ABGD-Bundesvorstandes, noch im Verlauf des 13. März eine einheitliche Aktionsfront der zentralen Instanzen der Arbeiterbewegung zu formieren. Hierzu hatte er die Vorstände der Gewerkschaften und Angestelltenverbände, die beiden Zentralleitungen von SPD und USPD sowie die unter dem Einfluss des linken USPD-Flügels stehende Berliner Gewerkschaftskommission zu gemeinsamen Verhandlungen eingeladen.²⁰⁵ Dieser Versuch scheiterte, weil die politischen Differenzen zu groß und die Ausgangspositionen der Beteiligten unvereinbar waren. Während die Gewerkschaften und die SPD den Generalstreik als Unterstützung für die im Moment handlungsunfähige Regierung betrachteten, ging die USPD-Führung davon aus, dass die bisherige Regierung Ebert-Bauer beseitigt sei.²⁰⁶ Sie rief ihre Anhänger am 14. März dazu auf, den Generalstreik fortzusetzen und die Niederringung der Militärdiktatur als notwendige Etappe auf dem Weg zur »völlige(n) Befreiung der Arbeiterklasse und den Sieg des revolutionären Sozialismus«²⁰⁷ zu sehen.

Die USPD-Vertreter beharrten während der Verhandlungen darauf, dass »die Regierung Ebert-Bauer-Noske fallen gelassen werden müsse«, da kein Arbeiter für sie in den Generalstreik eintreten würde. Vor Eintritt in eine gemeinsame Aktion sollte die SPD erklären, wie sie zur Bewaffnung der Arbeiterschaft und zur »Diktatur des Proletariats« als Kampfziel des Generalstreiks stehe. Die SPD-Vertreter stellten die Neubildung der Regierung unter Einschluss der USPD in Aussicht und erklärten, kompromittierte Minister wie Noske würden dem Kabinett zukünftig nicht mehr angehören. Unter der Voraussetzung, dass die Bewaffnung der Arbeiter unter der

²⁰² Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 301.

²⁰³ IML (Hrsg.): *Dokumente und Materialien*. Bd. VII/1. S. 209/210. Dok. 104.

²⁰⁴ Potthoff, Heinrich: *Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation*. Düsseldorf 1979. S. 262.

²⁰⁵ Ebenda. S. 263.

²⁰⁶ Engelmann, Dieter; Naumann, Horst: *Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922*. Berlin 1993. S. 145.

²⁰⁷ Könnemann, Schulze (Hrsg.): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch*. S. 172. Dok. 118.

Kontrolle der Organisationen stattfände, waren sie mit einer solchen Maßnahme zur Abwehr des Putsches einverstanden. Die »Diktatur des Proletariats« lehnten die Sozialdemokraten jedoch ab, weil sie den überwiegenden Teil der Bevölkerung zurückstoßen würde. Trotz Verhandlungsunterbrechung kam es zu keiner Einigung zwischen den beiden Parteien.²⁰⁸ Die USPD lehnte schließlich die Zusammenarbeit mit der SPD-Führung ab, »weil diese an der ganzen Geschichte mitschuldig sei«²⁰⁹.

Vor diesem Hintergrund beschränkten sich die Vorstände des ADGB und der *Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltengewerkschaften (Afa)* auf einen gewerkschaftlichen Generalstreikaufruf und etablierten eine gemeinsame Reichszentrale, die eng mit der SPD-Parteiführung zusammenarbeitete. Ihr schloss sich der *Deutsche Beamtenbund* an.²¹⁰ »Ihr Anspruch auf die Führung des Generalstreiks in Berlin, geschweige in ganz Deutschland blieb fiktiv. Die tatsächliche Leitung des Kampfes lag überall in den Händen der regionalen Führungsorgane der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften bzw. den von ihnen geschaffenen gemeinsamen Aktionsausschüssen.«²¹¹

Neben der gewerkschaftlichen Reichszentrale etablierte die Gewerkschaftskommission Berlins gemeinsam mit den Zentralleitungen von USPD und KPD den roten Vollzugsrat der Berliner Betriebsrätezentrale mit einer eigenen Zentralstreikleitung für die Hauptstadt. Zugleich gab es innerhalb des radikal-linken Flügels der entstehenden Generalstreikbewegung am 13. März große Differenzen. Während einer Beratung von USPD- und KPD-Vertretern ließen die unabhängigen Sozialdemokraten keinen Zweifel daran, dass sie nach der Niederschlagung des Militärputsches zur Errichtung der Räterepublik übergehen könnten. Demgegenüber wollte sich die KPD-Führung zunächst nicht am Generalstreik beteiligen.²¹²

Die Haltung der KPD am ersten Putschtag gilt als »besonders widersprüchlich«²¹³. An der Basis reihten sich ihre Mitglieder sofort in die entstehende Generalstreikbewegung ein. Der KPD-Bezirksverband Chemnitz/Erzgebirge war schon aufgrund seiner organisatorischen Stärke – diesbezüglich bildete er eine Ausnahme – führend an der Abwehr des Putsches beteiligt.

²⁰⁸ Engelmann, Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung*. S. 146.

²⁰⁹ Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus*. S. 6.

²¹⁰ Potthoff: *Gewerkschaften und Politik*. S. 263/264.

²¹¹ Engelmann, Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung*. S. 146.

²¹² Ebenda. S. 145.

²¹³ Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus*. S. 17.

Sofort nach Bekanntwerden der Berliner Ereignisse hatte hier die KPD zum Generalstreik aufgerufen und die Entwaffnung der Bourgeoisie, die Bewaffnung der Arbeiterschaft sowie die Neuwahl politischer Arbeiterräte gefordert.²¹⁴ »Durch dieses rasche und zielklare Arbeiten kamen wir jedoch in eine außergewöhnliche Lage. Wir hatten am Montag, den 15. März für Chemnitz bereits erreicht, wofür im übrigen Reich noch heftig gekämpft werden musste, zum Großteil ohne diesen Stand zu erreichen«²¹⁵, resümierte der spätere KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler²¹⁶ die Ereignisse. Doch zugleich habe der neu gewählte Arbeiterrat nur die Politik gemacht und machen können, die die in der Mehrheit sozialdemokratischen Arbeiter mitzutragen bereit waren.²¹⁷

Demgegenüber hatte die Parteizentrale zunächst gegen den Generalstreik Stellung bezogen. Sie hielt die Arbeiterklasse aufgrund ihrer Unterdrückung in den letzten Wochen und Monaten für aktionsunfähig. Die demokratische Republik erklärte die KPD-Führung für »rettungslos verloren«²¹⁸. Nicht für sie, sondern für die proletarische Diktatur und die Räterepublik müsse gekämpft werden. Die Arbeiterschaft werde »den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnehmen in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheint. Dieser Augenblick ist noch nicht da.«²¹⁹

Die Ursachen dieser »sektiererische[n] Haltung«²²⁰ wurden und werden unterschiedlich diskutiert. »Dieser Aufruf dokumentierte die verbalradikale Konzeptionslosigkeit einer Splitterpartei – in Berlin hatte die KPD im März 1920 knapp 800 Mitglieder –, über die die Entwicklung hinwegging.«²²¹ Tatsächlich hatte die große organisatorische Schwäche der KPD nicht nur, aber vor allem in der Hauptstadt einen wesentlichen Anteil an der völligen Fehleinschätzung der politischen Situation durch die kommunistische Parteizentrale, deren Mitglieder am Morgen des 13. März größtenteils gar nicht in Berlin waren oder, wie der Parteivorsitzende Paul Levi, im Gefängnis saßen. »So konnte sich mit einem Verweis auf die Streikunwilligkeit der Neuköllner Notstandsarbeiter und einzelner kontaktierter

²¹⁴ Könnemann, Krusch: *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch*. S. 91–95.

²¹⁵ Brandler, Heinrich: *Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen*. Berlin 1920. S. 1.

²¹⁶ Becker, Jens: *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*. Hamburg 2001.

²¹⁷ Brandler: *Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen*. S. 5.

²¹⁸ Könnemann, Schulze (Hrsg.): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch*. S. 159. Dok. 105.

²¹⁹ Ebenda.

²²⁰ Friedmann, Ronald: *Gegen Kapp, Lüttwitz und Co.! Und für eine neue Revolution? In: Nur eine Episode?* S. 24 (S. 20–31).

²²¹ Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus*. S. 17.

KPD-Betriebsräte die Position durchsetzen, für die alte Regierung keinen Finger zu rühren.«²²² Den Aufruf der Parteizentrale der KPD jedoch ausschließlich auf ihre organisatorische Situation zurückzuführen, greift zu kurz. Ihre Absage an die »in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs«²²³ lag in der Logik einer Haltung, die zumindest nach außen im Winter/Frühjahr 1920 nur die Alternativen monarchistische Gegenrevolution oder Bolschewismus artikulierte. Dass auch Kommunisten die bürgerlich-parlamentarische Republik gegen Angriffe von rechts verteidigen müssten, kam für die KPD-Führung am 13. März 1920 nicht in Betracht.²²⁴

Die ersten politischen Reaktionen auf den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in Thüringen am 13. März 1920

Der Aufruf des Thüringer Staatsrats gegen die Putschisten

Die Putschereignisse in der Nacht vom 12. zum 13. März in Berlin wurden in Thüringen am Vormittag des 13. März bekannt. Dabei erreichten die widersprüchlichen Informationen zur Situation in der Hauptstadt die thüringischen Akteure über unterschiedliche Kanäle. Als einer der ersten wird Arthur Hofmann (SPD)²²⁵, Mitglied der Nationalversammlung, des Thüringer Staatsrates und der Landesregierung Sachsen-Meiningen vom Staatsumsturz erfahren haben. Nachdem er am 13. März gegen 7.00 Uhr morgens in Berlin in den Zug Richtung Weimar eingestiegen war, erfuhr er von seiner Fraktionskollegin Antonie Pfülf²²⁶ und seinem Fraktionskollegen Dr. Adolf Braun²²⁷ vom Putsch.²²⁸ Wann genau Hofmann in Weimar ankam, ist unklar. Nach seinen unmittelbar nach dem Putsch gemachten Angaben habe er bei seinem Eintreffen im Fürstenhaus, dem Sitz der Landesregierung Sachsen-Weimar, von August Baudert die Information erhalten, die Regierung Ebert-Bauer befinde sich in Dresden.²²⁹

²²² Weipert: Die Zweite Revolution. S. 201.

²²³ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 159. Dok. 105.

²²⁴ Friedmann: Gegen Kapp, Lüttwitz und Co.! S. 25.

²²⁵ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 354–357.

²²⁶ Söhner, Felicitas: Antonie Pfülf – »denn Demokratie bedeutet ein viel schwierigeres Kampfmittel, als es die Gewalt gewesen ist.« In: Schöler, Scholle (Hrsg.): Weltkrieg Spaltung Revolution. S. 281–295.

²²⁷ Fasel, Peter: Adolf Braun und das Ideal der Parteinheit. in: Ebenda. S. 417–428.

²²⁸ Saalfelder Volksblatt, 25.03.1920.

²²⁹ Saalfelder Volksblatt, 25.03.1920.

Am Morgen des 13. März 1920 waren die Mitglieder des Thüringer Staatsrates in Weimar zu einer turnusmäßigen Beratung zusammengekommen. Kurz nach Sitzungsbeginn hatte Baudert aus Berlin die telefonische Nachricht erhalten, »dass die Reichregierung gestürzt und geflohen sei«²³⁰. Diese Information gab er sofort an die Mitglieder des Thüringer Staatsrats weiter, die daraufhin die Beratung der Tagesordnung abbrachen, sich über die entstandene Situation verständigten und »unumwunden und rückhaltlos auf den Boden der Verfassung und treu an die Seite der Reichsregierung«²³¹ stellten. Die Thüringer Bevölkerung wurden aufgerufen, die demokratische Verfassung und die ordnungsgemäße Regierung zu schützen. Dementsprechend forderte der Thüringer Staatsrat: »Der Versuch einer Berliner Militärdiktatur muss mit allen Mitteln verhindert werden!«²³² In den Orten, wo dies möglich war, erschien in den darauffolgenden Tagen der Aufruf des Staatsrates in der lokalen und regionalen Presse.

Generalstreikaufruf der USPD-Landesregierung und spontane Bewaffnung der Arbeiterschaft in Gotha

Die USPD-Landesregierung Sachsen-Gotha hatte sehr früh am Morgen des 13. März vom lokalen Garnisonskommando die telefonische Mitteilung erhalten, »dass die Regierung gestürzt sei und Kapp die Reichsleitung übernommen habe«²³³. Auf die Rückfrage, ob das Militär auf dem Boden der Verfassung oder auf Seiten Kapps stehe, war die Antwort ausweichend. Das Garnisonskommando beschäftigte sich nicht mit Politik, sondern führe Befehle aus.²³⁴

In den Vormittagsstunden des 13. März legten die Beschäftigten der Gothaer Wagonfabrik die Arbeit nieder. Unter der Führung August Creuzburgs (USPD)²³⁵ marschierten sie zur Fliegerkaserne, beschlagnahmten die

²³⁰ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 58.

²³¹ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 414.

²³² Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 736/737. Dok. 471. Ohne die Bereitschaft der anwesenden Mitglieder des Thüringer Staatsrates zur Verteidigung von Verfassung und verfassungsgemäßer Regierung infrage zu stellen, sei an dieser Stelle vermerkt, dass sie unter dem Eindruck der noch darzustellenden Situation in Weimar am 14. März ihren Aufruf, die Militärdiktatur mit allen Mitteln zu verhindern, selbst relativierten, ohne dass dies weitgehend bekannt geworden wäre. Angesichts der konkreten Situation verständigten sie sich am Nachmittag des 14. März darauf, dass keine Bedenken dagegen bestünden, wenn kleinstaatliche Regierungen, die das Militär wegen ihrer Nichtanerkennung der Putschregierung suspendierte, dennoch auf dessen Anforderung im Interesse der Bevölkerung ihre Arbeit fortsetzen würden. Außerdem empfahl der Staatsrat, die entsprechenden Ultimaten des Militärs nicht unbeantwortet zu lassen, sondern erst die Landtage einzuberufen und diese entscheiden zu lassen. Staatsarchiv Meiningen: 4-12-2000-759. Sitzungsprotokolle der Arbeiter- und Soldatenräte und des Staatsrats für Thüringen. 1918-1920. Bl. 228 RS/229.

²³³ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 756. Dok. 489 (S. 753-760).

²³⁴ Ebenda.

²³⁵ Weber, Herbst (Hrsg.): Deutsche Kommunisten. S. 138/139.

dort lagernden 500 Gewehre und brachten sie in das »Volkshaus zum Mohren«. ²³⁶ Bereits diese erste Aktion der Gothaer Arbeiterschaft sollte nach der Niederschlagung des Putsches zum Gegenstand heftiger Vorwürfe an die USPD-Landesregierung seitens der bürgerlichen Landtagsopposition und der Reichsregierung werden. ²³⁷ Die Landesregierung bestand in ihrer diesbezüglichen Zurückweisung darauf, dass die Bewaffnung der Arbeiterschaft ein eigenständiger und von ihr nicht beeinflusster Vorgang gewesen war. »Da die Zahl der Truppen hier für eine Verteidigung zu gering, andererseits aber auch die Haltung ihrer Führer unklar schien, erschien es den Arbeitern notwendig, die Verteidigungsbasis durch bewaffnete Arbeiter zu erweitern. Von der Polizeifliegerabteilung wurden der Arbeiterschaft einige 100 Gewehre überlassen und registrierte Arbeiter damit bewaffnet.« ²³⁸

Der Volksbeauftragte Emil Grabow (USPD) hatte diese Position zuvor in der Sitzung der Gothaer Landesversammlung am 29. März 1920 herausgestellt und erklärt, »dass die Landesregierung am Sonnabend, um 12.00 Uhr mittags noch keine Ahnung davon hatte« ²³⁹, dass die Arbeiter sich bereits bewaffneten. Grabow habe diesen Vorgang erst zwei Stunden später mitbekommen, als er das Postamt von bewaffneten Arbeitern besetzt vorfand. Zudem bestritt er, dass mit Gewalt in die Polizeifliegerabteilung eingedrungen worden sei. Die Waffen seien den Arbeitern vielmehr widerstandslos und freiwillig übergeben worden. »Soviel ich weiß, ist nur eine Kommission hineingegangen und hat die Waffen verlangt. Von einem Diebstahl kann keine Rede sein. [...] Die Arbeiter haben die Waffen nur geliehen.« ²⁴⁰

Mit dem Abstand von 34 Jahren schrieb Grabow in seinen Erinnerungen, er habe unmittelbar nach Erhalt der Nachricht vom Berliner Putsch den Betriebsrat der Wagonfabrik angewiesen, dafür zu sorgen, dass die Arbeiter bewaffnet würden. Diese Aussage ist jedoch nur bedingt glaubwürdig. Der Parteiveteran Grabow fokussierte in diesen Erinnerungen viele der hier

²³⁶ Buchsbaum, Ewald: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920 unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920. Dissertation (unveröffentlicht). Halle 1965. S. 253.

²³⁷ Dementsprechend wird der gleiche Vorgang auch folgendermaßen dargestellt: »Am 13. März gegen 10.00 Uhr morgens wurden die Berliner Ereignisse des Kapp-Putsches in Gotha bekannt, daraufhin stürmten Arbeiter die Fliegerkaserne am Stadtrand und schafften Waffen in das Volkshaus.« Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 95.

²³⁸ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 757. Dok. 489.

²³⁹ Verhandlungen der Landesversammlung für den Staat Gotha 1919–1920. Gotha o. J. S. 367.

²⁴⁰ Ebenda.

noch zu zeigenden Ereignisabläufe wie dem Einfall der Marburger Zeitfreiwilligen in Westthüringen oder die Verstärkung für die Gothaer durch die Suhler und Zella-Mehlischer Arbeiterschaft einzig auf diesen 13. März. Glaubwürdig wirkt seine rückblickende Darstellung jedoch mit Blick auf die Vorgänge, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Bewaffnung der Gothaer Arbeiter stehen, denn sie bestätigten zeitgenössische Aussagen und Vorwürfe an die lokale Arbeiterschaft. Die Arbeiter hätten die Fliegerwerft umstellt und »den Fliegern das Ultimatum gestellt, sofort die Waffen herauszugeben, anderenfalls werde die Fliegerwerft in Brand gesteckt. Erschrocken von der großen Zahl der sie belagernden Arbeiter, es waren über 3 000, hatten die Flieger die Karabiner herausgegeben.«²⁴¹ Dementsprechend wollte der DDP-Abgeordnete Krüger²⁴² in der Debatte der Gothaer Landesversammlung nur wenig Verständnis für Grabows Darstellung über das »Borgen der Waffen« aufbringen, das kaum freiwillig erfolgt sein konnte, »wenn eine erregte Masse vor den Toren steht«²⁴³.

Gegen 10.00 Uhr trat auf Veranlassung der Landesregierung der Vollzugsausschuss der Gothaer Betriebsräte zu einer Beratung zusammen, an der ca. 40 Personen teilnahmen – unter ihnen Emil Grabow, Otto Geithner (USPD)²⁴⁴, August Creuzburg und Hermann Duncker (KPD)²⁴⁵. Die Berliner Ereignisse wurden als Versuch gewertet, »die Militärdiktatur zu errichten«²⁴⁶. Deshalb rief die Gothaer Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates gegen 12.00 Uhr²⁴⁷ dazu auf, sich dem Putschversuch mit allen Mitteln zu widersetzen sowie die letzte Anordnung der verfassungsgemäßen Reichsregierung auszuführen und in den Generalstreik einzutreten. »Es gibt keine Reichsregierung mehr. Kein Mann und keine Frau der Republik Gotha ist verpflichtet, den Anordnungen der Militärdiktatur Folge zu leisten.«²⁴⁸ Deshalb übernehme die Landesregierung für ihr Staatsgebiet »die gesamte öffentliche Gewalt«²⁴⁹. Die staatlichen und kommunalen Behörden wurden verpflichtet, ohne Zustimmung der Landesregierung keine Befehle des Militärs auszuführen. Zugleich ordne-

²⁴¹ Grabow, Emil: Zur Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung. Kapp-Putsch. Halle 1954. (Abschrift) in: Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-06: Reimann, Bruno Sammlung Mechterstädt Nr. 6.

²⁴² Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 415–417.

²⁴³ Landesversammlung für den Staat Gotha. S. 368.

²⁴⁴ Raschke, Helga: »In contumaciam« aus der KPD geworfen. Ernst (Otto) Geithner (1876–1948). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. S. 177–183.

²⁴⁵ Höpcke, Klaus: Jedes Wort, jeden Begriff verstehen. Hermann Duncker (1874–1960). In: Ebenda. S. 111–121.

²⁴⁶ Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 254.

²⁴⁷ Landesversammlung für den Staat Gotha. S. 368.

²⁴⁸ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 754. Dok. 489.

²⁴⁹ Ebenda.

te sie die Schaffung lokaler Verteidigungsausschüsse an, die aus Vertretern der Arbeiter- und Betriebsräte gebildet werden sollten.

Gegen Mittag des 13. März setzten in Gotha der Generalstreik und weitere Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft ein. Gemeinsam mit der Ortspolizei sicherten bewaffnete Arbeiter die Regierungsgebäude, die Post, den Bahnhof und das Rathaus. In Absprache mit der lokalen Polizeiführung wurde die Kaserne umstellt. Die sich hier versammelnden Angehörigen des Zeitfreiwilligenverbandes konnten nach ihrer Bewaffnung die Posten jedoch bereits am Abend des 13. März zurückdrängen.²⁵⁰

Nach einer späteren Darstellung des Gothaer Polizeiinspektors Gisohn habe der Chef des Garnisonskommandos im Verlauf des 13. März das »Volkshaus zum Mohren« aufgesucht. Seine Absicht sei es gewesen, die sich dort bewaffnenden Arbeiter zu beruhigen. Er habe erklärt, seine Einheit stünde auf dem Boden der Verfassung. »Aus Entgegenkommen gegenüber der politisch links eingestellten Bevölkerung wurde jedoch zwischen dem Kommandeur der bewaffneten militärischen Macht und Vertretern der Arbeiterschaft verabredet, dass um die Kaserne eine Sicherheitslinie durch Posten gezogen werden sollte, die aus Angehörigen der städtischen Polizei und der Arbeiterschaft zu bestehen habe. Diese Maßnahme sollte nach außen zeigen, dass ein Transport von Waffen in die Kaserne nicht weiter stattfindet, auch nicht Zuzug von Verstärkungen. Diese Verabredung habe ich persönlich bedauert, weil sie zwecklos schien und gefährlich wirkte insofern, als naturgemäß in der Zustimmung zu dieser Maßnahme alles andere als eine innere oder äußere Stärke der bewaffneten Macht erblickt werden konnte. Ich habe Beamte der städtischen Polizei auch nur für den Anfang der Sperre abgegeben, um dem Ersuchen des Befehlshabers der bewaffneten Macht nachzukommen, dann zog ich die Beamten wieder zurück.«²⁵¹

Erste Konfrontation zwischen dem putschenden Militär und bewaffneter Arbeiterschaft in Weimar

In Weimar war es August Baudert am Morgen des 13. März nach Erhalt der ersten Putschnachrichten zunächst nicht gelungen, weitere verlässliche Informationen über die politische Situation zu erhalten. Gemeinsam mit

²⁵⁰ Ebenda. S. 757. Dok. 489.

²⁵¹ Staatsarchiv Gotha 2-15-0183-71: Bericht des Stadtoberamtmann Gisohn über seine Erlebnisse als damaliger Polizeiinspekteur der Stadt Gotha während des Kapp-Putsches 1920. Bl. 10.

seinem Ministerkollegen Arnold Paulsen (DDP)²⁵² versuchte er sich Klarheit über das weitere Agieren der militärischen Stellen in der Stadt zu verschaffen. Doch sowohl der stellvertretende Kommandeur der Reichswehrbrigade 16, General Hagenberg, der im weiteren Verlauf der Ereignisse als Mitverschwörer²⁵³ oder zumindest aktiver Unterstützer von Kapp und Lüttwitz auftrat, als auch der Befehlshaber der preußischen Sicherheitspolizei, Oberst Graf Schulenburg, hüllten sich diesbezüglich in Schweigen. Demgegenüber hatte die städtische Polizei sofort der verfassungsgemäßen Regierung ihre Unterstützung zugesagt.²⁵⁴ In Vertretung des Befehlshabers der preußischen Sicherheitspolizei erschien schließlich ein Major Brockmann im Fürstenhaus. Er erklärte den Staatsministern Paulsen und Baudert unmissverständlich, »dass sich die Sicherheitspolizei bereits mit der Reichswehr dahin verständigt habe, sich rückhaltlos hinter die neue Reichsregierung zu stellen und in Weimar gegen Widerstand mit schärfsten Mitteln vorgehen werde«²⁵⁵. Am Nachmittag besetzten Einheiten der Sicherheitspolizei auf Befehl von General Hagenberg die Post und den Bahnhof, wobei sie hier laut eines Augenzeugenberichts ihre proputschistische Haltung eindeutig demonstrierten. Auf einem Papp-Schild war zu lesen: »Für Lüttwitz! Für Freiheit und Recht!«²⁵⁶

Um die Mittagszeit des 13. März hatte sich im Weimarer Volkshaus ein Aktionsausschuss der organisierten Arbeiterschaft konstituiert, dem Mitglieder der drei Arbeiterparteien angehörten.²⁵⁷ Dieser Ausschuss habe sofort »die Generalstreikparole, die von der Reichsregierung ausgegeben worden war«²⁵⁸, aufgenommen. In Reaktion auf die ersten Aktivitäten des Militärs zog eine größere Anzahl Weimarer Arbeiter im Auftrag des Aktionsausschusses zum Fürstenhaus und verlangte von August Baudert die Herausgabe der dort lagernden Gewehre.²⁵⁹ Baudert folgte ihrem Ansinnen, wobei er rückblickend sein Vorgehen mit der Bereitschaft der Arbeiter begründete, die Republik zu verteidigen. »Hier kamen die Leute, die so viel Energie, Mut und Entschlossenheit in sich trugen, das Äußerste zu wagen,

²⁵² Faludi, Christian: Arnold Paulsen. In: Faludi, Bartuschka (Hrsg.): »Engere Heimat«. S. 373/374.

²⁵³ Faludi: 1920 in Weimar. S. 75.

²⁵⁴ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 58.

²⁵⁵ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Thüringisches Staatsministerium. Präsidialabteilung Nr. 93. Bl. 222.

²⁵⁶ Ebenda. Bl. 222 RS.

²⁵⁷ Eberling, Willy: Die Reichswehr musste aus Weimar abziehen. In: IML (Hrsg.): Arbeitereinheit siegt über Militarismus. Berlin 1960. S. 165. (S. 165–170.)

²⁵⁸ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 03.04.1920.

²⁵⁹ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 58.

unter Umständen die Abwehr mit ihrem Tode zu bezahlen, in allererster Linie infrage.«²⁶⁰

Erfolglos versuchte ein Trupp der Sicherheitspolizei, die Bewaffnung der Arbeiter zu unterbinden. Vielmehr entwaffneten die Arbeiter die Polizisten und inhaftierten sie zwischenzeitlich. An der von Sicherheitspolizisten besetzten Post kam es zu einem ersten Schusswechsel mit bewaffneten Arbeitern. Während die Post in den Händen der Putschisten blieb, zog die Polizeieinheit, die den Bahnhof besetzt hatte, nach einer Aufforderung der Arbeiter wieder ab.²⁶¹

Offenbar im Wissen um die Verfassungstreue seiner Soldaten²⁶², hatte General Hagenberg eine Reichswehreinheit aus Naumburg am Abend des 13. März in Weimar einrücken lassen. Sie besetzte zunächst das Regierungsgebäude, wobei es Baudert gelang, eine Auseinandersetzung zwischen bewaffneter Arbeiterschaft und der anrückenden Reichswehr zu verhindern. Gegen die Rückgabe der Waffen konnten die Arbeiter ungehindert das Gebäude verlassen, während Baudert in seinem Dienstzimmer festgesetzt wurde. Das Militär begründete diese Maßnahme mit der Waffenabgabe an die Arbeiter.²⁶³

Mobilisierung der Altenburger republikanischen Einwohnerwehr gegen den Putsch

Nachdem die Berliner Putschereignisse in Altenburg bekannt geworden waren, mobilisierte das Staatsministerium gegen Mittag des 13. März 1920 die Einwohnerwehr.²⁶⁴ Aufgrund der republikanischen Haltung ihrer Mit-

²⁶⁰ Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung Sachsen-Weimar-Eisenach: S. 1592. »Diese Waffenausgabe an die organisierte Arbeiterschaft ist in diesen Tagen stark kritisiert und von mancher Seite zum Angriffsobjekt auf Herrn Staatsminister Baudert gemacht worden. Namhafte Juristen haben aber in aller Ruhe erklärt, dass unsere Minister in dieser Situation gar nicht anders handeln konnten. Sie waren geradezu verpflichtet, sich und damit die Verfassung unter irgend einen Schutz zu stellen. Wie notwendig dieser Schutz war, sollte sich bald herausstellen.« Weimarische Zeitung, 23.03.1920.

²⁶¹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Thüringisches Staatsministerium. Präsidialabteilung Nr. 93. Bl. 223/Bl. 223 RS.

²⁶² »Die Haltung der etwa 700 Mann starken Garnison ist auch hier nicht einheitlich. Bestimmt haben die putschistischen Offiziere Weimars die Truppen nicht vollständig in fester Hand.« Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 03.04.1920. »Am 17. März erschien eine Abordnung von Unteroffizieren der Sicherheitspolizei und der schon vor dem 13. März in Weimar untergebrachten Teile der Reichswehrbrigade XVI. Die Vertreter der Sicherheitspolizei erklärten, dass die Unteroffiziere und Mannschaften schon am Sonntag, dem 14. März ihren Führern erklärt hätten, dass sie auf Seiten der alten Regierung ständen. Eine ähnliche Erklärung gaben die Unteroffiziere der Reichswehrtruppen ab. Trotzdem hat es bis zum 17. März gedauert, bis eine solche Erklärung erfolgte.« Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Thüringisches Staatsministerium. Präsidialabteilung Nr. 93. Bl. 223 RS.

²⁶³ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 61.

²⁶⁴ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 765. Dok. 494.

glieder bildete die Einwohnerwehr in Sachsen-Altenburg eine Ausnahme – im Unterschied zum allgemein reaktionären Charakter dieser paramilitärischen Einheiten.²⁶⁵

In Altenburg bestand die Einwohnerwehr überwiegend aus sozialdemokratischen Arbeitern. Die Landesregierung des Freistaates hatte sich geweigert, die Gegner der Republik und aktiven Anhänger der Monarchie in die Einwohnerwehr aufzunehmen und deren diesbezügliche Angriffe zurückgewiesen.²⁶⁶ Die positive Haltung einer regionalen Arbeiterorganisation zur Einwohnerwehr erklärt sich aus der spezifischen Entwicklung der Altenburger Sozialdemokratie. Einerseits gehörte sie auch nach der Entscheidung vom 4. August 1914 zu den treuesten Unterstützern der Parteiführung um Friedrich Ebert. Während der Revolution 1918/19 hatte die Altenburger SPD deren Agieren gegen die Rätebewegung und ihren Einsatz für die parlamentarische Demokratie aktiv mitgetragen und unterstützt.²⁶⁷ Andererseits war die Altenburger Sozialdemokratie aufgrund ihrer bis in die Revolution von 1848 zurückreichenden republikanischen und sozialistischen Tradition²⁶⁸ fest entschlossen, die Weimarer Demokratie konsequent zu verteidigen und auszubauen. Deshalb hatte sie im Frühjahr 1919 den Aufruf Noskes zur Bildung der Einwohnerwehren positiv aufgenommen, sie aber zugleich zu einem verlässlichen Instrument der sozialdemokratisch geführten Landesregierung ausgebaut. Sie wird daher nachfolgend als republikanische Einwohnerwehr bezeichnet. »Schon wenige Minuten nach ½ 3 Uhr war die [republikanische] Einwohnerwehr bewaffnet und mit scharfer Munition versehen. So ausgerüstet zog sie durch die Stadt und Punkt 15.00 Uhr trat [sie] mit 700 Mann geschlossen«²⁶⁹ und wie angeordnet auf dem Altenburger Markt an. Im Anschluss besetzten einige ihrer Angehörigen den Bahnhof und die Post. Diese Sicherungsmaßnahmen hatten die lokalen »militärischen Verschwörer wohl zunächst abgehalten, schon am Sonnabend einen gewaltsamen Putsch zu bewerkstelligen«²⁷⁰.

²⁶⁵ Könnemann, Erwin: Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystem. (November 1918 bis 1920) Berlin 1971. S. 283.

²⁶⁶ Die diesbezüglichen Auseinandersetzungen zwischen der Altenburger SPD-Führung und General Hagenberg wertete das Altenburger SPD-Parteiblatt nach der Niederschlagung des Putsches als Auftakt zu dessen Vorbereitung und machte sie deshalb öffentlich. Ostthüringer Volkszeitung, 18.03.1920.

²⁶⁷ Wolfrum, Andreas: Die Sozialdemokratie im Herzogtum Sachsen-Altenburg zwischen 1848 und 1920. Köln Weimar Wien 2003. S. 173–185.

²⁶⁸ Ebenda. S. 101–189.

²⁶⁹ Ostthüringer Volkszeitung, 16.03.1920.

²⁷⁰ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 765. Dok. 494.

Parallel zur Mobilisierung der republikanischen Einwohnerwehr legten die Belegschaften einzelner Altenburger Betriebe bereits am 13. März die Arbeit nieder. Am Nachmittag kamen die lokalen Führungen der SPD und der Gewerkschaften zusammen. Im Mittelpunkt ihrer Beratung, zu der am Abend auch Vertreter der DDP hinzukamen, stand die Frage, wie die in der Stadt stationierten Reichswehrsoldaten von Aktionen gegen die Arbeiterschaft abgehalten werden konnten. Sie hatten zwar ihre Verfassungstreue bekundet, wurden aber offenkundig durch ihre Offiziere über die tatsächlichen Vorgänge falsch informiert.²⁷¹ In einem an die »Bürger in Waffen«²⁷² gerichteten Flugblatt appellierten deshalb Vertreter der organisierten Altenburger Arbeiterschaft an die Reichswehrsoldaten, sich nicht gegen die verfassungsgemäße Regierung und die Bevölkerung missbrauchen zu lassen.

Erste Reaktionen auf den Putsch in Gera, Rudolstadt, Sondershausen und Meiningen

Am Morgen des 13. März informierte Arthur Drechsler (USPD)²⁷³, der als Mitglied der reußischen Landesregierung an der Sitzung des Thüringer Staatsrats in Weimar teilgenommen hatte, telefonisch den Staatsminister des Volksstaates Reuß, Freiherr von Brandenstein²⁷⁴, »dass in Berlin der Sturz der alten Regierung erfolgt sei«²⁷⁵. Brandenstein versuchte daraufhin, telefonisch Kontakt mit den Berliner Ministerien aufzunehmen und erreichte im Reichsinnenministerium einen Unterstaatssekretär, der ihn über die Situation in der Hauptstadt in Kenntnis setzte. Im weiteren Verlauf gelang es dem reußischen Staatsminister, die inzwischen in Dresden angekommene Reichsregierung zu erreichen. Von ihr erhielt er die Aufforderung, »gegen die Putschisten Widerstand zu leisten«²⁷⁶.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die Putschereignisse in Gera bereits öffentlich bekannt. Die *Geraer Zeitung* hatte mit einem auf den 13. März 12.00 Uhr datierten Sonderdruck in allen Einzelheiten über den »Umsturz in Berlin«²⁷⁷

²⁷¹ Ostthüringer Volkszeitung, 16.03.1920.

²⁷² Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 738. Dok. 473.

²⁷³ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 216.

²⁷⁴ Faludi, Christian: Carl Freiherr von Brandenstein. In: Faludi, Bartuschka (Hrsg.): »Engere Heimat«. S. 366–368.

²⁷⁵ Staatsarchiv Greiz: 3-12-4200-00030. Ministerium Gera. Akten betreffend: Die Gegenrevolution im März 1920. Bl. 152.

²⁷⁶ Mitteilungen über die Verhandlungen des Landtages Reuß j.L., des Gemeinsamen Landtages der beiden Freistaaten Reuß und des Volksrats von Reuß während der Jahre 1919, 1920 und 1921. Leipzig o. J. Sitzungsprotokolle. S. 446.

²⁷⁷ Staatsarchiv Greiz: 3-12-4200-00030. Bl. 3.

informiert. Im Ergebnis seiner Darstellung erklärte das Blatt: »Die Regierung Bauer besteht nicht mehr. Ihre letzte Maßnahme war die Ausstellung eines Aufrufes zum Generalstreik.«²⁷⁸

Gegen 15.00 Uhr wandte sich die Regierung des Volksstaates Reuß mit einer Erklärung an die Bevölkerung, in der sie ebenfalls knapp über die Vorgänge in Berlin informierte. Zugleich machte sie unmissverständlich deutlich, dass sie die »verfassungswidrige Regierung Kapp«²⁷⁹ nicht anerkenne. Die Bevölkerung und die Behörden des Landes wurden aufgefordert, den Anweisungen der Putsch-Regierung keine Folge zu leisten. In einer zweiten Bekanntmachung erließ die Regierung des Volksstaates Reuß ein Veröffentlichungs- und Verbreitungsverbot aller Erklärungen der Kapp-Regierung.²⁸⁰ Gleichzeitig nahm Brandenstein Kontakt mit Major von Coburg auf, dem Kommandeur der seit dem 1. März in Gera stationierten Militäreinheit. Der Minister erinnerte ihn an seinen Eid auf die Verfassung und seine Treuepflicht gegenüber der Regierung. Der Offizier antwortete jedoch ausweichend und erklärte, er habe »lediglich den Befehlen seiner Dienstvorgesetzten zu gehorchen«²⁸¹. Am Abend des 13. März konstituierte sich ein Aktionsausschuss aus Mitgliedern der drei Arbeiterparteien, der die Maßnahmen zur Abwehr des Putsches einleiten und koordinieren sollte. Beschlossen wurde, am Montag den 15. März in den Generalstreik einzutreten.²⁸²

Die Landesregierung Sachsen-Meiningsens erfuhr offenbar erst durch das Telegramm der Reichsregierung, das diese von Dresden aus versandt hatte,²⁸³ von den Berliner Putschereignissen. Staatsrat Marr, der sich zu diesem Zeitpunkt als einziges Regierungsmitglied in Meiningen aufgehalten hatte, berief umgehend eine Beratung ein, an der der lokale Reichswehrebefehlshaber, der Abgeordnete Louis Rennert (SPD)²⁸⁴ und weitere Arbeiter-

²⁷⁸ Staatsarchiv Greiz: 3-12-4200-00030. Bl. 3.

²⁷⁹ Staatsarchiv Greiz: 3-12-4200-00030. Bl. 64 und Bl. 152.

²⁸⁰ Wagner, Matthias: Der Kapp-Putsch in Gera. Mythos und Realität. In: Geraer Hefte für Geschichte, Archäologie und Volkskunde. Heft 3/2011. S. 72.

²⁸¹ Staatsarchiv Greiz: 3-12-4200-00030. Bl. 152.

²⁸² Wagner: Der Kapp-Putsch in Gera. S. 72/73.

²⁸³ »Von der Reichsregierung ist nachstehendes Telegramm eingegangen.« Regierungsblatt für Sachsen-Meinigen Nr. 44. Montag, den 15. März 1920. Staatsarchiv Meiningen: 4-12-2000-576. Akten des Meiningen'schen Staatsministeriums betreffend Umsturzbewegung vom 13. März 1920. Nr. 756. Bl. 10. »Putschversuch gewissenloser Abenteurer, hinter denen kein ernsthafter Politiker steht, haben die Regierung, um Blutvergießen zu vermeiden, veranlasst, Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen, den dienstlichen Verkehr mit uns aufrecht zu erhalten und alle Beziehungen zu den Staatsstreichlern in Berlin abzulehnen.« Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 164. Dok. 110.

²⁸⁴ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 544/545.

vertreter teilnahmen. Der Militärbefehlshaber habe keine Einwände gegen die mit Zustimmung des Regierungsvertreters angekündigten Aktionen der Arbeiterschaft erhoben. Alle Maßnahmen seien darauf gerichtet gewesen, Blutvergießen in Meinungen zu verhindern.²⁸⁵

In Rudolstadt stellte sich die Landesregierung in einem Aufruf an die Bevölkerung »auf den Boden der Verfassung und hinter die verfassungsmäßige Regierung«²⁸⁶. Die Regierung in Schwarzburg-Sondershausen erließ keinen eigenen Aufruf, sondern machte sich den des Thüringer Staatsrats zu eigen.²⁸⁷

Das Agieren der Arbeiterschaft: Bildung erster Aktionsausschüsse und spontane Aktionen

Nicht nur in den thüringischen Landeshauptstädten, sondern in vielen weiteren Orten der Kleinstaaten und im Regierungsbezirk Erfurt konstituierten sich bereits am 13. März 1920 erste Aktionsausschüsse der organisierten Arbeiterschaft, auf deren Rolle bei der Abwehr des Putsches noch konkreter einzugehen sein wird.

Nachdem in Jena die Berliner Putschereignisse im Verlauf des späten Vormittags bzw. gegen Mittag bekannt geworden waren,²⁸⁸ erfolgte »ein Massenaufmarsch, besonders der Zeißschen Arbeiter auf dem Marktplatz«²⁸⁹. Hier informierte ein USPD-Mitglied über die Ereignisse in Berlin und die Einberufung einer Vollversammlung der Jenaer Betriebsobleute noch am gleichen Tag im Gewerkschaftshaus. Ebenso rief die SPD ihre Funktionäre zur gleichen Zeit an den gleichen Ort. Damit deutete sich die Spaltung der Jenaer Generalstreikbewegung noch vor Ausrufung des Ausstandes an. Bereits am Beginn der Betriebsobleuteversammlung, an der offenkundig auch die SPD-Funktionäre teilnahmen, lehnten die Belegschaftsvertreter deren Antrag auf eine paritätische Versammlungsleitung ab, »weil sich die Rechtssozialisten seit Monaten gar nicht um sie gekümmert haben«²⁹⁰. Nach Darstellung des USPD-Parteiblattes beschlossen die Betriebsobleute

²⁸⁵ Saalfelder Volksblatt, 26.03.1920.

²⁸⁶ Verhandlungen des Schwarzburg-Rudolstädtischen außerordentlichen Landtages vom Jahre 1920. Rudolstadt o. J. S. 471.

²⁸⁷ Verhandlungen des Landtages für Schwarzburg-Sondershausen 1916–1919 (1920). Sondershausen 1920. S. 1576.

²⁸⁸ Zu den Jenaer Ereignissen: Schulz, Eberhart: Konfliktreicher Neubeginn. Politische und soziale Entwicklungen in Jena 1919/1920. Jena 2010. S. 76/77.

²⁸⁹ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 15.03.1920.

²⁹⁰ Neue Zeitung, 17.03.1920.

mit wenigen Gegenstimmen den Generalstreik. Nachdem auch ein Antrag der KPD eine Mehrheit fand, der sich scharf gegen die offizielle SPD-Politik richtete, aber jeden revolutionär denkenden Arbeiter in der proletarischen Kampfgemeinschaft willkommen hieß, habe ein Teil der SPD-Funktionäre die Versammlung verlassen. Im Anschluss daran setzten die Betriebsobleute einen provisorischen Arbeiterrat ein, der die weiteren Maßnahmen leiten und koordinieren sollte. In Saalfeld, Greiz und Zeulenroda wurden ebenfalls schon am 13. März Aktionsausschüsse gebildet.²⁹¹ Bereits in den Abendstunden des 13. März war es in einigen Erfurter Betrieben zu Arbeitsniederlegungen gekommen.²⁹²

Am Abend des 13. März bewaffneten sich in Mühlhausen Arbeiter mit den im Rathaus lagernden Waffen. Zuvor hatten Mitglieder der drei Arbeiterparteien einen Aktionsausschuss konstituiert. Der Magistrat der Stadt erkannte die außerordentliche Erregung der Arbeiterschaft, die in den Jahren während des Weltkrieges, im Verlauf der Novemberrevolution 1918 und den darauffolgenden Ereignissen des Jahres 1919 aus seiner Sicht nie die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet hatte.²⁹³ Da es dem Aktionsausschuss neben dem Eintreten für die verfassungsgemäße Regierung um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gegangen sei und sich seine Maßnahmen auf die Abwehr des Putsches beschränkt hätten, habe sich die Verwaltung der Stadt nicht eingemischt, berichtete rückblickend Oberbürgermeister Trenckmann.²⁹⁴

In Südthüringen wurde der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in den Mittagsstunden des 13. März 1920 bekannt. Sofort kam es im Kreis Salzungen zu Arbeitsniederlegungen, der Eisenbahnverkehr wurde zum Erliegen gebracht. In Salzungen konstituierte sich ein Aktionsausschuss, der die öffentliche Gewalt übernahm und die bei der Bevölkerung vorhandenen Waffen beschlagnahmte. Die von ihm aufgestellten Arbeitertrupps besetzten die lebensnotwendigen Betriebe, die Verwaltungen und die Zufahrten zur Stadt. Arbeitsniederlegungen gab es zudem im Kali-Bergbau in der

²⁹¹ Pöhlend, Walter: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen 1914–1920 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung des revolutionären linken Flügels der USPD bis zur Vereinigung mit der KPD. Dissertation (unveröffentlicht). Halle 1965. S. 341.

²⁹² Gutsche, Willibald: Der Kapp-Putsch in Erfurt. Erfurt 1958. S. 54.

²⁹³ Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt betreffs Märzunruhen 1920. Nr. 7424. Bl. 333.

²⁹⁴ Ebenda. Bl. 267.

Röhn sowie in den Kreisen Sonneberg, Hildburghausen und Schmalkalden.²⁹⁵

Am Nachmittag des 13. März hängten Soldaten in Zella-Mehlis in einigen Geschäften der Stadt Handzettel mit Informationen über den Staatsstreich mit dem Hinweis aus, »dass nun die Anordnungen der Regierung unter Kapp und Lüttwitz zu befolgen«²⁹⁶ seien. Sofort bildeten sich in den verwaltungstechnisch noch getrennten Zella und Mehlis Aktionsausschüsse der organisierten Arbeiterschaft, die sich in der Nacht zum 14. März zu einem gemeinsamen Ausschuss vereinigten und erste Verteidigungsmaßnahmen einleiteten.²⁹⁷ Unmittelbar nach den Ereignissen beschrieb ein Mitglied des Aktionsausschusses die Situation am ersten Putschtag aus Sicht der Arbeiterschaft. Nachdem am 13. März die Information über den Sturz der Regierung Ebert-Bauer, ihrer Flucht und ihren Aufruf zum Generalstreik sowie die Aufhebung der Verfassung durch die neue Regierung bekannt geworden waren, sei eine verworrene Situation entstanden, in der es zu handeln galt. »Wir in Zella [...] waren durch den kurz danach angeordneten verschärften Belagerungszustand von allem Verkehr und von allen weiteren Nachrichten abgeschnitten. So standen wir folgerecht unter dem Eindruck, dass zwei Regierungen um ihre Existenz kämpften. Unsere Regierung in Gotha war in dem Bestreben begriffen, die alte Regierung Ebert Bauer zu halten und das Aufkommen der Kapp-Lüttwitz-Regierung zu verhindern. Diesem Streben unserer Gothaer Regierung galten alle unsere Maßnahmen.«²⁹⁸

Das gespaltene Bürgertum

Während sich die sozialistische Arbeiterschaft unmittelbar nach Bekanntwerden der Berliner Ereignisse über die Parteigrenzen hinweg nahezu vollständig gegen die Putschisten in Berlin stellte, waren die Reaktionen im Thüringer Bürgertum am 13./14. März gespalten. Der demokratisch orientierte Teil stellte sich entsprechend dem Aufruf des Vorstandes der DDP auf den Boden der Verfassung und hinter die verfassungsgemäße Regierung.²⁹⁹ Die Jenaer Demokraten zeigten sich empört über den Putsch

²⁹⁵ Herber, Hugo: Vor 40 Jahren. Niederschlagung des Kapp-Putsches in Südthüringen. Suhl 1960. S. 27/28.

²⁹⁶ Jung, Heinrich: Erinnerungen an bewegte Märztage 1920. In: 100 Jahre Zella-Mehlis. Beiträge zur Geschichte. Herausgegeben vom Förderverein Stadtarchiv Zella-Mehlis e.V., Untermaßfeld 2019. S. 116.

²⁹⁷ Baumgärtner, Jürgen: Aktionseinheit der südthüringer Arbeiterklasse schlägt die Kapp-Putschisten. Suhl 1980. S. 24/25.

²⁹⁸ Staatsarchiv Gotha. Akten des Herzoglichen Staatsministerium. Tumultschäden 1891-1922. Sektion II. Loc 61 Nr. 2. Bl. 52 RS/Bl. 53.

²⁹⁹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 157/158. Dok. 104.

und entschlossen, »zusammen mit allen verfassungstreuen Deutschen fest zur verfassungsmäßigen Regierung der deutschen Republik« zu stehen. Sie riefen die gesamte Bevölkerung Jena und Umgebung dazu auf, »sich entschlossen und unbedingt dem Wahnsinn des Militärputsches entgegenzustellen«³⁰⁰. Zugleich rief die DDP alle verfassungstreuen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt für den Abend des 15. März zu einer Volksversammlung in den großen Volkshaussaal. Diesem Aufruf folgten über 2 500 Frauen und Männer, die sich unmissverständlich gegen die Putschisten erklärten und den Maßnahmen der lokalen DDP-Parteileitung zustimmten. Sie hatte sich auf den Boden des SPD-Aktionsprogramms³⁰¹ gestellt, mit deren Aktionsausschuss die DDP zunächst eng zusammenarbeitete.³⁰² Ebenso schlossen sich in Erfurt SPD, DDP und Zentrum zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, nachdem sich die beiden bürgerlichen demokratischen Parteien scharf gegen den Staatsumsturz ausgesprochen hatten.³⁰³

Diesen Bekundungen für die Republik und deren aktive Verteidigung stand eine hauptsächlich verdeckte bürgerliche Unterstützung für Kapp-Lüttwitz gegenüber, die sich in einer wohlwollend-abwartenden Haltung zeigte. Nachdem in Altenburg die Nachricht vom Putsch bekannt geworden war, »da gab es zunächst in den Reihen der breiten Masse der Bevölkerung einige Aufregung, aber in den Reihen derer, die eine Gegenrevolution schon längst herbeigesehnt haben, bei den Alldeutschen und Deutschnationalen und Kapitalisten aller Schattierungen ging erst ein Raunen und Zischen und man sah höhnische Gesichter, von denen man das deutlich ablesen konnte, was sie ausdrückten: Jetzt seid ihr am Ende Eures Lateins, und wir obenauf!«³⁰⁴ Mehr aus dankbarem Gefühl über seinen Kriegsprofit und weniger aus Idealismus habe ein Eisenberger Unternehmer auf die Nachricht über den Putsch in Berlin mit dem freudigen Ausruf »Hoch lebe die Monarchie«³⁰⁵ reagiert. Glückverheißend hätten hier viele Deutschnationale »am 13. März der Junkerknute Auferstehung« gefeiert und dabei »ein bisschen zu tief ins Weinglas geschaut«³⁰⁶. Das bürgerliche Saalfelder Kreisblatt hatte bereits am Sonnabend den 13. März die ersten Nachrichten

³⁰⁰ Jenaer, Volksblatt, 15.03.1920.

³⁰¹ John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 80. Dok. 6c.

³⁰² Jenaer, Volksblatt, 16.03.1920.

³⁰³ Freie Presse, 25.03.1920. Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl.158. In den ersten Tagen des Putsches habe die Arbeitsgemeinschaft den Generalstreik als Abwehr gegen den Putsch unterstützt, in den nachfolgenden Tagen jedoch zwischen Arbeiterschaft, Unternehmern und Militär zu vermitteln versucht. Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 66.

³⁰⁴ Ostthüringer Volkszeitung, 16.03.1920.

³⁰⁵ Ostthüringer Volkszeitung, 20.03.1920.

³⁰⁶ Ostthüringer Volkszeitung, 07.04.1920.

über den Berliner Staatsstreik gebracht. »Da herrschte bei den offenen und verkappten Anhängern von Kapp und Genossen eitel Freude. Gutgenährte, schmunzelnde Gesichter sah man bei manchen Rückwärtsern und Rückwärtserinnen hell aufleuchten und strahlen. War für sie doch endlich die Sonne der Reaktion aufgegangen, auf die man so sehnsüchtig schon so lange gewartet hatte.«³⁰⁷ Ein großer Teil der Jenaer Verbindungsstudenten sympathisierte »rein gefühlsmäßig« mit dem Putsch, einige Professoren setzten sich mehr oder weniger offen für ihn ein.³⁰⁸ »Endlich ist diese Regierung von Ehrlosen und Impotenten gestürzt. Hoffentlich sind wir in Jena heute abend auch so weit [...]. Es brauchen ja nur hundert zu baumeln. Die Liste haben wir schon fertig«³⁰⁹, äußerte der Landtagsabgeordnete Prof. Thümmel (DVP)³¹⁰ und wollte das von ihm so Gesagte später als Scherz verstanden wissen.³¹¹ Am 14. März hätten in Erfurt »Reaktionäre Dunkelmänner und ihre Sprößlinge auf den höheren Schulen, [...] mit frohlockender Mine und schwarz-weiß-roten Bändchen geschmückt, in den Hauptstraßen Erfurts«³¹² flaniert, wobei sich die Spaziergänge »in etlichen belebten Straßen und Lokalen der Stadt zu offenen Kundgebungen für die Monarchie und die Lüttwitze« gesteigert haben sollen.³¹³

Nicht nur aus sozialdemokratischer, sondern auch aus bürgerlich-demokratischer Sicht war die verdeckte Parteinahme des konservativ-deutschnationalen Bürgertums unübersehbar. »Wer die schmunzelnden Reaktionäre am 13. und 14. März in Gotha beobachten konnte weiß, wohin sie innerlich gehörten. Damals hielten sie unverkennbar ihre Zeit für gekommen.«³¹⁴ Unter der Überschrift »Das Programm der neuen Reichsregierung. Wiedererrichtung einer neuen Staatsgewalt« bejubelte die in Weimar erscheinende konservative *Thüringer Tageszeitung* den Staatsstreik. Ihr Kommentar über den »rächenden Arm der Geschichte«, der die alte Regierung hinweggefegt habe, brachte die abwartend zustimmende Haltung weiter bürger-

³⁰⁷ Saalfelder Volksblatt, 19.03.1920.

³⁰⁸ John, Jürgen; Stutz Rüdiger: Die Jenaer Universität 1918–1945. Traditionen – Brüche – Wandlungen. In: Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hrsg.): Die Universität Jena 1850–1995. Köln Weimar Wien 2009. S. 292. FN 2 (S. 270–416.)

³⁰⁹ Zitiert nach Schulz: Konfliktreicher Neubeginn. S. 79.

³¹⁰ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 643–645.

³¹¹ Jenaer Volksblatt, 06.04.1920. Die Redaktion des Volksblattes kommentierte hierzu: »Es mag in der Tat für einen Mann wie Professor Thümmel ein sehr scherzhafter Gedanke sein, 100 politische Gegner baumeln zu sehen. [...] Auf jeden Fall hat er am 13. März seinen innersten Gedanken sehr klar und unzweideutig zum Ausdruck gebracht [...]«

³¹² Volkszeitung, 26.03.1920. Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl. 148.

³¹³ Ebenda.

³¹⁴ Staatsarchiv Gotha: Landratsamt Gotha Nr. 328. Bl. 153. undatiertes Flugblatt der DDP Gotha.

licher und konservativer Kreise zum Ausdruck. Es hätten sich Männer gefunden, »die das Reichsschiff in ihre starken Hände nahmen, wir wollen ihnen wünschen, dass es ihnen gelingt, wieder Ordnung in die heillos verfahrenen Verhältnisse zu bringen«³¹⁵.

Das verdeckte und offene putschistische Agieren der Reichswehr am 13. und 14. März in Thüringen und die sofortige Niederschlagung des Putsches in Altenburg

Die verdeckte Unterstützung des Putsches durch die Reichswehr in Mittel- und Westthüringen

Das Gebiet der thüringischen Kleinstaaten und des Regierungsbezirks Erfurt war zum Zeitpunkt des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches auf zwei Reichswehrkommandos aufgeteilt. In Ostthüringen lag die Reichswehrbrigade 16, die ihre Befehle aus Dresden von General Maercker erhielt. Im westthüringischen Gebiet befanden sich Einheiten der Reichswehrbrigade 11, die dem Reichswehrgruppenkommando 2 in Kassel unterstand. Dessen Führung stand, entgegen späteren Darstellungen,³¹⁶ am ersten Putschtag keinesfalls eindeutig zur verfassungsgemäßen Regierung. Am Morgen des 13. März 1920 erklärte es: »In Berlin hat sich eine neue Regierung unter Generallandschaftsdirektor Kapp als Reichskanzler gebildet. Es sollen nur Fachminister herangezogen werden. Alle Parteien sind ausnahmelos zur Bildung der neuen Regierung aufgefordert. Der Regierungswechsel hat sich ohne Blutvergießen in größter Ruhe vollzogen.«³¹⁷ Deshalb seien die ihm unterstehenden Truppen angewiesen, »mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. [...] Ein Streik würde Unruhen zur Folge haben, die Lebensmittelversorgung behindern und den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands unterbrechen.«³¹⁸ Dort, wo es erforderlich sei, werde der verschärfte Ausnahmezustand verhängt. In Berlin herrsche Ruhe und es sei auch keine Generalstreikbewegung eingetreten.

³¹⁵ Thüringer Tageszeitung, 14.03.1920.

³¹⁶ »Obgleich sich der Befehlshaber der für Westthüringen zuständigen Reichswehrbrigade in Kassel zur verfassungsmäßigen Reichregierung bekannte, wurde gerade dieses Gebiet zu einem der Hauptkonfliktherde des Putsches.« Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 98.

³¹⁷ Jenaer Volksblatt, 15.03.1920. Cassel, 13. März. »Das Reichswehrgruppenkommando 2 in Cassel bittet, nachstehende Meldung zu verbreiten.« Vorwärts, 08.04.1920.

³¹⁸ Jenaer Volksblatt, 15.03.1920.

Auf diese Erklärung reagierte Philipp Scheidemann am 14. März in einem öffentlichen Schreiben an das Gruppenkommando äußerst kritisch. Sie müsse »von der Bevölkerung als eine Parteinahme zugunsten meuternder Soldaten, die sich gegen die Reichsregierung erhoben haben, aufgefasst werden«³¹⁹. Ende März 1920 forderten der Militärkommissar der Reichswehrbrigade 11 Albert Greszinsky (SPD) und der Aktionsausschuss Kassel (SPD, DDP und Zentrum) die Führung des Reichswehrgruppenkommando 2, die Generäle von Schoeler und von Loßberg, aufgrund ihrer unklaren Haltung am Beginn des Putsches zu entlassen. »Eine einwandfreie Erklärung des Reichswehrgruppenkommandos war am Sonnabend [den 13. März 1920] nicht zu erlangen. Die Offiziere erklärten bloß, sie seien bestimmt, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und müssten daher den drohenden Generalstreik unter allem Umständen verhindern. Dem Aufruf zum Generalstreik müssten sie entgentreten, da er in Widerspruch stehe zu den früheren Anordnungen der gleichen Minister bzw. der Regierung Bauer. Die Regierung sei verschwunden.«³²⁰ Selbst der Versuch, die Offiziere »zu einem Bekenntnis zu einer Regierung der Nationalversammlung zu bewegen [...] wurde ausweichend beantwortet«³²¹. Zwar erklärte sich das Reichswehrgruppenkommando 2 am 14. März offiziell für die Regierung Ebert-Bauer. Doch zugleich stellte es sich gegen den Generalstreikaufruf der sozialdemokratischen Minister und machte unmissverständlich deutlich, es werde mit allen Machtmitteln gegen die Bestreikung lebenswichtiger Betriebe vorgehen.³²² Vor allem von den Arbeitern verlangte das Reichswehrgruppenkommando 2, »dass sie dem Aufruf der SPD zur Arbeitsniederlegung keine Folge leisten«³²³. Damit wollte es, so zumindest seine Begründung, den Bürgerkrieg und den Untergang Deutschlands verhindern.³²⁴

Vor diesem Hintergrund richteten sich die ersten Befehle der Militärbefehlshaber in Westthüringen »eindeutig und ausschließlich«³²⁵ gegen die Arbeiterschaft und deren Aktivitäten zur Abwehr des Putsches. General Stolzmann, Kommandeur der Reichswehrbrigade 11, hatte am 13. März mit der Begründung, die Regierung in Berlin sei durch gewaltsame Eingriffe in ihren Entschlüssen gehemmt, für seinen Befehlsbereich den ver-

³¹⁹ Vorwärts, 08.04.1920.

³²⁰ Vorwärts, 08.04.1920.

³²¹ Vorwärts, 08.04.1920.

³²² Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 198. Dok. 140.

³²³ Ebenda.

³²⁴ Ebenda.

³²⁵ Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 96.

schrärfen Ausnahmezustand verhängt.³²⁶ In Erfurt ordnete der Bezirksbefehlshaber und Garnisonsälteste Oberst von Selle am 13. März ebenfalls den verschärften Ausnahmezustand an. Kundgebungen der politischen Parteien unter freiem Himmel wurden verboten, ebenso Ansammlungen von Menschen und Demonstrationen in der Öffentlichkeit. Versammlungen in geschlossenen Räumen waren anmeldepflichtig und konnten unter Bewachung gestellt werden. USPD und KPD war das Herstellen und Verbreiten schriftlicher Mitteilungen untersagt, ebenso Aufrufe zu Streiks. Neue Publikationen durften nicht erscheinen. Offiziere erhielten Polizeibefugnisse, Haussuchungen und Verhaftungen konnten jederzeit erfolgen. Obwohl auch die bürgerlichen Zeitungen unter Vorzensur gestellt waren, publizierten die *Mitteldeutsche Zeitung* und die *Thüringer Allgemeine Zeitung* am 14. und 15. März die Aufrufe und Bekanntmachungen der Kapp-Regierung. Das war nach einer Anordnung des Reichsinnenministers Koch und des Reichswehrministers Noske vom 14. März verboten.³²⁷

Die Zweifel der Verteidiger der Republik an der Verfassungstreue des Militärs in Westthüringen waren insofern gut begründet, wenngleich einzelne Verlautbarungen über dessen tatsächliches Agieren einer genauen Prüfung nicht immer standhalten.³²⁸ Rückblickend resümierte Karl Hermann: »[E]s war eigenartig, nachdem die ganzen werktätigen Bevölkerungsschichten zum Kampfe gegen die militärischen Putschisten in Berlin aufgerufen waren, man von Cassel herkam und verbot, irgendeine Versammlung abzuhalten. Man verbot, irgendwie in den Streik einzutreten, und als man am Montag, den 15. März trotzdem sah, dass die Massenbewegung über diese papierne Bestimmungen hinweggeschritten war, kam man und gestattete gnädig den Generalstreik, sagte aber gleichzeitig: ›Ihr dürft Versammlungen im Freien nicht abhalten. Ihr müßt in Lokale gehen.«³²⁹

³²⁶ Der Deutsche. Sondershäuser Tageblatt und Generalanzeiger, 15.03.1920.

³²⁷ Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 53–55.

³²⁸ Der Vollzugsrat Mühlhausen erklärte in seinem Aufruf vom 14. März. »Schon verlautet, dass das Generalkommando in Kassel sich auf die Seite der Militärdiktatur gestellt hat und der alten Regierung den Gehorsam verweigert hat.« Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 739. Dok. 475.

³²⁹ Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung von Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1602.

Der Vorsitzende der Landesregierung Schwarzburg-Rudolstadt Emil Hartmann (SPD)³³⁰ stellte rückblickend fest, dass das in seinem Verantwortungsbereich stationierte Reichswehrebataillonskommando in den Putschtagen keineswegs eine unzweideutige Haltung eingenommen habe. Noch am 15. März hatte dessen Kommandeur erklärt, er werde weder für die alte Regierung noch die Regierung Kapp eintreten, sondern seine Aufgabe lediglich darin sehen, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Seinen unentschiedenen Standpunkt habe er mit dem Generalstreikaufruf der verfassungsgemäßen Reichsregierung begründet. Er sei auf Anweisung seines Brigadekommandos verpflichtet, jeden Streik unbedingt zu verhindern. Hartmann vermutete hinter dieser Haltung jedoch eine gewisse Sympathie für die Regierung Kapp und unterstellte, dass der Offizier für den Fall ihres Erfolges zu ihr übergetreten wäre. Er begründete diese Vermutung mit der Art und Weise der Ausübung der Zeitungszensur durch den Militärbefehlshaber während der Putschtage. Zudem habe er einen seiner Kompanieführer, der sich im Dienst offen zu Kapp bekannt hatte, weiterhin gewähren lassen. Dass sich der Bataillonskommandeur letztlich am Nachmittag des 16. März auf den Boden der verfassungsgemäßen Regierung gestellt hatte, führte Hartmann darauf zurück, dass seine Soldaten ihm größten Widerstand entgegengesetzt hätten »und die Vertrauensleute ihn über die Haltung der Mannschaften und Unteroffiziere auch nicht im Zweifel gelassen haben«³³¹.

Bruno Bieligk erklärte am 29. März im Landtag Schwarzburg-Sondershausen, die ersten Meldungen der Reichswehrebefehlshaber in Erfurt und Rudolstadt hätten ihm bewiesen, »dass sie nicht hinter der Verfassung standen«³³². Stattdessen seien sie mit ihren Befehlen den Arbeitern, die sich für den Schutz der Verfassung einsetzten, in der schmachlichsten Weise in den Rücken gefallen. Dass sich ihre Maßnahmen in Sondershausen nicht so auswirken konnten, sei eine Folge der geringen Militärpräsenz vor Ort gewesen. Zudem hatte der Generalstreik bereits eingesetzt, bevor ihre Anordnungen bekannt wurden. »Die Herren von der Reichswehr haben sich erst dann auf ihre Aufgabe, die Verfassung zu schützen, besonnen, als sie einen Vorwand brauchten, um gegen die Arbeiter, die auf dem Boden der Verfassung standen, vorzugehen.«³³³

³³⁰ Schilling, Willy: Den Alten zur ›Ehr...‹. In der Tradition von Bebel, Liebknecht und Ebert. Emil Hartmann (1868–1942). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. S. 197–202.

³³¹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar: Thüringisches Ministerium des Innern P 572. Bl. 7. Bl. 5–9.

³³² Verhandlungen des Landtages für Schwarzburg-Sondershausen: S. 1578.

³³³ Ebenda.

Am folgenschwersten erwies sich das Agieren der Reichswehr in Suhl, worauf noch einzugehen sein wird, und in Gotha. Am Morgen des 14. März war eine schwer bewaffnete Reichswehreinheit aus Erfurt in die Landeshauptstadt des Freistaates eingerückt und hatte zunächst den Bahnhof, die Post und das »Volkshaus zum Mohren«, den Sitz des Gothaer Aktionsausschusses, besetzt. Hier verhaftete das Militär etwa 40 Personen, unter ihnen Emil Grabow. Sie wurden zunächst in die Kaserne gebracht, dann jedoch sehr schnell wieder freigelassen. Im Verlauf dieser Ereignisse verletzten die Soldaten einen Arbeiter tödlich und verwundeten einen weiteren schwer.³³⁴ Zudem ging die Einwohnerwehr mit demütigender Gewalt gegen die Arbeiterschaft vor.³³⁵

Grabow wurde am Nachmittag des 14. März aus der Kaserne heraus direkt zu einer Besprechung gebracht, die der Kommandeur der Reichswehreinheit, Major Heims, mit Vertretern der Landtagsparteien angesetzt hatte. In deren Verlauf erklärte er die Landesregierung für abgesetzt und die Landesversammlung als aufgelöst. Er nahm diese Erklärung jedoch umgehend wieder zurück, nachdem keiner der anwesenden Parteienvertreter sich zur Bildung einer Koalitionsregierung bereitfand. Der zwischenzeitlich aus Erfurt eingetroffene Oberst Selle verlangte demgegenüber nun von Grabow, die Landesregierung solle ihren Generalstreikaufruf vom 13. März zurücknehmen. »Grabow erklärte, dass er höchstens in eine Abänderung einwilligen werde, falls ihm seitens des Militärs die schriftliche Erklärung gegeben würde, dass das in Gotha befindliche Militär Anordnungen der Kapp-Diktatur nicht anerkennen und ausführen werde.«³³⁶ Selle wollte eine solche Zusicherung nicht geben, versprach aber, sie von seiner vorgesetzten Stelle zu erwirken, was jedoch nicht geschah.

Dass Major Heims auf eine entsprechende Frage erklärte, er persönlich stünde hinter Kapp, und die übrigen anwesenden Offiziere sich nicht für die Verfassung und die verfassungsgemäße Regierung aussprachen, machte die Reichswehr in Gotha aus Sicht der Landesregierung zu Anhängern des Putsches. Ihre Maßnahmen konnten »nur der Gegenrevolution die-

³³⁴ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 757. Dok. 489.

³³⁵ Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 96.

³³⁶ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 758. Dok. 489.

nen«³³⁷. Ihm sei sofort klar gewesen, erinnerte sich rückblickend der damalige Gothaer Polizeieinspektor Gisohn, »dass Major Heims einen schweren Fehler begangen hatte, der entscheidend auf die Entwicklung der nun folgenden Ereignisse einwirken musste und auch tatsächlich eingewirkt hat«³³⁸.

Der Militärputsch in Ostthüringen und seine zivilen Unterstützer

Nachdem die kleinstaatlichen Regierungen in Ostthüringen am 13. März 1920 auf ihre jeweiligen Anfragen ob der Verfassungstreue des Militärs von den örtlichen Kommandeuren gleichlautende ausweichende Antworten erhalten hatten, ging die Reichswehrbrigade 16 in der Nacht zum 14. März offen auf die Seite der Putschisten über. Auf deren Anweisung sollten die militärischen Befehlshaber »in den einzelnen Freistaaten die vollziehende Gewalt«³³⁹ übernehmen und die jeweiligen Landesregierungen ultimativ auffordern, sich innerhalb von zwei Stunden hinter die Kapp-Regierung zu stellen. »Weigern sie sich, so sind sie durch die militärischen Befehlshaber abzusetzen.«³⁴⁰

Dementsprechend wurde dem im Fürstenhaus internierten August Baudert am 14. März gegen 4.00 Uhr morgens ein von General Hagenberg unterzeichnetes Ultimatum überbracht.³⁴¹ Innerhalb von zwei Stunden sollte die Landesregierung erklären, »ob sie sich hinter die neue Reichsregierung stellt oder nicht«³⁴². Das Militär ließ im gesamten Staatsgebiet Sachsen-Weimars per Flugzeug Flugblätter abwerfen, in denen General Hagenberg darüber informierte, dass die vollziehende Gewalt auf ihn übertragen worden sei. Die Absetzung der verfassungsgemäßen Landesregierung Paulsen/Baudert begründete er mit deren Weigerung, die Putsch-Regierung Kapp anzuerkennen. Die Leitung der Staatsgeschäfte sei von

³³⁷ Ebenda. S. 759. In einem Flugblatt hatte Heims erklären lassen: »Wir sind nicht hierher gekommen zu einem monarchistischen Putsch, sondern unsere einzige Aufgabe ist die Wiederherstellung und Sicherung von Ruhe und Ordnung. Keinem, der sich unseren Anordnungen fügt, wird auch nur ein Haar gekrümmt werden. Sicherheit der Person und des Eigentums wird unbedingt gewährleistet. Ebenso werden wir die Arbeitswilligen unbedingt zu schützen wissen. Darum gehe ein jeder seiner Beschäftigung nach und helfe jeder an seinem Teil mit am Aufbau eines gesunden starken Vaterlandes. Allen radikalen Elementen dagegen, die sich den die vorläufige Gewalt ausübenden Behörden widersetzen, wird mit allen Mitteln und mit unnachsichtiger Schärfe entgegengetreten werden.« Staatsarchiv Gotha: Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388, Bl. 26.

³³⁸ Staatsarchiv Gotha 2-15-0183-71: Bericht des Stadtoberamtmann Gisohn. Bl. 10.

³³⁹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 187. Dok. 134.

³⁴⁰ Ebenda.

³⁴¹ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 61.

³⁴² John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 79. Dok. 6b.

Rechtsanwalt Jöck (DNVP)³⁴³ übernommen worden.³⁴⁴ Zu diesem Zeitpunkt versuchte der Thüringer Staatsrat, die Freilassung Bauderts zu erwirken und entsandte hierzu die Meininger Staatsräte von Türcke und Hofmann sowie August Frölich (SPD)³⁴⁵ zu General Hagenberg. Gegen die Vorhaltungen der Militärs, Baudert werde wegen der Herausgabe der Waffen festgehalten, verwies die Delegation auf dessen Beitrag am Vorabend zur Deeskalation und vor allem darauf, dass seine weitere Inhaftierung zu Protesten führen könnte. Im Verlauf der Diskussion erklärte dann plötzlich ein hinzugekommener Offizier, dem Wunsch nach Freilassung des Ministers könne wohl entsprochen werden. Es bestehe die Möglichkeit einer Verständigung mit Minister Baudert wegen seiner weiteren Beteiligung an der Regierung.³⁴⁶ Tatsächlich wurde Baudert erst am Abend des 14. März freigelassen,³⁴⁷ wobei Jöck für sich in Anspruch nahm, dies beim Militär erwirkt zu haben.³⁴⁸

Während am Morgen des 14. März 1920 die Gerarinnen und Geraer begannen, ihren neuen Gemeinderat zu wählen, übergab der Garnisonsälteste Major von Coburg gegen 10.00 Uhr der Regierung des Volksstaates Reuß das Ultimatum, innerhalb von zwei Stunden die Kapp-Regierung anzuerkennen, anderenfalls werde sie abgesetzt.³⁴⁹ Daraufhin begaben sich die in Gera anwesenden Mitglieder der Landesregierung nach Greiz. Zunächst hatten sie die Absicht gehabt, »auf ihrem Posten zu bleiben«³⁵⁰. Die an der Seite der verfassungsgemäßen Regierung stehenden Führer der Arbeiterschaft hätten jedoch darum gebeten, »dass wir Gera verlassen sollten, damit dem Land eine aktionsfähige Regierung erhalten bliebe«³⁵¹. Von Greiz aus erklärte sie ihren Schritt mit »der zweifelhaften Haltung«³⁵² der Garnison und des Zeitfreiwilligenverbandes in der Landeshauptstadt. Sie wies die

³⁴³ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 372/373.

³⁴⁴ Jenaer Volksblatt, 15.03.1920.

³⁴⁵ Faludi, Christian: August Frölich. In: Faludi, Bartuschka (Hrsg.): »Engere Heimat«. S. 368–370.

³⁴⁶ Staatsarchiv Meiningen: 4-12-2000-759. Bl. 228/Bl. 228 RS. Tatsächlich wurde am 15. März die Meldung verbreitet: »Die neue Regierung (in Weimar) beabsichtigt, eine Koalitionsregierung zu bilden. Staatsminister Baudert, welcher gestern durch die Militärbefehlshaber wegen Auslieferung von Waffen in Haft genommen worden war, wird in die neue Regierung eintreten.« Jenaer Volksblatt, 15.03.1920. Die Redaktion des Volksblattes bezweifelte jedoch den Bericht ihres Mitarbeiters. Tatsächlich verweigerte sich Baudert einer solchen Mitarbeit, Urheber dieser Meldung war das Militär. Faludi: 1920 in Weimar. S. 79.

³⁴⁷ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 61.

³⁴⁸ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 17.03.1920.

³⁴⁹ Wagner: Der Kapp-Putsch in Gera. S. 73.

³⁵⁰ Mitteilungen über die Verhandlungen des Landtages Reuß. S. 446.

³⁵¹ Ebenda. »Das war keine ›Flucht‹, sondern eine mit den Mitgliedern des Aktionsausschusses besprochene Maßnahme. Man hielt sie für eine dringende Notwendigkeit, um eine beschlussfähige legale Staatsregierung zu erhalten.« Frister, Herbert: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. Staatsarchiv Rudolstadt: Bezirksparteiarchiv der SED Gera. 5-95-3100-289. Dokumentationen und Forschungsarbeiten. S. 21.

³⁵² Klß, Paul: Die Revolution in Greiz 1918–20. Greiz 1928. S. 67.

Behörden des Landes an, nur ihre Anordnungen auszuführen. Im Namen der Reichsregierung rief die Landesregierung des Volksstaates Reuß die Bevölkerung auf, »der sogenannten Regierung Ebersbach oder der Diktatur Kapp keinerlei Folge zu geben, sondern im Gegenteil Widerstand zu leisten«³⁵³.

Nach Ablauf des Ultimatums war die Reichswehr »vermischt mit Zeitfreiwilligen und schwer bewaffnet mit Gewehren und Maschinengewehren, Handgranaten und begleitet mit einer Anzahl Autos unter klingendem Spiele – Preußenmarsch; Deutschland, Deutschland über alles« auf dem Marktplatz aufmarschiert.³⁵⁴ Hier hielt Major von Coburg eine Ansprache und erklärte die reußische Landesregierung für abgesetzt. Er gab bekannt, dass er die Regierungsgewalt übernommen und als Zivilkommissar den Hofkammerrat Ebersbach ernannt habe. Das Militär besetzte im Anschluss das Rathaus, die Regierungsgebäude und weitere wichtige öffentliche Gebäude. Der Versuch der Putschisten, die Mitglieder der Landesregierung und die lokalen Funktionäre der Arbeiterbewegung zu verhaften, misslang weitgehend. Vorübergehend festnehmen konnten die Putschisten den KPD-Funktionär Hermann Schulze.³⁵⁵

Am Abend des 14. März kam die sogenannte Regierung Ebersbach zu einer ersten Sitzung zusammen. Wenngleich ihr Vorsitzender seine Mitverschwörer zu beruhigen versuchte, eine Gegenaktion sei nicht zu erwarten, weil es der Masse an Führungspersönlichkeiten fehle, »die eine solche Bewegung zu leiten imstande seien«³⁵⁶, drehte sich die Beratung vor allem um die Frage, wie die Auswirkungen eines Generalstreiks begrenzt werden könnten. Zu den erwogenen Maßnahmen gehörte auch die Unterdrückung jenes Teils der Presse, der den Putschisten kritisch gegenüberstand, zudem wurde der Einsatz militärischer Gewalt nicht ausgeschlossen. Einen weiteren Schwerpunkt dieser Beratung bildete die Frage, wie die nach Greiz ausgewichene legitime Landesregierung ausgeschaltet werden könnte.

Wenngleich sich die Putschisten bei der Inszenierung des Umsturzes im Rahmen ihrer »preußisch-militaristischen Vorstellungswelt«³⁵⁷ bewegten

³⁵³ Ebenda.

³⁵⁴ Der Märzputsch im Volksstaat Reuß. Nach amtlichem Material dargestellt vom preußischen Presseamt. Gera 1920. S. 22.

³⁵⁵ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 607–609.

³⁵⁶ Der Märzputsch. S. 25.

³⁵⁷ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. Einleitung. S. XV.

und der Sturz der Landesregierungen auf dem Dienstweg per Befehl angeordnet wurde, spricht vieles dafür, dass die lokalen Kommandeure der Reichswehrbrigade 16 und der in Weimar stationierten preußischen Sicherheitspolizei vorab in die Verschwörung eingeweiht waren. Ihr bereits gezeigtes Vorgehen am Vormittag des 13. März in Weimar und ihr sofortiges Eintreten für Kapp-Lüttwitz waren nicht nur spontane Reaktionen auf die Nachrichten aus Berlin. Ob infolge von Gerüchten³⁵⁸ oder bereits auf Anweisung hatte das Militär am Morgen des 13. März Kontrollpunkte an den Weimarer Zufahrtsstraßen errichtet, um Reichspräsident Ebert und die Mitglieder der Reichsregierung auf ihrem vermuteten Weg nach Weimar abzufangen und zu verhaften.³⁵⁹ Als Major Brockmann am Vormittag des 13. März im Fürstenhaus bei Baudert und Paulsen vorgesprochen hatte, wusste er bereits von dem bevorstehenden Ultimatum. Auf die Frage der beiden Staatsminister, wie seine Einheit zur Landesregierung stehe, erklärte er, »man würde der Weimarischen Regierung die Frage vorlegen, ob sie zur neuen Reichsregierung halte oder nicht, und das weitere würde sich dann finden«³⁶⁰.

Nach dem Zusammenbruch des Staatsstreiches sah sich die reußische Landesregierung in ihrer Überzeugung bestätigt, dass der Putsch »von der Militärkamarilla von langer Hand vorbereitet worden war«³⁶¹. Hierzu hatten nach ihrer Überzeugung die vom Garnisonkommando ohne ihr Wissen durchgeführte Formierung einer Zeitfreiwilligeneinheit und die gegen ihren Protest Anfang März 1920 in Gera erfolgte Stationierung einer Reichswehreinheit gehört. Entgegen der Versicherung des Reichswehrministeriums, die Einheit sei lediglich zum Zweck ihrer Auflösung in die reußische Landeshauptstadt verlegt worden, bewiese ein vom Januar 1920 stammender und vom Kommandeur der Einheit angeforderter Erkundungsbericht über die politische Situation, die wichtigsten Akteure der organisierten Arbeiterbewegung und die Infrastruktur der Stadt, dass es

³⁵⁸ Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung von Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1564. Unter der Überschrift »Armes Weimar« brachte die Thüringer Tageszeitung am zweiten Putsch-Tag eine auf den 13. März datierte Meldung: »Berlin, 13. März: Nach bisher unbestätigten Gerüchten soll die alte Regierung die Absicht haben, sich nach Weimar zu begeben um von dort aus die Reichsgeschäfte weiterzuführen. Sie glaubt in den dem General Maercker unterstellten Truppen einen militärischen Rückhalt zu haben.« Thüringer Tageszeitung, 14.03.1920.

³⁵⁹ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 60.

³⁶⁰ Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung von Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1554.

³⁶¹ Der Märzputsch. S. 1.

darum gegangen sei, hier »einen Stützpunkt der Gegenrevolution zu bilden und einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt zu beherrschen«³⁶².

Bereits am Nachmittag des 13. März hatten die Gegenrevolutionäre in Gera nach den Informationen der verfassungsgemäßen Reußischen Landesregierung »eine fieberhafte Tätigkeit«³⁶³ entfaltet. In den Nachmittagsstunden habe sich Major von Coburg mit einigen Personen, unter ihnen Hofkammerrat Dr. Ebersbach, in einem Hotel in der Nähe des Bahnhofes getroffen. Die Zeitfreiwilligen waren für 18.00 Uhr in die Kaserne einberufen worden und zwischen der Kaserne und dem Hotel sei in den späten Nachmittagsstunden ein reger Verkehr zu beobachten gewesen.³⁶⁴ »Da Herr Ebersbach dem Zeitfreiwilligenverband nicht angehörte, hat er offenbar an den in der Kaserne getroffenen Vorbereitungen zu dem am 14. März begangenen Hochverrat teilgenommen. Daraus geht aber hervor, dass die Offiziere schon am 13. März ganz genau gewusst haben, was in Gera geplant war.«³⁶⁵

Am 16. März erklärte August Frölich in der Landesversammlung des Freistaates Sachsen-Altenburg, dass die eine Woche zuvor erfolgte Versetzung des Altenburger Reichswehrkommandeurs, mit dem die Landesregierung sehr gut zusammengearbeitet habe, erfolgt sei, »weil man befürchtete, ihn zu dem Putsch, der geplant war, nicht gebrauchen zu können«³⁶⁶. In Altenburg waren am Abend des 13. März Offiziere der Garnison mit dem Regierungsrat Dr. Stolze in der Absicht zusammengelassen, »im Anschluss an den Staatsstreik Kapp – von Lüttwitz die altenburgische verfassungsmäßige Regierung zu stürzen und gewaltsam eine neue Regierung, eventuell unter Regierungsrat Dr. Stolze, dem damaligen Stellvertreter des Staatsrats Frölich, für den Freistaat Sachsen-Altenburg einzusetzen«³⁶⁷.

³⁶² Ebenda. S. 10. Der Erkundungsbericht ist im Zusammenhang mit der Darstellung des Kapp-Putsches veröffentlicht worden. Ebenda. S. 10–13. Herz, Hans: Die Niederschlagung des Kapp-Putsches in Gera und das Gefecht zwischen revolutionären Arbeitern und Reichwehrtruppen bei Zickra. Eine Aktenpublikation. In: Jahrbuch des Museum Hohenleuben-Reichenfels 1962. Heft 11. Hohenleuben 1962. S. 10–12 Dok. 1 (S. 9–33). Leucht, Hans (Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Stadtverband Gera der PDS): März 1920. Die Arbeiter des Volksstaates Reuß verteidigen die Demokratie gegen Putschisten. Gera 2000. S. 4/5 (Auszüge).

³⁶³ Der Märzputsch. S. 18.

³⁶⁴ Ebenda.

³⁶⁵ Staatsarchiv Greiz. 3-12-4200-00030-2: Ministeriums Gera Nr. 30/2. Die Gegenrevolution im März 1920. Bl. 133.

³⁶⁶ Verhandlungen der Landesversammlung des Freistaates Sachsen-Altenburg 1919–1921. Altenburg o. J. S. 520.

³⁶⁷ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Thüringisches Ministerium des Innern P 572. Bl. 16. Stolze informierte Frölich erst nach dem 17. März über dieses Treffen, als die Geheimkonferenz ohnehin öffentlich bekannt geworden war. Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 765. Dok. 494.

Die Landesregierung Sachsen-Weimars zog aus dem in einer Druckerei der Reichswehr beschlagnahmten Material den Schluss, dass »doch weite Kreise in diese ganze Unternehmung verwickelt gewesen sind«³⁶⁸. Staatsminister Paulsen belegte diese Vermutung mit einem aufgefundenen Plakat des *Thüringer Bauernbundes*. Wahrheitswidrig wurde hier erklärt, die Landesregierung sei zurückgetreten und die vollziehende Gewalt auf General Hagenberg übergegangen. Rechtsanwalt Jöck habe die Regierungsgeschäfte übernommen. Der Bauernbund »stimmt der neuen Regierung vollkommen zu, dass Ruhe und Ordnung gewahrt bleiben muss und verurteilt aufs schärfste die Bestrebungen für einen Generalstreik der Arbeiterschaft«³⁶⁹. Für den Fall eines Generalstreiks wurden unverzügliche Gegenmaßnahmen angekündigt. Paulsen ging davon aus, dass 2 000 Exemplare dieses Plakats bereits am 14. März gedruckt worden waren. Der Bauernbund wehrte sich dagegen, dass sein »Mahnruf zur Besonnenheit und Ruhe und zu gewissenhafter Weiterarbeit eine innere Teilnahme an dem Putsch« gewesen sein sollte. Die rein an wirtschaftlichen Interessen orientierte Organisation lehne jeden gewaltsamen Versuch ab, die verfassungsmäßigen Zustände zu verändern. Der Aufruf sei am Abend des 15. März in Druck gegeben worden und nicht zur Verteilung gelangt. Er habe lediglich zur Orientierung der Mitglieder des Bauernbundes dienen sollen.³⁷⁰ Dem wurde jedoch energisch widersprochen.³⁷¹

Staatsminister August Baudert vermutete zudem eine Verstrickung des durch die Novemberrevolution 1918 abgesetzten Großherzogs in den Staatsstreichversuch. Personen aus dessen unmittelbarem Umfeld hätten »in den letzten Tagen vor dem Putsch und in den ersten Tagen während des Putsches eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet und sind dann plötzlich vom 16. ab spurlos verschwunden«³⁷². Aufgrund ähnlicher Vorgänge in anderen

³⁶⁸ Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung von Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1560.

³⁶⁹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 739 Dok. 476. Tatsächlich drohten reichsweit die landwirtschaftlichen Organisationen vor und während des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsches mit einem Lieferstreik als offensive Antwort auf den Generalstreik. Bieber, Hans-Joachim: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920. Hamburg 1992. S. 315. Der Thüringer Bauernbund plante, bewaffnet gegen Streikende vorzugehen. Faludi: 1920 in Weimar. S. 77. Weimarische Landeszeitung (Deutschland), 04.04.1920.

³⁷⁰ Wenn der Vorsitzende des Thüringer Bauernbundes behauptet, »der Aufruf sei erst am Montag, den 15. März abends gedruckt worden, so befindet er sich stark im Irrtum, denn zu dieser Stunde war die eintägige Regierungszeit Jöcks bereits abgelaufen. Nein, der Aufruf wurde in der Nacht vom 13. zum 14. März gedruckt [...] Der »unpolitische« Thüringer Bauernbund treibt Hochverratspolitik und besorgt die Geschäfte des ostelbischen Junkertums als Hilfstruppe des Bundes der Landwirte, dessen Vorsitzender, Freiherr von Wangenheim, von Kapp als preußischer Landwirtschaftsminister berufen war.« Jenaer Volksblatt, 06.04.1920.

³⁷² Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung von Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1563. Obwohl sich Bauderts Vermutung auf starke Indizien stützte, konnte dem ehemaligen Großherzog eine konkrete Beteiligung am Staatsstreichversuch nicht nachgewiesen werden. Faludi: 1920 in Weimar. S. 80/81.

Landeshauptstädten ging Baudert von einem genau verabredeten Plan aus. Zudem schloss er aus einem letztlich nicht mehr veröffentlichten Nachrichtenblatt des Militärs, in dem der Sturz der verfassungsgemäßen Landesregierung in Weimar begründet wurde, »dass hier in der Bürgerschaft Kreise zu finden sind, die ihre Hände schon vordem im Spiel hatten«³⁷³.

Dass ein Teil jener Politiker, die sich wie der Geraer Landesgerichtspräsident Schumann³⁷⁴ oder der Weimarer Rechtsanwalt Jöck³⁷⁵ den lokalen Putschisten zur Verfügung gestellt hatten, nach der Niederschlagung des Staatsstreiches von dessen Vorbereitungen nichts gewusst haben wollte, erscheint vor dem Hintergrund seiner konspirativen Vorbereitungen jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen. In dessen Vorfeld waren die lokalen Mitverschwörer beauftragt worden festzustellen, welche bisherigen Führungskräfte in den Verwaltungen in ihren Ämtern belassen und wer sie im Falle ihrer Nichteignung ersetzen könnte. Grundsätzlich sollte dabei auch den Vertrauenswürdigsten nur so viel mitgeteilt werden, wie zur Erreichung des gewollten Zwecks notwendig sei. »Einzelheiten über die Gesamtorganisation ist den nachgeordneten Stellen keinesfalls zu geben. Es ist ihnen nur mitzuteilen, wie sie sich im entscheidenden Augenblick, der ihnen rechtzeitig bekannt gegeben wird, zu verhalten haben.«³⁷⁶ Wenn dem so gewesen ist, dann waren die an den versuchten Umsturzaktivitäten beteiligten Politiker jedoch nicht ganz so unschuldig bzw. naiv, wie sie sich nach dem Scheitern des Putsches gaben.

³⁷³ »Warum und mit welchem Rechte wurde die Regierung Paulsen-Baudert abgesetzt? Die Reichswehr betreibt keine Politik, denn sie befolgt nur Befehle ihrer Vorgesetzten. Erst am 14. März gegen 3 Uhr vormittag erhielt die Brigade den Befehl, der weimarischen Regierung die Frage vorzulegen, ob sie sich hinter die neue Regierung stelle oder nicht. Zur Beantwortung der Frage sei eine zweistündige Frist zu setzen, deren Nichteinhaltung als Absage an die neue Regierung anzusehen sei. Da eine Erklärung nicht gegeben wurde, schritt die Brigade am 14. März morgens, befehlsmäßig zur Absetzung. Auf Aufforderung aus der Einwohnerschaft heraus übernahm mit Einverständnis des Inhabers der vollziehenden Gewalt Rechtsanwalt Jöck die Geschäfte der Regierung.« Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung von Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1564/1565.

³⁷⁴ Wagner: Der Kapp-Putsch in Gera. S. 73.

³⁷⁵ Jöck ließ unter dem unmittelbaren Eindruck der Niederschlagung des Putsches zur Rechtfertigung seines Agierens eine Erklärung veröffentlichen. Er sei am Abend des 13. März zu einer Unterredung gebeten worden, in deren Verlauf ihm mitgeteilt wurde: »Auf Befehl aus Berlin würde die Regierung in Weimar nach Berliner Muster umgestaltet. Dort sei alles in Ruhe geschehen. Die alte Regierung habe sich teilweise zur Verfügung gestellt usw. Man suche jemand, der vorläufig die Staatsgeschäfte weiterführe, bäte mich, wegen meiner Fühlung zu den verschiedensten Kreisen im allgemeinen Interesse das zu machen.« Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 17.03.1920.

³⁷⁶ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 114. Dok. 72. Das offenkundig aus konspirativen Gründen ohne Datum und Unterschrift verfasste Dokument war mit dem Vermerk versehen, es nach Kenntnisnahme und Anfertigung »unverfänglicher Notizen« zu vernichten. Ebenda. S. 113.

Die Niederschlagung des Putsches in Altenburg am 14. März

Am Morgen des 14. März erhielt auch die Altenburger Garnison den Befehl, der Landesregierung die Frage vorzulegen, ob sie sich hinter die Regierung Kapp stelle. »Antwort sei innerhalb zweier Stunden zu verlangen, keine Antwort wäre als Ablehnung aufzufassen. Im verneinenden Falle wäre die Regierung abzusetzen und die Bildung eines neuen Kabinetts zu fordern.«³⁷⁷ Daraufhin verhängte der lokale Militärbefehlshaber den Ausnahmezustand über die Stadt.³⁷⁸ Gleichzeitig besetzten seine Einheiten das Postamt und den Bahnhof, wobei sich die republikanische Einwohnerwehr kampfflos zurückzog.

Gegen 10.00 Uhr erschienen ein Offizier und 18 Soldaten im Altenburger Staatsministerium, die der Regierung das Ultimatum für oder wider Kapp überbrachten. Dabei erwähnte der Offizier jedoch nicht, dass er die Regierung im Weigerungsfall absetzen sollte. August Frölich führte diesen Umstand zwei Tage später darauf zurück, dass die den Putsch unterstützenden Offiziere aufgrund der Haltung ihrer Mannschaften bereits zu diesem Zeitpunkt nur noch geringen Handlungsspielraum gehabt hätten.³⁷⁹ Tatsächlich hatten sich die Soldaten der Altenburger Garnison nach Bekanntwerden des Putsches in Berlin am Morgen des 13. März aufgrund der unübersichtlichen Lage zunächst für neutral erklärt. Am Morgen des nachfolgenden Tages gab der Garnisonsälteste Hauptmann Galmeister in einer von den Vertrauensleuten der Kompanien eingeforderten Besprechung das Programm der Kapp-Regierung bekannt und erklärte, »dass die Truppen die militärischen Befehle nach wie vor zu befolgen hätten, anderenfalls Bestrafung erfolgen würde«³⁸⁰. Die Aktion gegen das Staatsministerium verschwieg er seinen Soldaten. Stattdessen erging an sie der Befehl, die Kaserne verteidigungsbereit zu machen. Das stieß jedoch auf den Widerstand der Mannschaften, die nun dafür plädierten, »sich geschlossen hinter die alte Regierung zu stellen, ihren Eid zu halten, Ruhe und Ordnung zu bewahren und gegen Raub und Plünderung mit Waffengewalt vorzugehen«³⁸¹. Am Nachmittag informierten die Vertrauensleute der Kompanien ihre Vorgesetzten über die Stimmung in den Einheiten, die eine Stellungnahme der Offiziere zur politischen Situation erfordere. Da eine solche

³⁷⁷ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Thüringisches Ministerium des Innern P 572. Bl. 17.

³⁷⁸ Ostthüringer Volkszeitung, 16.03.1920. Staatsarchiv Altenburg 1-15-0003-490: Akten des Staatsministeriums zu Altenburg. Abteilung I. Nr. 490. betreffend des Auftritts 13.-17. März 1920-1921. Bl. 4.

³⁷⁹ Landesversammlung des Freistaates Sachsen-Altenburg. S. 521.

³⁸⁰ Staatsarchiv Altenburg. 1-15-0003-490: Bl. 270.

³⁸¹ Ebenda.

Erklärung ausblieb, gingen zwei Vertrauensleute zur Landesregierung und erklärten, »dass sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften zur alten Regierung stehen«³⁸². Dass sich die Soldaten gegen ihre Offiziere gestellt hatten, war nach Auffassung der Landesregierung schon deshalb anerkennenswert, weil »Altenburg am 14. März von jedwedem Nachrichtenverkehr mit den übrigen Teilen des Reiches, auch von den Nachbarstaaten so gut wie abgeschnitten war und man deshalb nicht wissen konnte, wie draußen im übrigen Deutschland die Würfel fallen würden«³⁸³.

Nachdem sich die Landesregierung am Morgen geweigert hatte, auf das Ultimatum des Militärs zu antworten, war von dem im Ministerium erschienenen Offizier über die anwesenden Staatsräte ein Zimmerarrest verhängt worden. Durchsetzen konnte er seine Anordnung jedoch nicht, denn die Mitglieder der Landesregierung verließen für mehrere Stunden die Landeshauptstadt.³⁸⁴ Dieses Agieren war offenkundig zumindest bei Teilen der republiktreuen Altenburger Bevölkerung auf Kritik gestoßen. Aus ihrer Sicht hätte die Regierung unabhängig von den weiteren Ereignissen in der Stadt bleiben müssen. Deshalb sah sich August Frölich zwei Tage später in der Landesversammlung zur Solidarisierung mit seinen Kollegen und einer Erklärung ihres Schrittes veranlasst. Es sei besser gewesen, der brutalen Gewalt auszuweichen, anstatt sich ihr unterzuordnen.³⁸⁵

Während die Reichswehreinheit am Morgen des 14. März im Ministerium eingerückt war, hatte gleichzeitig eine Versammlung der Altenburger Arbeiterschaft stattgefunden. Hier stießen die Verlautbarungen der Berliner Putschisten auf massive Ablehnung. Angesichts der Vorgänge im Ministerium war die Versammlung jedoch schnell beendet worden. Aufgrund der Abwesenheit der Landesregierung kam der Stadtrat am frühen Nachmittag im Rathaus zusammen, um angesichts der zahlreichen Gerüchte über den Anmarsch einer Reichswehrartillerieseinheit aus dem benachbarten Borna das weitere Vorgehen zu beraten.³⁸⁶ Zu wirklichen Entschlüssen kamen die Stadträte jedoch nicht. Der inzwischen aus dem umliegenden

³⁸² Ebenda.

³⁸³ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 766. Dok. 494.

³⁸⁴ Ostthüringer Volkszeitung, 16.03.1920.

³⁸⁵ Landesversammlung des Freistaates Sachsen-Altenburg. S. 521.

³⁸⁶ Ostthüringer Volkszeitung, 16.03.1920. Tatsächlich war diese Einheit am Nachmittag zwischen 15.00 und 16.00 Uhr in der Kaserne eingetroffen, sie erhielt aber den Befehl, an ihren Standort zurückzukehren. Staatsarchiv Altenburg. 1-15-0003-490: Bl. 270. Gallmeister erklärte später in seiner Vernehmung, er habe die Einheit am Vormittag angesichts der zahlreich nach Altenburg zuströmenden Angehörigen der republikanischen Einwohnerwehr als Verstärkung gerufen. Ebenda. Bl. 183/184.

Orten verstärkten Altenburger republikanischen Einwohnerwehr, die nun einige tausend bewaffnete Männer zählte und auf dem Markplatz aufmarschiert war, wurde lediglich der Rat gegeben, »nach dem Ministerium zu gehen und weitere Anordnungen abzuwarten«³⁸⁷.

Mit dem Abstand von 40 Jahren erinnerte sich ein ehemaliger Angehöriger der republikanischen Einwohnerwehr, die im Rathaus tagenden Spitzenfunktionäre seien zu diesem Zeitpunkt sehr pessimistisch gewesen und hätten sogar erwogen, die Waffen niederzulegen. Dagegen sei vonseiten der Arbeiterschaft sofort protestiert worden. Im Gewerkschaftshaus habe dann unter Leitung des Kartellvorsitzenden eine weitere Beratung stattgefunden, die trotz der auch hier überwiegend pessimistischen Stimmung beschloss, »die Masse der bewaffneten Einwohnerwehr im Gebäude des Ministeriums zu konzentrieren und Bahn und Post wieder zu besetzen«³⁸⁸. Ob diese Beschlüsse aufgrund der Tatsache gefasst wurden, dass die Soldaten der Altenburger Garnison zu diesem Zeitpunkt endgültig ihre Verfassungstreue erklärten, muss hier offenbleiben. Ebenso wenig kann mit letzter Sicherheit angegeben werden, dass der Aktionsausschuss, der sich inzwischen gebildet hatte,³⁸⁹ ein konkretes Ergebnis der Beratung im Gewerkschaftshaus war. Aus dem von ihm erlassenen Aufruf zum Generalstreik für den 15. März wird kenntlich, dass ihm Mitglieder der drei Arbeiterparteien angehörten.³⁹⁰

Gegen 18.00 Uhr setzte sich schließlich, vom Ministerium ausgehend, eine Menschenmenge in Richtung Kaserne und Bahnhof in Bewegung. Ein Teilnehmer dieser Aktion berichtete 40 Jahre später, ihm sei an ihrem Beginn deren Charakter zunächst nicht klar gewesen. Was wie eine Machtdemonstration der republikanischen Einwohnerwehr aussah, um deren Bereitschaft zum Waffensatz zu signalisieren, konnte angesichts der vielen Unbewaffneten im Demonstrationszug auch als zivile politische Aktion gedeutet werden.³⁹¹ Während die Reichswehr ohne Gegenwehr vom Bahnhof und aus dem Postamt abzog und an deren Stelle wieder die republikanische Einwohnerwehr trat, kam es zwischen ihr und den im Offizierskasino verschanzten Reichswehroffizieren zu einem dreiminütigen Feuer-

³⁸⁷ Ostthüringer Volkszeitung, 16.03.1920.

³⁸⁸ Neunübel, Albert: Kapp-Putsch-Erinnerungen. Vor 40 Jahren im März. In: Kulturspiegel der Kreise Altenburg und Schmöln. März 1960. S. 58 (S. 58/59.)

³⁸⁹ Ostthüringer Volkszeitung, 16.03.1920.

³⁹⁰ Staatsarchiv Altenburg. 1-15-0003-490: Bl. 7.

³⁹¹ Neunübel: Kapp-Putsch-Erinnerungen. S. 59.

gefecht, in dessen Folge zwei Unbeteiligte starben. Zeugen gaben an, die Todesschüsse seien aus dem Kasino abgefeuert worden, ebenso hätten zuerst die Offiziere das Feuer eröffnet.³⁹²

Im Ergebnis dieses Vorfalles wurden die im Kasino anwesenden Offiziere von der republikanischen Einwohnerwehr verhaftet. Sie umstellte im weiteren Verlauf des Abends die Kaserne und forderte die übrigen Offiziere auf, sich zu ergeben. Die Situation wurde dadurch geklärt, dass sich die Offiziere schriftlich verpflichten mussten, bis auf Weiteres nichts mit Waffengewalt zu unternehmen und in der Kaserne zu verbleiben.³⁹³ Damit war der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in Altenburg niedergeschlagen.

Der Generalstreik in Thüringen: 15.–17. März 1920

Am Montag, dem 15. März 1920, setzte der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch sowohl reichsweit als auch in Thüringen vollständig ein. Die Industriebetriebe lagen still. Der Verkehr ruhte weitgehend. Die Streikbeteiligung war bis auf wenige Ausnahmen wie Apolda³⁹⁴ auch in Thüringen nahezu vollständig. In Schwarzburg-Rudolstadt legten die Belegschaften aller 3207 Industriebetriebe die Arbeit nieder. Die Streikbeteiligung lag in Altenburg bei etwa 96 Prozent.³⁹⁵ Im Volksstaat Reuß streikten von insgesamt 25460 Industriearbeitern 25060, von den hier ansässigen 1007 Industriebetrieben lagen 937 still.³⁹⁶ In Erfurt ruhten alle Betriebe einschließlich der Druckereien. Die Eisenbahn hatte den Verkehr faktisch eingestellt. Eine aus Bahnbelegschaft und -beamtenschaft gebildete Kommission entschied darüber, welche Zugfahrten als unbedingt notwendig erachtet wurden und deshalb durchgeführt werden durften.³⁹⁷

Für Thüringen können drei Formen des Ablaufes bzw. der Durchführung des Generalstreiks unterschieden werden. Ob er weitgehend gewaltfrei und demokratisch, als passiver Widerstand gegen die lokalen Putschisten oder sich mit einem aktiven bewaffneten Aufstand verband, hing maßgebend vom Agieren der Reichswehr und den staatlichen Behörden, aber auch von

³⁹² Ostthüringer Volkszeitung, 16.03.1920.

³⁹³ Staatsarchiv Altenburg. 1-15-0003-490: Bl. 270.

³⁹⁴ Pöhlend: Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 341.

³⁹⁵ Ebenda. S. 338.

³⁹⁶ Ebenda. S. 341.

³⁹⁷ Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 65/66.

der Stärke der Arbeiterschaft vor Ort und/oder ihrer Unterstützung von außerhalb ab.

Generalstreik als gewaltfreier und demokratischer Widerstand gegen den Putsch

In jenen Städten und ländlichen Regionen, in denen das Militär nicht oder nur wenig präsent war und demzufolge kaum Durchsetzungskraft besaß, konnte die Generalstreikbewegung offen und damit demokratisch agieren. Die am 13./14. März meist spontan gebildeten Aktionsausschüsse leiteten hier die Streiks und übernahmen zugleich die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Hierzu bildeten sie bewaffnete Arbeiter- bzw. Sicherheitswehren, die wichtige Gebäude, Einrichtungen und Zufahrtsstraßen besetzten, die Einwohnerwehren entwaffneten und oftmals in den umliegenden Dörfern Waffen beschlagnahmten. Ihre Maßnahmen und Festlegungen wurden von der organisierten Arbeiterschaft häufig in Streik- oder Volksversammlungen basisdemokratisch legitimiert. Verfassungstreues Handeln der örtlichen Verwaltungen und deren Agieren gegen potenzielle lokale Putschisten trug an vielen Stellen maßgebend zur Beruhigung der Situation vor Ort bei. Die Maßnahmen der Aktionsausschüsse erfolgten in diesen Fällen häufig in Absprache mit den Behörden. Ein wesentliches Kennzeichen dieser Form des Generalstreiks war die große Disziplin der Arbeiterschaft. Die Redaktion des bürgerlichen *Sondershäuser Tageblattes* »Der Deutsche«, die dem Aktionsausschuss für die Dauer des Generalstreiks einen Raum für dessen Mitteilungen zur Verfügung gestellt hatte, weil die *Volkszeitung* für Schwarzburg-Sondershausen immer noch verboten war,³⁹⁸ rief ihre Leserinnen und Leser auf, sich mit den streikenden Arbeitern friedlich zu verständigen und nicht durch Voreingenommenheit oder Verärgerung Konflikte zu verschulden. Junge, unerfahrene und unverantwortlich handelnde Leute könnten Ausschreitungen provozieren, denn die Streikleiter seien nicht in der Lage, jeden ihrer Leute von Unüberlegtheiten zurückzuhalten, »obwohl sie selbst natürlich besten Willens sind«³⁹⁹. Der Generalstreik sei eine friedliche politische Demonstration von kurzer Dauer und sollte deshalb nicht gestört werden. »Wer sich nicht beteiligen will, bleibe fern.«⁴⁰⁰

³⁹⁸ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Thüringisches Ministerium des Innern P 567. Bl. 79.

³⁹⁹ Der Deutsche. Sondershäuser Tageblatt und Generalanzeiger, 17.03.1920.

⁴⁰⁰ Der Deutsche. Sondershäuser Tageblatt und Generalanzeiger, 17.03.1920.

Der Aktionsausschuss für Sondershausen und Umgebung schätzte indes ein, die Tatsache, dass sich die zivilen Behörden ausnahmslos gegen die Putsch-Regierung und auf den Boden der Verfassung gestellt hatten, habe sehr zur Beruhigung der Lage beigetragen. Er wies zugleich die Belegschaften der lebenswichtigen Betriebe darauf hin, dass sie vom Generalstreik ausgenommen seien. Von ihm waren das Wasserwerk, das Gas- und Elektrizitätswerk, die Kläranlage, Fleischereien, Bäckereien, Molkereien, das Krankenhaus, Kliniken, Krankenkassen und die Lebensmittelgeschäfte als lebenswichtig festgelegt worden.⁴⁰¹ Während der Dauer des Generalstreiks führte der Aktionsausschuss Sondershausen in den größeren ländlichen Orten Volksversammlungen und Kundgebungen durch, in denen die Redner über die jeweils aktuelle politische Lage und die Hintergründe des Putsches informierten. Selbst ein vermeintlicher lokaler Zwischenfall mit der Reichswehr konnte aufgeklärt und so eine Zuspitzung der Situation verhindert werden.⁴⁰²

In Greiz fand am Morgen des 15. März auf dem Marienplatz eine »Riesenversammlung«⁴⁰³ der streikenden Arbeiterschaft statt, die im Anschluss an die Reden von Mitgliedern des lokalen Aktionsausschusses die Fortsetzung des Generalstreiks auch am nächsten Tag beschloss. Da von den Arbeitern befürchtet wurde, die Geraer Reichswehr könnte versuchen, gegen die nach Greiz übergesiedelte reußische Landesregierung vorzugehen, habe eine große Aufregung geherrscht. »Heißsporne wollten Schienen auf der Zugstrecke Gera/Greiz aufreißen, um das Eintreffen von Militär zu verhindern, aber der Aktionsausschuss untersagte dies strengstens.«⁴⁰⁴ Er traf vielmehr umfassende Maßnahmen zum Schutz der Landesregierung, die von der Gesamtberatung der Greizer Betriebsvertrauensleute am 16. März bestätigt wurden.⁴⁰⁵

⁴⁰¹ Der Deutsche. Sondershäuser Tageblatt und Generalanzeiger, 17.03.1920.

⁴⁰² Nachdem der Vorfall aufgeklärt und das sich Agieren der Soldaten als korrekt herausgestellt hatte, erklärte der Aktionsausschuss: »Wir stellen dies mit Freuden fest. Fragen uns aber, wie ist es möglich, dass eine so große Anzahl Arbeiter, die wir sonst als zuverlässig kennen, sich derart täuschen konnte. Wir können da nur sagen, dass die aufgeregte Zeit die Schuld trägt. Wir leben jetzt in einer Atmosphäre, die derjenigen der Mobilmachung des Jahres 1914 gleicht. Wo die Volksmasse auch hinter jeder harmlosen Bewegung einen Versuch zu einem Attentat erblickte, oder hinter jedem etwas fremdklingenden Namen einen Spion witterte. Nur so ist zu verstehen, dass ein so harmloser Vorfall so aufgebauscht werden konnte.« Der Deutsche. Sondershäuser Tageblatt und Generalanzeiger, 19.03.1920.

⁴⁰³ Kiß: Die Revolution in Greiz. S. 69.

⁴⁰⁴ Ebenda. S. 70.

⁴⁰⁵ Mitteilungsblatt Nr. 2 des Aktionsausschusses der Betriebsvertrauensleute von Greiz und Umgebung. Greiz 16. März 1920. Landearchiv Greiz 3-11-3150-364 Landesregierung Greiz n. Rep. A Kapitel IXa.

Die seit dem Morgen des 15. März nahezu vollständig streikende Saalfelder Arbeiterschaft versammelte sich am Nachmittag auf dem Marktplatz der Stadt zu einer Kundgebung, an der etwa 5 000 Menschen teilnahmen. Nachdem ein sozialdemokratischer Funktionär die Versammelten eindringlich gemahnt hatte, »die Ruhe unter allen Umständen zu wahren und sich durch nichts provozieren zu lassen«⁴⁰⁶, ging die Menge ruhig auseinander, nicht der geringste Misston sei zu vernehmen gewesen.

Die Arbeiterschaft Ilmenaus legte ebenfalls am 15. März geschlossen die Arbeit nieder. Einem Aufruf der drei Arbeiterparteien folgend, kam es am Abend zu einer Versammlung, wobei sich die als Versammlungsort dienende Turnhalle einer Schule angesichts der Menschenmenge als viel zu klein erwies. Ein aus SPD-, USPD und KPD-Mitgliedern bestehendes Exekutivkomitee übernahm die Leitung des Generalstreiks vor Ort und stellte eine Arbeiterhundertschaft auf, die die öffentlichen Gebäude sicherte. »Zu bewaffneten Kampfhandlungen kam es aber nicht, da in Ilmenau und Umgebung keine Reichswehr stationiert wurde und die reaktionären Kräfte in der Stadt selbst zu schwach waren.«⁴⁰⁷

Am gleichen Tag trat die Arnstädter Arbeiterschaft in den Generalstreik ein. Er war am Nachmittag des 14. März von Vertretern der USPD und der KPD beschlossen worden. Am Abend bestätigte eine Versammlung der Betriebsräte den Generalstreikbeschluss. Sie beschloss zugleich Sicherungsmaßnahmen für die Stadt und bildete einen Aktionsausschuss, dem Mitglieder der beiden Arbeiterparteien angehörten.⁴⁰⁸ In Meiningen rief der Aktionssauschuss unter Berufung auf den Generalstreikaufruf der Gewerkschaften gleichfalls am 15. März ab 9.00 Uhr zu einem eintägigen Generalstreik auf. Die Belegschaften und alle Feinde der Reaktion wurden aufgefordert, sich auf dem Marktplatz zu versammeln. Den Bestrebungen der reaktionären Minderheit müsse der geschlossene Wille des arbeitenden Volkes entgegengesetzt werden, der sich auch in musterhafter Ruhe und Ordnung ausdrücken sollte. Ab 10.00 Uhr fand bei strömenden Regen eine Massenkundgebung statt, auf der Luis Rennert das demokratische Bürgertum dazu aufrief, »sich am Kampf gegen die Reaktion zu beteiligen«⁴⁰⁹.

⁴⁰⁶ Saalfelder Volksblatt, 18.03.1920.

⁴⁰⁷ Baumgärtner: Aktionseinheit. S. 34/35.

⁴⁰⁸ Slivi, Judy: »Für die Demokratie« – Arnstädter im Kapp-Putsch März 1920. In: Aus der Vergangenheit von Arnstadt und Umgebung. Arnstadt 2020. S. 107 (S. 105–121).

⁴⁰⁹ Meiningener Tageblatt, 15.03.1920.

Die Jenaer Arbeiterschaft begann entsprechend der Aufrufe des provisorischen Arbeiterrates und des am 14. März konstituierten Aktionsausschusses der SPD, am Morgen des 15. März, mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe, nahezu vollständig den Generalstreik. In der Saalestadt zeigten sich jedoch die praktischen Konsequenzen der organisatorischen Spaltung der Generalstreikbewegung. Erst am 17. März verständigten sich der SPD-Überwachungsausschuss der städtischen Betriebe und der USPD/KPD-Arbeiterrat, welche Unternehmen als lebenswichtig zu gelten hatten und demzufolge nicht bestreikt werden durften. Offenbar setzte sich der Arbeiterrat in diesen Verhandlungen mit seiner sehr engen Auslegung durch, denn eine diesbezügliche Bekanntmachung des SPD-Aktionsausschusses vom 15. März war mit dieser Vereinbarung außer Kraft gesetzt worden.⁴¹⁰

In den Betrieben wurde den Arbeitern von den politischen und gewerkschaftlichen Funktionären am Morgen des 15. März die Situation eindringlich dargestellt und an ihre Disziplin appelliert. Die Straßen der Saalestadt waren an diesem Tag belebter als sonst. Vor allen vor den Zeitungsgebäuden und den Parteilokalen versuchten die Menschen, die neuesten Nachrichten zu erfahren. »Die Stimmung des Tages fand ihren Ausdruck in den zahlreichen Plakaten und Kundgebungen der Parteien. Aus allen sprach die feste Entschlossenheit, die Republik mit allen Mitteln gegen die staatsverbrecherischen Umtriebe der Putschisten zu schützen.«⁴¹¹ Deshalb dürfe der Ruf nach Bewaffnung der Arbeiterschaft nicht ungehört verhallen, und die feste Entschlossenheit der Arbeiterklasse, die Republik zu verteidigen, sei die beste Gewähr, dass der Putsch in kurzer Zeit beendet werde, kommentierte das sozialdemokratische Parteiblatt.

Zu diesem Zeitpunkt war keineswegs sicher, dass die Putschisten in der Saalestadt nicht zuschlagen würden. Zwar traten am Nachmittag des 15. März die Verbindungsstudenten aus dem Zeitfreiwilligenverband aus und gaben ihre Waffen ab. Am Abend versicherte der Garnisonsälteste während einer Zusammenkunft des Gemeindevorstandes mit mehreren Gemeinderäten, einigen Universitätsprofessoren und Vertretern des SPD-Aktionsausschusses sowie des Bürgerrates⁴¹² im Rathaus, die Reichswehr vom Einmarsch in die Stadt abzuhalten. Doch die Vertreter des Bürgerrates gaben hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber den Putschregierungen in

⁴¹⁰ Neue Zeitung, 19.03.1920.

⁴¹¹ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 16.03.1920.

⁴¹² Schulz: Konfliktreicher Neubeginn. S. 80/81.

Berlin und Weimar keine eindeutigen Erklärungen ab.⁴¹³ In der Nacht zum 16. März umstellte eine große Anzahl von Arbeitern das Stoytsche Institut. »Es ist in Jena ein offenes Geheimnis, dass das Waffenlager des Zeitfreiwilligenverbandes, der sich in Jena fast nur aus Studenten zusammensetzt, im [Kinder-]Erziehungsheim Stoy befindet. Diese Tatsache ist in den letzten Tagen lebhaft besprochen worden. Am meisten wundert man sich in Arbeiterkreisen darüber, dass von der Polizei nichts geschieht, um diese Waffen wenigstens an einen Ort zu bringen, wo sie das Leben von Kindern nicht gefährden.«⁴¹⁴ Nur dem kühlen Kopf einiger Arbeiterführer sei es zu verdanken gewesen, berichtete ein SPD-Gemeinderat am Tag darauf in der Gemeinderatssitzung, dass es nicht zu einem Blutbad gekommen sei. Unter der Führung eines Polizeioffiziers war eine Abordnung in das Institut gegangen und habe die Waffen sichergestellt.⁴¹⁵ Für den Fall, dass auch in Jena die verfassungsgemäßen Instanzen gestürzt würden, kündigte der SPD-Aktionsausschuss am Morgen des 16. März 1920 die Ausweitung des Generalstreiks auf die lebenswichtigen Betriebe an.⁴¹⁶

In den ländlichen Gebieten trat die Arbeiterschaft am 15. März ebenfalls an vielen Orten in den Generalstreik ein, wenngleich ein vollständiger Überblick hierzu fehlt. Es spricht aber vieles dafür, dass ähnlich wie im Landkreis Ohrdruf in sehr vielen Gemeinden Aktionsausschüsse⁴¹⁷ gebildet wurden. In Orlamünde hatten Mitglieder der drei Arbeiterparteien bereits am 13. März im Ergebnis einer gemeinsamen Beratung ein entsprechendes Gremium konstituiert. In einer am 15. März im Rathaus stattgefundenen Versammlung wurde die Bildung einer Volkswehr beschlossen, der sich sofort 40 Arbeiter zur Verfügung stellten. Am Tag danach erfolgte ihre Aufstellung, wobei der Kommandeur und die weiteren Funktionäre von den Mitgliedern gewählt wurden. Der Aktionsausschuss teilte der Stadtverwaltung seine Maßnahmen mit und bot ihr die entsprechende Unterstützung im Rahmen der bestehenden Gesetze an. Darüber hinaus setzten der Aktionsausschuss und die Volkswehr durch, dass die Bauern weiterhin wie vorgeschrieben Lebensmittel ablieferten. Der Ausschuss überwachte die Stadtverordnetenversammlung, um zu verhindern, dass sie gegen-

⁴¹³ Bürgerräte waren in Reaktion auf die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte im November 1918 in vielen Städten entstanden. Bieber: Bürgertum in der Revolution. »In einigen Hochburgen der Bürgerbewegung waren die Bürgerräte offensichtlich in die Vorbereitung des Putsches eingeweiht und übernahmen bei seiner Durchführung eine zentrale Rolle.« Ebenda. S. 315.

⁴¹⁴ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 16.03.1920.

⁴¹⁵ Jenaer Volksblatt, 16.03.1920.

⁴¹⁶ Jenaer Volksblatt, 16.03.1920.

⁴¹⁷ Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. November 1918, März 1920. Bl. 182.

revolutionäre Beschlüsse fassen würde. Die Volkswehr entwaffnete in den umliegenden Dörfern die Bauern. »Weil das Unternehmen der Gegenrevolutionäre gemeingefährlich war, mussten alle Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden.«⁴¹⁸

Die Arbeiter sämtlicher Betriebe des Bezirks Lehesten/Wurzbach verließen am Morgen des 15. März geschlossen ihre Arbeitsplätze. In Lehesten fand um 12.00 Uhr eine große Demonstrationsversammlung mit einem sich anschließenden Umzug statt, an dem sich 1500 Arbeiter beteiligten. Bereits einen Tag später beschloss eine Massenversammlung, »in Anbetracht der günstigen Situation im Reiche die Arbeit am 18. März wieder aufzunehmen, wenn die Unternehmer den Lohnausfall für die den Arbeitern durch die Klassengenossen der Unternehmer aufgedrungenen Generalstreik vergüten. Die Unternehmer sollen dadurch gezwungen werden, auf die Putschisten ihrer Klasse einzuwirken, in Zukunft Putsche zu unterlassen.«⁴¹⁹

Der Generalstreik als passiver Widerstand gegen die lokalen Putschisten

In jenen Orten, in denen das Militär am 13./14. März 1920 die Kontrolle übernommen hatte und massive bewaffnete Gewalt ausübte, wurde der Generalstreik als passiver Widerstand gegen die lokalen Putschisten durchgeführt. Hier konnten insbesondere die Aktionsausschüsse nicht frei und damit offen agieren, sodass ihre Möglichkeiten begrenzt waren, beruhigend und disziplinierend auf die Arbeiterschaft einzuwirken. Partiiell kam es deshalb in den von Reichswehr, Sicherheitspolizei, Zeitfreiwilligenverbänden und Einwohnerwehren kontrollierten Orten zu massiven und gewaltvollen Auseinandersetzungen, deren unmittelbaren Anlässe nur noch schwer zu rekonstruieren sind. Zugleich bezog die Arbeiterschaft bei dieser zweiten Form des Generalstreiks teilweise auch die Versorgungsbetriebe in den Ausstand mit ein.

In Weimar verhängte General Hagenberg am 14. März den verschärften Ausnahmezustand für das Stadtzentrum, damit hatten die Offiziere zusätzlich Polizeigewalt. Kundgebungen und Demonstrationen unter freiem Himmel waren ebenso verboten wie die Ansammlung von mehr als 20 Personen. Die Durchführung von Versammlungen in geschlossenen Räumen musste drei Tage vorher beantragt werden. Es war verboten, schriftlich oder mündlich zu Arbeitsniederlegungen aufzurufen oder zur Verweige-

⁴¹⁸ Ostthüringer Volkszeitung, 09.04.1920.

⁴¹⁹ Saalfelder Volksblatt, 26.03.1920.

rung der Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Wer ab dem 15. März, 12.00 Uhr ohne behördliche Genehmigung noch im Besitz einer Waffe war, riskierte entweder eine hohe Haft- bzw. Geldstrafe oder erschossen zu werden.⁴²⁰

Dennoch hatten der Aktionsausschuss und die Betriebsvertrauensleute am Morgen des 14. März den Generalstreik beschlossen. »Auch die Gas-, Wasser und Elektrizitätswerke sollten stillgelegt werden. An die zur damaligen Zeit noch vorhandenen öffentlichen Wasserbrunnen wurden Arbeiterposten gestellt.«⁴²¹ Ab dem Morgen des 15. März streikte die gesamte Weimarer Arbeiterschaft. »Bald standen buchstäblich alle Räder still.«⁴²² Es gab kein Licht, Wasser oder elektrischen Strom. Offenbar vergeblich versuchte der Aktionsausschuss, eine Verständigung mit der Militärführung herbeizuführen, die sich jedoch »zu keinerlei Verhandlungen herbeigelassen«⁴²³ habe. Deshalb forderte der Aktionsausschuss zur Fortsetzung des Generalstreiks auf. Unterstützung erhielt die Weimarer Arbeiterschaft von der lokalen DDP. Sie erklärte, der Ausstand diene »ausschließlich zur Bekämpfung des auch von der deutschen demokratischen Partei aufs schärfste verurteilten in Berlin und Weimar gegen die verfassungsmäßige Regierung unternommen Staatsstreich«⁴²⁴.

Eine dramatische Zuspitzung erfuhr die Lage in Weimar am späten Mittag des 15. März, als plötzlich eine Einheit der Sicherheitspolizei im Volkshaus erschien und das Gebäude nach Waffen durchsuchen wollte. Die Zugangsstraßen waren von ihr abgesperrt worden. Dennoch strömten massenhaft Arbeiter in das Volkshaus, sodass die Polizisten wieder abzogen. Kurze Zeit später war jedoch eine schwerbewaffnete Reichswehrpatrouille am Ort des Geschehens eingetroffen. Der kommandierende Offizier forderte zum Verlassen des Volkshauses auf, was von den Arbeitern abgelehnt wurde.⁴²⁵ Es sei den Soldaten nicht gelungen, in das Volkshaus einzudringen, »wo übrigens auch eine Versammlung nicht stattfand«⁴²⁶.

⁴²⁰ John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 77–79. Dok. 6a.

⁴²¹ Eberling: Die Reichswehr mußte aus Weimar abziehen. S. 167.

⁴²² Weimarerische Landeszeitung (Deutschland), 23.03.1920.

⁴²³ Rüß, Kurt: Dokumente und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Weimar. Vierte Folge 1919–1920. S. 25. Dok. 204.

⁴²⁴ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Präsidialabteilung Nr. 93. Bl. 11.

⁴²⁵ Neue Zeitung, 17.03.1920.

⁴²⁶ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 23.03.1920. Demnach erscheint die Darstellung unzutreffend, der Militäreinsatz habe sich gegen eine Kundgebung des Aktionsausschusses im Volkshaus gerichtet. Rüß: Dokumente und Materialien. S. 25. Dok. 202.

Offenbar traf zu diesem Zeitpunkt August Baudert am Volkshaus ein, der von dem Massenauflauf erfahren hatte. »Die Menschenmenge machte durchaus nicht den Eindruck, als wenn von ihr eine Störung der Ruhe und Ordnung zu befürchten sei. Das war ja schon vom Militär hinreichend besorgt.«⁴²⁷ Baudert versuchte, die Lage zu beruhigen, indem er mit den Soldaten sprach und ihnen erklärte, dass von der Menge kein Zusammenstoß zu befürchten sei. Unter dem Eindruck, er habe die Situation beruhigt, verließ Baudert den Platz vor dem Volkshaus.⁴²⁸ Ob er, oder wie ein Augenzeuge zwei Tage später schilderte, der Aktionsausschuss die Räumung der Straße zugestanden hatte, muss hier offenbleiben. Aufgrund des großen Massenandrangs ging dieser Vorgang jedoch nur sehr langsam vor sich. Infolge des daraufhin brutalen Agierens eines Offiziers gingen einige der anwesenden Zivilisten handgreiflich gegen ihn vor. »Er gab den Befehl zum Feuern. Maschinengewehre surrten. Handgranaten krepitierten und Einzelschüsse ertönten. Die waffenlose Masse stob kreischend auseinander: 5 Tote, darunter 1 Frau und 13 Verwundete bedeckten den Boden.«⁴²⁹ Nach einer anderen Darstellung sei die Reichswehreinheit im Begriff gewesen, wieder abzuziehen. In diesem Moment habe ein Offizier einen Schuss abgefeuert, ob absichtlich oder versehentlich muss offenbleiben. Er sei daraufhin »sofort von den nächststehenden Zivilisten niedergeschlagen« worden. Daraufhin wurde vom Militär das Feuer eröffnet.⁴³⁰

Die Arbeiterschaft und auch große Teile des Bürgertums hätten infolge dieses Ereignisses »alles Vertrauen zu den Truppen verloren, man verlangte gebieterisch ihren Abzug; die Arbeiter besonders kamen aus dem gereizten Zustand nicht mehr heraus, das Militär wurde häufig provoziert und beleidigt«⁴³¹. Umgekehrt terrorisierte das Militär die Weimarer Bevölkerung. Aus den Regierungsgebäuden seien noch am 17. März mehrfach jüngere Soldaten ausgeschwärmt und auf die am Marktplatz versammelten Menge mit vorgehaltenen Revolvern schießend eingestürmt, sodass die Menschen in alle Richtungen flüchteten. »Das Marktpflaster zeigt mehrfach Blutflecke, die nur von erheblichen Verletzungen herrühren können.«⁴³² Vor

⁴²⁷ Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 65.

⁴²⁸ Ebenda. S. 70.

⁴²⁹ Neue Zeitung, 17.03.1920. Ein weiterer zeitgenössischer Bericht schildert die Vorgänge im Detail zwar etwas anders, im Kern aber gibt er das gleiche Bild: Die vor dem Volkshaus versammelte Menge habe sich vom Militär provozieren lassen, das daraufhin als Antwort auf Steinwürfe aus der Menge auf die unbewaffneten Zivilisten Handgranaten geworfen habe. Weimarisches Landeszeitung (Deutschland), 23.03.1920.

⁴³⁰ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 23.03.1920.

⁴³¹ Weimarisches Landeszeitung (Deutschland), 23.03.1920.

⁴³² Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 18.03.1920.

diesem Hintergrund erklärte der Aktionssauschuss: »Es ist uns unmöglich gemacht, die Bevölkerung aufzuklären. Darum übt Geduld und lasst Euch nicht von irreführenden Flugblättern beeinflussen. Unsere Stärke liegt im wirtschaftlichen Kampfe, deshalb muss der Generalstreik restlos durchgeführt werden. [...] Eine rohe Soldateska wütet in den Straßen Weimars. Unschuldige Frauen und Kinder sind erschossen worden. Friedliche Bürger, die sich harmlos in den Straßen bewegten, sind hingemordet. Aber damit nicht genug. Diese Menschen verlangen nach neuen Opfern. Mit der Waffe in der Hand können wir den militärischen Gewalthabern nicht begegnen! Uns bleibt nur der wirtschaftliche Kampf, der Generalstreik! Darum meidet jetzt die Straße und lasst Euch nicht provozieren.«⁴³³ Rückblickend kam die Weimarer SPD zu der Einschätzung, dass aufgrund des überraschenden Putsches und infolge der eigenen organisatorischen Schwächen die lokale Arbeiterschaft ihr Ziel, die Entwaffnung des Militärs, nicht erreicht habe.⁴³⁴

Wie in Weimar herrschte in Erfurt das Militär mit dem Mittel des verschärften Ausnahmezustandes. Auch hier war von der Arbeiterschaft der Generalstreik ausgerufen und eine Streikleitung gebildet worden, wobei die lebenswichtigen Betriebe zunächst vom Ausstand ausgenommen blieben.⁴³⁵ Die »zweideutig-abwartende, neutrale Haltung des Bezirksbefehlshabers von Selle«⁴³⁶ wurde durch das Agieren der Verwaltungsspitze im Regierungsbezirk Erfurt ergänzt, die sich erst am 16. März ausdrücklich zur Verfassung bekannte.⁴³⁷ Nachdem sich die Situation am darauffolgenden Tag, trotz der gesteigerten Präsenz des Militärs, noch relativ ruhig gestaltete, erfolgte am 15. März eine dramatische Zuspitzung. Schwerebewaffnete Einheiten besetzten am Vormittag die Post, die Regierungsgebäude und weitere öffentliche Gebäude. Die Polizei versuchte, einzelne Arbeiter daran zu hindern, per Handzettel oder durch das Anbringen entsprechender Plakate zum Generalstreik aufzurufen. Umgekehrt beseitigten Arbeiter Plakate des Magistrats der Stadt, die den Streik verboten, und behinderten die entsprechenden Plakatkleber, die teilweise aus den Reihen des Militärs stammten. In all diesen Fällen kam es zu ersten Handgreiflichkeiten zwischen beiden Seiten.⁴³⁸

⁴³³ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 741/742. Dok. 478.

⁴³⁴ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 03.04.1920.

⁴³⁵ Thüringer Allgemeine Zeitung, 25.03.1920. Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl. 150.

⁴³⁶ Raßloff: Das Erfurter Bürgertum. S. 200.

⁴³⁷ Ebenda. S. 201.

⁴³⁸ Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 69.

Am Anger spitzte sich die Lage infolge der allgemein angespannten Situation gegen Mittag weiter zu. Die sich bedroht fühlende Sicherheitspolizei eröffnete, »ohne dass auch nach Angaben der Polizeiverwaltung aus der Menge geschossen worden wäre«⁴³⁹, das Feuer auf die hier versammelten Menschen – zwei Tote und zwölf Verwundete waren zu beklagen. Auf diesen Vorfall reagierte die Streikleitung mit der Aufforderung, alle Geschäfte und Vergnügungsstätten zu schließen. Sie drohte bei Zuwiderhandlung mit der vollständigen Stilllegung der Versorgungsbetriebe.⁴⁴⁰ Infolge dessen sah der Erfurter Oberbürgermeister die Lage verhängnisvoll verschärft, weil nun aus seiner Sicht »undisziplinierte, meist den jüngeren Jahren angehörende Horden in einzelne Geschäfte und Betriebe eindringen und gewaltsam die Einstellung der Betriebe erzwingen«⁴⁴¹. Aufgrund des plötzlichen Rückzugbefehls Oberst v. Selles an die Sicherheitspolizei am 16. März sei zudem außer den geringen städtischen Polizeikräften niemand mehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung da gewesen, zumal sich auch das Garnisonskommando in der Nacht zum 17. März auf den Petersberg zurückgezogen hatte. Daraufhin sei in dessen Gebäude »eine fanatisierte Bande« eingedrungen und habe dort übel gehaust.⁴⁴² Diese Entwicklung hätten die Unsicherheit und Erregung unter allen Beteiligten erheblich gesteigert. Dabei sei es auch zu Gewaltakten gegen einzelne Militärangehörige gekommen, die nun jedoch gewalttätiger auftraten, »als es nach Lage der Dinge angebracht war«⁴⁴³. Infolge ihres massiven Schusswaffengebrauchs seien »auch ganz harmlose Einwohner stark gefährdet«⁴⁴⁴ worden. Zahlreich hätte sich die Bürgerschaft beschwert.⁴⁴⁵ Bei der Auflösung einer Betriebsversammlung der städtischen Arbeiter wurden drei von ihnen verletzt »und die Festnahme von 58 Personen, die im geschlossenen Zuge nach der Jägerkaserne geführt wurden, steigerte die

⁴³⁹ Raßloff: Das Erfurter Bürgertum. S. 201. Das auf dem Anger aufmarschierte Militär habe sich trotz zahlreicher Provokationen seitens »halbwüchsiger, zweifelhafter Elemente« zunächst ruhig verhalten, was auch von den anwesenden älteren organisierten Arbeitern anerkannt worden sei. Nachdem aber vermutlich von den jungen Leuten versucht worden war, die Postenkette in Richtung Postamt abzudrängen, sei das Feuer eröffnet worden. Thüringer Allgemeine Zeitung, 25.03.1920. Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl. 150.

⁴⁴⁰ Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 70.

⁴⁴¹ Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl. 155.

⁴⁴² Ebenda. Obwohl Gutsche diese Darstellung der Aktion zurückwies: »Der Zorn des Volkes machte sich in der Zerstörung des Hauptquartiers der Erfurter Reaktion Luft«, bezeichnete er sie als unnütze Maßnahme, die dem Militär einen Vorwand für dessen verschärftes Agieren geliefert habe. Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 80.

⁴⁴³ Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl. 155.

⁴⁴⁴ Ebenda.

⁴⁴⁵ Ebenda. Hierzu auch: Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 82/83.

Erregung der Arbeiterschaft bis zur Siedehitze, die das Allerschlimmste an Erbitterung und Hass, den Bürgerkrieg befürchten ließ«⁴⁴⁶.

Generalstreik und bewaffneter Aufstand

Die dritte Form des Generalstreiks bildete seine Verbindung mit dem offenen und bewaffneten Widerstand der Arbeiterschaft gegen die lokalen Putschisten. Dabei ging die proletarische Basis mit ihren spontanen Widerstandsaktionen zunächst über die Aktionsausschüsse hinweg. In Gera hatte am Morgen des 15. März der Generalstreik nahezu vollständig eingesetzt. Hier war jedoch in der Nacht zuvor der Marktplatz vom Militär abgeriegelt worden, um diesen Ort für Massenversammlungen zu sperren.⁴⁴⁷ Ebenso hatte die Putschregierung Ebersbach die Versammlungslokale der Arbeiterschaft militärisch besetzen lassen, um die vom Aktionsausschuss einberufenen Zusammenkünfte zu unterbinden. Daraufhin »drängte sich eine gewaltige Volksmenge auf dem Markt und den angrenzenden Straßen zusammen«⁴⁴⁸.

Rückblickend erinnerte sich Herbert Frister⁴⁴⁹, der an den dramatischen Ereignissen am Morgen des 15. März in Gera unmittelbar beteiligt war, dass die Reichswehrsoldaten und Zeitfreiwilligen mit diesem Zusammenströmen der Massen auf den Straßen nicht gerechnet hätten und deshalb immer nervöser geworden seien.⁴⁵⁰ Sie begannen Warnschüsse in die Luft abzugeben, allerdings schreckte die Militärführung offenbar vor einem gezielten Feuerbefehl zurück, und die Mehrzahl der Mitglieder des Zeitfreiwilligenverbandes war nicht bereit, auf die versammelte Menge zu schießen.⁴⁵¹ Ab 10.00 Uhr durchbrachen die auf den Markt drängenden Massen spontan und nur von einzelnen Akteuren dirigiert die Absperrungen, sodass es zunächst zu Rangeleien und schließlich tumultartigen Zuständen kam. Infolge der dabei vom Militär abgegebenen Schüsse wurden drei unbewaffnete Personen getötet und sieben verletzt.⁴⁵² »Dieser gemeine Mord steigerte die Kampfbeschlossenheit der immer stärker werden Massen wunderbar. Unaufhaltsam, lawinenartig drängten sie an das stark

⁴⁴⁶ Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl. 155.

⁴⁴⁷ Wagner: Der Kapp-Putsch in Gera. S. 75.

⁴⁴⁸ Der Märzputsch. S. 33.

⁴⁴⁹ Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S. 548.

⁴⁵⁰ Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 26.

⁴⁵¹ »Zeitfreiwillige betonten immer wieder, dass sie dem Verband beitraten um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten – Schlagworte, mit denen auch in den Zeitungen für den Verband geworben wurde. Wenn sie gewusst hätten, dass es gegen die Regierung geht, hätten sie nicht mitgemacht.« Wagner: Der Kapp-Putsch in Gera. S. 75.

⁴⁵² Ebenda.

besetzte Rathaus heran. Und dann fanden sich die ersten Mutigen, Starken, Helden, die zum Sturm auf die bewaffneten Fabrikanten übergangen und sie niederwarfen⁴⁵³, berichtete der Geraer Aktionsausschuss aus seiner Perspektive über das Geschehen. Gegen 14.00 Uhr war das Rathaus schließlich gestürmt. Die von den Eingeschlossenen zuvor herbeigerufenen Reichswehreinheiten waren von den Massen auf den Straßen am Durchkommen gehindert worden. Am Nachmittag kam es zu einzelnen Feuergefechten zwischen Soldaten und den inzwischen mit Waffen aus dem Rathaus ausgerüsteten Arbeitern. Liefen diese Aktionen weiterhin spontan und ohne zentrale Führung ab, wurde der Angriff auf die Kaserne am späten Nachmittag von der militärischen Führung des Aktionsausschusses gezielt vorbereitet und geleitet. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits Mitglieder der reußischen Landesregierung aus Greiz nach Gera zurückgekehrt und an den weiteren Ereignissen maßgebend beteiligt.⁴⁵⁴ Mit der Besetzung der Kaserne und der Gefangennahme hunderter Putschisten war der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Gera am Abend des 15. März niedergeschlagen worden.

Die Suhler Arbeiterschaft hatte einen Tag zuvor im Ergebnis zweier Versammlungen – die erste um 14.00 Uhr im Henneberger Haus und die zweite am späten Nachmittag auf dem Marktplatz – unter dem Eindruck des Generalstreikaufrufs der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder beschlossen, in den Generalstreik einzutreten. Zugleich bestätigten die Versammlungsteilnehmer auf dem Marktplatz den zuvor gebildeten Aktionsausschuss. Die Forderung nach Bewaffnung der Arbeiterschaft fand hier breite Unterstützung, während es zur Regierung Ebert-Bauer gegensätzliche Auffassungen gab.⁴⁵⁵

Dass die in den nachfolgenden Stunden erfolgte Entwaffnung der Einwohnerwehr bereits auf der Marktplatzkundgebung beschlossen worden war und im Auftrag des Aktionsausschusses erfolgte⁴⁵⁶, kann hier nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Nach einem späteren Bericht des preußischen Regierungspräsidenten hätten die provozierenden Wortbeiträge der Kundgebungsredner die zunächst ganz ruhige Menschenmenge zu solchen Aktionen aufgestachelt. Dieser Bericht erwähnt eine Provokation

⁴⁵³ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 744. Dok. 481.

⁴⁵⁴ Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 33/34.

⁴⁵⁵ Jung: Erinnerungen an bewegte Märztage. S. 118/119.

⁴⁵⁶ Baumgärtner: Aktionseinheit. S. 24.

durch einen »nicht ganz ernstzunehmenden jungen Mann« am Rande der Kundgebung, der auch Mitglied der Einwohnerwehr war. Er sei daraufhin von Kundgebungsteilnehmern misshandelt worden. Im Anschluss daran sei die Entwaffnung der Einwohnerwehr durch den Bürgermeister der Stadt, einem USPD-Mitglied, vorgeschlagen worden. Die Entwaffnung der Einwohnerwehr und auch der Polizei sei nach der Erstürmung des Rathauses erfolgt.⁴⁵⁷

Im Unterschied zu dieser Darstellung spricht jedoch vieles dafür, dass es sich bei der Entwaffnung der Suhler Einwohnerwehr um eine spontane Reaktion auf die Zuspitzung der Situation auf dem Marktplatz gehandelt hatte. Nach dem Ende des Kampfes um Suhl am 15. März war eine Kommission aus Coburg in Begleitung des Meininger USPD-Landtagsabgeordneten Paul Lärz⁴⁵⁸ in der südthüringischen Stadt erschienen, um sich angesichts der zahlreich kursierenden Gerüchte selbst ein Bild über die Situation vor Ort zu machen. Ihr berichteten Vertreter des Aktionsausschusses ihre Sicht auf die Geschehnisse am 14. März. Während der Demonstrationkundgebung habe der Führer der Einwohnerwehr durch seine Äußerungen provozierend auf die Anwesenden gewirkt. Einige junge Leute hätten sich dazu hinreißen lassen, »ihn mit Stöcken zu verprügeln«⁴⁵⁹. Ein Polizeibeamter, der dem Bedrängten zu Hilfe eilen wollte, sei von der Menge entwaffnet worden, die daraufhin das Rathaus gestürmt und den dort anwesenden Polizisten ebenfalls die Waffen abgenommen hätten. »Den besonnenen Führern der Arbeiterschaft gelang es, den Beamten ihre Waffen zurückzugeben, damit sie ihren Dienst weiter ausüben konnten.«⁴⁶⁰ Zu konstatieren ist, dass am Abend des 14. März eine Anzahl von Arbeitern, meist aus den umliegenden Orten, die Suhler Gewehrfabriken und die Angehörigen der Einwohnerwehren aufsuchten und unter Androhung und teilweise auch Anwendung körperlicher Gewalt sich der hier zahlreich vorhandenen Waffen bemächtigten.⁴⁶¹

Noch bevor die Suhler Arbeiterschaft am 15. März in den Generalstreik eintreten konnte, rückte am frühen Morgen »von der gängigsten Bürger-

⁴⁵⁷ Schmidt, Jürgen W.: Vor 90 Jahren. Aus den Tagen des Kapp-Putsches im Regierungsbezirk Erfurt. – Ein Bericht des Erfurter Oberbürgermeisters Dr. Bruno Mann vom 29. März 1920. In: Jahrbuch für Erfurter Geschichte. Bd. 5 (2010). S. 16 (S. 9–29).

⁴⁵⁸ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 428/429.

⁴⁵⁹ Saalfelder Volksblatt, 23.03.1920.

⁴⁶⁰ Saalfelder Volksblatt, 23.03.1920. Jung: Erinnerungen an bewegte Märztag. S. 119. schildert den Ablauf des Vorfalls unter Berufung auf die Suhler Zeitung vom 26.03.1920 in der gleichen Weise.

⁴⁶¹ Baumgärtner: Aktionseinheit. S. 24. Schmidt: Vor 90 Jahren. S. 16.

schaft gerufen, eine Kompanie Reichswehr aus Meiningen in Stärke von 70 Mann in Suhl ein und besetzte das Rathaus«⁴⁶². Gegenüber der Coburger Kommission gaben die Vertreter der Suhler Arbeiterschaft an: »Am Morgen, gegen 5.00 Uhr rückten von Meiningen eine Kompanie auf Lastautos an. Bei der Bekanntgabe des Belagerungszustandes vom Lastauto herab unter Hornsignal wurde nach Aussagen eines Parteifunktionärs ein Mann, der sich am Fenster zeigte, von einem Reichswehrsoldaten erschossen.«⁴⁶³ Die wiederholt von Funktionären der Suhler Arbeiterschaft vorgebrachte Bitte, die vor dem Rathaus stehenden Posten sollten sie zu ihrem Truppenführer bringen, um die entstandene Lage zu deeskalieren, sei mit der Drohung, das scharf geschossen werde, abgewiesen worden.⁴⁶⁴ Nach dieser Darstellung glaubten die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft offenbar noch am Morgen des 15. März an eine Verständigung mit dem Militär. Zugleich aber ließen die Ereignisse »in der Arbeiterschaft den Entschluß reifen, sich zu bewaffnen und durch Kampf die nach ihrer Ansicht reaktionäre Reichswehr zu entwaffnen«⁴⁶⁵. Die nachfolgende bewaffnete Auseinandersetzung, insbesondere um das Suhler Rathaus, wurde mehrfach sehr detailliert dargestellt, weshalb an dieser Stelle auf eine erneute Wiedergabe verzichtet wird.⁴⁶⁶

Entgegen der späteren Darstellung des Erfurter Regierungspräsidenten, die Truppe sei vor Ausbruch des Kampfes durch die Straße gefahren, um mitzuteilen, sie stünde auf dem Boden der alten Regierung und wolle lediglich für Ruhe und Ordnung sorgen, hatte der Truppenführer das Gegenteil getan. »Ein bei einem verwundeten Reichswehroffizier gefundener Befehl ordnete an, dass er sofort nach dem Einrücken mit den Arbeiterführern aller Parteien und Behörden Fühlung zu nehmen habe. Der gleiche Wille der Arbeiterschaft wurde durch die drei vor dem Tor des Rathauses stehenden

⁴⁶² Schmidt: Vor 90 Jahren. S.16. Für das Gelingen dieses Handstreiches machte die lokale DDR-Geschichtsschreibung unterschiedliche Ursachen verantwortlich. Zunächst war es die zögernde Haltung des Aktionsausschusses, der, entgegen den Forderungen aus der Arbeiterschaft, sich der heranrückenden Reichswehr entgegenzustellen, abwarten wollte. Herber: Vor 40 Jahren. S. 35. Eine spätere Darstellung machte eine Geiselnahme von Arbeitern durch die Reichswehr verantwortlich. Nach dieser Version seien Arbeiter aus einem Suhler Vorort von den Soldaten gezwungen worden, auf den Lastfahrzeugen der Reichswehr mitzufahren. Deshalb habe der Aktionsausschuss ausdrücklich verboten, auf die Kolonne das Feuer zu eröffnen. Baumgärtner: Aktionseinheit. S. 27. Plausibler erscheint die Darstellung, die Meininger Reichswehr habe die schlafende Stadt schlicht überrumpelt, den Bahnhof, die Post sowie das Rathaus besetzt und den Marktplatz mit Stacheldrahtverhauen abgeriegelt. Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 210/211.

⁴⁶³ Saalfelder Volksblatt, 23.03.1920.

⁴⁶⁴ Saalfelder Volksblatt, 23.03.1920. Jung: Erinnerungen an bewegte Märztage. S.120. schildert den Vorfall unter Berufung auf die Suhler Zeitung vom 26.03.1920 ebenso. Meininger Tageblatt, 20.03.1920.

⁴⁶⁵ Saalfelder Volksblatt, 23.03.1920.

⁴⁶⁶ Jung: Erinnerungen an bewegte Märztage. S.120/121. Herber: Vor 40 Jahren. S. 35. S.38–41. Baumgärtner: Aktionseinheit. S. 27–31.

Reichswehrsoldaten unterbunden. Dadurch verstärkte sich die Annahme, die Truppe stände unter dem Befehl der Regierung Kapp«,⁴⁶⁷ erklärten die Vertreter der Arbeiterparteien gegenüber der Coburger Kommission. Einer weiteren, von der Reichsregierung nach Suhl entsandten Abordnung erschien diese Darstellung der unmittelbaren Ursache der Kämpfe in und um Suhl ebenfalls glaubhaft. »Die Reichswehr rückte in Suhl ein. Laut vorgefundenen Meldungen des General Stolzmann sollte sich der Führer mit der Arbeiterschaft in Verbindung setzen und sollte mitteilen, dass die Truppen gegen Kapp-Lüttwitz für die Verfassung stehen. Die Unterführer taten das Gegenteil. Sie besetzten das Rathaus und die Post. Der Generalstreik brach aus und das Unglück war da. Von Suhl aus zog sich der Kampf weiter.«⁴⁶⁸

Tatsächlich wurde Suhl – hier hatte der Aktionsausschuss nach Beendigung der Kämpfe die Verwaltung der Stadt übernommen und damit begonnen, in Reaktion auf einen angedrohten Angriff der Reichswehr Arbeiterwehren zu organisieren⁴⁶⁹ – zum Ausgangspunkt einer regionalen Gegenwelle von links. Sie erfasste zwischenzeitlich Süd- und Westthüringen und vertrieb schließlich kurzzeitig das Militär aus Gotha. Dabei ist zunächst zu konstatieren, dass es sich mit Ausnahme der Eskalation in der Landeshauptstadt des Freistaates mehr um einen fluchtartigen Rückzug der Reichswehr als einen wohlorganisierten Vormarsch der Arbeiterwehren handelte.

Bewaffnete Suhler und Zella-Mehliser Arbeitertrupps unternahmen zwar Aktionen in den umliegenden Dörfern bis hin nach Schmalkalden, um die Einwohnerwehren zu entwaffnen.⁴⁷⁰ Weitere Kämpfe mit der Reichswehr fanden jedoch in Südthüringen, soweit die Quellenlage überblickt wird, nicht mehr statt. Das Militär hatte sich zunächst aus der Region zurückziehen müssen, weil »die Truppen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den Garnisonen dringend benötigt würden«⁴⁷¹, wie Oberst von Selle dem Schleusinger Landrat erklärte. Deshalb könne auch die Ein-

⁴⁶⁷ Saalfelder Volksblatt, 23.03.1920.

⁴⁶⁸ Vorwärts, 25.03.1920.

⁴⁶⁹ Jung: Erinnerungen an bewegte Märztag. S. 123. Aus einem Flugzeug, das über der Region kreiste, wurden Flugblätter abgeworfen, die die Aktion ankündigten: »In Suhl sind gestern eine schwache Reichswehrabteilung von Aufrührern überwältigt worden. Alle Festgehaltenen sind sofort zum Abmarsch freizulassen. Ich warne, irgend einem Reichswehrangehörigen auch nur ein Haar zu krümmen. Die Reichswehr kehrt in kürzester Frist mit starken Kräften wieder. Ich werde Zuwiderhandlungen ohne Rücksicht als Landfriedensbruch und Aufruhr durch Standrecht ahnden lassen. Ich stehe mit meinen sämtlichen Truppen fest hinter der alten verfassungsmäßigen Regierung. General von Stolzmann, Detachement Zimmermann, Gotha den 16. März 1920.«

⁴⁷⁰ Ebenda. S. 124. Baumgärtner: Aktionseinheit. S. 33/34.

⁴⁷¹ Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl. 81.

wohnerwehr Schleusingen in der nächsten Zeit nicht unterstützt werden, weshalb der Oberst ihre Auflösung empfahl. Der Landrat und der Kreisrat des Kreises Schleusingen ergriffen daraufhin die Flucht nach Coburg, da sie sich »den unabhängigen Machthabern (nicht) wehrlos auszuliefern«⁴⁷² gedachten. Infolge dessen übernahm der Aktionsausschuss des Kreises Schleusingen faktisch die Regierungsgewalt und versprach der Bevölkerung, die Lebensmittelversorgung gemeinsam mit den in ihren Ämtern verbliebenen Beamten aufrechtzuerhalten. Zugleich verlangte er die unbedingte Einhaltung von Ruhe und Ordnung und warnte vor der Verbreitung von Gerüchten. Putschversuche »von rechtsstehenden Personen« werde er unterdrücken.⁴⁷³

In Meiningen hatte der lokale Aktionsausschuss am Abend des 16. März erneut zum Generalstreik aufgerufen. Mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe sollte die Arbeit ab dem Morgen des 17. März »allgemein ruhen, sie muss in allen Betrieben sofort eingestellt werden«⁴⁷⁴. Obwohl das Staatsministerium am 16. März davon ausgegangen war, dass die Suhler Ereignisse nicht auf Meiningen übergreifen würden,⁴⁷⁵ sollte am Abend des 17. März ein Ausschuss⁴⁷⁶ die Kontrolle über die Tätigkeit der Reichswehr übernehmen. Der Meininger Aktionsausschuss wollte mit dieser Maßnahme »weitere unbesonnene Schritte, die ähnliche Zustände wie in Suhl auch hier herbeiführen konnten«⁴⁷⁷, unterbinden und damit Blutvergießen vermeiden. Der lokale Reichswehrkommandeur hatte sich mit dieser Maßnahme einverstanden erklärt.⁴⁷⁸ Zudem übermittelte er dem Reichswehrgruppenkommando in Kassel die Bitte der Meininger Landesregierung, keine militärischen Maßnahmen gegen Suhl einzuleiten. Sie wolle zunächst mit dem Suhler Aktionsausschuss verhandeln.⁴⁷⁹

⁴⁷² Ebenda. Bl. 82.

⁴⁷³ Herber: Vor 40 Jahren. S. 44.

⁴⁷⁴ Meininger Tageblatt, 19.03.1920.

⁴⁷⁵ In einem Telegramm an den Reichsinnenminister in Stuttgart informierte das Meininger Staatsministerium, dass die Lage in ihrem Verantwortungsgebiet ruhig sei. Nachdem am Vortage Sympathiestreiks für die verfassungsgemäße Regierung stattgefunden hätten, sei die Arbeit am 16. März wieder aufgenommen worden. In Suhl hätten bewaffnete Arbeiter starken Widerstand gegen die Reichswehr geleistet. Die Lage sei ungeklärt und die Eisenbahnverbindung Meiningen–Suhl unterbrochen. Staatsarchiv Meiningen: 4-12-200-756. Bl. 23.

⁴⁷⁶ Dem Ausschuss sollten zwei Landtagsabgeordnete, zwei Beauftragte der Landesregierung, zwei Mitglieder des Aktionsausschusses und ein Vertreter der bürgerlichen Parteien angehören. Staatsarchiv Meiningen: 4-12-200-756. Bl. 29.

⁴⁷⁷ Meininger Tageblatt, 19.03.1920. Reichskommissar Paulsen erklärte hierzu am 31. März im Volksrat, »durch die Ereignisse des nahen Suhls, hatte sich der Meininger Arbeiterschaft eine gewisse Erregung bemächtigt und die Meininger Arbeiterschaft verlangte ebenfalls den Abzug des Militärs und zwar den Abzug des Militärs ohne Waffen«. Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 419.

⁴⁷⁸ Staatsarchiv Meiningen: 4-12-200-756. Bl. 29.

⁴⁷⁹ Ebenda. Bl. 34.

Als der Kontrollausschuss »am Abend des 17. März seine Tätigkeit aufnehmen wollte, war die Reichswehr zum großen Teil bereits abgerückt, ein anderer Teil hatte die Kaserne auf eigene Faust verlassen.⁴⁸⁰ Unter Mitwirkung und auf Veranlassung des Aktionsausschusses der sozialdemokratischen Parteien wurde nun unter Leitung des Landtagsabgeordneten Köhler eine Sicherheitswehr gebildet.«⁴⁸¹ Sie besetzte sofort die Kaserne und organisierte das Sicherheitswesen, damit Ruhe und Ordnung aufrechterhalten blieben und Blutvergießen unter allen Umständen vermieden werde.⁴⁸² In einem Aufruf wandte sich der Aktionsausschuss an die Bevölkerung der Stadt: »Wir wenden uns an alle, die sich nicht nur Sozialdemokraten nennen, sondern solche wirklich sind mit der Parole: ›Jeder von Euch ist verpflichtet, alles zu tun, um Ausschreitungen zu vermeiden. Unser Schild muss rein bleiben.‹ Wir wenden uns auch an alle, die politische Gegner von uns sind, mit der Mahnung: ›Unterlasst alles, was provozierend wirkt.‹ Wir raten den Verstand zu seinem Rechte kommen zu lassen. An alle Freunde des Volkes geht der Ruf, die Arbeiterschaft in ihrem Bestreben zu unterstützen.«⁴⁸³ Tatsächlich kam es in Meiningen zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen oder Ausschreitungen. Am Nachmittag des 18. März fand eine vom Aktionsausschuss einberufene Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Hier wurde an die Märzkämpfe von 1848 erinnert und zur Fortsetzung des Generalstreiks aufgerufen. »Auch abends blieb es still. Die Polizeistunde um 11 Uhr wurde – wie die Tage zuvor auch – pünktlich eingehalten. Nachtsüber sollen zwei Automobile mit bewaffneten Leuten aus der Umgebung sich hier aufgehalten haben. Aber auch durch sie ist gottlob keine Unruhe in unsere friedliche Stadt getragen worden.«⁴⁸⁴

⁴⁸⁰ Mit großem zeitlichen Abstand stellten Arbeiterveteranen die Vorgänge aus ihrer Erinnerung so dar: »Als in der Meiningener Kaserne das Gerücht laut wurde, dass 1000 bewaffnete Arbeiter aus Suhl nach Meiningen unterwegs seien um die Kaserne zu stürmen, da verließen in der Nacht vom 15. zum 16. März 1920 die restlichen Noske-Truppen fluchtartig Meiningen und setzten sich in Richtung Röhn ab.« Herber: Vor 40 Jahren. S. 41.

⁴⁸¹ Staatsarchiv Meiningen: Akten des Meiningischen Staatsministerium betreffend Sicherheitswehr. Nr. 757. Bl. 8.

⁴⁸² Meiningener Tageblatt, 19.03.1920.

⁴⁸³ Staatsarchiv Meiningen: 4-12-200-756. Bl. 39.

⁴⁸⁴ Meiningener Tageblatt, 19.03.1920. Inwieweit es tatsächlich zu einer verbalen Konfrontation zwischen dem sozialdemokratisch dominierten Aktionsausschuss und dem Leiter der Sicherheitswehr Köhler einerseits und bewaffneten Suhler Arbeitern andererseits gekommen war, die sich nach Meiningen zur Unterstützung der dortigen Arbeiterschaft begeben hätten, muss hier offenbleiben. Herber: Vor 40 Jahren. S. 45. Diese Darstellung passt jedoch in das Bild der regionalen DDR-Geschichtsschreibung, die die SPD in Meiningen dafür kritisierte, sie haben den Einsatz der Meiningener Reichswehr in Suhl am 15. März nicht verhindert, die Situation in Suhl falsch dargestellt und Solidaritätsaktionen der Meiningener Arbeiterschaft für ihre Suhler Klassengenossen zu verhindern versucht. Baumgärtner: Aktionseinheit. S. 37/38.

Offenbar motiviert von den Ereignissen in Meiningen, übernahm am Abend des 17. März 1920 ein Aktionssauschuss der beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien die vollziehende Gewalt im Kreis Schmalkalden und stellte sich auf den Boden der »Diktatur des Proletariats«⁴⁸⁵. Ludwig Pappenheim (USPD) soll zuvor am Nachmittag aus Meiningen in Schmalkalden angerufen und erklärt haben, »dass man dem dortigen Major das Zugeständnis abgerungen habe, die Aktion gegen Suhl sofort rückgängig zu machen und die erbetene Hilfe aus Cassel zurückzuweisen. Sonst müsste in Meiningen die Reichswehr entwaffnet werden«⁴⁸⁶. Deshalb sei in Schmalkalden zu klären, ob die drei Parteien USPD, SPD und DDP bereit seien, die Verantwortung für die jetzt zu treffenden Maßnahmen mit zu tragen, »wenn nicht, dann sei die USPD entschlossen, die Tat und die Verantwortung allein zu übernehmen. Es gelte jetzt rasch zu handeln, damit die Reichswehr nicht die Oberhand gewinne. Im Ohrdruffer Truppenlager soll sich eine große Menge Munition befinden, und man müsse schleunigst hunderte von Genossen zur Unterstützung der Arbeiterschaft in Suhl und Zella hinschicken. Um das zu können, müsse die Arbeiterschaft auch hier die (öffentliche) Gewalt übernehmen.«⁴⁸⁷ Die DDP lehnte ebenso wie die SPD die Mitwirkung an solchen Aktivitäten ab. Dennoch entschlossen sich die Sozialdemokraten, »im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung dem Aktionsausschuss unbeschadet ihres Parteistandpunktes beizutreten«⁴⁸⁸.

Wann und wie genau die Besetzung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf durch die Arbeitertruppe erfolgte, kann hier angesichts der widersprüchlichen Darstellungen nicht geklärt werden. Der vom Aktionsausschuss als »Platzkommandant« eingesetzte Paul Marx erinnerte sich rückblickend, dass er im Anschluss an eine am Vormittag des 16. März in Ohrdruf stattgefundene Protestversammlung gegen den Putsch den Auftrag erhalten habe, »den Truppenübungsplatz zu stürmen«⁴⁸⁹. Gemeinsam mit bewaffneten Arbeitertruppe aus den umliegenden Orten seien der Übungsplatz eingenommen und 35 Militärangehörige, unter ihnen der Standortkommandant, festgenommen worden. Gegen 14.00 Uhr habe sich der Truppen-

⁴⁸⁵ Schmalkalden ist, soweit der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch in Thüringen überblickt wird, der einzige Fall, in dem tatsächlich eine Räterepublik ausgerufen worden war. John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 86–89. Dok. 61.

⁴⁸⁶ Meininger Tageblatt, 20.03.1920. Die Staatsanwaltschaft warf Pappenheim später vor, den Redakteur der Volksstimme Schmalkalden Blechschmidt angestiftet zu haben, die Räterepublik auszurufen und damit Hochverrat begangen zu haben. Hauptstaatsarchiv Weimar: Thüringer Ministerium des Innern. P 562. Bl. 111.

⁴⁸⁷ Meininger Tageblatt, 20.03.1920.

⁴⁸⁸ Meininger Tageblatt, 20.03.1920.

⁴⁸⁹ Herber: Vor 40 Jahren. S. 50.

übungsplatz in den Händen der bewaffneten Arbeiter befunden.⁴⁹⁰ In einem Bericht an das Landratsamt schilderte der Gemeindevorstand Ohrdruf, dass am 16. März »zusammengerottete Leute«⁴⁹¹ in den Ort gezogen seien, um das Truppenlager zu stürmen. Das Landratsamt Ohrdruf selbst erklärte, dass der Kommandant des Truppenübungsplatzes am Vormittag des 17. März um Unterstützung beim Abtransport der Waffen und Ausrüstungsgegenstände ersucht habe. Er habe von Oberst von Selle den Befehl zum Abzug erhalten und wolle mit dieser Maßnahme verhindern, dass die Bestände in die Hände der aus Zella-Mehlis anrückenden Arbeiterwehren fielen. Gegen 14.00 Uhr seien 40 bis 50 Zivilisten in das Lager eingedrungen.⁴⁹²

Tatsache ist, dass Ohrdruf am 17. März zum Sammelplatz für die Mehrzahl jener Arbeiterwehren wurde, die sich an den Kämpfen um Gotha am 18. und 19. März beteiligten. Der Gothaer USPD-Landesregierung ist zeitgenössisch wie rückblickend der Vorwurf gemacht worden, sie habe die Kämpfe nicht verhindert. Zum einen, weil sie es unterließ, die Bevölkerung darüber zu unterrichten, »dass die Reichswehr (in Gotha) auf dem Boden der Reichsverfassung stehe«⁴⁹³. Zum zweiten sei von den Volksbeauftragten bewusst die Tatsache übergangen worden, dass der Militärputsch zum Zeitpunkt der Kämpfe um Gotha bereits zusammengebrochen war.⁴⁹⁴ Am 17. März habe »das Gothaer Staatsministerium ein Telegramm aus Berlin mit der Mitteilung erreicht, dass die Verhandlungen des Vizekanzlers Schiffer erfolgreich gewesen und Kapp zurückgetreten sei«⁴⁹⁵.

Die Gothaer Landesregierung erklärte in ihrer öffentlichen Entgegnung auf die Vorwürfe des Reichsinnenministers, sie sei während der Putschtage von allen Informationskanälen abgeschnitten gewesen. Das Militär habe ihr die direkte Kontaktaufnahme mit dem für Thüringen formal zuständigen Zivilkommissar Paulsen in Weimar verweigert.⁴⁹⁶ Im Zusammenhang mit dem bereits gezeigten Agieren der bewaffneten Formationen (Reichswehr, Sicherheitspolizei, Zeitfreiwilligen) war die Annahmen der Landesregierung, diese stünden auf Seiten der Putsch-Regierung Kapp-Lüttwitz, jedoch gut begründet.

⁴⁹⁰ Ebenda.

⁴⁹¹ Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. Bl. 179.

⁴⁹² Ebenda. Bl. 181.

⁴⁹³ John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 91–89. Dok. 6m.

⁴⁹⁴ Häußel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 100.

⁴⁹⁵ Arndt, Steffen; Barthel, Rosemarie: 125 Jahre Erfurter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1891–2016. Quellen zur Geschichte der sozialen Demokratie im Thüringischen Staatsarchiv Gotha 1848–1920. Gotha 2016. S. 133.

⁴⁹⁶ Gothaer Volksblatt, 16.04.1920.

Die Frage, wann die Gothaer Landesregierung vom Zusammenbruch des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches erfahren haben konnte, ist ein Problem, das nicht nur diesen spezifischen Fall der Geschehnisse Mitte März 1920 betrifft. Generell ist zu beachten, wer zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort über welche Informationen verfügen konnte. Wie bereits an vielen Stellen gezeigt, geht aus den Quellen hervor, dass die Informationslage in jenen Märztagen sehr unübersichtlich war und die Akteure oft auf sich allein gestellt handeln mussten. In einer solchen Situation entstehen nicht nur zahlreiche Gerüchte, sie bietet auch einen günstigen Nährboden für bewusst lancierte bzw. produzierte Falschmeldungen (Fake News).

Um den offenkundig über seinen Verbleib in der Stadt kursierenden »wahnsinnigen Gerüchten entgegenzutreten«⁴⁹⁷, teilte ein Meininger Bürger seinen »Mitmenschen mit, dass ich heute früh von Zella-Mehlis, Suhl und Heinrichs zurückgekehrt bin. Meine Bitte, auch die Gefangenen (Reichswehrangehörigen) sprechen zu dürfen wurde mir von den Ausschussmitgliedern gewährt. Die Leute sagten mir: »Grüßen Sie bitte unsere Kameraden, Verwandten und Bekannten. Sagen sie ihnen, wie Sie gesehen, dass wir gut untergebracht und unsere Behandlung sehr gut sei.«⁴⁹⁸

Am Beispiel eines Berichts des *Camburger Tageblatts* vom 16. März über die Situation in Jena, den Generalstreik der Arbeiterschaft in der Saalestadt, die hier stattfindenden Versammlungen und Kundgebungen sowie den angeblichen Versuch der Jenaer USPD, während der Gemeinderatssitzung die Räterepublik auszurufen, beschrieb das *Jenaer Volksblatt* eine Situation, die für Thüringen und darüber hinaus als allgemeingültig angesehen werden kann. »Man sieht also wie sich hier Wahres, Halbwahres und viel Falsches durcheinander mischen. Ein neues Beispiel, wie sehr Vorsicht über die Nachrichten von auswärts, und sei es auch aus der näheren Umgebung, am Platze ist.«⁴⁹⁹ Noch unmittelbar nach der Niederschlagung des Putsches hieß es im Altenburger SPD-Parteiblatt: »Über die Vorgänge kann man sich kaum ein genaues Bild machen.«⁵⁰⁰ Insofern begegneten die Akteure Informationen und Meldungen, auch wenn sie den Tatsachen entsprachen, oft mit großem Misstrauen. Noch am 19. März bezeichnete der Aktionsausschuss Sondershausen die amtliche Nachricht vom Rücktritt der Putsch-

⁴⁹⁷ Meininger Tageblatt, 19.03.1920.

⁴⁹⁸ Ebenda.

⁴⁹⁹ Jenaer Volksblatt, 18.03.1920.

⁵⁰⁰ Ostthüringer Volkszeitung, 20.03.1920.

regierung als ein »Schwindelmanöver der Militaristen, um die Arbeiter irre zu führen und vom Streik abzuhalten«⁵⁰¹.

Befördert wurde diese unsichere Atmosphäre, in der zutreffende und falsche Informationen, Halbwahrheiten sowie bewusst gestreute Gerüchte und Lügen die Wahrnehmung der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen prägten, durch die geringen Kommunikationsmöglichkeiten einer Zeit, in der die Menschen sich hauptsächlich aus den Zeitungen informierten und ihnen, neben der unmittelbaren persönlichen Kommunikation, lediglich der Brief, das Telegramm und in geringem Umfang das Telefon zur Verfügung standen. Indem insbesondere in den Zentren der Auseinandersetzungen Zeitungen verboten, Postämter besetzt bzw. bestreikt waren und der Bahnverkehr ruhte, kamen zutreffende Informationen oft sehr spät bei den entsprechenden Adressaten an.

Während der Zusammenkunft der Reichsratsbevollmächtigten der Länder am 15. März 1920 im Berliner Reichstagsgebäude konnte der Thüringer Bevollmächtigte Münzel keine Aussagen zur Situation in den thüringischen Kleinstaaten machen, da er keine Verbindung zu ihnen hatte. »Eine Fernsprechverbindung habe sich bis heute nicht herstellen lassen.«⁵⁰² Erst am Abend des 15. März 1920 war es ihm gelungen, telefonischen Kontakt mit Staatsminister Paulsen in Weimar aufzunehmen, der jedoch nach kurzer Gesprächsdauer wieder unterbrochen wurde.⁵⁰³

Münzel gelang es offenbar erst am Nachmittag des 19. März, wieder direkt mit Paulsen zu telefonieren.⁵⁰⁴ Dementsprechend war es auch für ihn schwierig, Informationen an die thüringischen Landesregierungen weiterzuleiten. »Das gestern [17.03. M. H.] an die Thüringischen Regierungen aufgesetzte Telegramm ist mir erst möglich gewesen heute früh am Leipziger Platz aufzugeben, weil das Postamt in Wilmersdorf, Uhlandstrasse keine Gelegenheit gehabt hat, das Telegramm nach dem Haupttelegraphenamt in Berlin weiterzugeben.«⁵⁰⁵ Es handelt sich hier um jenes Telegramm, das die Landesregierungen über den Rücktritt von Kapp und Lüttwitz informierte. Ob es sofort von Berlin aus weitergeleitet wurde bzw. werden kann-

⁵⁰¹ Der Deutsche. Sondershäuser Tageblatt und Generalanzeiger, 19.03.1920.

⁵⁰² Staatsarchiv Rudolstadt 5-15-2000-1178: Ministerium Sondershausen I. Abteilung (Staatsministerium) 1178. Die Gegenrevolution in Berlin im März 1920 (Kapp-Putsch). Bl. 76.

⁵⁰³ Ebenda. Bl. 83.

⁵⁰⁴ Ebenda. Bl. 102.

⁵⁰⁵ Ebenda. Bl. 98.

te, muss hier offenbleiben. »Noch immer oder richtigerweise wieder ist der Draht gesperrt. Am Donnerstag [18.03.] waren wenigstens auf wenige Stunden Pressegespräche freigegeben. Aber schon am anderen Tag waren sie wieder unterbunden. Leipzig hat den Telefon- und Telegraphenverkehr unter militärische Kontrolle gestellt und damit alle Nachrichten ausgeschaltet, denn dort ist die Zentrale, in der so ziemlich alle Nachrichten einlaufen. Dass könnte darauf schließen lassen, dass dort die Militaristen herrschen. Es bleibt aber ein weiterer Rückschluss offen, nämlich der, dass nicht alle Postbeamten über die Neutralität verfügen, die uns versichert wird.«⁵⁰⁶, kennzeichnete das Altenburger SPD-Organ die Situation unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Staatsstreiches.

Tatsächlich wurde das Telegramm Münzels vom 17. März 1920, in dem er die Gothaer Landesregierung über den Rücktritt von Kapp informiert hatte, erst am 19. März um 11.00 Uhr auf der Gothaer Hauptpost aufgenommen.⁵⁰⁷ Zu diesem Zeitpunkt war nur noch die Gothaer Fliegerwerft umkämpft. Unmittelbar ausgelöst worden waren die bewaffneten Auseinandersetzungen in Gotha am 17. März gegen 11 Uhr Mittag durch einen Zwischenfall an der Hauptpost. Ein Reichswehrsoldat hatte mit einem Maschinengewehr in eine Menschenmenge gefeuert, die auf neue telegrafische Nachrichten aus Berlin wartete. Das löste »spontane Ausschreitungen mit Toten und Verletzten auf beiden Seiten aus. Die rund 250 Soldaten und 160 Zeitfreiwilligen zogen sich eilig in die Kasernen, die Post und den Bahnhof zurück. Die Arbeiter erhielten Verstärkung aus Ohrdruf, damit wuchs die Armee der Radikalen auf 500 bis 1 000 Soldaten an.«⁵⁰⁸

Im Zusammenhang mit diesem Vorfall ist es ebenfalls interessant nachzuerfolgen, aufgrund welcher Informationen das Ereignis wie dargestellt wurde. Der Gothaer SPD-Vorsitzende Franz Büchel, auf dessen Rolle während der Gothaer Ereignisse noch einzugehen sein wird, erhielt am 17. März von Major Zimmermann die Information, »es ist bereits Blut geflossen und zwar an der Post. Die Post wurde angegriffen und die Truppen haben sich zur Wehr gesetzt, es gibt einen Toten und Verwundeten. Aus der Menge heraus seien Schüsse gefallen, darauf habe das Militär geschossen.«⁵⁰⁹ In einem Flugblatt der Gothaer SPD hieß es zu dem Vorfall: »Am Mittwoch

⁵⁰⁶ Ostthüringer Volkszeitung, 20.03.1920.

⁵⁰⁷ Arndt, Barthel: 125 Jahre Erfurter Parteitag, S. 144. Abb. 6.

⁵⁰⁸ Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus, S. 97.

⁵⁰⁹ Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-06: Reimann, Bruno Sammlung Mechterstädt Nr. 6. Stadtarchiv Gotha. Akten der Stadtverwaltung betreffs Unruhen im März 1920. Abt. 144. Nr. 376. Bl. 26. RS.

früh erfolgte von einer bewaffneten Menge der Angriff auf die Post, wobei das erste Blut floss.«⁵¹⁰

Dieser Darstellung Büchels ist jedoch unmittelbar von einem Augenzeugen widersprochen worden. »Bei dem Vorfall an der Post bin ich dabei gewesen. Also ich komme an der Post vorbei. Da sehe ich Duncker und Kühn vom Theater herkommen. Es war ein ziemliches Menschengedänge, ich fragte was denn los sei. Man sagte mir: Ein Soldat hat Zettel angeklebt, die hat einer abgerissen. Die Menge war sehr erregt. Ich forderte das Militär auf, dass Maschinengewehr wegzutun, jedoch vergebens. Da sah ich von der Schwabhäuser Straße her einen blutjungen Offizier mit einem Unteroffizier und Mannschaften mit aufgefplantem Seitengewehr kommen. Ich gebe dem Mann die besten Worte, er sollte doch das Maschinengewehr wegtun und die Mannschaften in die Post zurücknehmen. Er ging aber nicht darauf ein. Da entstand ein Gewühl, einem Soldaten sollte das Gewehr weggenommen worden sein. Da fing das Maschinengewehr zu schießen an.«⁵¹¹

Obwohl Mitglieder der Gothaer Landesregierung und des Aktionsausschusses seit dem 16. März in Zella-Mehlis die bewaffnete Niederschlagung der aus ihrer Sicht putschistischen Truppen in der Landeshauptstadt vorbereiteten,⁵¹² gab es von ihrer Seite offenbar mehrere Versuche, den Konflikt friedlich zu lösen. Nach dem Vorfall an der Hauptpost fanden offenbar Verhandlungen statt, die jedoch von Major Zimmermann in Reaktion auf die Meldung, die Fliegerwerft werde angegriffen, abgebrochen wurden.⁵¹³ Vor Beginn des Ausbruchs der Kämpfe am 18. März bat die Gothaer Landesregierung Polizeinspektor Gisohn nach seiner eigenen Darstellung um Vermittlung. Er habe deshalb »im Interesse der gesamten Einwohnerschaft noch einmal versucht, zur Vernunft und Einsicht zu mahnen«⁵¹⁴. Im Auftrag der Landesregierung wollte er dem Garnisonskommando noch einen letzten Vorschlag überbringen, um ohne Blutvergießen die Differenzen zu bereinigen. Sein Versuch, in Begleitung eines Polizeiwachtmeisters und zwei Vertretern der Landesregierung zur militärischen Führung durchzudringen, misslang jedoch. Eine Einheit der Sicherheitspolizei, auf die die Parlamentäre gestoßen waren, begleitete sie ins Rathaus zurück. Verhindern

⁵¹⁰ Arndt, Barthel: 125 Jahre Erfurter Parteitag. S. 144. Abb. 6.

⁵¹¹ Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-06: Akten der Stadtverwaltung (Gotha) Nr. 376. Bl. 28.

⁵¹² Jung: Erinnerungen an bewegte März tage. S. 124.

⁵¹³ Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-06: Akten der Stadtverwaltung (Gotha) Nr. 376. Bl. 26.

⁵¹⁴ Staatsarchiv Gotha 2-15-0183-71: Bericht des Stadtoberratsmann Gisohn. Bl. 12.

konnte Gisohn lediglich, dass die beiden Vertreter der Landesregierung durch die Sicherheitspolizei festgenommen wurden.⁵¹⁵ Auf einen Vermittlungsversuch Büchels reagierte August Creuzburg mit dem Angebot, wenn die Darstellung der Gothaer SPD an diesem Punkt zutraf, dass das Militär unter Zurücklassung aller Waffen unbehelligt abziehen könne. »Wir lehnen eine Vermittlung von neutraler Seite ab. Wie uns gestern ausdrücklich mitgeteilt wurde, ließen sie sich nicht mehr auf Verhandlungen ein.«⁵¹⁶ Sehr wahrscheinlich, aber nicht sicher bezog sich diese Äußerung Creuzburgs auf den Verhandlungsabbruch durch Major Zimmermann vom Vortrag.

Auch während der Kämpfe, auf die hier im Detail nicht eingegangen werden soll⁵¹⁷, wollte Creuzburg offenbar zur Vermeidung weiterer Verluste eine Feuereinstellung erwirken. Sein Versuch, die Besatzung der Fliegerwerft zur Einstellung des Artilleriebeschusses zu bewegen, habe damit geendet »dass die entsandten Beauftragten körperlich misshandelt worden seien, angehört habe man sie nicht«⁵¹⁸. Vor diesem Hintergrund war er am Morgen des 19. März bei Gisohn erschienen und hatte ihn ultimativ aufgefordert, er möge als Polizeiinspektor dafür sorgen, dass die Beschießung des vorwiegend von der Arbeiterschaft bewohnten Ostviertels aufhöre, sonst sehe er sich gezwungen, aus Vergeltung das bürgerliche Westviertel anzünden zu lassen. Die hierzu notwendigen Vorbereitungen seien getroffen.⁵¹⁹ Letztlich kam es jedoch dazu nicht,⁵²⁰ in der Nacht zum 20. März zogen die letzten Militäreinheiten aus Gotha ab.

⁵¹⁵ Ebenda.

⁵¹⁶ Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. Bl. 35.

⁵¹⁷ Buchsbaum, Ewald: Sieg der Aktionseinheit der Arbeiterklasse über den Kapp-Putsch in Gotha. In: Gothaer Museumsheft. Abhandlungen und Berichte zur Regionalgeschichte. Gotha 1970. S. 28/29. (S. 21–41). Herber: Vor 40 Jahren. S. 55–58. Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 84–87.

⁵¹⁸ Staatsarchiv Gotha 2-15-0183-71: Bericht des Stadtoberamtmann Gisohn. Bl. 14. Ein anderer Zeuge berichtete: »Weiter ist ein Parlamentär welcher während des Waffenstillstands hingeschickt worden ist in grausamer Weise misshandelt worden und nur durch Inzwischenetreten des Polizeiinspektors Gisohn mit dem Leben davongekommen.« Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-06: Akten der Stadtverwaltung (Gotha). Nr. 376. Bl. 34.

⁵¹⁹ Ebenda.

⁵²⁰ Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 98.

Der Zusammenbruch des Putsches in Berlin und die Reaktivierung der Einheitsfront gegen die revolutionäre Arbeiterschaft

Die erneute Wende gegen links

Am Nachmittag des 14. März 1920 waren die Mitglieder der preußischen Regierung Albert Südekum (SPD)⁵²¹ und Rudolf Oeser (DDP) in der Reichskanzlei erschienen, um den Putschisten Kapp und Lüttwitz die Rücktrittsforderungen der Eisenbahnergewerkschaft⁵²² zu überbringen. In einer Unterredung, an der neben Lüttwitz auch weitere Generäle teilnahmen, warnten die beiden Minister vor den Folgen des drohenden Generalstreiks, der mit Notwendigkeit zum Bolschewismus führen müsse.⁵²³ Zudem würden die Beamten, wenn sie für die Kapp-Regierung arbeiteten, eidbrüchig. Kapp entgegnete, dass er die Reichsregierung und die preußische Landesregierung abgesetzt habe und die Bildung einer Koalitionsregierung vorbereite. Südekum und Oeser bot er den Eintritt in diese Regierung an. Zwar zeigten sich die Angesprochenen zu einem solchen Schritt nicht abgeneigt. Nach ihrer Auffassung war die Bildung einer neuen Regierung jedoch die Aufgabe der politischen Parteien und nicht die von Kapp und Lüttwitz, deren Rücktritt sie nachdrücklich forderten.⁵²⁴ In einer daraufhin anberaumten Beratung der Führungsgruppe der Putschisten schlug einer der Generäle vor, »Kapp möge unter Hinweis auf den drohenden Generalstreik zurücktreten«⁵²⁵. Die gleiche Forderung richtete General Maercker, der um Mitternacht in Berlin eingetroffen und sofort mit den maßgebenden Putschisten zusammengekommen war, unter schweren Vorwürfen an Kapp und General von Lüttwitz.⁵²⁶

Zu diesem Zeitpunkt war die Lage der Verschwörer bereits aussichtslos. Sie besaßen zwar im ostelbischen Preußen einigen Rückhalt, hier hatten sich ihnen viele Landräte, Ober- und Regierungspräsidenten – unter ihnen der Sozialdemokrat August Winnig – angeschlossen. In Bayern war eine Rechtsregierung gebildet worden, »die dann den weiß-blauen Freistaat zur antirepublikanischen ›Unordnungszelle«⁵²⁷ mit weitreichenden Konse-

⁵²¹ Bloch, Max: Albert Südekum (1871–1944): Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Düsseldorf 2009.

⁵²² Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 194/195. Dok. 137.

⁵²³ Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 274.

⁵²⁴ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 230/231.

⁵²⁵ Ebenda. S. 231.

⁵²⁶ Kristen: Ein Leben in Manneszucht. S. 255.

⁵²⁷ Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. S. 20.

quenzen für die weitere Entwicklung der Weimarer Republik ausbaute. Doch vorerst stießen die Putschisten auf massiven Widerstand oder aber auf eine zwar wohlwollende, jedoch nicht für sie Partei ergreifende Abwartehaltung. Die bürgerlichen Rechtsparteien hielten sich ihnen gegenüber bedeckt.⁵²⁸ Nur ein Teil der Reichswehr stand offen an ihre Seite.

Dennoch entschlossen sich die Putschisten unter dem maßgebenden Einfluss Ludendorffs »zum Durchhalten«⁵²⁹. Sie schickten am 15. März General Maercker mit Bedingungen für eine Einigung nach Stuttgart.⁵³⁰ Dorthin war die Reichsregierung am 14. März weitergereist, da sie sich in Dresden »unter der Obhut Maerckers nicht sicher fühlte«⁵³¹. Wahrheitswidrig behaupteten die Putschisten, die verfassungsgemäße Regierung sei mit dem Wunsch an Kapp herangetreten, erneut über die Forderungen des 13. März zu verhandeln.⁵³² Diese Meldung dementierte die Bauer-Regierung vehement. Amtlich ließ sie mitteilen, dass sie mit den Putschisten nicht verhandle, »weil dies Mißtrauen und Verwirrung im Volks auslösen«⁵³³ und den in sich zusammenbrechenden Putsch unnötig verlängere.

Tatsächlich hatte Kapp bereits am Mittag des 14. März, trotz seiner äußerlich demonstrierten Entschlossenheit, zu überlegen begonnen, ob er zurücktreten und dem Auslöser des Putsches, General Lüttwitz, die gesamte Verantwortung für das Unternehmen übergeben sollte. Von diesem Zeitpunkt an begann auch Papst über einen Rückzug Kapps nachzudenken, um die

⁵²⁸ Die DVP hatte die neue Regierung in ihrer ersten Reaktion auf den Putsch faktisch als Tatsache anerkannt und zugleich die Zurückführung des ungesetzlichen Zustandes auf eine gesetzmäßige Grundlage gefordert. Der verfassungsgemäßen Regierung warf die DVP-Führung am 13. März vor, durch ihre Verweigerung einer Reichstagswahl die Reichsverfassung gebrochen und damit den Umsturz provoziert zu haben. Ihre mit Doppeldeutigkeiten und Entstellungen durchgesetzte erste Stellungnahme war »die dichteste Annäherung einer Partei an die Aufrührer«, die teilweise weiter ging als »die in vorsichtigem Ton gehaltene Proklamation der Deutschnationen (Volkspartei)«. Richter: Die Deutsche Volkspartei. S. 93/94.

⁵²⁹ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 232.

⁵³⁰ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 220. Dok. 155.

⁵³¹ Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. S. 13.

⁵³² »Die nach Stuttgart geflüchtete alte Regierung hat den Reichskanzler Kapp durch den General Maercker Vorschläge für eine gütliche Einigung unterbreiten lassen. Die neue Regierung hat sich ihre Stellungnahme dazu vorbehalten. Die in den Generalstreik tretenden Betriebe werden aufgefordert, bis zur Erledigung dieser Einigungsbestrebungen die Arbeit aufzunehmen. Die alte Regierung soll angeblich erschüttert sein, welche ihr sinn- und zweckloser Aufruf zum Generalstreik im Gefolge hat. Ganz besonders in den Reihen ihrer eigenen Klassen und Parteigenossen, denn sie hat bis zu ihrem Sturz den Generalstreik selbst als verbrecherisch bezeichnet und will ihn nun selbst im eigenen Interesse zum Schaden des Volkes anwenden, nur um sich den Besitz ihrer Ministersessel zu erhalten. Dem Vernehmen nach soll die alte Regierung zu dem Entschluss gekommen sein, zu den sofortigen Abbruch des Generalstreiks aufzufordern. Reichskanzlei.« Nachrichtenblatt (der Putschisten) vom 15.03.1920. Das Blatt war von den Naumburger Jägern am Vormittag des 16.03.1920 in Weimar verteilt worden. Hauptstaatsarchiv Weimar. Präsidialabteilung Nr. 93. Bl. 19.

⁵³³ Jenaer Volksblatt, 16.03.1920.

unmittelbaren Forderungen Lüttwitz vom 10. März doch noch durchzusetzen.⁵³⁴ Als Hebel hierzu sollte sich die Furcht vor dem Bolschewismus erweisen. Sie hatte noch vor Beginn der Novemberrevolution 1918 große Teile der Eliten des Deutschen Kaiserreiches, das Bürgertum bis hin zur Sozialdemokratie mit weitreichenden Konsequenzen für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte erfasst.⁵³⁵ Unabhängig von der Frage, inwieweit diese Furcht eine reale Grundlage besaß, bestimmte sie das Agieren eines Großteils der handelnden Personen. Anstelle einer umfassenden Begriffsbestimmung soll hier die Beschreibung Bruno Bieligks genügen, die aus einer linken Perspektive Sinn und Zweck der Bolschewismusfurcht kenntlich macht. Der Bolschewismus ist »eins der berüchtigtsten Schlagwörter, die es in der deutschen Politik meines Erachtens überhaupt gibt. Keiner kann sich etwas rechtes darunter vorstellen und am allerwenigsten die, die am meisten darüber reden und die am meisten darüber schreiben. Man kann aber annehmen, dass sie mit dem Worte Bolschewismus einen Zustand kennzeichnen wollen, der in dem Kampf aller gegen alle besteht, und zwar in einem Kampf, ausgeführt und durchgeführt mit den Mitteln der rohen Gewalt. Meine Herren! Wer das als Bolschewismus versteht, der findet bei uns eine Unterstützung im Kampf gegen diese Erscheinung. Aber das ist es ja gar nicht. Man spricht vom Bolschewismus und meint den Sozialismus. Es ist in der Nachkriegszeit nicht möglich, dass man mit den alten Methoden, mit denen man den Sozialismus bekämpfte, mit denen man die Vertreter des sozialistischen Gedankens bekämpfte, heute mit diesen selben Methoden noch gegen den Sozialismus ankämpfen könnte, weil die Erkenntnis in zu weite Kreise des deutschen Volkes gedrungen ist, dass der Sozialismus eine notwendige Entwicklungsstufe für den Aufbau des deutschen Volkes darstellt. Deshalb braucht man einen neuen Popanz, um die unaufgeklärten Volksteile kopfscheu zu machen, und dieser Popanz ist das Gespenst des Bolschewismus, entstanden aus der Furcht vor den andrängenden sozialistischen Proletariermassen.«⁵³⁶

In einer Zusammenkunft der Reichsratsbevollmächtigten der Länder mit den in Berlin verbliebenen Mitgliedern der verfassungsgemäßen Regierung am Morgen des 16. März im Reichstag ließ Innenminister Koch aus Stuttgart mitteilen, »Maercker habe keinen Auftrag zu verhandeln«. Es dürfe nicht der

⁵³⁴ Erger: *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch*. S. 230.

⁵³⁵ Hierzu Jones, Marc: *Am Anfang war die Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*. Berlin 2017.

⁵³⁶ *Verhandlungen des Volksrats von Thüringen*. S. 436/437.

Eindruck entstehen, die verfassungsgemäße Regierung verhandle mit Kapp, »sonst verfällt Deutschland rettungslos dem Bolschewismus«⁵³⁷. Vizekanzler Schiffer erklärte daraufhin, dass er angesichts der verworrenen Lage die Sicht seiner Kabinettskollegen in Stuttgart bezweifle, »die neue Regierung werde nur noch einige Tage dauern. Falls die Truppen meutern würden, sei die Regierung Kapp erledigt, aber 14 Tage später auch die alte Regierung und dann sei der Bolschewismus da! Und bei vollem Erfolg des Generalstreiks würde auch der Bolschewismus da sein!« Schiffer zeigte sich davon überzeugt, dass eine Auflösung der Situation nicht an Kapp scheitere. Die Auffassung seiner Kabinettskollegen, nicht mit ihm zu verhandeln, bezweifelte er.⁵³⁸

Der Vorsitzende der DVP, Gustav Stresemann,⁵³⁹ bemühte sich spätestens seit dem zweiten Putschtag um eine Verständigung zwischen der verfassungsgemäßen Regierung und den Putschisten. Er begründete sein Agieren rückblickend damit, dass im Falle einer Nichtverständigung der Übergang zum Bolschewismus bevorgestanden hätte. Infolge des Gegenstoßes von links sei es nicht mehr um den Kampf zwischen der legitimen und der angemaßten Regierung gegangen: »Es sollte also die Entscheidungsschlacht des Bolschewismus geschlagen werden, und dazu wäre es in absehbarer Zeit auch ohne den Putsch des Herren Kapp gekommen.«⁵⁴⁰

Seit dem Nachmittag des 15. März fanden indirekte Verhandlungen zwischen den in Berlin verbliebenen Regierungsmitgliedern und den Putschisten sowie zwischen den Koalitions- und rechten Oppositionsparteien statt, auf die hier im Einzelnen nicht eingegangen werden kann.⁵⁴¹ Über alle politischen Unterschiede hinweg war es das Ziel dieser Gespräche, eine Einigung zwischen der verfassungsgemäßen Regierung und den sie tragenden Parteien, den oppositionellen bürgerlichen Rechtsparteien und den Putschisten zu erreichen, um dadurch eine Ausweitung des Generalstreiks zum befürchteten bolschewistischen Aufstand zu verhindern. »Die Angst um den bedrohten Kapitalprofit schweißt die ganze Front von der Großbour-

⁵³⁷ Staatsarchiv Rudolstadt 5-15-2000-1178: Bl. 83. Mit Datum vom 23. März 1920 übergab der stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichsrat Münzel dem Thüringer Staatsrat Aufzeichnungen, die er über seine Aktivitäten und vor allem der Beratungen der Reichsratsbevollmächtigten mit den in Berlin verbliebenen Mitgliedern der verfassungsgemäßen Regierung während des Kapp-Putsches angefertigt hatte. Ebenda. Bl. 72 – Bl. 107. Ein Auszug hieraus in: Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 241–245. Dok. 177 und Dok. 178.

⁵³⁸ Staatsarchiv Rudolstadt 5-15-2000-1178: Bl. 84.

⁵³⁹ Büttner: Weimar. S. 93.

⁵⁴⁰ Stresemann, Gustav: Reden und Schriften. Politik Geschichte Literatur 1897–1926 Erster Band. Dresden 1926. S. 321.

⁵⁴¹ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 249–263.

geosie bis zum Scheinsozialismus wieder fest zusammen. Kampf gegen den Spartakismus, womit man aber nur den Sozialismus meint, ist von jetzt ab die Parole des Tages.«⁵⁴², kommentierte das Jenaer uspd-Blatt die politische Entwicklung in der Reichshauptstadt. Während die Regierung Ebert-Bauer jedoch auf einer bedingungslosen Kapitulation der Putschisten bestehen musste, um sich nicht endgültig bei der republiktreuen Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterschaft zu diskreditieren, spielten Kapp-Lüttwitz-Ludendorff den ihnen verbliebenen letzten Trumpf aus.

Am Abend des 16. März gab der Pressechef der Putschisten eine Pressekonferenz, in der er erklärte, für die kommende Nacht sei ein kommunistischer Putsch zu erwarten. Eine ähnliche Mitteilung machte ein aufseiten der Putschisten stehender General im Reichstagsgebäude gegenüber den dort anwesenden Abgeordneten. In der Nacht zum 17. März verbreitete dann Wolffs Telegraphische Büro die vom Militär erfundene Meldung.⁵⁴³ Der preußische Ministerpräsident Hirsch informierte am Morgen des 16. März die Reichsratsbevollmächtigten über die Verhandlungen zwischen Vizekanzlers Schiffer und weiteren Politikern mit Hauptmann Papst vom Vorabend. »Man sei bis 5 Uhr morgens zusammen gewesen und dauernd seien Meldungen gekommen, dass die Spartakisten anrückten, dann, dass die Lage so gefährlich sei, dass die Truppen, wenn sie jetzt unter einen anderen Oberbefehlshaber kommen, im Kampf gegen alle Spartakisten unterliegen müssten. Alle Meldungen seien falsch gewesen. Die Militärs wollten nur erreichen, dass die Regierung erklärt, wir müssen jetzt die Truppen zum Kampf nach links behalten.«⁵⁴⁴

⁵⁴² Neue Zeitung, 19.03.1920.

⁵⁴³ Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 285/286. »Nach übereinstimmenden zuverlässigen Nachrichten hat gestern in Berlin ein Vertretertag stattgefunden, der von den Unabhängigen, den Kommunisten und von Mehrheitssozialisten beschickt war. Auf ihm hat eine Einigung dahin stattgefunden, dass die Mehrheitssozialisten zwar dem Programmpunkt ›Generalausstand‹ als Antwort auf den Gewaltstreik nicht angenommen haben, dass sie ihm aber neutral gegenüberstehen. In allen anderen Punkten fand eine vollständige Einigung statt. Eine Ministerliste wurde aufgestellt. [...] Diese Tatsachen zeigen, wie ungeheuer die Gefahr ist. Die Räterepublik will den Versuch machen, sich gewaltsam in den Sattel zu schwingen. Die Diktatur des Proletariats droht alles Leben in Deutschland zu vernichten. Alles Elend, alle Greuel, alle furchtbaren Knechtungen des Bolschewismus in Russland drohen auch uns. Nicht der leiseste Zweifel ist mehr für alle Bürger, alle Soldaten der Reichswehr, alle Beamten der Sicherheitspolizei, zu welcher Seite sie halten sollen. Es gibt nur noch einen Feind, den Bolschewismus, der keine Regierungsgewalt mehr anerkennt. Ihm hat der Kampf mit aller Energie zu gelten.« [Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 240. Dok. 175.]

⁵⁴⁴ Ebenda. S. 244. Dok. 178. (S. 244–246). Tatsächlich wäre den Putschisten ein Angriff der Arbeiterschaft sehr willkommen gewesen, wie Papst in einem Brief an Johannes Erger am 26.03.1961 mitteilte. »Ich hätte gewünscht, dass die radikale Arbeiterschaft handelte, denn dann hätte die Un-Tätigkeit unserer Leute ein rasches Ende gefunden. Gerade diese war ja der Grund, weswegen die gegnerische Propaganda in unseren Reihen vielfach erfolgreich war. Hätten wir kämpfen können, war es aus mit der Propaganda. Den Kampf brauchten wir aber nicht zu fürchten, den hätten wir gewonnen und damit auch den sogenannten Generalstreik erledigt.« Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 257/258.

Im Ergebnis dieser Verhandlungen waren die Beteiligten übereingekommen, dass Kapp zurücktreten und Lüttwitz den Oberbefehl niederlegen würde. Vizekanzler Schiffer hatte sich verpflichtet dafür einzutreten, dass die Nationalversammlung innerhalb von vier Wochen aufgelöst, der Reichspräsident durch das Volk gewählt, die Regierung umgebildet und eine allgemeine Amnestie erlassen würde.⁵⁴⁵

Obwohl die Ergebnisse der Verhandlungen von Kapp-Lüttwitz zunächst abgelehnt wurden und Schiffer seine Zusagen unter dem Druck der Regierung in Stuttgart zurückzog, bildeten sie schließlich am Nachmittag 17. März die Grundlage für eine Verständigung zwischen Lüttwitz und den bürgerlichen Parteien, der die sozialdemokratische Führung zustimmte. Zu diesem Zeitpunkt war Kapp bereits zurückgetreten, nachdem die diesbezüglichen Forderungen aus seinen eigenen Reihen zugenommen und sich der Kommandeur der Berliner Sicherheitspolizei an die Seite der verfassungsgemäßen Regierung gestellt hatte.⁵⁴⁶ Kapp begründete seinen Schritt zunächst mit einer weiteren Falschmeldung, denn die Regierung Bauer dachte gar nicht daran, anders als von ihm behauptet, die Forderungen der Putschisten vom 13. März zu erfüllen. Zugleich offenbarte Kapp den eigentlichen Zweck seines Rücktritts. Er habe sich davon leiten lassen, »dass die äußerste Not des Vaterlandes den einheitlichen Zusammenschluss aller gegen die vernichtende Gefahr des Bolschewismus verlangt.«⁵⁴⁷ General Lüttwitz konnte nur für wenige Stunden die Nachfolge Kapps antreten. Sein Versuch, eine Militärdiktatur zu errichten scheiterte auch an seinen eigenen, unter dem Eindruck des Generalstreiks stehenden Offizieren,⁵⁴⁸ wנגleich auch er unter unwahren Behauptungen zurücktrat.⁵⁴⁹

Vizekanzler Schiffer forderte noch am 17. März, ebenso wie die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung, den Abbruch des Generalstreiks.⁵⁵⁰ Gemeinsam mit dem von ihm ernannten neuen Chef der Heeresleitung

⁵⁴⁵ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 244. Dok. 178 (S. 244–246).

⁵⁴⁶ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 265.

⁵⁴⁷ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 254/255. Dok. 183.

⁵⁴⁸ Hierzu im Detail: Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 288/289. Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 266–278.

⁵⁴⁹ »Die unmittelbar drohende bolschewistische Gefahr fordert festen Zusammenschluss aller vaterlandsliebenden Männer zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reiche. Meine Person darf kein Hinderungsgrund für diesen Zusammenschluss sein. Nachdem führende Männer aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten Durchführung der von mir für das deutsche Volk gestellten Forderungen im wesentlichen zugesagt haben, sehe ich meine Aufgabe als erfüllt an und trete von meinem Posten als Oberbefehlshaber zurück.« Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 256. Dok. 186.

⁵⁵⁰ Ebenda. S. 256/257. Dok. 187 und 188.

General Seeckt, der zuvor von den führend am Putsch beteiligten Generälen und Offizieren hierfür vorgeschlagen worden war,⁵⁵¹ rief der Vizekanzler zum Kampf gegen den Bolschewismus auf.⁵⁵² Gleichzeitig versuchte die verfassungsgemäße Reichsregierung, die politische Initiative zurückzugewinnen. »Zu diesem Zweck war auch die Nationalversammlung in die württembergische Landeshauptstadt einberufen worden.«⁵⁵³ Reichskanzler Bauer erklärte in seiner Rede vor der Nationalversammlung, der Nationalistenaufruf habe eine extreme Gegenbewegung wachgerufen, »die kommunistische Welle, die wir so lange in ernster schwerer Zeit gebannt hatten, ist wieder im Steigen begriffen. Aus zahlreichen Orten kommt wieder der Ruf nach der Diktatur des Proletariats. Da und dort ist es schon zu blutigen Zusammenstößen, zu Straßenkämpfen zum Handstreich auf örtliche Gebäude gekommen. Während der Putschismus von recht zer schlagen abtreten muss, erhebt der Putschismus von links aufs neue das Haupt und fordert seine Opfer«.⁵⁵⁴

Fortsetzung und Abbruch des Generalstreiks: zur Frage der Bildung einer Arbeiterregierung

Neben dem anhaltenden Generalstreik und den bewaffneten Aufständen, insbesondere im Ruhrgebiet, Sachsen, in den ostelbischen Gebieten und in Westthüringen, waren es vor allem die Forderungen der gewerkschaftlichen Streikleitung in Berlin, durch die sich die Regierung in Stuttgart herausgefordert sah.⁵⁵⁵ Die Führung des ADGB, die aus ihrer Sicht nach der Flucht von Reichspräsident und Reichsregierung am 13. März die Verantwortung für das Schicksal der Republik übernommen hatte, wollte und konnte nach dem Ende von Kapp-Lüttwitz-Ludendorff nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.⁵⁵⁶ In einem Aufruf forderte die Zentralstreikleitung der Gewerkschaften, Angestelltenverbände und des Beamtenbundes am 18. März dazu auf, den Generalstreik solange fortzusetzen, bis das Militär aus Berlin abgezogen sei. Noske müsse als Oberbefehlshaber zurücktreten. Alle unzuverlässigen Reichswehreinheiten sollten aufgelöst und die

⁵⁵¹ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 277.

⁵⁵² »Der Generalstreik bricht zusammen! In München, Nürnberg, Braunschweig und Frankfurt a. M. ist die Arbeit wieder aufgenommen. In Hannover, Hildesheim, Bremen und ganz Schlesien, Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Württemberg, Hessen herrscht vollkommene Ruhe. Lasst Euch darum nicht irren machen durch bolschewistische und spartakistische Lügen. Bleibt einig und stark. Macht Front gegen den alles vernichtenden Bolschewismus!« Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 259. Dok. 192.

⁵⁵³ Weipert: Die Zweite Revolution. S. 204.

⁵⁵⁴ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Bd. 332. S. 4903.

⁵⁵⁵ Weipert: Die Zweite Revolution. S. 205/206.

⁵⁵⁶ Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. S. 26.

Truppen in einer Weise neu organisiert werden, »dass für die Zukunft jeder militärische Putsch unmöglich ist«⁵⁵⁷. Zugleich verlangte die Zentralstreikleitung die »entscheidende Mitwirkung bei der Neuordnung der Verhältnisse«⁵⁵⁸. Ohne die Erfüllung dieser Forderungen wollte die Gewerkschaftsführung der Regierung die Rückkehr in die Hauptstadt nicht gestatten.⁵⁵⁹

»Damit hatten sich die freien Gewerkschaften auf Positionen festgelegt, von denen sie in den anstehenden Verhandlungen mit der Reichsregierung nicht abrücken konnten, wollten sie das Vertrauen der von ihnen mobilisierten Streikenden nicht verspielen.«⁵⁶⁰ Die vier Forderungen der Gewerkschaften bildeten die Grundlage von Verhandlungen, die die Zentralstreikleitung mit Vertretern der Reichsregierung, der preußischen Regierung und der drei Koalitionsparteien am Abend des 18. März in Berlin aufnahm. Legien erklärte an deren Beginn, die Gewerkschaften, Angestelltenverbände und der Beamtenbund wollten auf dem Boden der Verfassung bleiben, da jedoch »die Arbeiterschaft sozusagen im Auftrag der geflohenen Reichsregierung den Generalstreik geführt und für sie die Kastanien aus dem Feuer geholt habe, besitze sie nun auch ein legitimes Mitspracherecht«, sein Stellvertreter ergänzte: »Wir knüpfen nicht mehr da an, wo man am 13. März aufgehört hat.«⁵⁶¹

Die bürgerlichen Parteivertreter warfen den Gewerkschaftsführern jedoch vor, ihre Forderungen stünden im Widerspruch zur Verfassung. »Legien will den Terror«, erklärte der Vertreter der DDP. Der Angegriffene reagierte daraufhin mit dem Hinweis, dass er die Arbeiterschaft nur dann zum Ende des Generalstreiks aufrufen könne, wenn konkrete Ergebnisse als Resultat ihres Kampfes vorlägen. Wie diese Ergebnisse aussehen sollten, zeigte das von ihm vorgelegte Neun-Punkte-Programm, das im Kern die bereits bekannten vier Forderungen enthielt, diese jedoch ausbaute und um weitere politische, soziale und ökonomische Punkte ergänzte. Die Gewerkschaften verlangten eine grundlegende Demokratisierung der Verwaltung, die Sozialisierung der hierzu reifen Betriebe, die Enteignung jener Großgrundbesitzer, die ihren Ablieferungspflichten nicht nachkämen, sowie

⁵⁵⁷ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 270. Dok. 201.

⁵⁵⁸ Ebenda.

⁵⁵⁹ Weipert: Die Zweite Revolution. S. 206.

⁵⁶⁰ Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. S. 27.

⁵⁶¹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 278–292. Dok. 211. Potthoff, Heinrich: Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation. Düsseldorf 1979. S. 268–274. Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 349–361.

der »Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die organisierte Arbeiterschaft«⁵⁶².

Obwohl das Neun-Punkte-Programm einerseits noch kein systematisches Reformprogramm darstellte und andererseits spezifische gewerkschaftliche Interessen zum Schwerpunkt hatte, zeigt sich in ihm in Umrissen ein konsequent auf die Demokratisierung der politischen Strukturen der Weimarer Republik ausgerichtete Konzept, das gleichzeitig deren soziales Fundament auszubauen beabsichtigte.⁵⁶³ An diesem Punkt wurde die wirkliche Entscheidungssituation kenntlich, die nach dem Scheitern des Putschversuchs von rechts entstanden war. Die Alternative hieß nicht Bolschewismus oder parlamentarische Demokratie, sondern Festigung der Republik durch die Einigung der sozialistischen Arbeiterschaft auf ein gemeinsam durchgesetztes Programm oder die Wiederherstellung der Verhältnisse vor dem 13. März und damit Fortsetzung der Untergrabung der politischen und sozialen Grundlagen der parlamentarischen Demokratie. Dieser Weg wurde letztlich mit der Neubildung der Regierung der Weimarer Koalition am 27. März unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD)⁵⁶⁴ und der Spaltung sowie militärischen Niederschlagung der Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet um den Preis der Reaktivierung und damit Stärkung der Reichswehr als maßgebende Stütze der Reaktion fortgesetzt.

Demgegenüber wäre zur Verwirklichung eines Aktionsprogramms der Arbeiterschaft die Bildung einer Arbeiterregierung erforderlich gewesen, wie sie vom Vorsitzenden des ADBG am 17. März 1920 vorgeschlagen worden war. Hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, ihrer Verfassungsmäßigkeit, der Ernsthaftigkeit seines Vorschlages und der Motive Carl Legiens bestanden und bestehen große Unklarheiten und kontroverse Positionen.⁵⁶⁵ Plausibel erscheint die Erklärung, Legien sei es um die Erweiterung der bestehenden Koalitionsregierung nach links durch die Einbeziehung von gemäßigten Unabhängigen gegangen.⁵⁶⁶ Das hätte die Abwehrbewegung gegen

⁵⁶² Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 271. Dok. 202.

⁵⁶³ »Dieser Katalog kann nur sehr bedingt als ein systematisch konzipiertes Reformprogramm der Gewerkschaften gelten. Mit ihm griffen sie Forderungen auf, wie sie aus den Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft schon vor dem Kapp-Putsch immer lauter erhoben wurden.« Potthoff: Gewerkschaften und Politik. S. 269. Im Neun-Punkte-Programm widerspiegeln sich »in abgeschwächter Form die von den Werkträgern erhobenen Forderungen, ihr Verlangen nach einer demokratischen Regierung mit einem fortschrittlichen Regierungsprogramm«. Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 350.

⁵⁶⁴ Braun: Drei Reichskanzler, drei Parteispaltungen? S. 194–207.

⁵⁶⁵ Potthoff: Gewerkschaften und Politik. S. 276–278. Weipert: Die Zweite Revolution. S. 210.

⁵⁶⁶ Potthoff: Gewerkschaften und Politik. S. 278.

den Putsch in ihrer ganzen Breite – vom demokratischen Bürgertum bis hin zum radikal-linken Flügel der Generalstreikbewegung – in dieser Regierung zusammengeführt, denn sie wäre auf die Unterstützung sowohl der bürgerlichen Regierungsparteien als auch des linken Flügels der USPD angewiesen gewesen.

Die Tatsache, dass Legien die Gespräche zur Bildung einer Arbeiterregierung anregte, die USPD über alle Binnendifferenzen hinweg letztlich doch, wenn auch zu spät,⁵⁶⁷ Bereitschaft an einer Beteiligung erkennen ließ⁵⁶⁸ und die SPD in Preußen die Initiative zur Bildung einer solchen Regierung auf Landesebene ergriffen hatte,⁵⁶⁹ zeigt, dass Bewegung in die starren Fronten innerhalb der Arbeiterbewegung infolge des Generalstreiks gekommen war. Ob dieser Prozess von einer größeren Dynamik gekennzeichnet worden wäre, wenn die USPD-Zentrale Legiens Angebot am 17. März sofort aufgegriffen und die SPD-Führung nicht starr an der Weimarer Koalition festgehalten hätte, muss offenbleiben. Denkbar ist, dass Legiens Position als Repräsentant einer geeinten Generalstreikfront mit einem gemeinsamen politischen und sozialen Aktionsprogramm in den Verhandlungen am 18./19. März gegenüber den bürgerlichen Parteienvertretern stärker gewesen wäre. Dass er im Rahmen seines auf die parlamentarische Demokratie orientierten Reformismus bereit war, die Weimarer Republik stärker mit sozialem Inhalt zu füllen und sich hierfür als Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes auch in der Verantwortung sah, unterstrich die erste Forderung des Neun-Punkte-Programms: entscheidender Einfluss der Arbeitnehmerorganisationen auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und in den Ländern.⁵⁷⁰ Seinen Kritikern entgegnete er, »es mag demokratische Doktrinäre geben, die eine solche Regelung als unvereinbar mit den verfassungsmäßigen Rechten der Volksvertretungen empfinden. Ihnen können wir nur das eine sagen: ein Parlamentarismus, der in äußeren Formen erstarrt, ohne sich um die lebendig wirkenden Kräfte des Volkes zu kümmern, ist eine Gefahr für das Allgemeinwohl.«⁵⁷¹

⁵⁶⁷ Zu den internen Auseinandersetzungen in der USPD-Zentrale, die zunächst zu einer Absage an Legien führten: Krause, Hartfried: Kontinuität und Wandel. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bd. 5. Glashütten im Taunus. 1976. S. 72–76 (S. 1–103).

⁵⁶⁸ Miller: Bürde der Macht. S. 378.

⁵⁶⁹ Potthoff: Gewerkschaften und Politik. S. 278.

⁵⁷⁰ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 271. Dok. 202.

⁵⁷¹ Potthoff: Gewerkschaften und Politik. S. 279.

Tatsächlich jedoch hatte die Allianz der Putschgegner nur dazu ausgereicht, die Demokratiefinde von rechts aufzuhalten, nicht jedoch gemeinsam die Verantwortung für die Festigung der Republik zu übernehmen.⁵⁷² Im Ergebnis der Fortsetzung ihrer Verhandlungen am 19. März einigten sich die Beteiligten auf eine abgeschwächte Form des Forderungskatalogs der Gewerkschaften. Die Organisationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten nun keinen entscheidenden Einfluss auf die Regierungsneubildung haben, die Parteien der Weimarer Koalition sicherten lediglich zu, dass sie die Regierungsfrage im Einvernehmen mit ihnen regeln würden.⁵⁷³ Obwohl sowohl die Streikleitung der Gewerkschaften und Angestelltenverbände als auch die Berliner Streikkommision am 20. März gegen den Widerstand der USPD zum Abbruch des Generalstreiks aufriefen,⁵⁷⁴ bedurfte es am 22. März weiterer Verhandlungen zwischen der Regierung, der Gewerkschaftsführung und Vertretern der Parteileitungen von SPD und USPD, um dessen tatsächliches Ende herbeizuführen. Die Ursache hierfür bildete die erneute Verhängung des Ausnahmezustandes über Berlin und Umgebung, mit dem zugleich außerordentliche Kriegs- und Standgerichte zur Aburteilung von Arbeitern eingerichtet wurden, die aktiv gegen die Putschisten gekämpft hatten.⁵⁷⁵

Verfassungswidrige Zustände in Thüringen? — Programmatik und Praxis der Aktionsausschüsse

Bolschewistische Gefahr in Thüringen? Zum Agieren der Arbeiterwehren

Am 19. März 1920 gab in Berlin ein Reichswehroffizier den Reichsratsmitgliedern und Unterstaatssekretären der Reichsregierung aus Sicht des Reichswehrministeriums einen Überblick über die Situation in Deutschland unmittelbar nach dem Ende des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches. Mit Blick auf Thüringen erklärte er, die Region „ist in seiner Masse in der Hand der Kommunisten. In Suhl, Schmalkalden, Eisenach, Gotha, Erfurt Rätewirtschaft«⁵⁷⁶. Im Regierungsbezirk Erfurt habe der Kapp-Putsch vom

⁵⁷² Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. S. 35/36.

⁵⁷³ Büttner: Weimar. S. 142.

⁵⁷⁴ Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. S. 27.

⁵⁷⁵ Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 363-371.

⁵⁷⁶ Staatsarchiv Rudolstadt 5-15-2000-1178: Bl. 99. Bereits einen Tag nach der Niederschlagung des Putsches hatte das Reichswehrgruppenkommando 1 eine Anweisung an die ihm unterstellten Verbände herausgegeben, in dem es davon ausging, »dass wir vor einem Versuch größten Stils zur Einführung der Räterepublik stehen«. Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 275. Dok. 208.

13. März »keinerlei Widerhall gefunden«⁵⁷⁷, weshalb auch kein Anlass zur Beunruhigung vorhanden gewesen sei, meinte der Regierungspräsident von Pückler Ende März in einem Schreiben an den Oberpräsidenten Hörsing in Magdeburg. Dass es dennoch dazu kam, habe daran gelegen, »dass die radikalen Parteien der Linken den geeigneten Augenblick für eine Umwälzung in ihrem Sinne, d. h. für die Errichtung der Diktatur des Proletariats gekommen glaubten«⁵⁷⁸. Es könne daher nicht bezweifelt werden, »dass die Bewegung in Erfurt, Suhl und in Sömmerda sich gegen die Regierung und die Verfassung richtete, mithin als Hochverrat bezeichnet werden muss«⁵⁷⁹. In Sömmerda sei die Räterepublik ausgerufen worden. In Suhl und Erfurt sei dies unterblieben, weil die Nachrichten aus Gotha »weniger günstig lauteten«⁵⁸⁰.

»Die Reaktion ist noch nicht tot, sie ist nur niedergeschlagen«⁵⁸¹, betonte hingegen das sozialdemokratische Parteiblatt in Jena, die neue Losung, unter der der Angriff erfolgen solle, sei bereits gefunden: »Einheitsfront gegen den Bolschewismus.«⁵⁸² Die reaktionäre Presse habe diese Parole aufgegriffen, sie würde täglich und stündlich neue Räterepubliken und rote Armeen erfinden und die für den Bestand der Republik kämpfenden Arbeiter samt und sonders als Bolschewisten bezeichnen.

Tatsächlich hatten in den thüringischen Kleinstaaten und im Regierungsbezirk Erfurt, mit Ausnahme der Stadt Erfurt, die Aktionssauschüsse der Arbeiterschaft als Organisatoren des Generalstreiks unmittelbar nach der Niederschlagung des Putsches weitgehend die Kontrolle über die öffentliche Ordnung und Sicherheit übernommen. In der Wahrnehmung jener, die nach dem Zusammenbruch des Staatsstreichs das bolschewistische Chaos, Räteherrschaft und die »Diktatur des Proletariats« befürchteten, wirkte dieser Umstand offenkundig wie eine Bestätigung ihrer Annahmen. In Gotha habe Entsetzen und Angst im Bürgertum geherrscht »als die Radikalen des Vollzugsrates am 20. März die Macht offen übernahmen und Maßnahmen zur Festigung ihrer Führung einleiteten«.⁵⁸³

⁵⁷⁷ Schmidt: Vor 90 Jahren. S. 13.

⁵⁷⁸ Ebenda.

⁵⁷⁹ Ebenda. S. 14.

⁵⁸⁰ Ebenda.

⁵⁸¹ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 29.03.1920.

⁵⁸² Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 29.03.1920.

⁵⁸³ Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 98.

Die Übernahme des Sicherungsdienstes durch die von den Aktionsausschüssen gebildeten Arbeiter-, Einwohner oder auch Sicherheitswehren gestaltete sich in den thüringischen Kleinstaaten zunächst unterschiedlich. Die Landesregierung in Sachsen-Altenburg wies nachdrücklich darauf hin, dass »nur die verfassungsmäßigen Polizeiorgane, nötigenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht oder (republikanischen) Einwohnerwehren, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung berufen sind«⁵⁸⁴.

Nach dem Abzug der Reichswehr aus Weimar teilte Staatsminister Paulsen am Nachmittag des 19. März dem Bevollmächtigten beim Reichsrat Münzel telefonisch mit, der Aktionsausschuss habe faktisch die ganze Macht in der Hand. Dennoch erwartete Paulsen eine allmähliche Beruhigung der Situation. Die lebenswichtigen Betriebe seien gesichert. Baudert sei entsprechend Artikel 48 der Reichsverfassung mit der vollziehenden Gewalt für das Staatsgebiet Sachsen-Weimar im Bereich der Reichswehrbrigade 16 beauftragt. Neben der städtischen Polizei würde die Volkswehr die öffentliche Ordnung in Weimar aufrechterhalten. Ihre Bildung war vom Staatsministerium Sachsen-Weimar-Eisenachs nach Abzug der Reichswehr »zum Schutze der Verfassung sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit«⁵⁸⁵ angeordnet worden. Ihr gehörten hauptsächlich organisierte Arbeiter an, denn die bereits bestehenden bewaffneten Arbeiterformationen waren als Bestandteil der zu bildenden Volkswehr anerkannt worden.

Auf Anordnung der Landesregierung bildete sich auch im Volksstaat Reuß eine Sicherheitswehr, deren Aufgabe es war, die Allgemeinheit vor gegenrevolutionären Bestrebungen zu schützen sowie die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten.⁵⁸⁶ Die konkreten Bestimmungen zur Aufstellung dieser Sicherheitswehr sollte die Abteilung des Inneren der Landesregierung »im Einvernehmen mit der Militärabteilung des Aktionsausschusses«⁵⁸⁷ erlassen.

Entsprechend ihrer Aufgabe, die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, waren die proletarischen Sicherheitswehren in Ostthüringen ausschließlich auf ihren eigenen territorialen Bereich orientiert. Zwar erklärte der Greizer Aktionsausschuss am 16. März seine Bereitschaft

⁵⁸⁴ Staatsarchiv Altenburg 1-15-0003-490: Bl. 73.

⁵⁸⁵ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Präsidialabteilung Nr. 94. Bl. 16.

⁵⁸⁶ Ostthüringer Volkszeitung, 24.03.1920.

⁵⁸⁷ Staatsarchiv Greiz: 3-12-4200-00030-1. Ministerium Gera. Märzunruhen 1920. Nr. 30/1. Bl. 181.

zur Unterstützung des Kampfes der Plauener Arbeiterschaft gegen die sie terrorisierende Reichswehr. Da aber nach seinen eigenen Erkundungen in »Plauen noch keinerlei Organisation zur Abwehr der Konterrevolution ins Leben gerufen«⁵⁸⁸ worden war, »wurde ein Eingreifen von Greiz aus abgelehnt«⁵⁸⁹. Defensiv agierten die ostthüringischen Arbeiterwehren auch in der »Schlacht bei Zickra« am 20. und 21. März 1920.⁵⁹⁰

Entgegen einer am 14. März 1920 zwischen Staatsminister von Brandenstein und dem Plauener Garnisonskommando getroffenen Vereinbarung, sich gegenseitig über ihre jeweiligen Aktivitäten zu informieren, wenn diese das Territorium der anderen Seite berührten, marschierten am Morgen des 20. März 1920 zwei Plauener Reichwehrbataillone durch reußisches Gebiet.⁵⁹¹ Zwar hatte sich der Kommandeur der Reichswehreinheit als »auf dem Boden der alten Regierung und der Verfassung«⁵⁹² stehend bezeichnet, der nicht wie zunächst vom Greizer Aktionsausschuss befürchtet wurde, in Gera, Greiz oder Zeulenroda einmarschieren wolle. Seine Einheit habe den Befehl, sich nach Nordwestsachsen zu begeben. Er müsse die vom Greizer Aktionsausschuss geforderte Waffenabgabe ablehnen da er dort einen militärischen Auftrag zu erfüllen habe. Der Greizer Aktionsausschuss zog aus dieser Stellungnahme des Offiziers jedoch den richtigen Schluss, die Einheit solle gegen die in Leipzig kämpfenden Arbeiter eingesetzt werden.⁵⁹³ Der Geraer Aktionssauschuss vermutete, dass nach der

⁵⁸⁸ Kieß: Die Revolution in Greiz. S. 72.

⁵⁸⁹ Ebenda. Herbert Frister gab an, der Greizer Aktionsausschuss habe in Gera um Unterstützung für Plauen angefragt, woraufhin 300 gut bewaffnete Arbeiter nach Greiz beordert worden seien. »Der Aktionsausschuss in Plauen hatte aber keine Vorbereitungen getroffen und die Aktion wurde deshalb nicht durchgeführt.« Die Geraer Arbeiter seien noch am gleichen Tag zurückgekehrt. Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 82. Demgegenüber die Darstellung bei Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 195. »Da das Plauener Proletariat unzureichend bewaffnet war, eilten aus Greiz und Gera sowie dem Vogtland bewaffnete Arbeiter zur Unterstützung ihrer Klassengenossen nach Plauen.«

⁵⁹⁰ »Die Kämpfe bei Zickra sind den Arbeitern allgemein als ›Schlacht bei Zickra‹ bekannt. Wenn auch reaktionäre Kreise behaupten, es sei ja gar keine ›Schlacht‹ gewesen, da es nicht zu größeren Kampfhandlungen kam, so muss man diesen Kreisen sagen, es war eine siegreiche Klassenschlacht, wo durch die vereint auftretenden Arbeiter die Reichswehr gezwungen wurde, die Waffen zu strecken.« Aussage eines ungenannten Teilnehmers aufseiten der Arbeiterschaft, zitiert nach Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 46. »Ein Sieg, kein Sieg, wie sie während des viereinhalb Jahre langen Völkermordens so oft gefeiert worden sind, sondern ein Sieg der festzusammengeschlossenen Arbeiterschaft gegen die Reaktion.« Reußische Volkszeitung, 24.03.1920.

⁵⁹¹ »Diese Zusage ist seitens der Plauener Garnison nicht gehalten worden. Diese Truppen marschierten vielmehr ohne Ansage durch reußisches Staatsgebiet.« Mitteilungen über die Verhandlungen des Landtages Reuß j. L. S. 447.

⁵⁹² Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 762. Dok. 491.

⁵⁹³ Ebenda. Am 23. März wurde diese Reichswehreinheit gegen den Protest der sie begleitenden Geraer Arbeiter nicht wie vereinbart nach Oschatz, sondern nach Leipzig weiter transportiert. Facius: Geschichte Thüringens. S. 418. »Die Kapitulation ist nun dadurch verletzt worden, dass diese Bataillone nicht nach Oschatz, sondern nach Leipzig geführt worden sind. Da das offenbar geschehen ist, damit sie dort gegen die Arbeiter verwendet werden, ist dadurch eine neue Erregung in der reußischen Arbeiterschaft entstanden.« Herz: Die Niederschlagung des Kapp-Putsches in Gera. S. 31. Dok. 14.

Niederschlagung der Leipziger Arbeiterschaft »natürlich auch Gera angegriffen werden«⁵⁹⁴ würde. Ohnehin schien die Erklärung, die Einheit sei verfassungstreu, im Widerspruch zu ihrem Agieren zu stehen. Sie war unangemeldet durch reußisches Gebiet marschiert, hatte dabei anstelle der Straßen die Nebenwege über die Berge benutzt und bei der ersten Berührung mit den Arbeiterwehren das Feuer eröffnet. »Das alles sprach für unfriedliche Absichten«⁵⁹⁵, weshalb der Geraer Aktionsausschuss annehmen musste, »es handele sich um eine Putschistentruppe«⁵⁹⁶. Deshalb umstellten ostthüringische und westsächsische Arbeiterwehren die Reichswehreinheit bei Zickra.⁵⁹⁷ »Alle diese Wehren waren der Meinung, dass ein neuer Angriff auf die Freiheit beabsichtigt sei«⁵⁹⁸, weshalb die Landesregierung die Leitung übernahm und den Befehl zur Einstellung der Kampfhandlungen gab.

Infolge der Waffenruhe konnte Minister von Brandenstein mit dem Befehlshaber der Reichswehreinheit Kontakt aufnehmen, um direkt mit ihm zu verhandeln.⁵⁹⁹ Da sich diese Verhandlungen jedoch hinzogen, nahm die Leitung der Arbeiterwehren an, Brandenstein sei vom Militär festgesetzt worden. Deshalb wurde Hermann Drechsler⁶⁰⁰ am Nachmittag nach Zickra entsandt. Die Dorfstraße sei von Reichswehrsoldaten besetzt gewesen, die mit Handgranaten und schussbereiten Gewehren gedroht hätten. In das Quartier des Kommandeurs wäre Drechsler nur widerwillig eingelassen worden. Hier sei er auf übermüdete Offiziere und Brandenstein getroffen, der mit ihnen verhandelt habe. »Ich ging grüßend auf Brandenstein zu und sagte ihm einer plötzlich Eingebung folgend: ›Herr Kollege von Brandenstein, ich überbringe Ihnen namens des Aktionsausschusses die Nachricht, dass der allgemeine Angriff auf Zickra beginnt, wenn Sie binnen 20 Minuten nicht nach Weida zurückgekommen sind.‹ Brandenstein horchte auf. Die Offiziere zuckten zusammen.«⁶⁰¹ Drechsler »sei Zeit seines Lebens stolz auf seinen ›Coup‹ oder ›Bluff‹ gewesen«,⁶⁰² denn mit der Erklärung über einen bevorstehenden Angriff der zahlenmäßig und waffentechnisch

⁵⁹⁴ Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 50.

⁵⁹⁵ Ebenda. S. 51.

⁵⁹⁶ Ebenda.

⁵⁹⁷ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 762. Dok. 491.

⁵⁹⁸ Herz: Die Niederschlagung des Kapp-Putsches in Gera. S. 23. Dok. 11.

⁵⁹⁹ Ebenda. S. 24–30. Dok. 12.

⁶⁰⁰ Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S. 545.

⁶⁰¹ SED-Bezirksleitung Gera (Hrsg.): Revolutionäre Kämpfe der Arbeiterklasse März 1920. Materialien, Dokumente und Erinnerungen zu den Märzkämpfen 1920. Gera (1957) S. 37.

⁶⁰² Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 66. Frister hielt den schriftlichen Bericht Drechslers aus den 1950er-Jahren für glaubwürdig, da er sich mit jenen Äußerungen deckte, die er ihm gegenüber bereits in den 1920er-Jahren gemacht hatte.

weit überlegen Arbeiterwehren sei es ihm mit der Unterstützung von Brandensteins gelungen, die Offiziere zum Einlenken zu bewegen.

Mit der Konvention von Zickra, unterzeichnet von Vertretern der Arbeiterwehren und Offizieren der Reichswehreinheit, musste sich diese zur Abgabe von Zweidrittel ihrer Waffen und zum Rückmarsch zu ihren Garnisonen in Oschatz und Freiberg bereit erklären, während die Arbeiterwehren bis dahin ihren Schutz übernahmen.⁶⁰³ »Das war ein einmaliges Ereignis, zwei reguläre Reichswehrbataillone mussten sich den kämpfenden Arbeitern in aller Form ergeben und die Waffen abliefern.«⁶⁰⁴

Nachdem die Gothaer Landesregierung infolge des Rückzugs des Militärs am 19. März wieder die vollständige Kontrolle über die öffentliche Ordnung übernommen hatte, setzte sie auf Grundlage des Artikels 48 die Reichsverfassung teilweise außer Kraft. Die Anordnungen des Bezirksbefehlshabers in Erfurt wurden aufgehoben und der Zeitfreiwilligenverband verboten. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in der Republik Gotha sollten die lokalen Sicherheitsausschüsse Volkswehren bilden, zu deren Oberbefehlshaber die Regierung August Creuzburg ernannte. Die Bezirksverwaltungen und Polizeibehörden wurden verpflichtet, dessen Anordnungen Folge zu leisten. Für die Stadt Gotha bestimmte die Landesregierung Otto Koch (KPD) und Polizeidirektor Gisohn zu Stadtkommandanten.⁶⁰⁵ Außerdem hatten alle Bürger, die der Volkswehr nicht angehörten, ihre Waffen abzugeben. Für den Fall eines begründeten Verdachts sollten Beauftragte der Landesregierung Hausdurchsuchungen vornehmen.⁶⁰⁶

Creuzburg und sein Stabschef Hans Müller (KPD) begannen auf Grundlage dieser Regierungsverordnung mit der Formierung der Volkswehr, die auch als »Rote Garde«, »Erste Volkswehrmarmee«⁶⁰⁷ oder auch »Rote Armee«⁶⁰⁸ bezeichnet wurde. Ihren unverzüglichen Aufbau zur Fortsetzung des

⁶⁰³ Herz: Die Niederschlagung des Kapp-Putsches in Gera. S. 18/19. Dok. 8.

⁶⁰⁴ Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 208/209.

⁶⁰⁵ Gisohn gab rückblickend an, dass seine Ernennung zum Stadtkommandanten ohne Absprache mit ihm erfolgt war. Grabow habe ihm auf seinen Protest hin geantwortet, die Landesregierung habe das Recht, ihn einzusetzen, und er als Beamter sei verpflichtet einer solchen Anordnung zu folgen. Außerdem sei kein leitender Herr aus der Stadtverwaltung erreichbar, doch »es müsse schnell gehandelt werden«. Zudem habe er sich nicht an den Kämpfen beteiligt und sei amtlich dazu berufen, »für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit einzutreten«. Staatsarchiv Gotha 2-15-0183-71: Bericht des Stadtoberamtmann Gisohn. Bl. 19.

⁶⁰⁶ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 755/756. Dok. 489.

⁶⁰⁷ Ebenda. S. 749. Dok. 486.

⁶⁰⁸ Gothaische Zeitung, 27.03.1920. Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Gotha Nr. 328. Betreffend die Märzunruhen 1920. Bl. 153.

Kampfes bis zur Entwaffnung von Reichswehr, Sicherheitspolizei, Zeitfreiwilligenverbände und der Einwohnerwehren sah der Soldatenrat der 1. Volksarmee als unbedingt notwendig an. Alle militärisch Ausgebildeten unter 45 Jahren sollten sich deshalb auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf melden.⁶⁰⁹ Verbreitet wurde dieser Aufruf über das vom KPD-Mitbegründer Hermann Lindemann⁶¹⁰ herausgegebene *Mitteilungsblatt für die Volkswehr*.⁶¹¹ Unter der Androhung, die Säumigen »als Schänder der Volkssache« bloßzustellen, ordnete der Vollzugsausschuss in Ohrdruf die Registrierung aller wehrfähigen Männer an.⁶¹² In Gotha forderte August Creuzburg die Arbeiterschaft dazu auf, »sich als Freiwillige für den Kampf gegen die Feinde der Revolution gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu melden«⁶¹³, bevor eine Zwangsrekrutierung durchgeführt werden müsse.

Das Motiv für diese weit über die Anordnungen der Landesregierung hinausgehenden Maßnahmen der militärischen Führung der Volkswehr bildete deren Erwartung, dass »die revolutionäre Bewegung im Wachsen begriffen«⁶¹⁴ sei und es deshalb zu harten und lang anhaltenden bewaffneten Kämpfen kommen werde. Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch war zwar vereitelt, doch würden bei Erfurt und Naumburg erneut Truppen zusammengezogen, um neue Vorstöße nach Thüringen unternehmen zu können. »Andererseits sind laut Funksprüchen in Rheinland-Westfalen und Sachsen Arbeiterarmeen im Entstehen begriffen. Thüringen muss und wird das Herz der Volkswehr sein, dann wird die Militärdiktatur endgültig zurückgeworfen werden können und die unglücklichen Provinzen, in denen bereits der weiße Schrecken herrscht, befreit werden.«⁶¹⁵

Rückblickend berichtete das Landratsamt Ohrdruf im Juni 1920, nach Aussage eines Zeugen habe ein führendes Mitglied der Volkswehr am 20. März erklärt, es sei geplant »von Gotha aus weiter nach der Provinz und dann nach dem früheren Königreich Sachsen vorzustoßen und sich mit den dort entstandenen Arbeiterheeren und schließlich gemeinsam mit den aufständischen Arbeitern des Ruhrgebietes zu vereinigen und auf diese Weise die

⁶⁰⁹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 749. Dok. 486.

⁶¹⁰ Weber, Hermann: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED. Berlin 1993. S. 333.

⁶¹¹ Könnemann, Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. S. 215.

⁶¹² Mittelungsblatt des Vollzugsausschuss Ohrdruf vom 20.03.1920. Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. Bl. 28 RS.

⁶¹³ Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 276.

⁶¹⁴ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 750. Dok. 487.

⁶¹⁵ Ebenda. S. 759. Dok. 489.

Diktatur des Proletariats endlich durchzuführen«⁶¹⁶. Schon planten nach den Erinnerungen eines Beteiligten die Suhler und Zella-Mehliser Arbeiterwehren »den Weitermarsch nach Erfurt, um die Garnison Petersberg, den letzten Stützpunkt der Putschisten in Thüringen, zu beseitigen [...]«⁶¹⁷. Am 19. März unternahm ein mit Panzerfahrzeugen ausgerüsteter Trupp Erkundungsfahrten in Richtung Erfurt und Langensalza.⁶¹⁸ In Gotha erbeutete Flugzeuge wurden genutzt, um über Erfurt Flugblätter abzuwerfen, »die den Sieg der Arbeiter über die Konterrevolution in Gotha verkündeten«⁶¹⁹ und der Erfurter Arbeiterschaft versprachen, bewaffnete Hilfe werde kommen. »Der Ring um Erfurt ist geschlossen«, erklärte der Erfurter Vollzugsausschuss am 21. März in einem Flugblatt, in dem es hieß: »Der Vormarsch der roten Kampftruppen erfolgt planmäßig und ohne Unterbrechung. Im Lager Ohrdruf werden neue Arbeiterbataillone formiert und ausgerüstet.«⁶²⁰ Offenbar hierauf reagierte die Erfurter Garnison mit verstärkten Sicherungsmaßnahmen, zumal die Einwohnerwehren in den umliegenden Dörfern Erfurts und Gothas durch Arbeiterwehren entwaffnet wurden.⁶²¹

Wann genau die Gothaer Landesregierung gegen diese offensive Ausrichtung der Volkswehr unter August Creuzburg einschritt, bleibt weiter zu klären.⁶²² Mit ihren Anordnungen unterstrich sie das auf die Verteidigung der Verfassung ausgerichtete Anliegen ihrer Verordnung, in der sie erklärt hatte: »Alle Gerüchte über einen Putsch von links oder eine Ausrufung einer Räterepublik sind frech erlogen, um die Bevölkerung zu verwirren«⁶²³. Emil Grabow betonte diese Haltung in den Verhandlungen mit

⁶¹⁶ Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. Bl. 184.

⁶¹⁷ Häfner, Franz: Arbeitereinheit schlug die Putschisten auch in Suhl zurück. In: Arbeitereinheit siegt über Militaristen. S. 176 (S. 171–177).

⁶¹⁸ Am Morgen des 17. März hatten in Langensalza bewaffnete Arbeiter erfolglos die Kaserne angegriffen, ein Arbeitertrupp aus Mühlhausen, der zur Unterstützung nach Langensalza unterwegs war, wurde bei Großgottern von einer bewaffneten Bürgerwehr zurückgeschlagen. Schmidt: Vor 90 Jahren. S. 14/15.

⁶¹⁹ Jung: Erinnerungen an bewegte Märztage. S. 126.

⁶²⁰ Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl. 46.

⁶²¹ Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 100/101.

⁶²² »Die Landesregierung (Volksbeauftragte Gabow und Schauder) habe den Stadtrat zu folgender Bekanntmachung ermächtigt: Die vom Sicherheits-Ausschuss Gotha erlassene Bekanntmachung, dass sich alle Einwohner von 20 bis 49 Jahren heute im Kasernenhof zur Bildung einer Volkswehr einfinden sollen, ist ungültig, weil sie der verfassungsmäßigen Rechtsgrundlage entbehrt und auch von niemanden unterschrieben ist. Außerdem würde auch die Versammlung vieler Menschen auf dem Kasernenhof oder in dessen Nähe Gefahren für die Sicherheit in sich bergen.« Gotha, den 20. März 1920, Otto Koch Stadtkommandant, der Stadtrat i.V. Dr. Krug) zitiert nach Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 286/287. Buchsbaum stützt sich dabei auf eine Quelle im zentralen Parteiarchiv der SED. (IML. ZPA Sign. 16/6 Bl. 47) Demgegenüber: »Am 23. März übernahm die gewählte Regierung wieder die Herrschaft, am gleichen Tag begann die Waffenablieferung.« Mathiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 98.

⁶²³ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 755. Dok. 489.

der Gothaer Stadtverwaltung am 21. März, als er feststellte: »An eine Räte-regierung sei nicht zu denken, wir stehen völlig auf dem Boden der Reichs-verfassung und der Reichsregierung Ebert-Bauer.«⁶²⁴ Sein Amtskollege Alwin Tenner (USPD)⁶²⁵ erklärte im Thüringer Volksrat: »Wir haben in schweren Tagen auf unserem Posten ausgeharrt, um die Dinge zu entwirren und haben alles getan, was in unseren Kräften stand. Wenn sie sich anders entwickelt haben, so kann ich nur versichern, dass wir den ehrlichen Willen hatten, alles das zu verhindern, und dass wir in den schweren Tagen sehr viel verhindert haben. Wenn man nun wagt, hier ein Mitteilungsblatt, dass irgendwo von einem unverantwortlichen Redakteur geschrieben und verbreitet worden ist, uns an die Rockschoße zu hängen, so muss ich das mit aller Entschiedenheit zurückweisen, und muss auch hier erklären, dass ich den Redakteur dieses Mitteilungsblattes, als ich die erste Mitteilung hatte, dass er auf Abwegen arbeitet, verhaften ließ.«⁶²⁶

Die Differenzen zwischen der Landesregierung und dem Oberkommandierenden Creuzburg können indes als Auseinandersetzung innerhalb der Gothaer USPD interpretiert werden, in der sich angesichts der realen Situation »der besonnenerer Teil der Unabhängigen«⁶²⁷ durchsetzte. Noch bevor die Reichswehr in die Region zurückkehrte, war die Arbeiterschaft größtenteils entwaffnet.⁶²⁸

⁶²⁴ Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 277.

⁶²⁵ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 634/635.

⁶²⁶ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 453.

⁶²⁷ Facius: Geschichte Thüringens. S. 420. »Creuzburg wollte schleunigst den Angriff auf Erfurt erzwingen und mobilisierte eigenmächtig die Gothaer Volkswehr. Ausschreitungen in der Stadt, Gewalttätigkeiten, Requisitionen von Lebensmitteln, Plünderungen bürgerlicher Wohnungen und Geschäfte, Diebstähle waren am 20. [März] die Folge, die keinen Zweifel daran ließen, dass ein linkssozialistisches Schreckensregiment bevorstand. [...] Aber die Extremisten hatten den Bogen überspannt. Es gelang ihnen nicht, die Masse der Arbeiter auf ihre Seite zu bringen. Sie mussten sich vielmehr dem starken Widerspruch aus den eigenen Reihen beugen. Der Volksbeauftragte Grabow verurteilte am 21. [März] die Mobilmachung öffentlich als »Mißgriff« und erklärte ausdrücklich, dass der Vollzugsausschuss der Landesregierung untergeordnet sei; entschieden stellte er in Abrede, dass die Räteriktatur errichtet werden sollte. Creuzburg musste den Mobilmachungsbefehl unverzüglich zurücknehmen. Der besonnenerer Teil der Unabhängigen hatte somit die Überhand gewonnen. Die Gothaer Regierung war nun auch offiziell nicht mehr zum äußersten entschlossen.« Facius unterstellte den Volksbeauftragten jedoch Doppelzüngigkeit. Nach außen hin seien sie radikal aufgetreten, gleichzeitig hätten sie heimlich versucht, mit der Reichregierung über eine friedliche Beilegung des Konflikts zu verhandeln. Ebenda. S. 419.

⁶²⁸ Die Frage der Waffenabgabe stellt ein noch zu untersuchendes Problem dar. Der Vorsitzende des Gothaer Gewerkschaftskartells versicherte gegenüber den städtischen Behörden am 27. März: »Die Arbeiterschaft hat nicht die Absicht, einen Bürgerkrieg anzufangen, sonst hätte sie nicht an einem Tage 1100 Waffen abgeliefert. Da darf die bürgerliche Presse nicht schreiben, es wäre nur ein kleiner Teil der Waffen abgegeben.« Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-6: Sammlung Mechterstedt. Akten der Stadtverwaltung (Gotha). Nr. 376. Bl. 24. Demgegenüber hätten viele Arbeiter am 23. März ihre Waffen nicht abgeben wollen. Noch in den 1960er-Jahren wurde in der Gemeinde Tüttleben ein in einem Hühnerstall verstecktes Waffenlager aus der Zeit des Kapp-Putsches entdeckt. Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 277. In vielen Orten Ostthüringens wurden die Waffen der Arbeiterwehren nicht oder nur zum Teil abgeliefert, sondern versteckt. Dabei handelte es sich teilweise um bedeutende Mengen. Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 98.

Unabhängig davon, dass die Maßnahmen der Landesregierung dazu führten, die Bildung einer Volkswehrarmee zu verhindern,⁶²⁹ standen den Ambitionen der Volkswehrführung weitere objektive Faktoren entgegen. Der Aufbau einer Volkswehrarmee stellte seine Initiatoren nicht nur vor große organisatorische und logistische Probleme, er erwies sich unter den konkreten Bedingungen als unmöglich. Eine straffe militärische Organisation der Volkswehr (Rote Garde) sei dringend notwendig, weil anders ein erfolgreicher, größerer Kampf gegen eine reguläre Truppe wie die Reichswehr usw. nicht möglich ist, hieß es im Mitteilungsblatt der Volkswehr. Das bedeute zwar keine Einführung des preußischen Drills in die Arbeiterbataillone, sie müssten jedoch militärisch nach Zügen und Kompanien organisiert werden und sich jeder der einmal bestimmten Leitung unterordnen. »Gelingt das nicht, dann leidet darunter die Aktionsfähigkeit der Arbeiterbataillone schwer. Disziplin ist nicht unbedingt Kadavergehorsam. Sie bedeutet für uns Einpassung jedes einzelnen proletarischen Kämpfers in das allgemeine Ganze, jeder an seinem Ort.«⁶³⁰ Die Notwendigkeit dieses Hinweises ergab sich offenkundig aus der mangelnden Disziplin zumindest eines Teils der Volkswehrangehörigen. Es sei vorgekommen, »dass einzelne und kleine Haufen in den Kampf gegangen sind, um dann wieder nach Hause zu laufen. Das kann unter keinen Umständen so weiter gehen. Alles muss durch die Hauptkommandantur im Ohrdruffer Lager gehen. Einzelne und kleine Trupps müssen sich dorthin wenden, um in die geschlossenen Formationen eingefügt zu werden. Gegen diejenigen, die weiterhin dem entgegen handeln, müssen geeignete Maßnahmen getroffen werden.«⁶³¹

Zudem begann offenbar die Bereitschaft eines Teils der Arbeiterschaft abzunehmen, die Maßnahmen der Volkswehrführung zu akzeptieren. Während einer Versammlung in der Gemeinde Schwarzwald am 20. März hätten vor allem die älteren Einwohner dagegen protestiert, dass die Feldarbeiten nicht freigegeben würden. Im Ergebnis der daraufhin erfolgten Abstimmung durften die Arbeiten wieder aufgenommen werden. »Gleichzeitig wurde beschlossen, an auswärtigen Kampfangelegenheiten sich nicht mehr zu beteiligen, nur eine gewisse Zahl bis zu 27 Jahren alt, bereit

⁶²⁹ Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 287.

⁶³⁰ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 750. Dok. 487.

⁶³¹ Mitteilungsblatt des Vollzugsausschuss Ohrdruf vom 20.03.1920. Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. Bl. 28.

zu halten, falls diese verlangt würden, wovon aber niemand wieder mitgegangen ist, als sie sich melden sollten.«⁶³²

Vor allem die Versorgung der Volkswehrarmee bedeutete nicht nur eine große logistische Herausforderung. Angesichts der Lebensmittelsituation eineinhalb Jahre nach Ende des Krieges hätte sie nur um den Preis einer drastischen Reduzierung der Ernährung der Zivilbevölkerung und damit der sozialen Basis einer solchen Armee gewährleistet werden können. Es sei unmöglich, erklärte der Leiter des Gothaer Lebensmittelamtes dem Ernährungskommissar des Sicherheitsausschusses, dass neben den bestehenden Strukturen zur Erfassung und Verteilung der Nahrungsmittel das Oberkommando der Volkswehr Beschlagnahmungen von Lebensmitteln in einem Ausmaß vornehmen könne, die die allgemeine Versorgung gefährdeten. Der Angesprochene gestand ein, dass bewaffnete Arbeiter eine Reihe willkürlicher Maßnahmen vorgenommen hätten, die »im Interesse der Allgemeinheit unbedingt abgestellt werden müsste[n]«⁶³³. Auch er habe Informationen erhalten, dass »eine Reihe Ungehörigkeiten vorgekommen und mehr oder weniger große Vorräte angesammelt worden [seien], die für den allgemeinen Verbrauch gesichert werden müssten«⁶³⁴.

Als entscheidend erwies sich jedoch, dass das westthüringische »Aufstandsgebiet« faktisch isoliert und von der Außenwelt nahezu abgeschnitten war. Am 22. März begann die Reichswehr, unterstützt von Zeitfreiwilligenverbänden, von Kassel und Marburg sowie Erfurt ausgehend ihren Vormarsch. »Vom Montag den 22. März an flaute die Angriffslust ab. Man schien sich doch klar zu werden, dass der Erfolg des Unternehmens recht zweifelhaft sei. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch [23.–24.03.] lösten sich dann die Volkwehrtruppen in fast allen Orten des Bezirkes auf, da feststand, dass die ›Rote Garde‹ durch die Reichswehr eingekreist war.«⁶³⁵ Die Arbeiterwehren aus Suhl und Zella-Mehlis kehrten in ihre Heimatorte zurück.⁶³⁶

⁶³² Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. Bl. 178.

⁶³³ Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Gotha Nr. 328. Bl. 38.

⁶³⁴ Ebenda.

⁶³⁵ Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. Bl. 184 RS.

⁶³⁶ Jung: Erinnerungen an bewegte März Tage. S. 126.

Raubend und plündernd durchs Land? Lügen, Falschmeldungen, Halbwahrheiten und Tatsachen zum Agieren der Arbeiterwehren

An jenem 19. März 1920, als das Reichswehrministerium Thüringen weitgehend in kommunistischer Hand sah, erklärte der Befehlshaber der Reichswehrbrigade 11 in Kassel: »Im Bereich der Brigade ist Thüringen am schwersten gefährdet. Organisierte bewaffnete Banden durchziehen bereits raubend und plündernd das Land.«⁶³⁷ Demgegenüber kritisierte der Präsident der Landesversammlung Sachsen-Gotha, Heinrich Wolf (USPD)⁶³⁸, am 29. März diese Form der Darstellung über die Verhältnisse in Thüringen, »es sei skandalös, was für Dinge gewisse Kreise hier und auch die Presse in die Welt hinausposaunen, als ginge hier alles drunter und drüber. Selbst in der Schweiz erzählt man sich von den Greuelthaten, die hier passieren sollen.«⁶³⁹ In einem Bericht über die noch darzustellende Reise Emil Grabows und Hermann Dunckers nach Berlin hieß es, kaum hätten sie die Grenze des Freistaates Gotha überschritten, seien sie mit ungeheuerlichsten Lügen und Verleumdungen konfrontiert worden.⁶⁴⁰ Gegenüber General Rumschöttel erklärte Bruno Bielick: »Thüringen gelte nach den verhetzenden Artikeln in der Presse als Herd spartakistischer und kommunistischer Umtriebe, jedoch mit Unrecht.«⁶⁴¹

Wenngleich sich die Funktionäre der organisierten Arbeiterbewegung gegen die von Reichswehr und Teilen des Bürgertums und deren Presse erfolgte Charakterisierung der Aktionsausschüsse und Arbeiterwehren als gewalttätig, kriminell und terroristisch wehrten, ist dennoch zu fragen, ob die erhobenen Vorwürfe und diesbezüglichen Darstellungen auf realen Grundlagen basierten. Zunächst ist zu konstatieren, dass insbesondere die Funktionäre in den Aktionsausschüssen, aber auch viele Arbeiter selbst versuchten, Ausschreitungen zu verhindern. »Von Jena aus wurde das gesamte umliegende Gebiet von Putschisten gesäubert und viele Waffen beschlagnahmt. In den Hundertschaften, die dem Arbeiterrat unterstanden, herrschte eine strenge proletarische Disziplin.«⁶⁴² Mitglieder, die sich bei Kontrollen auf den Dörfern an Lebensmitteln vergriffen hätten, seien

⁶³⁷ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 748. Dok. 485.

⁶³⁸ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 697.

⁶³⁹ Verhandlungen der Landesversammlung für den Staat Gotha 1919-1920. S. 369.

⁶⁴⁰ »Was? Sie kommen aus der Räterepublik Gotha? Die alte Regierung existiert dort doch gar nicht mehr! Da liegen doch Tausende von Leichen auf dem Pflaster.« Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 770. Dok. 498.

⁶⁴¹ Staatsarchiv Meiningen: 4-12-2000-759. Bl. 239.

⁶⁴² Pöhlend: Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 348.

sofort ausgeschlossen worden.⁶⁴³ »Wir haben fremdes Eigentum nicht angetastet und haben auch alle Teilnehmenden an den Widerständen in diesem Sinne hinzuwirken ersucht«, erklärten Mitglieder des Aktionsausschusses Zella-Mehlis.⁶⁴⁴ Andererseits seien Angehörigen der beiden bei Zikra festgesetzten Reichswehrbataillone, wie Herbert Frister rückblickend und peinlich berührt mitteilte, durch Mitglieder der Arbeiterwehren »in einer Art Siegesübermut«⁶⁴⁵ neben den Waffen auch Privatgegenstände abgenommen worden.

Proletarische Disziplin müsse natürlich auch das Verhalten nach einem Sieg kennzeichnen, erklärte die Führung der Gothaer Volkswehr. »Plünderungen, Räubereien auf eigene Faust zur Bereicherung des einzelnen müssen aufs schwerste bestraft werden.«⁶⁴⁶ Dennoch musste Hermann Brill⁶⁴⁷ am 29. März 1920 in der Landesversammlung Gotha einräumen, dass die Volkswehr für Übergriffe verantwortlich sei, die von der USPD nicht gebilligt würden. Die Landesregierung habe selbst Anordnungen des Oberbefehlshabers Creuzburgs korrigieren müssen.⁶⁴⁸ Tatsächlich begangene Verbrechen müssten durch ordentliche Gerichte geahndet werden, erklärte das Gothaer USPD-Blatt. Niemandem in der USPD fiele es ein, einer solchen Person »seiner Strafe entziehen zu wollen«⁶⁴⁹.

Die Arbeiterschaft habe bei ihrer Abwehr des Putsches »nicht immer den Weg des Rechts (beschritten) und Übergriffe gegenüber Bauern und Kappisten war nichts seltenes«⁶⁵⁰, hieß es in einem abwägenden und die Gewalt des Militärs verurteilenden Bericht zu den Ereignissen in Sömmerda am 24. März 1920, auf die noch eingegangen werden muss. »Aber Blut ward nicht vergossen und gemeinsten Misshandlungen ward keiner ausgesetzt.«⁶⁵¹ Dass es bei der Gefangennahme der Putschisten am 15. März in Gera zu Missgriffen gekommen sei, bedauerte auch Staatsminister Brandenstein am 27. März im Volksrat von Reuß.⁶⁵² Doch »die weiteren in der

⁶⁴³ Ebenda.

⁶⁴⁴ Staatsarchiv Gotha: Akten des herzoglichen Staatsministeriums. Tumultschäden 1891–1922. Sektion II. Loc 61 Nr. 2. Bl. 52 RS.

⁶⁴⁵ Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 75.

⁶⁴⁶ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 750. Dok. 487.

⁶⁴⁷ Knigge-Tesche, Renate; Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Hermann Louis Brill 1895–1959. Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat. Wiesbaden 2011. Overesch, Manfred: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht. Bonn 1992.

⁶⁴⁸ Verhandlungen der Landesversammlung für den Staat Gotha 1919–1920. S. 367.

⁶⁴⁹ Gothaer Volksblatt, 30.03.1920.

⁶⁵⁰ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 31.03.1920.

⁶⁵¹ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 31.03.1920.

⁶⁵² Verhandlungen des Volksrats von Reuß. S. 446.

Stadt umherschwirrenden Gerüchte, dass irgendwelche Persönlichkeiten zu Tode geprügelt oder in den Mühlgraben geworfen worden seien, haben sich nicht bestätigt. Wohl hat die erbitterte Volksmenge den einen oder anderen Gefangenen gehörig geschlagen, ihm auch das Leben bedroht, doch ist keiner dabei um das Leben gekommen. Es ist im Gegenteil hervorzuheben, dass durch das Eingreifen einzelner, insbesondere einiger Führer, die Menge beinahe unglaubliche Disziplin hielt⁶⁵³, hieß es im offiziellen Polizeibericht über die Ereignisse in Gera am 15. März.

Es wäre vor diesem Hintergrund zu diskutieren, ob jene Gewalttaten, die der Arbeiterschaft tatsächlich anzurechnen sind, als »(Bürger)Kriegsverbrechen«⁶⁵⁴ bezeichnet werden können und auf diese Weise, ob gewollt oder ungewollt, eine Gleichsetzung mit den Mordtaten und dem Terror der Reichswehr und der ihnen angeschlossenen bürgerlichen paramilitärischen Verbände während ihres Rachefeldzuges in der letzten Märzdekade des Jahres 1920, auf die noch einzugehen sein wird, erfolgt. Eine solche Gleichsetzung relativiert nicht nur Gewaltexzesse des Militärs, sondern verwischt auch die Verantwortung für die Gewalt insgesamt, die Kapp, Lüttwitz und Ludendorff und all jene, die sie bei ihrem Putschunternehmen unterstützt hatten, auf sich geladen hatten. »Selbstverständlich kamen bei der Erregung, derer sich die Arbeiterschaft bemächtigt hatte, in den hauptsächlichen Tagen auch Misshandlungen einzelner Personen vor, die unberechtigt oder mindestens ungesetzlich waren«⁶⁵⁵ und die niemand billigen könne, erklärte Staatsminister Paulsen. Obwohl er als Vorsitzender des Thüringer Staatsrates in seiner Erklärung vor dem Volksrat am 31. März 1920 zu den Ereignissen bei der Abwehr des Putsches in den einzelnen Kleinstaaten sichtlich um eine differenzierte Darstellung des Agierens der Reichswehr bemüht war und deutlich machte, dass das aus seiner Sicht teilweise verfassungswidrige Agieren einiger Aktionsausschüsse beendet werden müsse, machte er zugleich das Militär ursächlich für alle vorgekommenen Gewalttaten verantwortlich: »Selbstverständlich ist das Militär auch hie und da von der Bürgerschaft, von der Bevölkerung zuerst angegriffen worden; aber die Existenz des Militärs, das eben sich als aufrührerisch erklärt hatte, war ja an sich die allererste Provokation gewesen.«⁶⁵⁶

⁶⁵³ Der Märzputsch. S. 34.

⁶⁵⁴ Faludi, Christian; Bartuschka, Marc: Einleitung. In: Faludi, Bartuschka, (Hrsg.): »Engere Heimat«. S. 17 (S. 13–27).

⁶⁵⁵ Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1559.

⁶⁵⁶ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 416.

Es ist davon auszugehen, dass sich die lokalen Adressaten von Aktionen der Arbeiterschaft durchaus auch dann bedroht fühlten, wenn diese zwar gewaltfrei vorgingen, aber allein durch die große Anzahl der Beteiligten bedrohlich wirkten. Als sich in der reußischen Exklave Röttersdorf ein Unternehmer weigerte, der mit den Vertretern der Arbeiterschaft getroffenen Vereinbarung zur Bezahlung der Streiktage nachzukommen, der Bürgermeister dieser Ortschaft ohnehin sehr eifrig die Proklamationen der Putschregierung veröffentlicht und sich infolge des Lieferstreiks der Landwirte die allgemeine Versorgungssituation verschärft hatte, entschloss sich die Arbeiterschaft des Bezirks Lehesten, »scharfe Maßnahmen zu ergreifen«⁶⁵⁷. Über 1500 Arbeiter zogen in den Ort, setzten den Bürgermeister ab und protestierten energisch gegen die Bauern, die schließlich ihren Streik beendeten. »Gegen den Unternehmer des betreffenden Unternehmens wurde ebenfalls demonstriert, sodass dieser sich doch zur Zahlung der Streiktage bereit erklärte.«⁶⁵⁸

Bisweilen gingen die Aktionen der Arbeiterschaft auch über die unmittelbare Abwehr des Putsches hinaus. »Täglich wurden (in Gera) durch Posten der Arbeiterwehr Schickaneure, Scharfmacher, Spitzel, Ausbeuter aus den Betrieben geholt und unter bewaffneten Druck ›fertiggemacht‹. Sie mussten künftiges Wohlverhalten den Arbeitern gegenüber zugestehen und das unterschreiben. Das taten sie ausnahmslos und das ›Wohlverhalten‹ hielt mindestens einige Monate vor.«⁶⁵⁹

Insbesondere die von den Arbeiterwehren in den Dörfern vorgenommenen Aktionen mussten selbstverständlich nicht nur Ärger, sondern aufgrund des bisweilen militanten Vorgehens auch Furcht bei den Betroffenen hervorrufen. Ob es sich jedoch in jedem Fall tatsächlich um Angehörige der Arbeiterwehren bzw. Beauftragte der Aktionsausschüsse handelte, die Waffen beschlagnahmten, Lebensmittel requirierten oder Wohnungen und Häuser durchsuchten, bliebe weiter aufzuklären. Der Aktionsausschuss der Suhler Arbeiterschaft sah sich jedenfalls veranlasst, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass von ihm niemand mit entsprechenden Aktivitäten auf dem Staatsgebiet Sachsen-Meiningsens beauftragt worden war.⁶⁶⁰ Der Gemeindevorstand Körner berichtete indes dem Landratsamt Gotha, dass

⁶⁵⁷ Saalfelder Volksblatt, 23.03.1920.

⁶⁵⁸ Saalfelder Volksblatt, 23.03.1920.

⁶⁵⁹ Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 45.

⁶⁶⁰ Meiningener Tageblatt, 23.03.1920.

er bei der Zurückweisung einer bewaffneten Formation des Aktionsausschusses Mühlhausen von den lokalen Arbeitern unterstützt worden sei. Denn im Ort habe es keine Aktionen zur Unterstützung des Putsches gegeben, auch verfügten die Einwohner des Dorfes über keine Waffen.⁶⁶¹

Andererseits brachten Aktionen der Arbeiterwehren auf den Dörfern durchaus auch unangenehme Tatsachen für die Betroffenen zum Vorschein. Bei zahlreichen Bauern, die den Behörden gegenüber erklärt hatten, sie könnten ihren Ablieferungspflichten zur allgemeinen Bevölkerungsversorgung nicht nachkommen, waren aufgrund der nachdrücklichen Aufforderungen durch Arbeiter Lebensmittel in »zum Teil in nicht unwesentlicher Menge«⁶⁶² gefunden worden konstatierte das Gothaer Landratsamt am 24. März 1920. Einen Monat später räumte die Landwirtschaftskammer diese Tatsache ein, bat aber das Landratsamt, »diesen Umstand nicht zu verallgemeinern«⁶⁶³. Zugleich verwies sie darauf, dass die Beschlagnahmungen der Lebensmittel unter Androhung von Waffengewalt erfolgt und auch kleinere Landwirte hiervon betroffen gewesen seien, die sich nun in einer Notlage befänden.

Die Programmatik der Aktionsausschüsse in Thüringen: Ansätze eines demokratisch-sozialistischen Konsenses der Thüringer Generalstreikbewegung

»Aufstandsbewegungen kommen zustande aus dem Entschluss zahlloser Individuen, sich gegen eine elementare Bedrohung radikal zur Wehr zu setzen. Das hat zweierlei zur Folge: erstens, dass ihre Ziele nicht schon am Beginn des Kampfes feststehen, sondern erst in dessen Verlauf formuliert werden, und zweitens, dass unterschiedliche Positionen vertreten werden (sobald die ersten Kampferfolge errungen sind, wird die Situation unterschiedlich eingeschätzt, unterschiedliche Parteiprogramme machen sich geltend usw.), dass es also zu einer Auseinandersetzung um die Ziele innerhalb der Aufstandsbewegung kommt.«⁶⁶⁴

Innerhalb der Thüringer Generalstreikbewegung gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch können drei voneinander zu unterscheidende Zielstellungen identifiziert werden. Die hauptsächlich SPD-dominierten lokalen/

⁶⁶¹ Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Gotha Nr. 328. Bl. 95.

⁶⁶² Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Gotha Nr. 328. Bl. 40 RS.

⁶⁶³ Ebenda. Bl. 193.

⁶⁶⁴ Lucas: Märzrevolution 1920 Bd. 3. Frankfurt a. M. 1978. S. 11.

regionalen Aktionsausschüsse forderten die Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung. Sie folgten damit den ersten Generalstreikaufrufen der sozialdemokratischen Minister und des SPD-Parteivorstandes sowie der Gewerkschaften und Angestelltenverbände vom 13. März. Die machtvolle Demonstration der Saalfelder Bevölkerung am 15. März habe gezeigt, dass sie in ihrer übergroßen Mehrheit »auf dem Boden der Republik und der verfassungsmäßigen Regierung steht«⁶⁶⁵. Der Aktionsausschuss für den Kreis Sonneberg rief die Arbeiter und Bürger dazu auf, für die Regierung Ebert-Bauer einzutreten: »Gegen die Putschisten und Militaristen von Rechts! Nieder mit der Reaktion! Hoch die freie deutsche Republik!«⁶⁶⁶ Der SPD-Landesvorstand Sachsen-Altenburg forderte unmittelbar nach Bekanntwerden des Putsches die Arbeiterschaft aller Richtungen zur Einigkeit und zum Schutz der Republik auf.⁶⁶⁷ In Meiningen beschlossen die Teilnehmer der Kundgebung vom 15. März, mit allem Mitteln den Sieg der Reaktion verhindern zu wollen. Zugleich erwarteten sie »von allen wahrhaften Demokraten, dass sie den Kampf gemeinsam mit der Arbeiterschaft gegen die Reaktion führen«⁶⁶⁸.

Die Jenaer SPD beschloss am 14. März ein Aktionsprogramm, das zur Verteidigung der Republik mit allen Mitteln sowie zur Niederkämpfung der Rechtsputschisten aufrief und sich »hinter die verfassungsmäßige Regierung«⁶⁶⁹ stellte. Zum politischen Arbeiterrat, den die Betriebsobleutevollversammlung einen Tag zuvor gebildet hatte, verhielt sich die Sozialdemokratie der Saalestadt ablehnend. Der provisorische Arbeiterrat in Jena war, soweit die Generalstreikbewegung in Thüringen hier überblickt werden kann, der einzige organisatorische Versuch einer unmittelbaren Anknüpfung an die Rätebewegung der Revolution 1918/19.

Bereits am Nachmittag des 13. März hatten die Betriebsobleute der Jenaer Arbeiterschaft erklärt: »Als Antwort auf den Berliner Militärputsch und auf die Errichtung der Diktatur von rechts tritt die Arbeiterschaft in den Generalstreik. Zugleich gelobt sie, alle Kräfte einzusetzen für die Durchführung der proletarischen Diktatur als einzigem Weg zum Sozialismus und zur Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.«⁶⁷⁰ Einen

⁶⁶⁵ Saalfelder Volksblatt, 18.03.1920.

⁶⁶⁶ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 743. Dok. 480.

⁶⁶⁷ Staatsarchiv Altenburg 1-15-0003-490: Bl. 104.

⁶⁶⁸ Herber: Vor 40 Jahren. S. 33.

⁶⁶⁹ John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 80. Dok. 6c.

⁶⁷⁰ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 737. Dok. 472.

Tag später lehnten sie es angesichts der bitteren Erfahrungen des Jahres 1919 ab, »sich hinter eine Regierung zu stellen, die ebenfalls nur mit Ausnahmezustand, Standrecht, Presseknebelung und Schutzhaft gegen links zu regieren vermochte und durch ihre verbrecherische Politik die Militärkamarilla wieder großgezogen und gestärkt hat und somit für die eingetretenen Gewaltstreiche der Reaktion voll verantwortlich ist«⁶⁷¹. Entsprechend ihrer grundsätzlichen Absage an eine Kooperation mit dem Bürgertum und der SPD-Führung, »solange sie den Arbeitern den Gebrauch revolutionärer Mittel verwehren und dem Arbeiter-Rat jegliche Kontrollrechte gegenüber der Formal-Demokratie versagen«⁶⁷², beteiligten sich USPD und KPD in der Saalestadt nicht an der vom Jenaer Gemeinderat am 16. März gebildeten Einwohnerwehr.⁶⁷³ Sie stellten stattdessen eigene proletarische Hundertschaften auf, die am 23. März demonstrativ sowohl für den Schutz der Stadt als auch die »Diktatur des Proletariats« aufmarschierten.⁶⁷⁴

Hier wird die zweite programmatische Richtung der Generalstreikbewegung kenntlich, deren Träger hauptsächlich die USPD-Linke und die KPD waren. Die Kommunisten hatten bereits im Vorfeld des von ihnen erwarteten Militärputsches dafür plädiert, »den Kampf nicht um die Ebertrepublik, sondern um die Räterepublik«⁶⁷⁵ aufzunehmen. Nach dem Anschluss der KPD-Zentrale an die Generalstreikbewegung rief sie gleichermaßen zum Kampf gegen die Militärdiktatur und »Für die Diktatur des Proletariats«⁶⁷⁶ auf.

In einem Aufruf vom 14. März 1920 erklärte der Vollzugsrat Gotha: »Wahrlich, nicht den Ebert, Bauer und Genossen zuliebe appellieren wir an die schon mehrfach bewiesene Kraft des revolutionären Proletariats in Stadt und Land. Es gilt dem Sozialismus durch die völlige Niederwerfung der Reaktion endlich, endlich die Bahn frei zu machen. Auf dem Boden des revolutionären Räteystems sammeln wir jetzt unsere ganze Kraft.«⁶⁷⁷ Die mehrheitlich zentristisch orientierte USPD Reuß⁶⁷⁸ tendierte am Beginn

⁶⁷¹ Ebenda. S. 737 FN 3.

⁶⁷² Ebenda.

⁶⁷³ Schulz: Konfliktreicher Neubeginn. S. 81/82.

⁶⁷⁴ Neue Zeitung, 23.03.1920.

⁶⁷⁵ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 75. Dok. 46.

⁶⁷⁶ »Keine Wiederkehr der Nationalversammlung! Keine Wiederkehr der Ebert-Noske! Keine Wiederkehr des Betrugs einer sozialistischen Regierung mit bürgerlichem Aufbau, mit Staatsbürokratie und Parlamenten! Euer Ziel ist der Rätekongress als zentrales politisches Organ, in dem die Macht der Arbeiterschaft sich zusammenfasst, Rat der Volkskommissare als ihr ausführendes Organ.« Weipert: Die Zweite Revolution. S. 208.

⁶⁷⁷ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 738. Dok. 474.

⁶⁷⁸ Hesselbarth, Mario: Zur Geschichte der USPD Thüringen. Jena 2017. S. 53–58.

des Generalstreiks ebenfalls in eine radikale Richtung. Der Aktionsausschuss der Betriebsvertrauensleute in Greiz erklärte am 16. März, er könne sich mit dem Aufruf des Thüringer Staatsrates nicht einverstanden erklären. »Wir rufen das Volk nicht zum Schutz der demokratischen Reichsverfassung, die eine Verfassung des Kapitalismus ist, und auch nicht zum Schutz der ordnungsgemäßen Reichsregierung, die durch ihre antirevolutionäre Politik der Gegenrevolution zum Siege verholfen hat. Wir rufen das Volk auf sich zum Block der revolutionären Arbeiter zusammenzuschließen und die Gegenrevolution niederzuwerfen. Wir rufen das Volk auf, nicht für eine zweite Auflage Noske, nicht für eine kapitalistische Verfassung, sondern für den Sozialismus zu kämpfen.«⁶⁷⁹ Als Resümee seines zusammenfassenden Berichtes über die Ereignisse am 14. und 15. März erklärte der Aktionsausschuss in Gera: »Gestern stand das Proletariat noch unter dem weißen Terror, heute ist es im Besitz der (politischen) Macht. [...] Die Bewaffnung der Arbeiter und die Bildung einer roten Armee muss schnell und im weitesten Umfange vorgenommen werden. Es geht um alles, um die Revolution und den Sozialismus.«⁶⁸⁰

Die beiden widerstrebenden Positionen, republikanische Verteidigung einerseits und Kampf für das Räteregime andererseits, mussten nicht zwangsläufig organisatorisch getrennt in den Generalstreik eintreten, sie agierten an vielen Orten gemeinsam. Auf der am 16. März stattgefundenen Kundgebung des Aktionsausschusses Mühlhausen habe der Vertreter der SPD nach Beobachtung der Polizei sehr gemäßigte Ausführungen gemacht. Demgegenüber soll der Redner der KPD seine Ausführungen mit einem »dreimaligen Hoch auf die Räte-Republik«⁶⁸¹ beendet haben.

Zwischen diesen beiden Richtungen bildete sich im Verlauf des Generalstreiks eine dritte Linie heraus. Sie orientierte auf die Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung und deren verlässliche Sicherung durch die Ersetzung der Reichswehr durch eine proletarische Sicherheitswehr, eine umfassende Demokratisierung der Verwaltung sowie der Sozialisierung der hierzu reifen Betriebe. Diese Maßnahmen sollten die Wiederholung eines Rechtsputsches unmöglich machen. Damit knüpften große

⁶⁷⁹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 738. FN 2.

⁶⁸⁰ Ebenda. S. 745. Dok. 481.

⁶⁸¹ Staatsarchiv Gotha 2-44-0511-7424: Akten des preußischen Regierungsbezirks Erfurt betreffend Märzunruhen 1920. Nr. 7424. Bl. 175.

Teile der Thüringer Generalstreikbewegung in Umrissen an die Programmatik der Rätebewegung des Novembers/Dezembers 1918 an.⁶⁸² Wie in den Revolutionswochen 1918 verband sich mit ihr vielfach die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung. »Der Bruderstreit ist begraben, gemeinsam marschiert das Proletariat gegen die Reaktion«⁶⁸³, hieß es in der Meininger Resolution vom 15. März. Der Aktionsausschuss für den Kreis Sonneberg erklärte: »Wir kennen heute keine Mehrheitssozialisten, keine Unabhängigen oder Kommunisten mehr! Es gibt nur noch eine einzige geschlossene Arbeiterpartei!«⁶⁸⁴

Die Annäherung der hier skizzierten Ausgangspositionen innerhalb der Thüringer Generalstreikbewegung erfolgte auch im Rahmen ihrer regionalen Vernetzung und der damit verbundenen notwendigen Verständigung auf die gemeinsam anzustrebenden politischen Ziele. Am 20. März 1920 kamen in Suhl wahrscheinlich das erste Mal Vertreter von lokalen/regionalen Aktionsausschüssen aus ganz Thüringen zusammen, »um zunächst untereinander die augenblickliche politische und militärische Lage zu besprechen«⁶⁸⁵. Sie war zugleich, wie sich insbesondere am Jenaer Beispiel zeigen lässt, das Resultat des Drucks »der Arbeitermassen, die sich aus sicherem proletarischem Instinkt heraus die Geschlossenheit des gesamten Proletariats als erste und unerlässliche Vorbedingung für den Sieg der proletarischen Lebensnotwendigkeiten, für die Erringung des Sozialismus erkenne«⁶⁸⁶ und die Einigung der beiden Streikleitungen in der Saalestadt regelrecht erzwang.

Am 21. März hatte der Jenaer SPD-Aktionsausschuss beschlossen, den Generalstreik in der Saalestadt zu beenden. Die Vollmacht hierzu war ihm in der sozialdemokratischen Mitgliederversammlung einen Tag zuvor erteilt worden. Sie hatte zugleich Bedingungen formuliert, bei deren Erfüllung die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen sollte.⁶⁸⁷ Viele Arbeiter seien über diesen »Verrat der Rechtssozialisten«⁶⁸⁸ empört gewesen. Sie hätten sich an den provisorischen Arbeiterrat gewandt und Gegenmaßnahmen gefordert.

⁶⁸² Hesselbarth: Novemberrevolution 1918. S. 137–141.

⁶⁸³ Herber: Vor 40 Jahren. S. 33.

⁶⁸⁴ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 743. Dok. 480.

⁶⁸⁵ Der Bericht gibt die Teilnahme von Vertretern aus Meiningen, Arnstadt, Erfurt, Gotha, Ohrdruf, Zella-Mehlis, Gera, Langensalza, Hildburghausen, Coburg und Ilmenau an. Mitteilungsblatt Nr. 2 für die Republik Gotha, 24.03.1920. Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. November 1918 März 1920. Bl. 33 RS.

⁶⁸⁶ Neue Zeitung, 24.03.1920.

⁶⁸⁷ Schulz: Konfliktreicher Neubeginn. S. 83/84.

⁶⁸⁸ Neue Zeitung, 23.03.1920.

Die Plakate des SPD-Aktionsausschusses, die den Streikabbruch verkündeten, seien massenhaft abgerissen worden. Der provisorische Arbeiterrat beschloss in dieser Situation, »praktische proletarische Demokratie zu üben und den Arbeitermassen selbst Gelegenheit zu geben«⁶⁸⁹ über den Abbruch des Generalstreiks zu entscheiden. In seiner Erklärung forderte er die Jenaer Arbeiterschaft auf, unabhängig vom Ausgang des Basisvotums dessen Ergebnis im Interesse des einheitlichen Kampfes zu akzeptieren und entweder die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen oder ebenso einheitlich den Streik fortzusetzen. Tatsächlich fanden am 22. März in den Jenaer Betrieben Abstimmungen statt, in denen sich eine Abnahme der Streikbereitschaft zeigte.⁶⁹⁰

Im Ergebnis von zwei am Abend des 21. März durchgeführten Massenversammlungen hatten die lokalen SPD-Führer angesichts der Empörung vieler Arbeiter über den einseitigen Abbruch des Generalstreiks der Durchführung der vom provisorischen Arbeiterrat geforderten Betriebsversammlung zugestimmt. Zudem schlugen beide Seiten, wenn auch auf unterschiedlichen inhaltlichen Grundlagen, Einigungsverhandlungen vor.⁶⁹¹ Am Vormittag des 23. März waren die Betriebsausschüsse aller Jenaer Betriebe und Vertreter des provisorischen Arbeiterrates sowie des SPD-Aktionsausschusses zu einer gemeinsamen Beratung zusammengekommen. Nach langen und teilweise heftigen Auseinandersetzungen kamen die Beteiligten zunächst zu einer Einigung über die Bedingungen für den Abbruch des Generalstreiks. Von den Unternehmern wurde gefordert, den Lohn für die Streiktage zu zahlen. Ebenso sollten jene Arbeiter, die sich dem SPD-Aktionsausschuss, dem provisorischen Arbeiterrat und den proletarischen Hundertschaften zur Verfügung gestellt hatten, solange ihre Bezüge erhalten, wie es zur »Aufrechterhaltung des militärischen Schutzes für Leben und Eigentum der Einwohnerschaft Jenas nach der militärischen und politischen Gesamtlage notwendig ist«⁶⁹². Die Arbeiterschaft werde erst nach Bewilligung dieser Forderungen wieder in die Betriebe zurückkehren. Darüber hinaus einigten sich die Beteiligten auf eine von Karl Korsch (USPD)⁶⁹³ erarbeitete »einheitliche Grundlage für die wichtigsten politischen Aktionen der nächsten Zukunft«⁶⁹⁴. Gefordert wurde die Entwaff-

⁶⁸⁹ Neue Zeitung, 24.03.1920.

⁶⁹⁰ Schulz: Konfliktreicher Neubeginn. S. 84.

⁶⁹¹ Neue Zeitung, 23.03.1920.

⁶⁹² Neue Zeitung, 24.03.1920.

⁶⁹³ Keßler, Mario: Politischer Denker und revolutionärer Akteur. Karl Korsch (1886–1961). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. S. 268–277.

⁶⁹⁴ Neue Zeitung, 24.03.1920.

nung aller Truppen und des Bürgertums. Es sollten nur aus organisierten Arbeitern bestehende Arbeiterwehren gebildet werden. Ebenso plädierte die Einigungsgrundlage für eine rein sozialistische Regierung. Alle Putschisten sollten durch sofort zusammentretende Sondergerichte bestraft werden. Gefordert wurde weiterhin die Absetzung reaktionärer Beamter in Verwaltung und Justiz. Den gewählten Arbeitervertretungen sollte ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, in den Industriezweigen, in der Produktion und der Geschäftsführung gewährt und rücksichtslos gegen Unternehmersabotage durch Vermögenskonfiskation eingeschritten werden. Zur Überwachung der Umsetzung dieser Forderungen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wurde ein Vollzugsausschuss gebildet, dem je drei Vertreter des SPD-Aktionsausschusses und des provisorischen Arbeiterrats angehörten.⁶⁹⁵ Die KPD sprach sich indes gegen eine sozialistische Regierung auf parlamentarischer Grundlage aus, weil sie auf dem Boden des Räteystems stehe. Um jedoch eine einmütige Annahme der Einigungsgrundlage zu erreichen, stimmten die Kommunisten allen anderen Punkt zu. Ebenso votierte die SPD für die Einigungsgrundlage, nachdem sie sich intern zur Frage der Entwaffnung der Reichswehr und der Bildung von Arbeiterwehren verständigt hatte.⁶⁹⁶ Gegenüber ihrem bisherigen Verbündeten, der Jenaer DDP, erklärte sie, die Einigungsgrundlage bedeute keine verschleierte Einführung der »Diktatur des Proletariats« – die Bildung einer sozialistischen Regierung solle auf Grundlage der Verfassung erfolgen und die Einwohnerwehr werde auf gesetzlicher Grundlage bestehen bleiben.⁶⁹⁷

Ein wichtiger Aspekt, der die Verständigung der Parteien aus Sicht der Aktionsausschüsse dringend erforderlich machte, war die Gefahr, die weiterhin von der Reichswehr ausging. Die noch zu zeigende Besetzung Gothas habe in Gera Befürchtungen ausgelöst, dass auch in der reußischen Hauptstadt ein ähnliches Vorgehen geplant sei. Wenn das Militär nicht umherziehe und »Beruhigungsversuche« – sprich Entwaffnung der Arbeiterwehren – unternehme, stellte der preußische Gesandte in Dresden fest, würden sich die Verhältnisse in Ostthüringen schnell konsolidieren.⁶⁹⁸ Ein Angriff auf Gera werde hingegen ganz Thüringen und das Vogtland in Aufruhr versetzen, da sich die Arbeiterwehren in dieser Region zum Zweck der

⁶⁹⁵ Schulz: Konfliktreicher Neubeginn. S. 85.

⁶⁹⁶ Neue Zeitung, 24.03.1920.

⁶⁹⁷ Jenaer Volksblatt, 24.03.1920.

⁶⁹⁸ Grass, Jochen: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der Weimarer Zeit 1920–1932. Ein Beitrag zur Landesgeschichte. Hamburg 1997. S. 87.

gegenseitigen Unterstützung zusammengeschlossen hätten. »Besonders die sehr gut disziplinierten, eigentlich der Rechtssozialdemokratie angehörenden, aber radikalisierten altenburgischen Arbeiterwehren würden dabei den Reichstruppen schwer zu schaffen machen.«⁶⁹⁹

Zutreffend hatte der preußische Gesandte in Dresden erkannt, dass Gera die Zentrale der ostthüringischen Aktionsausschüsse war.⁷⁰⁰ Hier kamen deren Vertreter in den darauffolgenden Wochen regelmäßig zusammen, um sich u. a. zu den unterschiedlichen Herangehensweisen bei der Bildung der Sicherheitswehren zu verständigen.⁷⁰¹ In einer dieser Beratungen umriss Heinrich Knauf, der führende Kopf der Geraer USPD,⁷⁰² am 3. April 1920 den Rahmen einer reichsweiten Einigung der Arbeiterschaft. Wenn das Proletariat seine Ziele erreichen wolle, müsse der jetzige Kampf auf eine gemeinsame Gegenwartsaufgabe ausgerichtet werden, auf die sich die bestehenden »drei Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie, die Unabhängigen, die Rechtssozialisten und die Kommunisten«⁷⁰³ einigen könnten. Hierauf müssten sich alle Beteiligten gegenwärtig beschränken. Gelänge die Einigung nicht, dann werde es der Arbeiterschaft nur schwer gelingen, der Gegenrevolution erfolgreich zu begegnen. Übereinstimmung bestünde weitgehend in der Auffassung, den Militarismus als Machtmittel der Gegenrevolution zu beseitigen. Deshalb würden USPD und KPD die vollständige Abschaffung der Reichswehr und die Bewaffnung der organisierten Arbeiter fordern. Wenngleich auch große Teile der Rechtssozialisten infolge des Kapp-Putsches kein Vertrauen mehr zum Militär hätten sei es jedoch unklar, ob dies die generelle Auffassung unter ihnen ist. Schon deshalb dürften keine weiteren Ideen in den gemeinschaftlichen Kampf hineingetragen werden, »zu denen sich die Mehrheit dieser Partei nicht entschließen kann«.⁷⁰⁴

⁶⁹⁹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 764/765. FN 6.

⁷⁰⁰ Staatsarchiv Greiz 3-12-4200-00031. Ministerium Gera Nr. 31. Handakte Hermann Drechsler Bl. 21. »Der Aktionsausschuss Gera ließ dem Aktionsausschuss Auma eine Einladung zu der am 24. März stattfindenden Aktionsausschusskonferenz aller Aktionsausschüsse der Freistaaten Sachsen (Weimar) und Reuß zusenden.« Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 23.03.1920.

⁷⁰¹ »Weimar gestattet auch Demokraten den Eintritt, Gera lediglich Sozialisten.« Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 23.03.1920.

⁷⁰² Krause, Hartfried: USPD – Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Frankfurt a.M. 1975. S. 362.

⁷⁰³ Staatsarchiv Greiz 3-12-4200-00031. Bl. 21 RS.

⁷⁰⁴ Ebenda. Bl. 21/1.

Auf ihrer Tagung am 3. April 1920 beschlossen die anwesenden Aktionsausschüsse Ostthüringens ihre Vereinigung und bestätigten Gera⁷⁰⁵ als Zentrale, wobei zu den nächsten Zusammenkünften auch die Ausschüsse aus Halle, Leipzig, Hof, Gotha und Chemnitz eingeladen werden sollten. Ziel dieser Maßnahme war es, alle Informationen in Gera zusammen laufen zu lassen. Lokal isolierte politische Generalstreiks wollten die Aktionsausschüsse vermeiden, zukünftige Aktionen in dieser Form sollten planmäßig vorbereitet und gemeinsam beschlossen werden.

Hinsichtlich der Bewaffnung der Arbeiterschaft wurde der Altenburger Aktionsausschuss beauftragt, seine Erfahrungen der Zentrale und den anderen Ausschüssen zur Verfügung zu stellen.⁷⁰⁶ In der Diskussion hatte der Leiter der republikanischen Einwohnerwehr Altenburgs betont: »Wir dürfen nicht zu der roten Armee greifen, weil das nur eine andere Form des Militarismus ist. Die Arbeiter gehören zur Arbeit.«⁷⁰⁷ Damit grenzte er sich einerseits von entsprechenden radikal-linken Ambitionen ab, umriss jedoch in der Frage der bewaffneten Gewalt zugleich eine alternative Linie zur Reichswehr. In seinen Ausführungen hatte er darüber informiert, dass die Mitglieder der Altenburger republikanischen Einwohnerwehr beschlossen hatten, diese in eine proletarische Sicherheitswehr umzuwandeln und neu zu organisieren.⁷⁰⁸ Künftig sollten ihr ausschließlich freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierte Arbeiter angehören.⁷⁰⁹

Diese Maßnahme war Bestandteil eines Verständigungsprozesses der organisierten Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg. Eine Konferenz der Aktionsausschüsse des Ostkreises hatte sich am 26. März darüber verständigt, »was die gesamte Arbeiterschaft fordert«⁷¹⁰, denn sie wolle sich »nicht ohne weiteres dem Willen der Zentralstellen fügen [...], sondern diese müssen sich nach dem richten, was die Massen des Volkes kundtun«⁷¹¹. Auf der Grundlage der Forderungen des Ronneburger Aktionsausschusses zur Verhinderung erneuter Putsch von rechts⁷¹² und unter Berücksichtigung

⁷⁰⁵ »Die Festlegung einer Zentrale soll der Stabilisierung der Aktionsausschüsse dienen. Die Aktionsausschüsse haben mit der Regierung nichts zu tun. Das sind politische Organe zur Erfüllung politischer Aufgaben.« Ebenda. Bl. 21/3.

⁷⁰⁶ Ebenda. Bl. 21/5.

⁷⁰⁷ Ebenda. Bl. 21 RS.

⁷⁰⁸ Ostthüringer Volkszeitung, 01.04.1920.

⁷⁰⁹ Staatsarchiv Altenburg 1-15-0003-490: Bl. 223.

⁷¹⁰ Staatsarchiv Altenburg 1-15-0003-490: Bl. 221.

⁷¹¹ Staatsarchiv Altenburg 1-15-0003-490: Bl. 221.

⁷¹² Sie waren offenbar von dessen Vertretern bereits auf Geraer Konferenz am 24. März zur Diskussion gestellt worden. Ebenda. Bl. 222.

der vom Schmöllner Aktionsausschuss in die Debatte eingebrachten Forderungen der Zentralleitung der USPD⁷¹³ hatte die Konferenz einen umfassenden Forderungskatalog erarbeitet, an dessen erster Stelle die »Beseitigung des gegenwärtigen Militarismus (und die) Auflösung der konterrevolutionären Reichswehrformationen«⁷¹⁴ stand. Die republikanische Sicherheitswehr sollte die Organisationsform für den Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform bilden. Der Ausnahmezustand sollte aufgehoben, alle verhafteten Revolutionskämpfer freigelassen und eine umfassende Amnestie stattfinden. Zugleich wurde gefordert, die Putschisten als Hochverräter zu bestrafen und ihr Vermögen einzuziehen. Neben der sofortigen Demokratisierung des Verwaltungswesens verlangte die Konferenz die schnellste Durchführung der in der Verfassung festgelegten Bestimmungen zur Sozialisierung und die Überführung des Großgrundbesitzes in gesellschaftliches Eigentum. Ebenso plädierte sie für den Ausbau der Sozialgesetzgebung sowie die Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterstützungen an die Lebenshaltungskosten. Schließlich traten die Altenburger Aktionsausschüsse für freundschaftliche Beziehung zu allen Völkern und vor allem für Frieden mit Russland ein.⁷¹⁵ Diese Forderungen wurden von der Geraer Arbeiterschaft am 1. Mai 1920 faktisch als Aktionsprogramm angenommen.⁷¹⁶ Ähnliche Aktionsprogramme formulierten die Aktionsausschüsse in Apolda⁷¹⁷, Weimar⁷¹⁸, Allstedt⁷¹⁹ und das Gewerkschaftskartell Saalfeld⁷²⁰.

In Erfurt hingegen blieb die Generalstreikbewegung von Beginn an bis zum Abbruch des Ausstandes gespalten. Sehr wahrscheinlich schon am 19. März⁷²¹ rief der zum Zivilkommissar für Erfurt ernannte Sozialdemokrat Paul Apel dazu auf, den Generalstreik zu beenden. Die Situation dürfe nicht dazu benutzt werden, um Utopien nachzujagen: »Die Errichtung der Rätediktatur, von der heute geredet wird, kann nicht zur glücklichen Zukunft führen. Sie würde genau so wie die zusammengebrochene ›Kapp-

⁷¹³ Es muss an dieser Stelle offenbleiben, welche Forderungen der USPD-Führung konkret in die Debatte eingebracht worden waren. Sie hatte sich am 19. und am 24. März mit konkreten Forderungskatalogen sowohl für eine Fortsetzung des Generalstreiks als auch für die Bildung einer Arbeiterregierung ausgesprochen. Engelmann, Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. S. 148/149.

⁷¹⁴ Staatsarchiv Altenburg 1-15-0003-490: Bl. 225.

⁷¹⁵ Staatsarchiv Altenburg 1-15-0003-490: Bl. 225.

⁷¹⁶ Ostthüringer Volkszeitung, 04.05.1920.

⁷¹⁷ Neue Zeitung, 23.03.1920.

⁷¹⁸ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 03.04.1920.

⁷¹⁹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 763/764. Dok. 492.

⁷²⁰ Saalfelder Volksblatt, 31.03.1920.

⁷²¹ Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 104. Hier wird der Aufruf Apels zum Abbruch des Generalstreiks auf den 22. März datiert.

Regierung« das Verlassen des verfassungsmäßigen Bodens bedeuten.«⁷²² Ebenfalls am 19. März hatte die SPD-Mitgliederversammlung beschlossen, den Generalstreik zu beenden. Es sei der sozialdemokratischen Führung in Erfurt nicht möglich gewesen, aufgrund der unklaren und widersprüchlichen Haltung der Verantwortlichen in der USPD diese ebenfalls zum Abbruch des Ausstandes zu bewegen.⁷²³ Während die Arbeitsgemeinschaft SPD-DDP-Zentrum am 20. März mit den Unternehmern über Zugeständnisse für den Fall der Wiederaufnahme der Arbeit verhandelte, der Vollzugausschuss hingegen zur Fortsetzung des Generalstreiks aufrief, zeigten sich in der Streikfront selbst bereits erste Risse. Die Buchdrucker diskutierten über einen Abbruch des Streiks, zwei Tage später signalisierten die städtischen Arbeiter ihre Bereitschaft zur Beendigung des Ausstandes, wenn die Streiktage bezahlt würden.⁷²⁴

Offenkundig stand die Erfurter USPD-Führung unter starkem Druck ihrer nicht zuletzt infolge des Agierens des Militärs radikalisierten Basis. Ein unter Vermittlung des Magistrats der Stadt am 19. März nach mehrstündigen Verhandlungen zwischen dem Militärbefehlshaber und Vertretern der Streikleitung ausgehandelter Kompromiss zur Deeskalation der äußerst kritischen Situation fand in der Gesamtsitzung des Vollzugausschusses keine Mehrheit.⁷²⁵ Obwohl sich die Bedingungen für die Streikenden, insbesondere vor dem Hintergrund der Ereignisse in Gotha, weiter verschlechterten, der Vollzugausschuss in der Formulierung der Streikziele schrittweise immer weiter zurückgehen musste und die Arbeitgeber kaum noch zu Zugeständnissen bereit waren, wurde der Generalstreik erst am 25. März gegen große Widerstände der betrieblichen Basis abgebrochen.⁷²⁶ Vollständig nahmen die Erfurter Betriebe die Arbeit aber erst ab dem 29. März wieder auf.⁷²⁷ Die SPD hatte bereits am 20. März jegliche Zusammenarbeit mit der Streikleitung eingestellt.⁷²⁸ Apel erklärte im SPD-Parteiausschuss, die Einheitsfront mit den Unabhängigen und den Kommunisten

⁷²² Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 747. Dok. 483.

⁷²³ Freie Presse Nr. 64 vom 25.03.1920. Staatsarchiv Gotha: Akten des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt Nr. 7424. Bl. 158.

⁷²⁴ Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 96–103.

⁷²⁵ Während das Militär sofort von den Straßen abziehen sollte, hatten sich die Vertreter der Streikleitung zur Einhaltung und Verteidigung der verfassungsgemäßen Zustände verpflichtet. Die lebenswichtigen Versorgungsbetriebe sollten wieder in Gang gesetzt und die städtische Polizei durch einen aus allen Bevölkerungskreisen bestehenden Sicherheitsdienst verstärkt werden. Ebenda. S. 93/94.

⁷²⁶ Ebenda. S. 121–123.

⁷²⁷ Schmidt: Vor 90 Jahren. S. 28.

⁷²⁸ Ebenda.

sei nur bis zum 17. März, also dem Ende der Putschregierung, gerechtfertigt gewesen.⁷²⁹

Verfassungswidrige Zustände in Ostthüringen? Das Verhältnis der thüringischen Landesregierungen zu den Aktionsausschüssen

Bis in den April 1920 hinein berichteten überregionale Zeitungen, in Ostthüringen gebe es »noch vielfach Zustände, die mit einer verfassungswidrigen Diktatur des Proletariats, einer Sowjet- oder Räteherrschaft starke Ähnlichkeit haben, wenn man es auch verstanden hat, die dem Bürgertum in ihrer fatalen Bedeutung bekannte Bezeichnung ›Räte‹ zu vermeiden und durch den harmlos klingenden Namen ›Aktionsausschuss‹ zu ersetzen«⁷³⁰. Die Landesregierung in Weimar sah sich deshalb zu einer umfassenden Gegendarstellung veranlasst, in der sie diese Berichte entweder als frei erfunden oder als unwahre Behauptungen zurückwies.⁷³¹

Dass die Aktionsausschüsse erst infolge des Putsches gebildet worden waren, betonte August Baudert in der Debatte des Landtages von Sachsen-Weimar-Eisenach am 27. März in Reaktion auf den DNVP-Abgeordneten von Eichel-Streiber.⁷³² Er hatte ihnen ein nicht zu billiges verfassungswidriges Agieren vorgeworfen.⁷³³ Sie seien nicht von den Behörden eingesetzt worden, sondern aus der Arbeiterschaft »auf Grund des revolutionären Rechts«⁷³⁴ entstanden. Baudert rechtfertigte demgegenüber die Existenz der Aktionsausschüsse zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, wenngleich eine diktatorische Gewalt, die den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufe, keine dauerhafte Einrichtung sein könne. Damit war vom sozialdemokratischen Staatsminister kenntlich gemacht worden, dass er die Ausschüsse als eine Übergangserscheinung bis zur vollständigen Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung betrachtete. Die beiden Regierungsparteien Sachsen-Weimars, SPD und DDP, hatten sich zwar bereit gezeigt, die Landesregierung durch den Eintritt der USPD nach links zu erweitern.⁷³⁵ Der Forderung der Jenaer Einigungsgrundlage nach einer rein sozialistischen Regierung entsprach dies jedoch nicht. Deshalb lehnte die USPD-Landeskonferenz einen Eintritt in die bestehende Landesregierung

⁷²⁹ Miller: *Bürde der Macht*. S. 390.

⁷³⁰ Deutsche Tageszeitung Nr. 159 vom 08.04.1920. Hauptstaatsarchiv Weimar. Präsidialabteilung Nr. 94. Bl. 75.

⁷³¹ Hauptstaatsarchiv Weimar. Präsidialabteilung Nr. 94. Bl. 06.

⁷³² Lengemann: *Thüringische Landesparlamente*. S. 228–230.

⁷³³ *Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung Sachsen-Weimar-Eisenach*. S. 1590.

⁷³⁴ Ebenda. S. 1593.

⁷³⁵ *Jenaer Volksblatt*, 27.03.1920.

ab, obwohl die unabhängige Landtagsfraktion in den zuvor mit SPD und DDP geführten Verhandlung ihre Bereitschaft hierzu signalisiert hatte.⁷³⁶ Der sich hier anbahnende Konflikt verlief dennoch weniger zwischen den beiden Arbeiterparteien, sondern betraf vielmehr das Verhältnis von Landesregierung und Aktionsausschüssen. Wenngleich Bauderts Einsatz gegen die Putschisten ohne Zweifel von großem persönlich Mut und Selbstlosigkeit gekennzeichnet war,⁷³⁷ wurde auch innerhalb der SPD Sachsen-Weimars die Kritik an seinem allzu nachsichtigen Umgang vor und nach dem Putsch mit den Republikgegnern von rechts lauter: »Die Hochachtung der demokratischen Grundsätze durch die Regierung artet geradezu in demokratische Übertreibung aus, und dabei verschwendet die Regierung an den führenden Personen dieses Putsches geradezu eine Unmenge feinen Taktgefühls, sodass diese Herren immer kühner, immer frecher wurden. Und mit Recht glaubten sie: nur zu, selbst wenn der Putsch fehlgehen sollte, von diesen Regierungsleuten wird uns nichts geschehen«⁷³⁸, kritisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Faber.⁷³⁹

Vor diesem Hintergrund nahmen die Aktionsausschüsse Sachsen-Weimars für sich das Recht einer zumindest längerfristigen Existenz in Anspruch, um zu garantieren, »dass die Errungenschaften für die Arbeiterschaft gesichert bleiben«⁷⁴⁰. Von der Landesregierung wurde erwartet, dass sie gegenüber der Reichsregierung entschlossen gegen die Maßnahmen protestierte, die sich innerhalb der Reichswehr gegen die republiktreuen Soldaten richteten.⁷⁴¹ In der Arbeiterschaft werde erst Ruhe eintreten, wenn alle konterrevolutionären Truppenformationen aufgelöst und ihre Offiziere entlassen seien.⁷⁴² Vor allem drängten die Aktionsausschüsse Sachsen-Weimars auf eine Demokratisierung der Verwaltung des Landes, weshalb aus ihrer Sicht zunächst die Entlassung der reaktionären Beamten erforderlich war.⁷⁴³ Da die Landesregierung diese Forderungen nicht umsetzte, erklärte die am

⁷³⁶ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 07.04.1920.

⁷³⁷ Baudert hatte es abgelehnt, nach seiner Freilassung am 15. März angesichts der kritischen Situation in Weimar die Regierungstätigkeit von Eisenach aus fortzusetzen. Vielmehr war von ihm die Initiative für den Aufruf der Landesregierung gegen die Putschisten vom gleichen Tag ausgegangen. Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 65/66. Wohl auch infolge seiner Bemühungen trat die Sicherheitspolizei am 16. März wieder an die Seite der Landesregierung, wenngleich ihm die USPD aus ihrer Sicht zurecht vorwarf, mit den Putschisten verhandelt zu haben. Neue Zeitung, 18.03.1920.

⁷³⁸ Verhandlungen des Landtags und der Gebietsvertretung Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 1590.

⁷³⁹ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 239.

⁷⁴⁰ Hauptstaatsarchiv Weimar. Präsidialabteilung Nr. 93. Bl. 243.

⁷⁴¹ Diesbezüglich hatte die Landesregierung Sachsen-Altenburgs wegen des Vorgehens der Reichswehrrführung gegen die republiktreuen Altenburger Soldaten und Unteroffiziere bei Reichspräsident Ebert interveniert. Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 765–768. Dok. 494.

⁷⁴² Hauptstaatsarchiv Weimar. Präsidialabteilung Nr. 93. Bl. 243.

⁷⁴³ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 13.04.1920.

8. April in Weimar tagende Konferenz der Aktionsausschüsse Sachsen-Weimars, dass deren weitere Überwachung erforderlich sei: »Nachdem sich herausgestellt hat, dass die Regierung die Vorgänge im Lande nicht gebührend würdigte, muss den Aktionsausschüssen die Aufgabe eines politischen Beobachtungspostens übertragen werden.«⁷⁴⁴ Das meinte nicht die Kontrollfunktion der Arbeiter- und Soldatenräte vom November/Dezember 1918, sondern eine Art institutionalisierter Seismograph, damit die Regierung den »Pulsschlag des öffentlichen Lebens«⁷⁴⁵ unmittelbar spüre.

Demgegenüber hatte Baudert den Vertretern der Aktionsausschüsse bereits am 7. April deutlich die Grenzen aufgezeigt. Werde die Landesregierung von den Aktionsausschüssen an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gehindert, sei damit zu rechnen, »dass die Reichsregierung wieder mit Militär eingreife. Die Einrichtung eines Landesarbeiterrates oder einer ähnlichen Institution sei nur auf verfassungsgemäßem Wege möglich«⁷⁴⁶, wofür es jedoch im Landtag keine Mehrheit gab. Tatsächlich waren Baudert und Paulsen bereits zu diesem Zeitpunkt dazu übergegangen, Aktionsausschüsse schrittweise zurückzudrängen. Sie weigerten sich nicht nur, die angesichts der zunehmenden staatsanwaltlichen Verfolgungen vom Jenaer Vollzugsrat und vom SPD-dominierten Weimarer Aktionsausschuss geforderte Amnestie »aller in der Abwehr des Kapp-Putsches begangenen angeblichen Gesetzesverletzungen«⁷⁴⁷ zu erlassen.⁷⁴⁸ Baudert begann auch, den Aktionsausschüssen die Legitimität ihres Handelns abzuspochen. Am 7. April schrieb er an den Gemeindevorstand in Weida, der dortige Aktionsausschuss, »der übrigens zur Beschlagnahme von Gewehren gar nicht befugt war«⁷⁴⁹, sei zu veranlassen, diese wieder an ihre Besitzer zurückzugeben. Daraufhin waren die Weidaer Behörden dazu übergegangen, gegen die Mitglieder des Aktionsausschusses wegen Amtsanmaßung vorzugehen. »Alle Erfahrungen des Märzputsches sind in den Wind geschlagen und die Regierung denkt nicht daran, sich rückhaltlos hinter die Arbeiterschaft zu stellen, wie das beispielsweise die Reußische Regierung tut.«⁷⁵⁰

Tatsächlich lässt sich ein bemerkenswerter Unterschied im Agieren der reußischen Landesregierung in Bezug auf die Aktionsausschüsse feststel-

⁷⁴⁴ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 13.04.1920.

⁷⁴⁵ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 13.04.1920.

⁷⁴⁶ Hauptstaatsarchiv Weimar. Präsidialabteilung Nr. 93. Bl. 245.

⁷⁴⁷ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 03.04.1920.

⁷⁴⁸ Hauptstaatsarchiv Weimar. Präsidialabteilung Nr. 93. Bl. 250.

⁷⁴⁹ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 19.04.1920.

⁷⁵⁰ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 19.04.1920.

len. Von Beginn an hatte sie darauf bestanden, als verfassungsgemäße Regierung die alleinige Regierungsgewalt zu beanspruchen. In Entgegnung einer Erklärung der DDR-Fraktion im Volksrat Reuß vom 27. März, die die Regierung dazu aufforderte, »dass sie die im Verlauf der Gegenrevolution auf zum Teil kommunistischer Grundlage entstandenen Nebenregierungen der Aktionsausschüsse alsbald beseitigt«⁷⁵¹, stellte von Brandenstein fest, »dass bei uns eine Nebenregierung weder bestanden hat noch besteht«⁷⁵². Zuvor hatte er seinen Dank an die Vertreter der Arbeiterschaft, »die in den letzten Tagen in der opferwilligsten Weise ihre Kraft und ihre Fähigkeiten in den Dienst der verfassungsgemäßen Regierung gestellt haben«⁷⁵³, mit dem Angebot verbunden, die Staatsregierung auf eine breitere Basis zu stellen. In einer Sitzung am darauffolgenden Tag stimmte der Aktionsausschuss Gera dem Eintritt seiner Mitglieder Max Lang (SPD)⁷⁵⁴, Bruno Zschätzsch (USPD)⁷⁵⁵ und Sebastian (KPD), einstimmig zu.⁷⁵⁶ Herbert Frister sprach in seiner Darstellung über die Abwehr des Kapp-Putsches in Ostthüringen von der »Bildung einer Arbeiterregierung in Reuß«⁷⁵⁷, in der Staatsrat Beyer (USPD), der der Regierung bereits angehört hatte, den ADGB repräsentierte. »Die reußische Arbeiterregierung von USPD, KPD, SPD und ADGB bestand bis zum Übergang des Volksstaates Reuß in das Land Thüringen. Während dieser Zeit hat auch Staatsrat Sebastian (KPD) seine Funktion ausgeübt«⁷⁵⁸ und im wichtigen Sicherheitsbereich die Position eines stellvertretenden Abteilungsleiters innegehabt. Dies war eine Konsequenz der Integration der Militärabteilung des Aktionsausschusses in die Landesregierung.⁷⁵⁹ Vor diesem Hintergrund sprach von Brandenstein davon, dass die Regierung in den Aktionsausschüssen tatkräftige Helfer gefunden habe, deren Mitglieder auf dem Boden der Verfassung stünden. Wenn sich daher die Regierung des Aktionsausschusses zur Wiederherstellung der Ordnung bediene, »so kann man von einer Nebenregierung doch nicht sprechen«⁷⁶⁰.

⁷⁵¹ Verhandlungen des Volksrats von Reuß. S. 448.

⁷⁵² Ebenda.

⁷⁵³ »Die Arbeiter müssen in Zukunft in erhöhter Weise an der Regierung beteiligt werden.« Ebenda. S. 447.

⁷⁵⁴ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 430/431.

⁷⁵⁵ Er war der Vorsitzender des Militärausschusses des Geraer Aktionsausschusses. Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 20.

⁷⁵⁶ Staatsarchiv Greiz 3-12-4200-00031. Bl. 20/4.

⁷⁵⁷ Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 21.

⁷⁵⁸ Ebenda. S. 22. Die Regierungsbeteiligung der KPD ab März 1920 wurde, soweit die DDR-Veröffentlichungen überblick werden, von ihnen beflissentlich übergangen. Lediglich die unveröffentlicht gebliebene Dissertation Pöhlands erwähnt sie. Pöhländ: Arbeiterbewegung in Ostthüringen. S. 346.

⁷⁵⁹ Frister: Der Kapp-Putsch in Ostthüringen. S. 22.

⁷⁶⁰ Verhandlungen des Volksrats von Reuß. S. 448.

DER RACHEFELDZUG DER REICHSWEHR ENDE MÄRZ/ANFANG APRIL 1920 IN WESTTHÜRINGEN

Die Verhängung des Ausnahmezustandes über Thüringen und die Bemühungen der thüringischen Landesregierungen um eine friedliche Konfliktlösung

Am 22. März 1920 verhängte Reichspräsident Friedrich Ebert nach Artikel 48 der Reichsverfassung über Thüringen und den preußischen Regierungsbezirk Erfurt den Ausnahmezustand. Im Kern bedeutete diese Maßnahme eine Reichsexekution.⁷⁶¹ »Die Landesregierungen und Landtage waren faktisch entmachtet.«⁷⁶² Trotz seiner Ernennung zum zivilen Reichskommissar durch die Reichsregierung war der Weimarer Staatsminister Arnold Paulsen gegenüber den Maßnahmen des Militärs und insbesondere den Aktionen der Offiziere vor Ort machtlos.⁷⁶³ Unmittelbar nach dem Ende des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches ging die Reichswehr – durch den Ausnahmezustand von der Reichsregierung gedeckt – erneut gegen die Thüringer Generalstreikbewegung vor.

Das Reichswehrgruppenkommando 2 in Kassel hatte ab dem 19. März mit seinen konkreten Planungen »eines militärischen Unternehmens zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse«⁷⁶⁴ in Westthüringen begonnen. Hierzu war »eine gewaltige, kriegsmäßig ausgerüstete Streitmacht aus mehreren Regimentern und Bataillonen aller Waffengattungen für einen regelrechten Feldzug« aufgeboden worden, die aus Westen (Kassel) und Süden (Würzburg) vorstoßen sollte.⁷⁶⁵ Hinzu kamen die in Erfurt stehenden, als Gruppe Thüringen zusammengefassten Einheiten von Reichswehr, Sicherheitspolizei, Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehr.⁷⁶⁶ Ob die

⁷⁶¹ Grass: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens. S. 85.

⁷⁶² Rudolph: Die Thüringer Arbeiterbewegung. S. 82.

⁷⁶³ Die noch zu zeigenden militärischen Maßnahmen gegen Arnstadt hätten nur nach Zustimmung des Zivilkommissars Staatsminister Paulsen durchgeführt werden dürfen, erklärte Bruno Bieligk am 29. März im Landtag Sondershausen. Paulsen aber habe auf seine Anfrage hin erklärt, dass Oberst von Selle ohne sein Einverständnis gehandelt habe. Verhandlungen des Landtages für Schwarzburg-Sondershausen. S. 1579/1580. Ebenso hätte die Besetzung Ilmenaus nur im Einvernehmen mit der Zivilverwaltung, d. h. in diesem Fall mit Minister Dr. Paulsen in Weimar getroffen werden dürfen. Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 06.04.1920.

⁷⁶⁴ Facius: Geschichte Thüringens. S. 420.

⁷⁶⁵ Ebenda. S. 421.

⁷⁶⁶ Raßloff: Das Erfurter Bürgertum. S. 203.

Reichswehr tatsächlich »mit der Existenz starker, gut bewaffneter ›roter‹ Kampfverbände«⁷⁶⁷ rechnete, muss offenbleiben. Wenn dem so war, ging sie von einer völlig falschen Beurteilung der Situation aus, deren Grundlage die bereits dargestellten Gerüchte und bewussten Falschmeldungen über die »bolschewistische Gefahr« in Thüringen bildeten. Damit wird ein weiterer Zweck ihrer Verbreitung offenkundig, sie dienten dazu, zusätzliche Kräfte im Kampf gegen die Generalstreikbewegung zu mobilisieren.⁷⁶⁸

Während die Reichswehr ihren Feldzug gegen Westthüringen plante, versuchten die verantwortlichen Politiker der Landesregierungen und die Akteure in den Aktionsausschüssen, den Militäreinsatz zu verhindern. Nicht nur sie schätzten im Unterschied zu der von der »bolschewistischen« Gefahr überzeugten Reichsregierung und den Militärs die Situation in Thüringen völlig anders ein. Auch in der Presse hieß es: »Sowohl in unserem engeren Heimatgebiet wie auch in ganz Thüringen beginnt sich die Lage zu klären und eine allgemeine Entspannung einzutreten.«⁷⁶⁹

Im Anschluss an sein am 21. März geführtes Telefonat mit Staatsminister Paulsen sprach der Bevollmächtigte der Thüringer Staaten beim Reichsrat im Reichswehrministerium vor und legte dort die ihm übermittelte dringende Forderung vor, »möglichst jetzt kein Militär nach Thüringen«⁷⁷⁰ zu verlegen, weil die Volkswahren die Ruhe ausreichend aufrechterhalten und die Anwesenheit der Reichswehr »nur aufreizend wirke«⁷⁷¹.

Die Landesregierung in Meiningen hatte bereits am 18. März den Versuch unternommen, über Arthur Hofmann zwischen der Suhler Arbeiterschaft und der Reichsregierung sowie dem Militär zu vermitteln. In einem Telegramm an Hofmann, der an diesem Tag an der Sitzung der Nationalversammlung in Stuttgart teilnahm, informierte sie über die Situation in

⁷⁶⁷ Facius: Geschichte Thüringens. S. 423.

⁷⁶⁸ Raßloff: Das Erfurter Bürgertum. S. 203. Alle auf dem Boden der Verfassung stehenden Behörden und politischen Parteien waren aus Sicht des Befehlshabers der Reichswehrbrigade 11 aufgefordert, »durch schnelle Einberufung von Zeitfreiwilligen unsere Reihen zu füllen«. Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 748. Dok. 485. »Dieser Aufruf bildete die Grundlage für einen nur wenige Stunden später in Marburg vom örtlichen Befehlshaber Schenk, der sich zuvor geweigert hatte, eindeutig zu erklären, ob er zur Reichsregierung oder zu Kapp und v. Lüttwitz stehe bzw. sich schließlich [...] hinter die Regierung Kapp gestellt hatte, veröffentlichten Aushang, der dazu führen sollte, dass dieselben Studenten, die noch im Kapp-Putsch Demokratie und Republik beseitigen wollten, nun, am 20. März zur angeblichen ›Rettung des Vaterlandes‹ nach Thüringen ziehen sollten.« Heithner, Dietrich; Schulze, Adelheid: Die Morde von Mechterstedt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland. Berlin 2015. S. 141.

⁷⁶⁹ Weimarisches Landeszeitung (Deutschland), 24.03.1920.

⁷⁷⁰ Staatsarchiv Rudolstadt 5-13-2000-1178: Bl. 72.

⁷⁷¹ Ebenda.

Südhüringen. Zurecht befürchtete sie, dass die Reichswehr »ein scharfes Vorgehen gegen Suhl«⁷⁷² plane, was angesichts der militärischen Stärke der Suhler und Zella-Mehlisser Arbeiterschaft zu schweren Kämpfen mit problematischen Konsequenzen auch für Meiningen führen könne. Louis Rennert und ein Mitglied der USPD würden bereits in Suhl wegen der Freigabe der internierten Reichswehrangehörigen verhandeln. Dennoch hielt die Meiningener Landesregierung die Anwesenheit eines Vertreters der Reichsregierung für erforderlich, damit die »Suhler Angelegenheit richtig beurteilt wird«⁷⁷³. Hofmann sollte deshalb direkt mit Noske sprechen. Noch am gleichen Tag telegrafierte der Reichswehrminister an den Suhler Aktionsausschuss, er habe der Reichswehrbrigade in Kassel befohlen, den »Konflikt in Suhl beschleunigt durch Verhandlungen beizulegen, die durch geeignete Politiker zu liefern sind«⁷⁷⁴.

Am 20. März 1920 trafen Vertreter der lokalen/regionalen Aktionsausschüsse Thüringens, der Landesregierung Gotha und der Suhler Stadtverwaltung mit Abgesandten der Reichsregierung in Suhl zusammen.⁷⁷⁵ Im Ergebnis ihrer Verhandlungen kamen sie überein, dass sich die Reichswehr aus Erfurt, Langensalza und Eisenach zurückziehen und bis zum Abschluss der Verhandlungen weiterer Kampfhandlungen enthalten sollte, um den Konflikt friedlich beizulegen. Die Regierungskommission sicherte zu, dass Abgesandte der Thüringer Regierungen ungehindert nach Stuttgart und zurückreisen könnten, um der Reichsregierung ihr Belastungsmaterial gegen die Putschisten zu unterbreiten. Weiterhin wurde vorgeschlagen, die politischen Gefangenen im Bereich der Reichswehrbrigade II binnen 24 Stunden freizulassen. Während zwei Mitglieder der Regierungsdelegation bis zur Rückkehr der Beauftragten aus Stuttgart unter dem Schutz der Suhler Behörden in der Stadt bleiben sollten, begleitete Hermann Brill die beiden anderen Regierungsvertreter nach Kassel, um mit der dortigen Reichswehrführung über die Vorschläge zu verhandeln.⁷⁷⁶ Hier erklärten Oberpräsident Schwander und General Stolzmann die Suhler Vorschläge jedoch »für nicht annehmbar«⁷⁷⁷.

⁷⁷² Staatsarchiv Meiningen: 4-12-2000-576: Bl. 55.

⁷⁷³ Ebenda.

⁷⁷⁴ Jung: *Erinnerungen an bewegte Märztage*. S. 128.

⁷⁷⁵ Mitteilungsblatt Nr. 2 für die Republik Gotha, 24.03.1920. Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. November 1918 März 1920. Bl. 33 RS.

⁷⁷⁶ Herber: *Vor 40 Jahren*. S. 62/63.

⁷⁷⁷ *Vorwärts*, 25.03.1920.

In Gotha begannen ebenfalls am 20. März Verhandlungen zwischen der Landesregierung und dem Stadtrat, um den drohenden Einmarsch der Reichswehr zu verhindern. Gleichzeitig sandte sie Emil Grabow und Hermann Duncker nach Berlin, um direkt mit der Reichsregierung und dem Reichswehrministerium zu verhandeln. Auf das Scheitern dieser Mission wird noch einzugehen sein. Entsprechend einem Vorschlag der Stadtverwaltung sollten zur Abwendung weitere Kämpfe und Wiederherstellung geordneter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse sofort Kommissionen nach Kassel und Erfurt gesandt werden, »die mit den zuständigen Militär- und Zivilverwaltungsstellen zu verhandeln haben«⁷⁷⁸. Die Delegation des Gothaer Stadtrates traf bereits am 22. März in Eisenach auf die Truppen des Generals Rumschöttel. Unter Vermittlung des ebenfalls anwesenden Weimarer Staatsministers Paulsen einigten sich beide Seiten darauf, dass Gotha militärisch besetzt, alle Anordnungen der Landesregierung seit dem 13. März für ungültig erklärt, die Volkswehr aufgelöst und die Waffen abgeliefert werden sollten.⁷⁷⁹ Im Ergebnis ihrer Verhandlungen mit den Vertretern des Gothaer Stadtrats stimmte am 23. März die Landesregierung den in Eisenach ausgehandelten Punkten zu und ordnete gegen große Widerstände aus den Reihen der Arbeiterschaft die Auflösung der Volkswehr, die Einstellung aller Kampfhandlungen und die unverzügliche Rückgabe der Waffen und Ausrüstungsgegenstände an. Das Gewerkschaftskartell erklärte im Ergebnis einer Vollversammlung der Betriebsräte und der Vertrauensleute, den Generalstreik zu beenden und am 25. März 1920 früh die Arbeit wieder aufzunehmen.⁷⁸⁰

Verbrechen, Terror und Unterdrückung: die Reichswehr auf dem Vormarsch

Die Truppen von General Rumschöttel begannen am 22. März ihren Vormarsch nach Westthüringen. Dabei zeigte sich, dass die Gerüchte über eine Rote Armee in Thüringen nur Gerüchte gewesen waren. »Nirgends stieß die Reichswehr auf Widerstand, ohne Verluste ging es vorwärts.«⁷⁸¹ Tatsächlich ging das Militär gegen eine unbewaffnete Arbeiterschaft vor, »um Rache zu nehmen an denen, die den Putsch vereitelt hatten«⁷⁸²,

⁷⁷⁸ Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 278.

⁷⁷⁹ Facius: Geschichte Thüringens. S. 421/422.

⁷⁸⁰ Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung. S. 279/280.

⁷⁸¹ Facius: Geschichte Thüringens. S. 427.

⁷⁸² Verhandlungen des Landtages für Schwarzburg-Sondershausen. S. 1579.

erklärte Minister Bruno Bieligk am 29. März im Landtag von Schwarzburg-Sondershausen. Nachdem in Thüringen die Ruhe zurückgekehrt und die Arbeit wieder aufgenommen sei, erscheine nun die Reichswehr, die unter der Parole »gegen den Bolschewismus« die Arbeiterschaft bekämpfe und ihre Säbeldiktatur errichte.⁷⁸³

Insbesondere die Morde von Mechterstedt,⁷⁸⁴ denen am Morgen des 25. März 15 Arbeiter aus dem Ort Thal zum Opfer fielen, die am Tag zuvor von Angehörigen des Studentenkorps Marburg gefangen genommen worden waren, erregten reichsweites Aufsehen und weiteten sich – da ungehört – zu einem der Justizskandale der Weimarer Republik aus.⁷⁸⁵ »Der grausam ausgeübten Gewalt eines (klein)-bürgerlich-paramilitärischen Verbandes zur Abwehr von Demokratie und offener Gesellschaft entsprach damals die strukturelle Macht antidemokratisch-politischer Gesinnungsgenossenschaft, die als juristischer Ausdruck einer von den Interessen traditionellen, feudal-bürgerlicher Oberschichten dominierten Rechtsordnung und Rechtsprechung (die allerdings durch die mit der Weimarer Republik eingeleiteten Demokratisierungsprozesse selbst zum Gegenstand sozialer und politischer Kämpfe werden sollten) verstanden werden kann.«⁷⁸⁶

Hinsichtlich des Ausmaßes und der Brutalität wurden die Morde von Mechterstedt vom Vorgehen der Erfurter Reichswehr gegen die Arbeiterschaft Sömmerdas und Umgebung noch übertroffen.⁷⁸⁷ »Mit unverwischbaren Schandflecken die Geschichtstafel Sömmerdas zu besudeln, war den Bauern und Soldaten beschieden, die am 24. März bei der sogenannten Niederwerfung der Spartakisten Sömmerdas aktiv sich beteiligten.«⁷⁸⁸ Im Zusammenhang mit den Gräueltaten von Sömmerda wurde eine weitere Funktion der Falschmeldungen über die bolschewistische Gefahr bzw. die drohende Rätediktatur kenntlich. Die Autoren der Berichte in den bürgerlichen Zeitungen⁷⁸⁹ würden versuchen, »die Schuld an den Untaten, welche die Soldateska in Sömmerda angerichtet hat, auf die dortige Arbeiterschaft

⁷⁸³ Ebenda.

⁷⁸⁴ Die Vorgänge in Mechterstedt, ihre Opfer und die Täter, die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe, die die Tat ermöglichten, sowie der weitere Umgang mit dem Geschehenen sind umfassend dargestellt und analysiert worden. Reimann, Bruno W.: Rechts gegen Links. Mechterstedt als Symbol. Weimar 2017. Heithner, Schulze: Die Morde von Mechterstedt 1920.

⁷⁸⁵ John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 28.

⁷⁸⁶ Heithner, Schulze: Die Morde von Mechterstedt 1920. S. 13.

⁷⁸⁷ zu den Vorgängen im Detail: Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 772–775. Dok. 498. Gutsche: Der Kapp-Putsch in Erfurt. S. 110–116.

⁷⁸⁸ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 31.03.1920.

⁷⁸⁹ Weimarisches Landeszeitung (Deutschland), 27.03.1920.

abzuwälzen«⁷⁹⁰. Ihre Schilderungen wären unzutreffend, richtig seien nur die Gräueltaten des Militärs, die jedoch recht harmlos dargestellt würden. Auf dem Weg nach Sömmerda hatte die Reichswehr in Tunzenhausen und Schallenburg bereits mehrere Arbeiter ermordet. In der Stadt selbst wurden über 200 Gefangene schwer misshandelt, einige von ihnen überlebten die Torturen nicht. Lediglich der Direktor der Rheinischen Metallwarenfabrik habe versucht, »die rasenden Horden, Bauern und Söldner, zur Vernunft zu bringen, um die Arbeiter wenigstens vor den grausamsten Misshandlungen zu bewahren, leider ohne nennenswerten Erfolg«⁷⁹¹.

Neben den Mordtaten entfaltete das Militär einen systematischen Terror- und Unterdrückungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft im Freistaat Gotha. Am 26. März zogen die Truppen Rumschöttels, »von der Bourgeoisie jubelnd begrüßt«⁷⁹², kampflos in die Stadt ein. »Eine Stunde darauf bekam die arbeitende Bevölkerung einen beispiellosen Anschauungsunterricht, wie die Soldateska ›Ruhe und Ordnung‹ schafft.«⁷⁹³ Kein Arbeiter sei in der Öffentlichkeit mehr sicher gewesen. Jeder musste damit rechnen, infolge von Denunziation als Spartakist verhaftet zu werden. Zu tausenden wurden bei der arbeitenden Bevölkerung Haussuchungen durchgeführt, die seitens des Militärs von grässlichen Schimpfworten, fürchterlichsten Drohungen und Verwünschungen begleitet worden waren. Die Angehörigen der Gothaer Sturmkompanie und der Einwohnerwehr beteiligten sich erneut »führend an der Verfolgung der Arbeiter«⁷⁹⁴.

Obwohl die Arbeiterschaft in Waltershausens aufgrund der militärischen Drohungen den Generalstreik abgebrochen und die Waffen abgegeben habe, sei das Militär in die Stadt und die umliegenden Dörfer eingerückt und massiv gegen die Arbeiter vorgegangen. Während der Haussuchungen hätten die Waltershäusener Arbeiter stundenlang mit erhobenen Armen auf dem Marktplatz stehen müssen – wer vor Ermüdung die Arme sinken ließ, wurde mit dem Gewehrkolben traktiert. »Das feige Bürgertum grinste und freute sich an den Qualen, am liebsten hätte man das sofortige Erschießen gesehen.«⁷⁹⁵ In Friedrichroda war das Militär ebenfalls infolge von Denunziationen seitens des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft vorgegan-

⁷⁹⁰ Weimarerische Landeszeitung (Deutschland), 03.04.1920.

⁷⁹¹ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 31.03.1920.

⁷⁹² Gothaer Volksblatt, 29.03.1920.

⁷⁹³ Gothaer Volksblatt, 29.03.1920.

⁷⁹⁴ Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 98.

⁷⁹⁵ Gothaer Volksblatt, 31.03.1920.

gen. »Verhaftungen auf Verhaftungen wurden vorgenommen, körperliche und seelische Mißhandlungen gab es für die Arbeiter in Hülle und Fülle.«⁷⁹⁶ Systematisch sei gegen die Familie des uspd-Landtagsabgeordneten Friedrich Wiegleb⁷⁹⁷ vorgegangen worden. Es habe sich gezeigt, dass die Soldaten nicht zum Schutz der Bevölkerung oder der Verfassung gekommen waren, »sondern sich direkt in den Dienst der Reichen gegen die Arbeiter stellten«⁷⁹⁸.

Am 29. März berichtete Minister Bruno Bieligk im Landtag Schwarzburg-Sondershausen über die Besetzung Arnstadt durch die Truppen des Obersten von Selle. Warum sie erfolgt sei, wisse niemand, denn in Arnstadt sei nichts vorgekommen, was ein militärisches Vorgehen rechtfertigen könne. Dass sich die Arbeiterschaft Militärgewehre verschafft habe, um Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten, könne keinen Grund zu irgendwelcher Beunruhigung geben. Das Militär habe gegen Arnstadt einen richtigen Kriegsplan inszeniert. Die Stadt sei von allen Seiten umzingelt worden. »Panzerautos sind durch die Straßen gefahren, Geschütze, Minenwerfer und Maschinengewehre wurden aufgestellt. Als die Soldaten dann nach dem Grund ihres Kommens gefragt wurden, haben sie dem Magistrat geantwortet, sie wollten nur die vorhandenen Waffen herausholen und würden dann wieder abziehen. In Wirklichkeit haben sie aber wahl- und planlos Leute verhaftet, die sie mit aufgehobenen Händen durch die Straßen geführt und eingesperrt haben.«⁷⁹⁹

In einer am 31. März in Weimar stattgefundenen Beratung mit Mitgliedern des Thüringer Staatsrates und Abgeordneten des Volksrates rechtfertigte General Rumschöttel die Belegung Arnstadt mit dem Aufmarsch gegen Suhl und Zella-Mehlis. Zwar habe er die Entwaffnung der Zivilisten angeordnet, dennoch könne von einer Strafexpedition keine Rede sein.⁸⁰⁰ Offenbar durchschauten nur wenige der Anwesenden das Doppelspiel, das der General mit ihnen trieb. Während er gegenüber den Ministern und Abgeordneten den Eindruck vermittelte, ernsthaft bemüht zu sein, Ausschreitungen der Truppen zu unterbinden,⁸⁰¹ hatte er im Vorfeld seinen Offizieren faktisch freie Hand bei ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft

⁷⁹⁶ Gothaer Volksblatt, 31.03.1920.

⁷⁹⁷ Lengemann: Thüringische Landesparlamente. S. 682/683.

⁷⁹⁸ Gothaer Volksblatt, 31.03.1920.

⁷⁹⁹ Verhandlungen des Landtages für Schwarzburg-Sondershausen. S. 1579.

⁸⁰⁰ Staatsarchiv Meiningen: 4-12-2000-759. Bl. 238 RS.

⁸⁰¹ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 420.

gelassen. Der Befehlshaber des Studentenkorps Marburg von Selchow hatte ihm seine Loyalität versichert und erklärt, er sei entschlossen, auch Menschen auf seinem Feldzug zu erschießen, wenn er es für erforderlich halte. Er werde dabei aber so vorgehen, dass weder der General noch die Armee dadurch belastet würden. Rumschöttel habe keine Einwände gehabt, im Gegenteil: »Wir hatten uns beide verstanden«, schrieb von Selchow rückblickend.⁸⁰²

Am gleichen Tag war auch in Ilmenau eine Reichswereinheit eingerückt, »um die Abgabe der noch in unrechtmäßigen Besitz der Bevölkerung befindlichen Waffen und des Heeresgutes herbeizuführen«⁸⁰³. Wer der Aufforderung zur Waffenabgabe nicht nachkam, wurde mit einer hohen Geldstrafe bzw. Gefängnis bedroht. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verbot der Befehlshaber Versammlung unter freiem Himmel und Ansammlungen von mehr als sechs Personen. Er verhängte eine nächtliche Ausgangssperre ab 21.00 Uhr und ordnete die Schließung aller Gaststädten, des Kinos und des Theaters ab 20.30 Uhr an. Diese Anordnung sei erfolgt, obwohl im Lande ringsum Ruhe und Ordnung geherrscht und im Freistaat Sachsen-Weimar der Ausnahmezustand nur in beschränkten Umfang bestanden habe. Die revoltierende Soldateska frage nicht nach Recht und Gesetz, resümierte ein sozialdemokratisches Parteiblatt. Wie ein feindliches Heer sei der Offizier in eine friedliche Stadt eingerückt, »in der niemand an Zusammenrottung und Aufruhr denkt, in der sich alle Teile der Bürgerschaft mit den Arbeitern bemühen, das Wirtschaftsleben in Gang zu halten. Wenn General Rumschöttel und die Weimarische Regierung nicht dafür sorgt, dass dieser Major von seinem Posten entfernt wird, glauben wir nicht an die Zusicherungen, die im Volksrat gegeben wurden. Die Bevölkerung muss geschützt werden vor Leuten, die da glauben im eigenen Lande wie die Landsknechte hausen und brandschatzen zu können«.⁸⁰⁴

Auch die der Reichswehr loyal gegenüberstehende Bevölkerung konnte Opfer ihres Terrors werden, wie ein Brief des Magistrats der Stadt Plaua an das Staatsministerium in Sondershausen zeigt. Am 29. März waren knapp 350 Reichswehrsoldaten in Plaua eingerückt, die hier einquartiert und offenbar für den Vormarsch Richtung Suhl und Zella-Mehlis bereit-

⁸⁰² Heithner, Schulze: Die Morde von Mechterstedt 1920. S. 152.

⁸⁰³ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 06.04.1920.

⁸⁰⁴ Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 06.04.1920.

gehalten werden sollten. »Wenn sich die hiesige Einwohnerschaft der Einquartierung auch nicht verschließt, so erwartet man wenigstens, dass die Einquartierung sich anständig aufführt.«⁸⁰⁵ So habe sich ein offenbar angetrunkenen Offizier dem Bürgermeister gegenüber beleidigend und herausfordernd aufgeführt. Die Ausdrücke, die er gebraucht habe, seien einem Offizier nicht würdig gewesen. Mehrfach sei von Soldaten und Offizieren auf Haustiere oder Gegenstände geschossen, die Einwohner als Spartakisten beleidigt und bedroht worden. Es sei »geradezu traurig, wenn in eine friedliche Stadt wie Plauwe es ist, die sich an nichts beteiligt hat, solche aufreizenden Truppen als Einquartierung beziehen.«⁸⁰⁶

Die Bemühungen des Thüringer Staatsrates zur Aufhebung des Ausnahmezustandes

Infolge des Vorgehens des Militärs spitzte sich die Situation in Thüringen und vor allem in der Stadt Gotha erneut zu. Am 27. März sprachen einige USPD-Stadträte bei der Stadtverwaltung vor, weil die Arbeiterschaft derart verbittert sei, »dass sie heute Nachmittag verlangten, daß der Generalstreik wieder erklärt wird.«⁸⁰⁷ Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Schäfer legte dar, dass »von unserer Seite alles aufgewendet worden ist, die Gemüter zu beruhigen«⁸⁰⁸. Die Gegenseite müsse jedoch alles unterlassen, die Situation wieder aufzuheizen. Seine Kollegen hätten ihm mehrfach mit dem Tode bedroht, weil sie ihm den Vorwurf machten, er habe sie verraten und eine Militärdiktatur eingeführt, die unter Kapp nicht hätte schlimmer kommen können. Die Stadtverwaltung müsse das Unnormale der Situation erkennen. »Man kann nicht sagen, der Generalstreik ist verboten. Es liegt kein Rechtsmittel vor, die Arbeiter zur Arbeit zu zwingen.«⁸⁰⁹ Auch er beklagte, dass wahllos Verhaftungen vorgenommen würden und kein Mensch selbst in den eigenen vier Wänden mehr sicher sei. Trotz der Zusicherung des Generals, dass Hausdurchsuchungen nicht vom Militär allein, sondern in Begleitung von Schutzleuten erfolgen würden, sei das Gegenteil der Fall. Wer für Ruhe und Ordnung sorgen wolle, müsse in der hierzu erforderlichen Weise vorgehen. Besonders beunruhigt zeigte sich Schäfer über die Ankündigung, dass ein außerordentliches Kriegsgericht eingesetzt werden

⁸⁰⁵ Staatsarchiv Rudolstadt 5-15-2000-1178: Bl. 110.

⁸⁰⁶ Ebenda.

⁸⁰⁷ Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-6: Akten der Stadtverwaltung (Gotha). Nr. 376. Bl. 23 RS.

⁸⁰⁸ Ebenda.

⁸⁰⁹ Ebenda. Bl. 24.

sollte. In diesem Fall würden die Arbeiter in den Generalstreik eintreten: »Dann kann auch eintreten, was wir bis jetzt verhindert haben, ein neues Blutvergießen. Denn dann stehen die Arbeiter auf den Straßen und die Soldaten, die in der Hauptsache aus Studenten bestehen, werden sich gegenseitig anöden und Zusammenstöße werden unvermeidlich sein.«⁸¹⁰

Eindringlich warnte das Wehrkreiskommando IV in Dresden das Reichswehrgruppenkommando 2 in Kassel vor einem Militäreinsatz in Ostthüringen. Infolge der Ereignisse seit dem 13. März sei hier die Stimmung der Bevölkerung »gegen die Reichswehr auf das äußerste erregt«⁸¹¹, wenngleich augenblicklich Ruhe herrsche. Dennoch müsse aufgrund der politischen Lage von sofortigen militärischen Operationen im östlichen Thüringen abgeraten werden, die aus Sicht der Reichswehr notwendige Entwaffnung der hier »im größten Umfange bewaffneten Arbeiterschaft«⁸¹² solle auf dem Verhandlungsweg erreicht werden. Am 1. April 1920 protestierten die Betriebsvertrauensleute in Jena gegen die »verhängnisvollen Maßnahmen, die die Reichsregierung gegen die Arbeiter im Ruhrkohlengebiet⁸¹³ und in Westthüringen ergriffen hat«⁸¹⁴. Besonders empört waren die Belegschaftsvertreter darüber, dass die gleichen Arbeiter, »die erst vor wenigen Tagen die Republik und die Verfassung mit ihrem Herzblute errettet haben, jetzt auf Gnade oder Ungnade der verbrecherischen Militärkamarilla überantwortet«⁸¹⁵ würden. Neben der Auflösung aller bewaffneten Formationen und deren Ersetzung durch eine Volkswehr forderten die Jenaer Betriebsvertrauensleute die Aufhebung des Belagerungszustandes. Gleichzeitig riefen sie die Arbeiterschaft der Saalestadt dazu auf, sich bereitzuhalten, »dem Rufe der Gesamtarbeiterschaft zum Eintritt in den Generalstreik im Reiche Folge zu leisten«⁸¹⁶.

⁸¹⁰ Ebenda. Bl. 35. Tatsächlich wurde die Einrichtung solcher Standgerichte in Gotha abgewendet. Im Ergebnis dieser Beratung sandte die Gothaer Stadtverwaltung ein Telegramm an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichswehrminister: »Wir bitten im ausdrücklichen Einverständnis mit Reichskommissar Käppler dringend für Bereich der Stadt Gotha außerordentliche Kriegsgerichte zu ersetzen durch nur mit Zivilrichtern besetzte Gerichte. Sonst erneut schwere Unruhe unter den Arbeitern. Letztere haben Waffen ausgeliefert und die Arbeit wieder aufgenommen. Neuer Generalstreik droht. Arbeiter kein Vertrauen zu außerordentlichen Kriegsgerichten [...]« Gothaer Volksblatt, 29.03.1920.

⁸¹¹ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 764/765. Dok. 493.

⁸¹² Ebenda.

⁸¹³ Ende März 1920 waren Truppen der Reichswehr ins Ruhrgebiet vormarschiert und hatten den Ruhrzustand blutig niedergeschlagen. Lucas: Märzrevolution 1920 Bd. 3. Frankfurt a. M. 1978.

⁸¹⁴ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 771/772. Dok. 497.

⁸¹⁵ Ebenda.

⁸¹⁶ Ebenda.

Der zugespitzten Situation waren sich auch die Mitglieder des Thüringer Staatsrates bewusst. Auf ihrer Sitzung am 30. März 1920 in Weimar herrschte darüber Einigkeit, »dass die militärischen Unternehmungen in Thüringen, die jetzt zufolge der Anordnung der Reichsregierung von Generalmajor Rumschöttel »zur Herstellung des gesetzlichen Zustandes« geleitet werden, eingestellt werden [müssen], da, insbesondere wenn militärischerseits die Forderung auf Abgabe der Waffen bis zum 6. April aufrechterhalten werde, der Wiederausbruch des Generalstreiks und erneutes Blutvergießen zu befürchten sei.«⁸¹⁷. Deshalb verständigte sich der Staatsrat darauf, den Versuch zu unternehmen, die Reichswehr so zu beeinflussen, dass deren Agieren die Zivilbevölkerung nicht länger beunruhigen würde und »diejenigen Teile Thüringens, die jetzt vom Militär frei sind, auch weiter vom Militär frei bleiben«⁸¹⁸. Hierzu waren Paulsen und die Staatsräte Hofmann und Drechsler nach Gotha zu General Rumschöttel entsandt worden, um mit ihm über die Einstellung der militärischen Maßnahmen zu verhandeln. Der Geraer Staatsminister von Brandenstein fuhr »unverzüglich nach Berlin zu entsprechenden Verhandlungen mit der Reichsregierung«⁸¹⁹.

Offenkundig war die Mission in Gotha wenig erfolgreich, denn sie endete nicht mit dem vom Staatsrat gewünschten Ergebnis, sondern vielmehr in der Übergabe eines weiteren Ultimatums des Generals. Er befahl die sofortige Auflösung der Aktionssausschüsse, die Entwaffnung der Arbeiterwehren bis zum 7. April, die Freilassung der noch inhaftierten Putschisten und die Schaffung der Voraussetzungen für die Rückkehr der Thüringer Reichswehreinheiten in ihre Garnisonen.⁸²⁰ Der Thüringer Staatsrat lehnte diese Forderungen noch am Abend des 30. März als undurchführbar ab. Paulsen hob erneut hervor, dass eine vollständige Entwaffnung der Zivilbevölkerung zum geforderten Zeitpunkt unmöglich sei. Der Vertreter der Altenburger Landesregierung erklärte, die republikanische Einwohnerwehr könne keinesfalls aufgelöst werden. Die Regierung des Volksstaates Reuß wollte einer Freilassung der am Putsch beteiligten Offiziere nicht zustimmen.⁸²¹ Im Ergebnis der ergebnislosen Verhandlung mit Rumschöttel hielt es der Thüringer Staatsrat für geboten, »die Reichsregierung zu ersuchen, den Ausnahmezustand aufzuheben und einen Vertreter hierher nach Weimar zur Erörterung der bestehenden Fragen und zur Entwirrung der durch

⁸¹⁷ Staatsarchiv Meiningen: 4-12-2000-759. Bl. 232.

⁸¹⁸ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 419.

⁸¹⁹ Staatsarchiv Meiningen: 4-12-2000-759. Bl. 233.

⁸²⁰ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 769. Dok. 495.

⁸²¹ Staatsarchiv Meiningen: 4-12-2000-759. 1918–1920. Bl. 233.

die militärischen Maßnahmen herbeigeführten politischen Lage zu entsenden«⁸²².

Vor diesem Hintergrund war letztlich die Mission Brandensteins in Berlin erfolgreich. Ihm gelang es zunächst, den neuen Reichswehrminister Geßler⁸²³ von der Einschätzung des Staatsrates zur politischen Situation in Thüringen zu überzeugen. Dabei kam ihm offenbar zugute, dass ihn »zum ersten Male ein Reichswehrminister [...] allein empfing, ohne dass einer der Herren Offiziere dabei saß«⁸²⁴. Während Geßler nach der Darstellung von Brandesteins zunächst vorschlug, dass der Thüringer Staatsrat mit der weiteren Durchführung der Ausnahmevorschriften beauftragt werden sollte, habe er, gestützt auf die Position seiner Kollegen, die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert und dies letztlich auch erreicht.⁸²⁵ Am 31. März hob Reichspräsident Ebert dem Antrag Brandensteins entsprechend sämtliche Ausnahmevorschriften für Großthüringen mit Wirkung vom 1. April in der Erwartung auf, dass »Gewaltakte aller Art unterbleiben und die verfassungsmäßigen Behörden anerkannt und in ihrer Wirksamkeit nicht beeinträchtigt werden«⁸²⁶.

Die Reichsexekution gegen den Freistaat Gotha und ihre Folgen für die Demokratie in Thüringen und der Weimarer Republik

Die Reichsexekution gegen den Freistaat Gotha am 10. April 1920

Reichspräsident Friedrich Ebert verhängte am 10. April 1920 erneut den Ausnahmezustand über den Freistaat Gotha. Reichsinnenminister Koch begründete diesen gegen eine verfassungsgemäße Landesregierung gerichteten Schritt mit deren von ihm so bezeichneten verfassungswidrigen Agieren. Im Einzelnen wurde ihr vorgeworfen, in dem Anfang Januar 1920 ausgebrochenen Konflikt mit der Landtagsopposition um das Landesbildungsamt gegen die Verfassung verstoßen zu haben. Zweitens habe die Gothaer Regierung mit ihrem Aufruf vom 13. März die verfassungsgemäße

⁸²² Ebenda. Bl. 233/233 RS.

⁸²³ Büttner: Weimar. S.145.

⁸²⁴ Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 430.

⁸²⁵ »Ich hatte darauf hingewiesen, dass gerade die Militärs, durch ihren Unverstand in politischen Dingen, durch ihre ganze Erziehung nicht geeignet wären zu solchen Beruhigungsaktionen – man spricht immer von Beruhigung, in Wirklichkeit sind es Beunruhigungsaktionen gewesen, die vorgenommen wurden.« Ebenda.

⁸²⁶ Jenaer Volksblatt, 01.04.1920.

Reichsregierung nicht mehr anerkannt.⁸²⁷ Zudem habe sie sich gesetzwidrig dem Vollzugsrat unterstellt. Drittens soll sie am 14. März die Aufrufe zur Bildung einer Räterepublik nicht verhindert haben. Letztlich wurde sie für alle Ereignisse vom 13. bis zum 19. März verantwortliche gemacht, weil sie es wissentlich unterlassen habe, der Bevölkerung mitzuteilen, dass das Militär in Gotha auf dem Boden der Verfassung stehe. Außerdem sei die Landesversammlung aufgrund der Mandatsniederlegungen der Oppositionsabgeordneten beschlussunfähig, sodass es eine verfassungsgemäße Gesetzgebung im Land unmöglich geworden sei.⁸²⁸

Die DDR-Geschichtsschreibung sah in diesem Vorgang einen »Willkürakt«⁸²⁹, der die Gothaer Arbeiterschaft »die Enge, Begrenztheit und Heuchelei der bürgerlichen Demokratie in unmittelbarer Nähe erfahren«⁸³⁰ ließ. Neuere Darstellungen übernehmen weitgehend die Sichtweise der damaligen Reichsregierung.⁸³¹ Das Gothaer USPD-Parteiblatt konstatierte hingegen bitter, was dem Major Heims am 14. März nicht gelungen sei, werde nun durch einen Regierungskommissar erfolgen: Die Landesregierung werde gestürzt, die Landesversammlung aufgelöst und damit der Gegenrevolution zum Sieg verholfen.⁸³² Als Urheber der Vorwürfe machte es den Vorsitzenden der Landes-SPD Franz Büchel verantwortlich: »Die verfassungswidrige Übertragung der Regierungsgewalt auf einen Vollzugsrat ist eine von den vielen Verleumdungen [...] Büchel[s]«⁸³³.

⁸²⁷ Die Gothaer Landesregierung erklärte hierzu: »Es ist unverständlich, aus dem Satz: ›Es gibt keine Reichsregierung mehr‹ schließen zu wollen, dass sie die verfassungsmäßige Regierung nicht mehr anerkenne, denn sowohl die Meldung des WTB, die die [Landes-]Regierung erhalten hat, als auch die dienstliche Meldung vom Garnisonskommando an die Landesregierung haben übereinstimmend dahin gelaute, dass die Reichsregierung gestützt sei und Kapp die Regierungsgewalt übernommen habe. Diese neue Regierung konnte selbstverständlich von der auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Gothaischen Landesregierung nicht anerkannt werden. Den Vorständen der demokratischen und sozialdemokratischen Partei wurde der Aufruf vor seiner Publikation mitgeteilt. Sie haben gegen diese Ausführungen keinen Einwand erhoben.« Gothaer Volksblatt, 16.04.1920.

⁸²⁸ John: Quellen zur Geschichte Thüringens. S. 89–92. Dok. 6m.

⁸²⁹ Buchsbaum: Sieg der Aktionseinheit der Arbeiterklasse über den Kapp-Putsch in Gotha. S. 33.

⁸³⁰ Ebenda. S. 34.

⁸³¹ »Um der weiterhin angespannten politischen Lage entgegenzuwirken, versuchte ein Sonderbeauftragter der Nationalversammlung, die Mitglieder der Gothaer Landesversammlung zu einem Misstrauensvotum gegen die linksradikale Landesregierung zu bewegen. Die Bürgerlichen kündigten am 30. März gemeinsam mit der MSPD jede weitere Mitarbeit auf und machten damit das Parlament des Freistaates Gothas handlungsunfähig. Der fällige Rücktritt der Regierung müsste jedoch erst von einem Reichskommissar erzwungen werden, nachdem die USPD nicht bereit war, die Regeln der Verfassung zu achten und das Risiko von Neuwahlen einzugehen.« Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 99. Nachdem sich die Gothaer Volksbeauftragten jedoch weigerten, selbst im Falle des parlamentarischen Verfahrens zurückzutreten, legte die Opposition ihre Mandate nieder und erzwirkte dadurch Parlamentsneuwahlen. Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 101.

⁸³² Gothaer Volksblatt, 14.04.1920.

⁸³³ Gothaer Volksblatt, 14.04.1920.

Die Rolle des Gothaer SPD-Vorsitzenden Franz Büchel

Franz Büchel war Anfang 1919 Vorsitzender der SPD im Freistaat Gotha geworden.⁸³⁴ Seine Partei stellte in dieser Hochburg der USPD eine kleine Minderheit dar. Bei der Wahl zur Landesversammlung im Februar 1919 hatte sie nur ein Mandat erringen können, während die USPD mit absoluter Mehrheit regieren konnte.⁸³⁵ Das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen den beiden Arbeiterparteien war hier aufgrund dieser Konstellation bedeutend komplizierter, denn die Gothaer SPD stand nicht nur in Opposition zur USPD, sondern ihre Führung agierte zumindest punktuell wie beim Bürgerstreik im Februar 1919 gemeinsam mit dem Bürgertum gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten.⁸³⁶ Ob Büchel tatsächlich »im Auftrag der Reichsregierung gegen die USPD-Regierung in Gotha«⁸³⁷ arbeitete, muss hier jedoch offenbleiben.

Nach Büchels Darstellung hatte sich die Gothaer SPD-Führung nach Bekanntwerden der Berliner Putschereignisse am 13. März zur Landesregierung begeben, »um sie zu fragen, ob sie auf dem Boden der Reichsverfassung stehe und welche Maßnahmen sie gegen den Putsch anzuwenden gedenke«⁸³⁸. Die Mitglieder der Landesregierung hätten diese Fragen mit dem Verweis auf die noch ausstehende Rücksprache mit der USPD-Parteileitung nicht beantworten wollen und die SPD-Vertreter auf den Nachmittag vertröstet. Bei ihrem erneuten Erscheinen trafen die Sozialdemokraten auf den Vollzugsrat, der aus SPD-Sicht inzwischen anstelle der Landesregierung die politische Macht übernommen hatte.⁸³⁹ Die USPD bestätigte diese Darstellung insofern, als sie erklärte, die Gothaer SPD-Führung sei am ersten Putschtag zur Landesregierung gekommen, um eine gemeinsame Abwehrfront zu bilden. Ihr sei die Antwort gegeben worden: »Die gemeinsame Front ist da. Das Gothaer Proletariat hat sich auf Grund der Betriebsräteorganisation gefunden. Wenn ihr die Waffe sucht, die gegen Kapp und Konsorten kämpfen kann, so wendet Euch an den gemeinsamen Vollzugsrat. Der hat sie, nicht eine Drei-Männer-Regierung.«⁸⁴⁰ Während Büchel nach Darstellung mehrerer USPD-Mitglieder anfangs zum Kampf gegen die Reichs-

⁸³⁴ Buchsbaum: Sieg der Aktionseinheit der Arbeiterklasse über den Kapp-Putsch in Gotha. S. 39. Anm. 1.

⁸³⁵ Dressel, Guido: Wahlen und Abstimmungsergebnisse 1920–1995. Quellen zur Geschichte Thüringens Bd. 4. Erfurt 1995. S. 15.

⁸³⁶ Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 85.

⁸³⁷ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 770. FN 3.

⁸³⁸ Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-6: Akten der Stadtverwaltung (Gotha) Nr. 376. Bl. 23 RS.

⁸³⁹ Ebenda.

⁸⁴⁰ Gothaer Volksblatt, 14.04.1920.

wehr entschlossen gewesen sein soll,⁸⁴¹ stellte er sich während und nach den Kämpfen um Gotha am 18. und 19. März an deren Seite und machte die USPD allein für die Opfer und entstandenen Schäden verantwortlich. Sie habe die Arbeiter auf Grundlage von Lügen gegen die Reichswehr geführt, während die Landesregierung nichts unternahm, um sowohl die Verfassungsbrüche als auch das Blutvergießen zu verhindern. »Es ist höchste Zeit, dass diese Leute von ihrem Posten verschwinden, denn sonst besteht die Gefahr, dass noch mehr Unbill durch sie entsteht.«⁸⁴² Damit wird das Motiv des Agierens Büchels nach der Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches kenntlich.

Es sollte sich für den weiteren Ereignisverlauf als entscheidend erweisen, dass Büchel seine Version über das Agieren der Gothaischen Landesregierung durchsetzen konnte, obwohl gegen sie, wie noch gezeigt werden wird, aus unterschiedlichen Richtungen erheblicher Widerspruch erhoben worden ist. Dass er hierzu keine allzu große Überzeugungskraft aufwenden musste, erklärt sich indes aus der Tatsache, dass Büchel lediglich die bolschewistische Gefahr, die vermeintlich auch von der Gothaer USPD ausging, zu bedienen brauchte. Ihm lägen »genaue Mitteilungen vor, die erkennen lassen, dass die dortige unabhängige Regierung mit Hilfe der USPD und KPD die Gelegenheit des Rechtsputsches zu einer Aktion von links gegen die verfassungsmäßige Regierung benützt hat«⁸⁴³, berichtete das sozialdemokratische Zentralorgan am 25. März 1920 über die Vorgänge in Gotha. »Die Gothaische Regierung hat sich unter den Befehl eines linksradikalen Vollzugsrates gestellt, zu dem die Vertreter der Mehrheitssozialisten nicht zugelassen wurden. Die unabhängige Regierung hat die Arbeiterschaft aufgeputscht und gegen die verfassungstreue Reichswehr bewaffnet. Es kam zu schweren Kämpfen in der Stadt. Der Versuch der Mehrheitssozialisten zu vermitteln, scheiterte an dem Größenwahn der Linksradikalen, die durch ihren Vollzugsrat den Truppen mitteilen ließen, dass eine Verständigung nur auf der Basis möglich sei, dass von den Truppen sämtliche Waffen abgelie-

⁸⁴¹ Unmittelbar nach der Pro-Kapp-Erklärung des Majors Heims am Vormittag des 14. März habe Büchel dem USPD-Mitglied Schier nach dessen Bekunden erklärt: »Heims ist Kappianer. Wir müssen selbst mit der Waffe in der Hand gegen ihn kämpfen.« Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-6: Akten der Stadtverwaltung (Gotha) Nr. 376. Bl. 36 RS. »Am Sonntag den 14. März 1920 kam Büchel zu Mitgliedern der USPD und forderte sie zum Kampf mit der Waffe auf, stellte sich zur Verfügung und bot Offiziere gratis für den Kampf an.« Die Streikleitung habe jedoch den bewaffneten Kampf verhindern wollen und lehnte deshalb ab. Gothaer Volksblatt, 03.04.1920. Tenner datierte diesen Vorgang auf den 13. März. Verhandlungen des Volksrats von Thüringen. S. 452.

⁸⁴² Undatierte Flugblatt der SPD Gotha. Staatsarchiv Gotha. Akten des Landratsamts Ohrdruf Nr. 388. November 1918 März 1920. Bl. 35.

⁸⁴³ Vorwärts, 25.03.1920.

fert werden. Sie erklärten, eine Vermittlung von neutraler Seite abzulehnen. Alles Blut, das in Gotha geflossen ist, fällt auf die USPD und KPD zurück, die mit ihrer verfassungsfeindlichen Handlung lediglich die Geschäfte der Rechtsputschisten besorgt haben.«⁸⁴⁴ Nach Überzeugung des Gothaer USPD-Parteiblattes war Büchel die Quelle dieser »genauen Mitteilung«⁸⁴⁵.

Zwei Tage später wurde die Darstellung des *Vorwärts* bzw. Büchels durch den für Sachsen-Gotha bestellten Reichskommissar Kappler (SPD) den Vertretern der Gothaer Stadtratsfraktionen und der Stadtverwaltung unterbreitet. Obwohl er nach eigener Angabe zum Zeitpunkt dieser Beratung erst zwei Stunden vor Ort gewesen war und einräumte, dass seine Sicht »noch einseitig«⁸⁴⁶ sein könne, stand sein Urteil bereits fest: »Ich habe das Gefühl, dass die hiesige Regierung selbst den Boden der Verfassung verlassen hat. Wie kann die Regierung, die abdankt und ihre Regierungsgewalt einem von der Straße gebildeten Roten Vollzugsausschuss abgibt, wie kann sie Garantie leisten, dass sich nicht von Neuem wieder ein Aufruhrherd bildet. Die Geschichte wird in irgendeiner Form mal wieder losgehen.«⁸⁴⁷

Dem widersetzten sich die USPD-Vertreter energisch, wenngleich vergeblich. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Schäfer widersprach dem Reichskommissar vehement als jemand, der unmittelbar an den Ereignissen beteiligt war und »einen klaren Bericht« geben könne. Schäfer war kein Unterstützer des radikal-linken USPD-Flügels in Gotha. »Die Angelegenheiten, wie sie vom 13. 3. an, gespielt haben, haben zum großen Teil meine Zustimmung nicht gefunden.«⁸⁴⁸ Dennoch erklärte er, »dass der Vollzugsrat nicht ein auf der Straße gefundener Vollzugsrat war, sondern aus Mitgliedern der Betriebsräte gebildet ist. Dieser Vollzugsrat hat nun auch nicht die Macht von der Regierung erhalten«⁸⁴⁹. Es sei am 13. März im Ministerium »viel geredet worden und wenig Tätigkeit gezeigt. Ich kann erklären, dass die Regierung versucht hat, der Dinge Herr zu werden. Sie sind durch

⁸⁴⁴ *Vorwärts*, 25.03.1920.

⁸⁴⁵ *Gothaer Volksblatt*, 03.04.1920.

⁸⁴⁶ Staatsarchiv Gotha 2-97-0957-6: Akten der Stadtverwaltung (Gotha) Nr. 376. Bl. 32 RS.

⁸⁴⁷ Ebenda. Zwar lautete sein Auftrag, sich »ein genaues Bild über die Vorgänge hier, deren Folgen und die Aussichten der nächsten Zeit zu liefern [um] dem Reichskanzler Bericht [zu] erstatten. Von dem Ergebnis wird es abhängen, ob ein Zivilkommissar ernannt wird, der die exekutive Gewalt hat«. Ebenda. Er agierte jedoch bereits mit dem Ziel der Beseitigung der USPD-Landesregierung. »Wenn wir es fertigbrächten, ohne den verfassungsmäßigen Boden zu verlassen, eine Koalitionsregierung zu Stande zu bringen, dann hätten wir glaube ich, viel gewonnen. Wenn diese Regierung dann den Landtag auflöste, dann glaube ich, kommen wir nach und nach in die Verhältnisse herein, dass nicht dauernd das Militär die Oberherrschaft führen muss.« Ebenda. Bl. 33.

⁸⁴⁸ Ebenda. Bl. 23 RS.

⁸⁴⁹ Ebenda. Bl. 34 RS.

das unsichere und unkorrekte Auftreten Major Heims, der die Regierung abgesetzt und die Landesversammlung abgelöst hat, irreführend worden. Das sind Dinge, die man nicht gut heißen kann. Wir haben immer erklärt, auf dem Boden der Reichsverfassung zu stehen, es hat auch freilich einen Teil gegeben, die etwas anderes versuchten, aber die haben keine Anhänger-schaft bekommen. Es darf aber auch nicht nur ein einseitiger Bericht von den Mehrheitssozialdemokraten geliefert werden.«⁸⁵⁰

Zweifel an der Darstellung Büchels hatte auch der von der Reichsregierung für Thüringen eingesetzte Zivilkommissar Staatsminister Arnold Paulsen in Weimar. Er teilte dem Bevollmächtigten beim Reichsrat Münzel mit, dass er große Bedenken gegenüber dem von der Reichsregierung nach Gotha entsandten Beauftragten Büchel habe. Generell zweifelte er, ob Mehrheits-sozialisten in Gotha etwas ausrichten könnten. Paulsen relativierte gegen-über Münzel auch die an die Gothaer Regierung gerichteten Vorwürfe. »In Thüringen sei indessen infolge des Umsturzes durch die Gegenrevolution der Aktionsausschuss die maßgebende Instanz. Etwas anderes sei auch in Gotha nicht geschehen.«⁸⁵¹ Es sei besser, die Reichsregierung würde die Gothaer Regierung »als verfassungsmäßig ansehen und auf sie gütlich ein-wirken«⁸⁵². Mit Blick auf die unmittelbar bevorstehende Bildung des Landes Thüringen würden sich Zwangsmaßnahmen ohnehin erübrigen. Abschlie-ßend bezeichnete Paulsen die Verhaftung des Volksbeauftragten Grabow und Dr. Duncker in Berlin »eine recht unglückliche Sache«⁸⁵³, denn Grabow sei »das allgeringfügigste der Mitglieder der Gothaischen Regierung«⁸⁵⁴. Die beiden Genannten hatten sich, wie bereits gezeigt, am 23. März nach Berlin begeben, um im Auftrag der USPD-Landesregierung »gegenüber den gigantischen Lügen gegen Gotha der Reichsregierung die Wahrheit zu unterbreiten«⁸⁵⁵. Nach ihren eigenen Angaben war es ihnen gelungen, sich mit General Seeckt darauf zu einigen, dass das Militär nicht in Gotha einrücke, wenn durch die Arbeiterschaft eine vollständige Waffenabgabe erfolge. Der General versprach, sich diesbezüglich mit dem Reichswehr-gruppenkommando in Kassel in Verbindung setzen, Grabow und Duncker sollten am Morgen des 24. März nochmals bei ihm vorsprechen. Dazu kam es jedoch nicht, denn bevor sie das Dienstzimmer Seeckts erreichten, wur-

⁸⁵⁰ Ebenda. Bl. 34 RS.

⁸⁵¹ Hauptstaatsarchiv Weimar: Thüringer Ministerium des Innern. P 567. Bl. 162.

⁸⁵² Ebenda.

⁸⁵³ Ebenda.

⁸⁵⁴ Ebenda.

⁸⁵⁵ Könnemann, Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsch. S. 770. Dok. 496.

den sie verhaftet.⁸⁵⁶ Auch hierfür machte das Gothaer USPD-Parteiblatt Büchel direkt verantwortlich, der sich am 23. März in der Reichskanzlei aufgehalten haben soll.⁸⁵⁷

Ob dem tatsächlich so war, muss hier offenbleiben. Tatsache ist, dass die Anordnung der Verhaftung der beiden Unterhändler direkt aus der Reichskanzlei kam. Der Bevollmächtigte der thüringischen Staaten beim Reichsrat informierte am 26. März die Gothaer Landesregierung über den Vorgang. Nachdem er aus der sozialdemokratischen Presse von der Verhaftung ihrer beiden Abgesandten erfahren hatte, wandte er sich umgehend an die Reichskanzlei, die ihm die Information bestätigte: »Diese sei vom Reichskanzler auf die Nachricht hin angeordnet worden, dass die Kommunisten in Gotha einen Angriff machen wollten und die beiden Gesandten an der Spitze dieses Unternehmens, das sich als ein hochverräterisches darstellen würde, stünden. Durch ihre Vernehmung habe sich die Unrichtigkeit dieser Nachricht herausgestellt und daraufhin sei die Entlassung der Verhafteten verfügt worden.«⁸⁵⁸

Damit war die Mission Grabows und Dunckers jedoch gescheitert. Das führte nicht nur zu erheblichen unmittelbaren Konsequenzen für die Gothaer Arbeiterschaft, sondern sollte auch langfristige Folgen für die Weimarer Demokratie haben.

Die tatsächlichen Ursachen der Reichsexekution gegen Gotha und deren Folgen für die Weimarer Demokratie

In seinem Erlass vom 12. April 1920 hatte das Reichsinnenministerium nicht das Agieren der Gothaer Landesregierung während des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches, sondern deren vermeintlich verfassungswidriges Handeln im Konflikt um das Landesbildungsamt⁸⁵⁹ Anfang des Jahres 1920 an die erste Stelle seiner Beweggründe zur erneuten Reichsexekution

⁸⁵⁶ Ebenda.

⁸⁵⁷ Gothaer Volksblatt, 03.04.1920.

⁸⁵⁸ Staatsarchiv Gotha 2-15-0183-68/2: Akten für das (Herzogliche) Staatsministeriums. Die innenpolitischen Ereignisse November 1918. März 1920. Bl.102. Reichswehrminister Geßler machte in der Kabinettsitzung vom 26. März 1920 Mitteilung über die Lage in Thüringen und insbesondere in Gotha. Dabei gab er bekannt, »dass auf Befehl des Reichskanzlers gestern zwei gothaische Kommunisten verhaftet und heute wieder freigelassen worden seien. Er wolle nur feststellen, dass diese Verhaftung durch das Militär auf Anordnung des Reichskanzlers erfolgt sei«. Der Reichskanzler bestätigte die Richtigkeit der Mitteilung. Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Bauer. Bd.1. Boppard am Rhein 1971. S. 767. Dok. 216.

⁸⁵⁹ Gerber, Stefan: Hort des ›Radikalismus?‹ Die Revolution 1918/19 in Sachsen Gotha. In: Gerber, Stefan (Hrsg.): Das Ende der Monarchien in den deutschen Kleinstaaten. Vorgeschichte, Ergebnis und Nachwirkungen in Politik und Staatsrecht 1914–1939. Wien Köln Weimar 2018. S. 230 (S. 199–240).

gegen den Freistaat gesetzt. Damit war das tatsächliche Motiv des Eingriffs der Reichsregierung zugunsten der bürgerlich-mehrheitssozialdemokratischen Opposition offenbart: die Beseitigung der USPD-Regierung.⁸⁶⁰ Nach der erneuten Verhängung des Ausnahmezustandes werde aus allen Regionen des Reiches angefragt, »was eigentlich in Gotha los sei«⁸⁶¹. Das USPD-Parteiblatt beantwortete diese Frage aus seiner Sicht. Hier würden »Sozialdemokraten auf streng gesetzlicher Weise Reformen in Staat und Schule durchzudrücken«⁸⁶² versuchen, weshalb die Befürworter des alten Systems sie schärfer an anderswo bekämpften.

Der lokale Konflikt zwischen dem Gothaer Bürgertum und der sozialistischen Arbeiterschaft ist in den letzten Jahren aus zwei verschiedenen Perspektiven dargestellt und beschrieben worden, ohne dass sich ein Konsens herausgebildet hat. Die unterschiedlichen Sichtweisen hier umfassend darzustellen, würde den Rahmen dieser Publikation sprengen. Während die eine Position bei aller Differenziertheit im Kern aus der Perspektive der Gothaer USPD argumentiert,⁸⁶³ kritisiert die entgegengesetzte Sicht deren »intolerante, effektheischende, bisweilen sogar gewalttätige radikale Politik«⁸⁶⁴. Sie wird auch für die Eskalation der Gewalt während des Generalstreiks gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch verantwortlich gemacht.

Letztlich geht es in dieser Diskussion um die Frage, ob »der revolutionär-gewaltförmige Aktivismus der Gothaer USPD-Linken«⁸⁶⁵ die Radikalisierung des lokalen Bürgertums hervorgerufen hat oder ob es die gesellschafts-politischen Zielstellungen der USPD und der Versuch ihrer tatsächlichen Umsetzung an sich waren, die die Bürgerschaft Gothas zur endgültigen Hinwendung zu antidemokratischen, illiberalen und antisemitischen Positionen veranlassten.

Es wäre zu diskutieren, ob sich vor dem Ersten Weltkrieg im Herzogtum Gotha, ähnlich wie in Baden, »die Möglichkeit einer systemimmanenten Kooperation zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie abzuzeich-

⁸⁶⁰ Hierzu hatten am 1. April 1920 in Berlin die aus dem Landtag ausgetretenen Abgeordneten Reichsinnenminister Koch noch einmal ihre Erklärungen und Anklagen gegen die USPD-Landesregierung mit dem Ergebnis unterbreitet, dass Reichspräsident Ebert die Reichsexekution gegen Gotha empfohlen wurde. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller I. Bd.1. Boppard am Rhein 1980. S.13-14. Dok. 7.

⁸⁶¹ Gothaer Volksblatt, 14.04.1920.

⁸⁶² Gothaer Volksblatt, 14.04.1920.

⁸⁶³ Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? S. 151. Hesselbarth: Zur Geschichte der USPD in Thüringen. S. 53-58.

⁸⁶⁴ Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 92.

⁸⁶⁵ Gerber: Hort des »Radikalismus?«. S. 209.

nen⁸⁶⁶ begann, sodass von einer konfrontativen politischen Konstellation vor 1918 nicht gesprochen werden könne.⁸⁶⁷ Oder, und hiervon wird auch in dieser Publikation ausgegangen, ob in der Entwicklung des Gothaer Bürgertums eine zweite Kontinuitätslinie zu verzeichnen ist – die seiner Entliberalisierung infolge der Reichseinigung von oben im Zeitraum von 1866 bis 1871.⁸⁶⁸ In diesem Verständnis trat im Gothaer wie generell im Thüringer Bürgertum als Reaktion auf die Herausbildung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an die Stelle demokratischer, republikanischer und linksliberaler Vorstellungen und Ideen ein Nationalismus, der die Arbeiterschaft als Reichsfeinde und vaterlandslose Gesellen ausgrenzte⁸⁶⁹ und »mit lauten antisemitischen Tönen operierte«⁸⁷⁰. Dieser Nationalismus »trug in Gotha schon vor dem Krieg teilweise radikale und völkische Züge und verband sich mit antisemitischen Strömungen. Die Stadt war ein Zentrum des organisierten radikalen Nationalismus, ein Mittelpunkt für Vereine und Verbände, die antisozialdemokratische, alledeutsche und antisemitische Ziele verfolgten.«⁸⁷¹

Ob vor diesem Hintergrund tatsächlich die Politik der Gothaer USPD ursächlich für die Radikalisierung des lokalen Bürgertums verantwortlich war, weil sie dessen Rückbesinnung auf die eigenen demokratischen und liberalen Traditionen im Winter 1918/19 verhinderte, oder ob die während der Vorkriegszeit ausgebildeten antidemokratischen, nationalistischen, antisozialistischen, völkischen und antisemitischen Tendenzen im Kontext von Weltkriegsniederlage und Revolution einschließlich der aus ihr resultierenden Gefährdung der privilegierten sozialen Stellung das bürgerliche Agieren bestimmten, bliebe weiter zu diskutieren. An anderer Stelle ist

⁸⁶⁶ Ebenda. S. 220.

⁸⁶⁷ Ebenda.

⁸⁶⁸ Rudolph, Karsten: Untergang auf Raten. Die Auflösung und Zerstörung der demokratischen Kultur in Thüringen 1930 im regionalen Vergleich. In: Ehrlich, Lothar; John, Jürgen (Hrsg.): Weimar 1930. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur. Köln Weimar Wien. 1998. S. 19/20 (S. 15–29).

⁸⁶⁹ »... die Emanzipation der sich formierenden Arbeiterklasse aus sozialer Unterprivilegierung war ohne Aufhebung der politischen unmöglich. Die politische Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Arbeiter hätte die Einführung eines parlamentarischen Systems erfordert. Dies war aber mit der politischen und sozialen Struktur Preußens nicht zu vereinen und kam aufgrund der verfassungsrechtlichen Konstruktion Preußen-Reich für das Reich auch nicht in Frage.« Groh, Brandt: Vaterlandslose Gesellen. S. 23.

⁸⁷⁰ Rudolph: Untergang auf Raten. S. 21.

⁸⁷¹ Matthiesens: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 32/33. Es ist im Verlauf der erwähnten Diskussion eingewandt worden, dass insbesondere die Befunde Matthiesens nicht gegen dessen zentrale Aussage, die von Gewalt gekennzeichnete Politik der Gothaer USPD sei ursächlich für die Radikalisierung des lokalen Bürgertums verantwortlich gewesen, ins Feld geführt werden sollten. Gerber: Hort des ›Radikalismus?‹. S. 209. Demgegenüber wird in dieser Publikation davon ausgegangen, dass die beiden Ergebnisse der Studie Matthiesens, die Herausbildung des aggressiven bürgerlichen Nationalismus vor dem Ersten Weltkrieg und die weitere Radikalisierung des Gothaer Bürgertums, ausschließlich als Reaktion auf die Politik der Gothaer USPD unvermittelt nebeneinander stehen, ohne den Zusammenhang beider Entwicklungen hinreichend zu berücksichtigen.

darauf verwiesen worden, dass zumindest die Frage weiter geklärt werden müsste, ob die politischen Ausgrenzungsversuche der Gothaer USPD eine Reaktion auf die Dominanz des lokalen Bürgertums vor der Revolution, abgesichert über ein kommunales Wahlrecht, das die Arbeiterschaft faktisch ausgeschlossen hatte, gewesen sein könnte.⁸⁷²

Ohne Zweifel gehörte die Gothaer USPD und insbesondere ihr unter dem Einfluss Otto Geithners stehender linker Flügel zu den radikalsten Kräften innerhalb dieser in sich heterogenen Partei. Ihre soziale Basis bildete die während des Weltkrieges stark angewachsene und aufgrund der sozialen Folgen des Krieges und dem für sie enttäuschenden Verlauf der Revolution radikalisierte Arbeiterschaft der Gothaer Industriebetriebe, insbesondere der Wagonfabrik.⁸⁷³ Dennoch wäre weiter zu untersuchen, ob tatsächlich die radikale Schreibweise des *Gothaer Volksblattes* und das Agieren einzelner Funktionäre wie Geithner ausreichten, Teile der Gothaer Arbeiterschaft in der Form zu radikalisieren, wie es tatsächlich geschah und in gewalttätigen Akten gegenüber der MSPD, bürgerlichen Zeitungen und Politikern sowie einzelnen Personen mündete. Oder aber ob die konkreten Erfahrungen der Arbeiterschaft mit dem gewaltsamen Vorgehen der Freikorps im Jahr 1919, der bürgerliche Gegenstreik im Februar 1919 und der Aufbau paramilitärischer Formationen unter dem Schutz der Reichswehr im Herbst 1919⁸⁷⁴ sowie letztlich die Erfahrungen mit dem Terror des Militärs die vom radikalen Flügel der Gothaer USPD propagierten Sichtweisen und Schlussfolgerungen bestätigten und zu den vielfach kritisierten und in der Tat problematischen Reaktionen führten.

Zu konstatieren ist, dass am Beginn der Novemberrevolution zunächst die links-zentristische Richtung unter dem Einfluss Wilhelm Bocks⁸⁷⁵ in der Gothaer USPD dominierte.⁸⁷⁶ Der stets präsente und einflussreiche radikal-linke Flügel konnte immer nur dann die Oberhand innerhalb der Gothaer USPD gewinnen, wenn in und/oder außerhalb Gothas die Reichsregierung und das Militär massiv wie im Dezember 1918 und Januar 1919 in Berlin, im Frühjahr 1919 und letztlich während des Kapp-Putsches gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorgingen. Sehr schnell gelangte

⁸⁷² Krünes, Voigt: Sachsen-Gotha. Konfliktreicher Übergang. S. 68. FN 25.

⁸⁷³ Hesselbarth: Zur Geschichte der USPD in Thüringen. S. 56/57.

⁸⁷⁴ Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus. S. 84 und S. 93/94.

⁸⁷⁵ Hesselbarth, Mario: Der Großvater des Sozialismus in Thüringen: Wilhelm Bock (1846–1931). In: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. S. 53–62.

⁸⁷⁶ Hesselbarth: Zur Geschichte der USPD in Thüringen. S. 35.

der sich zunehmend radikalisierende linke Flügel der Gothaer USPD jedoch jeweils an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Er musste, wie in der Verfassungsdebatte Ende 1919⁸⁷⁷, so auch beim Versuch des Aufbaus einer Volkswehrarmee im März 1920 den Rückzug antreten, sodass, wie bereits gezeigt, die gemäßigeren Kräfte wieder die Oberhand gewannen. Dass auch die Gothaer USPD »in der Tradition der mitteldeutschen Region – so etwa wenn es um die Trennung von Staat und Kirche, die Republikanisierung der Staatsverwaltung oder eine demokratische Gemeindeverfassungsreform«⁸⁷⁸ sowohl revolutionär aber auch reformerisch auf parlamentarischem Weg anstrebten, mobilisierte in der Tat das Bürgertum, das »kein angemessenes Verhältnis zum sozialen und politischen Wandel in einer modernen Industriegesellschaft fand und ständig das soziale Ressentiment gegen die führenden linksrepublikanischen Politiker mobilisierte und dabei nationalistische und teilweise sogar antisemitische Dispositionen in der Bevölkerung aktivierte«⁸⁷⁹.

Mit Blick auf die KPD ist einmal formuliert worden, ihre gesellschaftliche Ausgrenzung und politische Unterdrückung durch die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition in der Frühphase der Weimarer Republik sei immer dann besonders stark gewesen, wenn realistische Kräfte die Politik der Partei bestimmten.⁸⁸⁰ Diese Sicht lässt sich auf die USPD insbesondere in Gotha übertragen. Die Reichsexekutionen gegen den Freistaat im Frühjahr 1920 erfolgten zu dem Zeitpunkt, als der radikal-linke Flügel durch den gemäßigten Flügel zumindest zwischenzeitlich zurückgedrängt war.

Selbst wenn die Feststellung zutrifft, zur Konstituierung der Weimarer Republik habe es der Abspaltung der radikalen Linken von der Sozialdemokratie bedurft, um eine Koalition aus Arbeiterreformismus und bürgerlichen Demokratie bilden zu können, so musste die Ausgrenzung einer starken Linken die parlamentarische Demokratie auf Dauer schwächen. Es war kein Zufall, dass die Gothaer USPD bereits am 7. Mai 1920 auf ihrem Landesparteitag den Anschluss an die Kommunistische Internationale beschloss,⁸⁸¹ der die Spaltung der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik im Herbst 1920 unumkehrbar machte. Vor allem die Niederschlagung

⁸⁷⁷ Ebenda. S. 56.

⁸⁷⁸ Rudolph: *Untergang auf Raten*. S. 25.

⁸⁷⁹ Ebenda. S. 26.

⁸⁸⁰ Bramke, Werner: Kommentar zu den Beiträgen von Eberhard Kolb und Andreas Wirsching. In: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*. München 2002. S. 135 (S. 131–139).

⁸⁸¹ Buchsbaum: *Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung*. S. 313.

der Generalstreikbewegung gegen den Kapp-Putsch entfremdete einen großen Teil der USPD-Mitglieder weiter von der Weimarer Republik, während die Sympathien für das revolutionäre Russland jedem sachlichen Einwand gegen das diktatorische Partei- und Revolutionskonzept der Bolschewiki Lenins den Boden entzogen.⁸⁸²

Für die weitere Entwicklung der Weimarer Demokratie war es jedoch geradezu katastrophal, dass in Gotha im April 1920 eine Kette von Reichsexekutionen begann, die sich 1923 gegen die SPD-KPD-Landesregierungen in Sachsen und Thüringen richteten und 1932 mit dem Preußenschlag gegen die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun das letzte demokratische Bollwerk gegen den drohenden deutschen Faschismus beseitigte.⁸⁸³

⁸⁸² Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt a.M. 1975. S. 245.

⁸⁸³ Rudolph: Untergang auf Raten. S. 25/26.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches stellte einen wichtigen Abwehrerfolg der Republik über ihre konterrevolutionären Gegner dar. Er war jedoch zugleich »für die Demokratie ein teuer erkaufter halber Sieg«⁸⁸⁴, der sich in eine Niederlage der Arbeiterbewegung umwandelte.⁸⁸⁵ Die Reichswehr, deren Ansehen infolge des Putsches bei großen Teilen der Bevölkerung an einem Tiefpunkt angekommen und die in ihrem Inneren verwirrt und geschwächt war,⁸⁸⁶ wurde von der am 27. März unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller neu gebildeten Regierung der Weimarer Koalition⁸⁸⁷ in ihrer antirepublikanischen Substanz nicht angetastet. Vielmehr nahm sie und die ihr nachfolgenden Regierungen die Forderungen der Entente nach Einhaltung der Versailler Vertrages bezüglich der Reduzierung der bewaffneten Streitkräfte auf 100 000 Mann zum Anlass, nicht nur die Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, sondern auch die proletarisch-republikanischen Sicherheitswehren aufzulösen.⁸⁸⁸ Unter der Führung General Seeckt blieb die Reichswehr ein Staat im Staate, das war »eine der tieferen Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik«⁸⁸⁹.

Sowohl der unmittelbar nach dem Ende von Kapp-Lüttwitz erfolgte Rachefeldzug der Reichswehr und der Justizbehörden gegen die Verteidiger der Republik als auch die weiterhin ausbleibende Demokratisierung und Sozialisierung stieß bei großen Teilen der Arbeiterschaft »auf immer mehr Ablehnung und Empörung«⁸⁹⁰. Demgegenüber hatte der gescheiterte Staatsstreich im Bürgertum und großen Teilen der agrarischen Bevölkerungskreise jene politischen Handlungsenergien und Feindstereotypen gestärkt, in deren Folge das antisozialistische Klassenkampfdenken einem neuen Höhepunkt zustrebte und sich ihre politische Orientierung insgesamt weiter nach rechts verschob.⁸⁹¹ Beide Tendenzen kamen bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 und der Wahl zum ersten Thüringer Landtag am 20. Juni 1920 einschließlich der Neuwahl der Gothaer Landesversammlung am

⁸⁸⁴ Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. S. 85.

⁸⁸⁵ Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 342.

⁸⁸⁶ Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. S. 284.

⁸⁸⁷ Müller: Bürde der Macht. S. 408/409.

⁸⁸⁸ Könnemann: Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. S. 320/321.

⁸⁸⁹ Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 322.

⁸⁹⁰ Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. S. 85.

⁸⁹¹ Bieber: Bürgertum in der Revolution. S. 315.

30. Mai 1920 dramatisch zum Ausdruck. Insgesamt erlebte die Weimarer Republik einen deutlichen Rechtsruck. Die SPD bekam »die Quittung für ihre Kapitulation vor den Generälen«⁸⁹² und verlor im Vergleich zur Wahl der Nationalversammlung im Januar 1919 fast sechs Millionen Wählerinnen und Wähler bzw. 16,3 Prozent ihres Stimmenanteils. In Thüringen waren ihre Verluste mit am höchsten. Während die USPD auf Reichsebene zur zweitstärksten Partei aufstieg, wurde sie in Thüringen zur stärksten politischen Kraft, ohne dass sie jeweils die Verluste der Sozialdemokratie vollständig ausgleichen konnte. Die Mehrheit der beiden Arbeiterparteien, über die sie im Volksrat verfügt hatten, war im ersten Thüringer Landestag nicht mehr vorhanden. Ebenso bedeutete die Neuwahl der Gothaer Landesversammlung eine Niederlage für die lokale Arbeiterbewegung – während die USPD ihre absolute Mehrheit verlor, reduzierte sich der ohnehin geringe SPD-Stimmenanteil noch einmal dramatisch, sodass die Sozialdemokraten nicht mehr in der Landesversammlung vertreten waren.⁸⁹³ Insgesamt »waren die Juniwahlen 1920 ein Debakel für die Demokratie. Die Weimarer Koalition verlor ihre Mehrheit, und die Republik geriet in eine parlamentarische Dauerkrise.«⁸⁹⁴ Zwar konnten in Thüringen und Sachsen bis 1923 und in Preußen über diesen Zeitraum hinaus bis zu einem gewissen Grad demokratische Reformen begonnen werden, sie bildeten aber »nur ein schwaches Gegengewicht zu der überwiegenden Tendenz: dem Ruck nach Rechts auf der Reichsebene«⁸⁹⁵.

Mit dem Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch hatte die deutsche Arbeiterbewegung nicht nur einen weiteren eindrucksvollen Nachweis ihrer damaligen Stärke erbracht, er bedeutete zugleich den Schlusspunkt der Massenbewegungen der revolutionären Arbeiterschaft und deren Fähigkeit, über ihre politische Spaltung hinweg zumindest partiell durchsetzungsfähig zu handeln. Von nun an bestimmten wieder die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen allein über das Agieren der Arbeiterschaft, die im weiteren Verlauf der Entwicklung immer stärker in die Defensive geriet und im Januar 1933 eine vernichtende Niederlage gegen den deutschen Faschismus erlitt. Die anlässlich ihres 100. Jahrestages gewürdigten Errungenschaften der Novemberrevolution 1918, parlamentarische Demokratie, gleiches Wahlrecht für Frauen und Männer, betriebliche Mit-

⁸⁹² Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus*. S. 85.

⁸⁹³ Dressel: *Wahlen und Abstimmungsergebnisse*. S. 16–21.

⁸⁹⁴ Schönhoven: *Reformismus und Radikalismus*. S. 85.

⁸⁹⁵ Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung*. S. 341.

bestimmung und Ansätze von Sozialstaatlichkeit und nicht zuletzt die kulturellen Aufbrüche in der Weimarer Republik wurden maßgebend von den Massenbewegungen der revolutionären Arbeiterschaft ermöglicht und im Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch im März 1920 verteidigt. Hieran soll mit dieser Publikation erinnert werden.

Impressum

Mario Hesselbarth: »Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch in Thüringen im März 1920«

Erfurt, Juli 2022

Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen e.V., Futterstraße 20,
99084 Erfurt, Telefon: 0361 5504115,
rls.thuer@t-online.de, www.th.rosalux.de

Layout: Uwe Adler, Weimar

Abbildung Titel: akg-images.de (Ullstein-Bild)

Mario Hesselbarth

ist Historiker, Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet ehrenamtlich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Er ist Autor der Publikationen »Geeignet, eine öffentliche Beunruhigung hervorzurufen. Der Strafprozess gegen Rosa Luxemburg am 12. Dezember 1906 in Weimar und seine lokalen wie politischen Hintergründe« (2021), »Zur Geschichte der USPD in Thüringen« (2017) und Mitherausgeber des Bandes »Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen – Biographische Skizzen« (2006).